



TAYLOR SWIFT
Die Popkönigin in
Deutschland

JUGENDGEWALT
Das Handy
filmt mit

EINFACH REISEN
Urlaub ohne
Massentourismus

ALBTRAUM AMERIKA

LÄSST SICH **TRUMPS**
AUTORITÄRE HERRSCHAFT
NOCH VERHINDERN?

Ungarn Ft 3990,-
Printed in Germany

Spanien/Kanaren € 8,30
Tschechien Kč 245,-

Slowenien € 7,90
Spanien € 8,-

Schweiz sfr 9,70
Slowakei € 8,-

Österreich € 7,40
Portugal (cont) € 7,90

Kroatien € 9,40
Norwegen NOK 135,-

Griechenland € 8,20
Italien € 8,50

Finnland € 9,90
Frankreich € 8,-

BeNeLux € 7,90
Dänemark dkr 79,95



SETZT MEILENSTEINE ABSEITS DER STRAßE.

The Rise of Electric. Die erste vollelektrische G-Klasse.
Ob im intelligenten Offroad Crawl über Geröll oder im G-TURN um die eigene Achse – der
G 580 mit EQ-Technologie setzt neue Meilensteine und dem Abenteuer keine Grenzen.

Mercedes-Benz

Mercedes-Benz G 580 mit EQ-Technologie | Energieverbrauch kombiniert:
30,3–27,7 kWh/100 km; CO₂-Emissionen kombiniert: 0 g/km; CO₂-Klasse: A¹

¹Stromverbrauch und Reichweite werden auf der Grundlage der VO 2017/1161/EU ermittelt.

HAUSMITTEILUNG



Tom Sandner / DER SPIEGEL

Titel

| Seiten 8, 12, 17

Im US-Wahlkampf läuft es gerade für einen prächtig: Ex-Präsident Donald Trump. Der 81-jährige Joe Biden muss nach einer desaströsen TV-Debatte fürchten, gegen jemand Jüngeren ausgetauscht zu werden. Sein Rivale Trump, 78, kann sich unterdessen freuen, im Fall eines Sieges wie ein Monarch regieren zu können, da das jüngste Schockurteil des Supreme Court Präsidenten beinahe komplette Immunität gegen Strafverfolgung gewährt. Ein Titelautorenteam hat das Drama verfolgt und analysiert. **Marc Pitzke, René Pfister** und Roland Nelles beschreiben, wie sich die weltälteste Demokratie auf Trumps autokratische Pläne vorzubereiten versucht, Muriel Kalisch beobachtete Biden im Weißen Haus, Aleksander Sarovic recherchierte in Philadelphia, Cornelius Dieckmann interviewte die Verfassungsrechtlerin Kimberly Wehle. »Die USA steuern auf völliges Neuland zu«, sagt Pitzke. »Alle haben Angst davor, wie es nun weitergeht.«

Ferien

| Seite 58

Urlaub war in den vergangenen Jahren oft mit schlechtem Gewissen verbunden: Reisende trugen nicht nur zum Übertourismus bei, sondern auch zum Klimawandel. Inzwischen mehren sich Hinweise, dass sich eine Gegenbewegung zum Massentourismus formt: So wurden im vergangenen Jahr in Deutschland so viele Übernachtungen wie noch nie auf Campingplätzen gebucht: rund 42,3 Millionen, ein Anstieg um fast 63 Prozent innerhalb von zehn Jahren. »Die Menschen sehnen sich oft nach Einkehr – in die Natur und in sich selbst«, sagt SPIEGEL-Autorin Susanne Beyer, die gemeinsam mit einem Team über die Lust auf naturnahe Ziele geschrieben hat. Reisedeputierte **Eva Lehnen** besuchte dafür Paddlerinnen auf einer Elbinsel (Foto), ihre Kollegin Antje Blinda begleitete einen Abenteuerer, der sich mit seiner Hängematte einen Schlafplatz im Wald suchte.



Taina Keck



Victorine Alisse / DER SPIEGEL

Israel

| Seite 42

Nahal Oz war Anfang der Fünfzigerjahre der erste paramilitärische Bauernhof Israels. Seit dem Massaker vom 7. Oktober 2023 ist der Kibbuz Teil des Sperrgebiets um den Gazastreifen, er liegt direkt am Grenzzaun. Reporter **Timofey Neshitov** (r.) konnte das erste Mal im vergangenen Dezember das gelbe Eintrittstor von Nahal Oz passieren. Die Häuser standen leer, Freiwillige kümmerten sich um die Kühe. In den vergangenen Monaten traf Neshitov Überlebende, sprach mit ehemaligen Landarbeitern von Nahal Oz, etwa einem palästinensischen Tagelöhner aus Dschenin. Er wollte wissen: Welche Welt ist hier zugrunde gegangen, und was für eine wünschen sie sich jetzt? »Nahal Oz ist Israel in klein«, sagt Neshitov. »Nur noch wenige sehen, dass ihre Gegner auch Menschen sind.«

Taylor Swift

| Seiten 100, 104

2010 erhielt SPIEGEL-Redakteur **Tobias Rapp** von amerikanischen Freunden einen Tipp, es gebe da eine Sängerin, die er sich mal anhören sollte. Ihr Name: Taylor Swift. Als Swift zwei Jahre später für Interviews nach Deutschland kam, war sie in den USA schon ein großer Star, hier kannte sie noch kaum jemand. Rapp traf sie, und sie redeten übers Songwriting. »Dass sie ungewöhnlich talentiert ist, war damals schon klar«, sagt er. Das verwackelte Foto, das Swifts Assistentin machte, hängt seitdem über Rapps Schreibtisch. Heute ist Swift der größte Popstar der Welt. Und weil sie für kein weiteres Interview zur Verfügung stand, schwärmte ein Team von Redakteuren aus, um ihrem Geheimnis auf die Spur zu kommen: Andreas Borcholte flog nach New York, um Swifts Produzenten zu treffen, Jurek Skrobala nach Paris und London, um die Sängerin live zu sehen und mit ihren Fans zu sprechen. »Es sind vielleicht die lautesten Konzerte gewesen, auf denen ich jemals war«, sagt Skrobala. »Aber nicht wegen der Musik, sondern wegen der mitsingenden und kreischenden Fans.«



DER SPIEGEL



Mit
SPIEGEL+
eine Woche
früher hören

Die Verurteilte

Sie wurde als »Engel mit den Eisaugen« bekannt. 2007 wird die US-Amerikanerin Amanda Knox beschuldigt, ihre Mitbewohnerin getötet zu haben. Brutal und eiskalt. Heute weiß man: Knox war unschuldig. Doch wie kam es zu dieser fatalen Fehleinschätzung? Und wer war der wahre Mörder? Ein Podcast von Undone und DER SPIEGEL.


spiegel.de/knoxpodcast



Mark Peterson / Redux / haif

Auf dem Weg in die Trump-Diktatur?

TITEL Erst blamierte sich US-Präsident Joe Biden im TV-Duell als verwirrter Greis, dann verlieh der Supreme Court seinem Herausforderer Donald Trump weitreichende Immunität vor Strafverfolgung. Nun ist Trump einer Rückkehr an die Macht so nah wie nie. Er würde das Land radikal verändern. | **8, 12, 17**



Martin Ibo Guenger / GES Sportfoto / Getty Images

Julian Nagelsmann

Auf seinen Pressekonferenzen zeigt sich der Bundestrainer als Performancekünstler. | **76**



Verena Müller / DER SPIEGEL

Nicola Leibinger-Kammüller

Politik und Wirtschaft hätten sich seit Jahren entfremdet, beklagt die Unternehmerin. | **54**



Caroline Brehman / EPA

Taylor Swift

Sie eint die Welt. Der amerikanische Superstar kommt für Konzerte nach Deutschland. | **100**

TITEL

8 | USA Bewegen die Demokraten den greisen Präsidenten Joe Biden zum Rückzug?

12 | Rechtsstaat Wie Donald Trump eine autoritäre Herrschaft errichten will und wer ihn noch stoppen könnte

17 | Interview mit der US-Verfassungsexpertin Kimberly Wehle über das Urteil des Supreme Court zur Immunität des Präsidenten

DEUTSCHLAND

6 | Leitartikel Die schwindende Macht der Parteien gefährdet die Demokratie

18 | Neue Kritik am Bildungsministerium in Fördergeldaffäre / Fälle von Kindesmissbrauch steigen / Städte prüfen rechtliche Mittel gegen AfD-Parteitage / Im Zweifel für den Zweifel

22 | Verteidigung Die Nato erwartet von Deutschland mehr Führung – drückt sich Olaf Scholz?

26 | Karrieren Die Frauenförderung stockt ausgerechnet im Auswärtigen Amt

28 | Wahlkampf SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert über eigene Fehler und Schwächen des Kanzlers

30 | Propaganda Geheime Dokumente zeigen, wie der Kreml die öffentliche Meinung in Deutschland manipuliert

33 | Rechtsextremismus Der Mann hinter einem einflussreichen AfD-Netzwerk

34 | Strafrecht Warum Jugendliche Straftaten filmen und im Internet verbreiten

36 | Gesellschaft Dürfen Schöffinnen Kopftuch tragen? Das Bundesverfassungsgericht soll den Fall einer Muslimin prüfen

38 | Seewirtschaft Wie Küstenfischer ohne Hering und Dorsch überleben

REPORTER

40 | Familienalbum / Wie finden Sie den Mörder?

41 | Eine Meldung und ihre Geschichte Einer der berühmtesten Bäume Englands wurde zerstört

42 | Nahost Im Kibbuz Nahal Oz tötete die Hamas 15 Menschen. Reportage aus einem Ort zwischen Vergeltung und Verzweiflung

47 | Kolumne Alles Gutsch

WIRTSCHAFT

48 | Erneuerbare Energien auf Rekordniveau / Zwischentief bei E-Auto-Preisen

50 | Konjunktur Die Stimmung zwischen Regierung und Unternehmen ist schlecht. Kann die Ampel sie noch drehen?

54 | Industrie SPIEGEL-Gespräch mit Nicola Leibinger-Kammüller, Chefin des Laserherstellers Trumpf und CDU-Mitglied, über die Eiszeit zwischen Politik und Wirtschaft

57 | Banken Die Finanzindustrie entdeckt Texas – auch weil es so konservativ ist

58 | Tourismus Wie einfaches Urlaubsglück abseits von Stress und Massenabfertigung gelingen kann

AUSLAND

64 | Erdoğan's Annäherung an Assad / Südkoreas neues Ministerium für Babyglück

66 | Ukraine Drohnen verändern nicht nur diesen Krieg

69 | Diskriminierung Zwei junge Spanier kämpfen gegen Alltagsrassismus in der Gastronomie

70 | Frankreich Der Medienmagnat Vincent Bolloré zieht im Hintergrund die Strippen für den rechtsradikalen Rassemblement National

72 | Saudi-Arabien SPIEGEL-Gespräch mit dem Politik-erklärer Prinz Turki Bin Faisal über den Gazakrieg

SPORT

75 | Preisgelder im E-Sport / Hall of Fame: Owen Ansah, Leichtathlet

76 | Karrieren Julian Nagelsmann als Alleinunterhalter

80 | Fußball-EM Wie Deutschland die Spiele der türkischen Mannschaft feiern

82 | Sportgeschichte Die Debatte über NSDAP-Mitgliedschaften in der Hall of Fame des deutschen Sports

WISSEN

86 | Warum Fußballwetten süchtig machen können / Sinnlose Nahrungsergänzungsmittel

88 | Zukunft Wie Menschen trainieren, Prognosen zu erstellen

93 | Brauwesen Wissenschaftler entwickeln neue alkoholfreie Biersorten

94 | Krankheiten SPIEGEL-Gespräch mit Moderna-Chef Stéphane Bancel über Impfstoffe gegen Krebs

KULTUR

98 | Sachbuch »James Baldwin« von René Aiguah / Der Film »Beverly Hills Cop: Axel F«

100 | Ikonen Popsängerin Taylor Swift verzaubert eine kaputte Welt

104 | Zehn Songs für Swifties

112 | Kino SPIEGEL-Gespräch mit der französischen Schauspielerin Isabelle Huppert über ein halbes Jahrhundert als Filmdiva

115 | Filmkritik Joachim A. Langs missglückter Goebbels-Film »Führer und Verführer«

SPIEGEL-TV-Programm | **74** Bestseller | **110** Impressum, Leserservice | **116** Nachrufe | **117** Personalien | **118** Briefe | **120** Letzte Seite | **122**



Kay Nietfeld / dpa

Aus der Deckung, Kanzler!

Die Nato steckt in der Krise, wichtige Verbündete wie die USA und Frankreich schwächeln. Nun wäre es an Bundeskanzler Scholz, innerhalb der Allianz Verantwortung zu übernehmen. | **22**



Kai Pfaffenbach / REUTERS

Wie der Kreml Angst im Westen schüren will

Geheimdienstpapiere offenbaren Moskaus Strategie im Informationskrieg: Im Netz wird Stimmung gegen Ukraine-Flüchtlinge gemacht, bezahlte Demonstranten sollen Proteste anheizen. | **30**



Philipp Schmidt / DER SPIEGEL

Der Käpt'n schult um

Die Küsten verlieren ihre Fischer. Klimawandel und Überdüngung ruinieren die Ostsee. Ein Projekt in Mecklenburg-Vorpommern gibt den Seeleuten neue Aufgaben. | **38**

Rückkehr des Königtums

LEITARTIKEL Trump, Macron, Biden – Selbstherrlichkeit und Willkür bedrohen die liberale Demokratie.



Al Drago / Bloomberg / Getty Images

Staatschefs Macron, Trump 2018

Wahlen können neuerdings einen Systemwechsel nach sich ziehen, das macht sie so dramatisch.

Schwarze Tage der liberalen Demokratie. Bei ihrem ersten Fernsehduell vor der US-Präsidentenwahl verzanken sich die Kandidaten Joe Biden und Donald Trump auf dem Niveau verkommenen Kindsköpfe. Biden wirkt, als wäre er weder der Situation noch dem höchsten Amt gewachsen. Ein paar Tage später entscheidet das Oberste Gericht der USA, dass sich Präsidenten im Dienst so ziemlich alles erlauben dürfen, womit die Richter den Weg zu einer autoritären Regierung ebnen. Zwischendurch holen die Rechtsradikalen vom Rassemblement National im ersten Wahlgang in Frankreich ein Drittel der Stimmen. Ausgerechnet diese beiden Länder, USA und Frankreich, die Wiegen der modernen Demokratie, stehen auf der Kippe. Geht es dort, wo es begann, auch zu Ende?

Bei den Revolutionen 1776 in den USA und 1789 in Frankreich wollten sich die Bürger von der Willkür und Selbstherrlichkeit der Könige befreien. Sie wollten nicht Menschen ausgeliefert sein, die nichts anderes qualifizierten als ihre adlige Herkunft. In Amerika gelang das rasch, in Frankreich auf Umwegen. Bei allen Rückschlägen wurde die Demokratie zu einer grandiosen Erfolgsgeschichte. Nun ist sie dort, wo sie erkämpft wurde, schwer bedroht. Das hat auch mit der Rückkehr von Selbstherrlichkeit und Willkür zu tun, mit dem inneren Königtum der beiden US-Präsidentenwahlkandidaten Biden und Trump sowie des französischen Präsidenten Emmanuel Macron.

Auch in den Demokratien blieb der Mensch ein Risiko. Kommen die richtigen Leute in die entscheidenden Positionen, handeln sie klug? In Präsidentschaftsdemokratien wie den USA und Frankreich liegt dieses Risiko höher, weil die höchsten Staatsämter an das Königtum angelehnt wurden: viel Macht für einen Einzelnen. Bis-

lang ging das einigermaßen gut. Doch in den Zehnerjahren haben sich zwei entscheidende Dinge geändert: Politiker werden auf eine neue Weise rekrutiert. Und Wahlen sind dramatischer geworden.

Weder für Trump noch für Macron waren Parteien wichtig. Trump gewann seine Popularität als Fernsehstar, Macron etablierte eine Bewegung, die nur auf ihn zugeschnitten war. Beide nutzten die sozialen Netzwerke, um ihre Botschaften zu verbreiten. Über diese Kanäle kann so ziemlich jeder zum Star werden, wenn er die Mechanismen begreift. Sie sind die Machtmaschine des Einzelnen, hier entstehen Karrieren weitgehend jenseits der Kontrolle von Parteien oder Medien. Und hier entwickeln sich die ganz großen Egos. Bei allen Unterschieden verkörpern Macron und Trump in einer Weise den gleichen Typus von Politiker: Sie sind Ich-Monster, sind die Könige dieser neuen Zeit, selbstherrlich und damit anfällig für Willkür. Bei Trump ist das offenkundig, bei Macron zeigte es sich jüngst, als er ohne Not Neuwahlen ausrief.

Wahlen haben heute häufig eine andere Bedeutung als früher, als es um Personen und Parteien ging, die im Prinzip das Gleiche wollten. Wahlen waren in diesem Sinne undramatisch, weil niemand das System infrage stellte. Neuerdings aber wird die liberale Demokratie von der autoritären Versuchung bedroht. Dass Trump weder Wahlergebnisse noch Recht und Gesetz achtet, hat er bewiesen. Mit dem Urteil des Supreme Court im Rücken hätte er weitgehend freie Hand für eine Willkürherrschaft. Bei ihm ist sogar eine dynastische Versuchung vorstellbar: dass er das Präsidentenamt seiner Familie langfristig sichern will. Königtum 2.0.

Auch der Rassemblement National würde wohl versuchen, die liberale Demokratie zu begraben. Rechtsaußen und autoritäres Gebaren gehören naturgemäß zusammen (für Linksaußen gilt das oft auch). Wahlen können neuerdings einen Systemwechsel nach sich ziehen, das macht sie so dramatisch. Manche werden daran irre, siehe den wunderlichen Alleingang Macrons in Sachen Neuwahlen.

An Joe Biden wiederum zeigt sich, dass eine klassische Partei wie die US-Demokraten den neuen Zeiten nicht gewachsen ist. Sie hat es nicht verstanden, einen Kandidaten neben dem Präsidenten aufzubauen, obwohl sich seit Längerem zeigt, dass Biden zu gebrechlich ist für eine zweite Amtszeit. Damit hat sie sich seinem inneren Königtum ausgeliefert: der größtenwahnsinnigen Ansicht, nur er könne die liberale Demokratie vor Trump retten. Auch wenn er noch einsichtig würde, wäre schon viel Zeit verloren. Selbstherrlichkeit und Wahldrama – das ist die fatale politische Mischung in den Wiegenländern der Demokratie. Die deutsche Politik steht noch besser da, sollte aber diese Warnung beherzigen: Am Ende sind es die Fehler der liberalen Demokraten, die den Autoritären den Weg ebnen.

Dirk Kurbjuweit

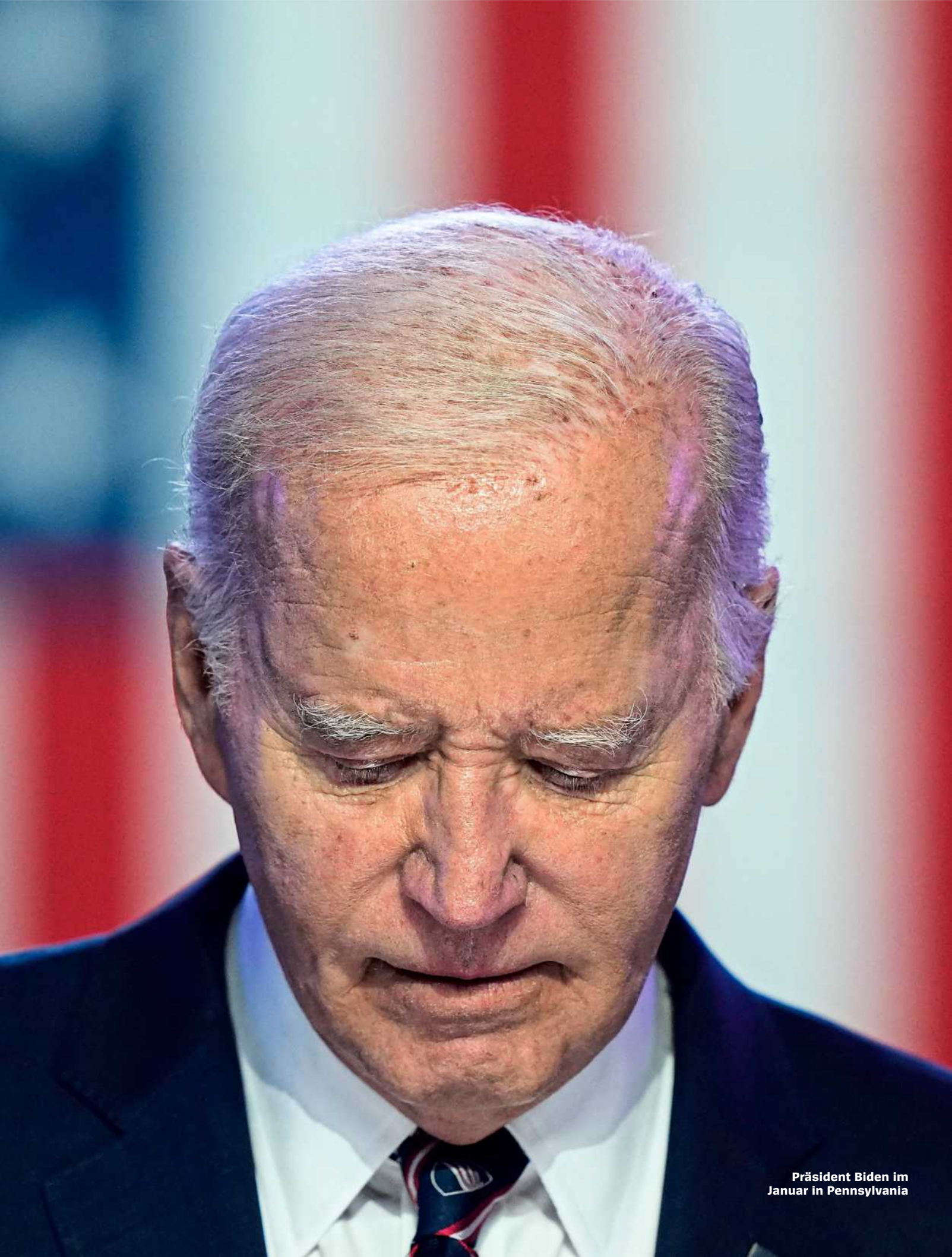
INVESTIEREN SIE IN TALENTE

FÜR JUNGE MENSCHEN MIT VIEL POTENZIAL



Kinder und Jugendliche so zu stärken, dass sie alle ihre Fähigkeiten ausschöpfen können, ist eine direkte Investition in das Wohl aller. Denn es sind diese jungen Menschen, die ihre Gesellschaft nachhaltig gestalten und das Herz und das Wissen haben, die Welt zu verändern. ***Das ist Hilfe, die wirkt.***





Präsident Biden im
Januar in Pennsylvania

Die Biden-Dämmerung

USA Nach Joe Bidens desaströser TV-Debatte drängen viele Demokraten auf einen neuen Präsidentschaftskandidaten. Der Mann im Weißen Haus will bisher nicht weichen.

Fernsehkameras filmen die Schritte von Joe Biden. Die Journalisten drängen sich, als er zu Marschmusik durch den East Room des Weißen Hauses schlurft. Es sind nur wenige Meter, er bringt sie langsam und steif hinter sich, den Kopf hoch erhoben und das Wichtigste: unfallfrei.

In der Woche nach der verheerenden TV-Debatte gegen Donald Trump wird selbst eine Ordensverleihung an zwei Bürgerkriegshelden zum Test für den 81-jährigen US-Präsidenten. Im Publikum Minister, der Generalstabschef, Bidens Sohn Hunter. Jede Bewegung, jedes Wort wird beäugt, bewertet, erfasst. Umschelt er? Setzt er aus? Stolpert er?

Biden spricht klar und präzise, auch wenn er seine kurze Rede vom Teleprompter abliest. Seine Hand ruht auf dem Pult, während er vom Einsatz zweier Männer des Unionsheers erzählt, die er posthum auszeichnet, weil sie 1862 hinter den Linien der Konföderierten einen Zug gekapert hatten. »Er war ein verdammt guter Debattierer«, sagt Biden über einen der Soldaten. Die Gäste lachen verhalten, die Anspielung entgeht keinem.

Wie in Zeitlupe überreicht Biden die Medaillen an die Nachfahren der Geehrten, dreht sich in kleinen Schritten. Seine Bewegungen wirken kontrolliert. Kaum eine Viertelstunde dauert die Zeremonie, dann verlässt er den Saal, den Blick starr geradeaus. Auf die Fragen, die die Medienvertreter ihm hinterherrufen, reagiert er nicht.

Business as usual. Weiter so. Das ist der Marschbefehl des Weißen Hauses seit Bidens Fernsehdebatte gegen Donald Trump in der vergangenen Woche. Mehr als 51 Millionen Menschen erlebten keinen souveränen Staatschef, sondern einen Greis, der eher in den wohlverdienten Ruhestand zu gehören scheint statt in diesen Schicksalswahlkampf um die Zukunft Amerikas gegen Donald Trump. Das Urteil war einhellig, selbst bei einigen Demokraten: »Debakel«, »Albtraum«, »Kernschmelze«, »Armageddon«.

Bidens fahriger, wirrer, unverständlicher Debattenauftritt wurde noch verschlimmert von seiner leichenblass-starren Miene. Noch während die Kameras liefen, griffen Berater zum Telefon, sie tauschten laut Medienberichten schockierte Textnachrichten aus. Großspender, die sich zu Watchpartys versammelt hatten, sahen ihre Investitionen bereits verrinnen. In nur anderthalb Stunden

zerplatzte die von Beratern sorgsam gepflegte Illusion, dass »Onkel Joe« in der Öffentlichkeit zwar erratisch sein könne, doch im privaten Kreis messerscharf sei. In das Mitleid mischte sich Trauer und Angst vor den kommenden viereinhalb Monaten Wahlkampf.

Ein Damm scheint gebrochen, an der Basis, in wackligen Wahlkreisen, selbst an der Parteispitze. Seit Monaten ist Bidens Alter ein Thema, seit Monaten wurden alle Bedenken als Majestätsbeleidigung abgeschmettert. 90 Minuten reichten aus, um die gnadenlose Realität zu offenbaren: Es ist höchste Zeit, dass der geliebte Opa den Führerschein abgibt. Doch wie sagt man ihm das?

Je lauter diese Rufe werden, desto tiefer gräbt sich das Biden-Lager ein: Das TV-Duell sei ein einmaliger Aussetzer gewesen, die Folge von Jetlag, Schlafmangel, Erkältung, Stress, was auch immer. Kritiker wurden als »Bettnässer« verhöhnt. In der Kommunikationstheorie heißt es »Gaslighting«, wenn dem Publikum suggeriert wird, es dürfe seinen Augen und Ohren nicht trauen. In den USA verband man solche Täuschungsmanöver bisher meist mit Trump und seinen Republikanern. Nun sind es ausgerechnet die Demokraten um Biden, die damit versuchen, die heraufziehende Katastrophe schönzureden.

Damit stürzen sie nicht nur die Partei in eine Krise, sondern die ganze Nation, die im November vor der unsäglichen Wahl zwischen zwei Männern um die achtzig steht, der eine gefährlich, der andere wacklig. Dabei geht es um nichts weniger als den Bestand der US-Demokratie, wie Biden selbst gern betont – insbesondere nach dem Schockurteil des Supreme Court von vergangener Woche, der dem nächsten Präsidenten fast komplette Immunität vor Strafverfolgung zusicherte. Sollte sich Trump eine zweite Amtszeit sichern, wie es immer wahrscheinlicher wird, würde er zum König von Amerika, nahezu unantastbar.

Nachdem mehrere Medien berichten, Biden denke über einen Rückzug nach, lässt dieser per E-Mail ein Dementi verschicken: »Ich bin der Kandidat der Demokraten«, beharrt Biden. »Niemand drängt mich raus. Ich gehe nicht. Ich bin bis zum Ende in diesem Rennen.« Ende der Woche wollte er sich in einem Interview mit Starmoderator George Stephanopoulos rehabilitieren.

Doch das Ende könnte schneller kommen als gedacht.

Zuerst sprangen die liberalen Medien ab. Die »New York Times«, die »Washington Post«, der »New Yorker«, »Nation«, »Atlantic«. Letzterer forderte: »Time to Go, Joe«.

»Game over«, prophezeite der Wall-Street-Investor Whitney Tilson, ein prominenter Parteispender der Demokraten, bereits bei CNN. »Es ist nur eine Frage von Tagen, bis Joe Biden das Richtige tut.«

Schnell begannen sich die ersten Demokraten zu distanzieren. Den Anfang machte der Kongressabgeordnete Lloyd Doggett, selbst 77: »Präsident Biden hat unsere Demokratie gerettet, indem er uns 2020 von Präsident Trump befreit hat. Er darf uns 2024 nicht an Trump ausliefern.« Ihm folgten Demokraten aus der zweiten, dann der ersten Reihe. James Clyburn, demokratisches Urgestein aus South Carolina, hatte Biden 2020 zum Vorwahlsieg verholfen, nun erklärte er, Vizepräsidentin Kamala Harris zu unterstützen, falls Biden aussteige. Auch Senator Joe Manchin, bis Mai Demokrat und seitdem unabhängig, wollte sich öffentlich von Biden lossagen. Laut Medienberichten konnte er nur mühsam davon abgebracht werden. Selbst Nancy Pelosi, vormals Sprecherin des Repräsentantenhauses, und Barack Obama signalisierten indirekt ihre Bedenken.

»Niemand will als Erstes auf Julius Cäsar einstechen«, hieß es in Parteikreisen. Die Zeit, um die Notbremse zu ziehen, wird jedoch knapp: Der endgültige Kandidat der Demokraten, wer immer es dann sein wird, soll bereits Anfang August mit einem »virtuellen Zählappell« bestallt werden – zwei Wochen vor dem offiziellen Wahlparteitag in Chicago.

An Alternativen zu Biden mangelt es nicht. Eine nächste Generation steht bereit, doch sie ist vorerst zum Schweigen verdonnert – etwa die populäre Gouverneurin Gretchen Whitmer aus Michigan oder ihre Kollegen Gavin Newsom, Kalifornien; Andy Beshear, Kentucky; J.B. Pritzker, Illinois, und Josh Shapiro, Pennsylvania. Ganz oben auf der Liste steht Kamala Harris, die bei einem Verzicht Bidens auf den Topplatz rücken und seine pralle Spendenkasse erben könnte. Doch Harris ist ein mehrfaches Risiko, sie blieb als Vizepräsidentin blass. Als schwarze Frau würde sie, so sie gewählt würde, einen historischen Präzedenzfall schaffen.

Eigentlich sollte die Debatte dazu dienen, Biden als dynamischen Macher darzustellen

und die Sorgen um seinen Zustand zu zerstreuen. Genau das Gegenteil trat ein. Trump – der wie immer Lügen, Hass und absurdes Geschwafel von sich gab – musste sich nur zurücklehnen und zuschauen, wie Biden sein eigenes Grab schaufelte.

Einige Insider soll das Schauspiel laut »Politico« so demoralisiert haben, dass sie sich tags darauf im Homeoffice verkrochen, um Biden im West Wing nicht über den Weg zu laufen. Andere hätten ihre LinkedIn-Profil aktualisiert, für den Fall eines plötzlichen Jobwechsels.

»Die Demokraten müssen schnellstmöglich den Kandidaten austauschen«, sagt Neil Oxman, selbst 71. Er weiß, wovon er spricht: Seit vier Jahrzehnten macht er Wahlwerbung für die Partei – Fernsehspots, Plakate, Social-Media-Kampagnen. Der Politberater hat Senatoren und Abgeordneten zu Siegen verholfen, Gouverneuren und Bürgermeisterern. Er kennt die Demokraten bestens, hat zeitweilig schon viel gesehen, doch ist nun so entsetzt wie selten zuvor.

Oxman, runde Brille, Ostküstenakzent, begrüßt uns in seinem Büro im Herzen Philadelphias. Die demokratische Hochburg ist die größte Stadt in Pennsylvania, einem der umkämpften Swing States, in denen sich die Präsidentschaftswahl entscheiden wird. 2020 gewann Biden den Bundesstaat nur knapp, mit nicht mal 82.000 Stimmen Vorsprung. Damals war er ein anderer: vitaler, frischer, sicherer.

Für Oxman ist klar, was nun geschehen muss: ein radikaler Wechsel. Aber der, sagt er, sei nur noch möglich, wenn Biden von sich aus verzichte. Zwingen kann ihn niemand. Die nötige Delegiertenmehrheit beim Wahlparteitag hat er seit den Vorwahlen der Demokraten sicher.

Noch hat keines der politischen Schwergewichte Biden öffentlich zur Abdankung gedrängt. »Sie wollen ihn nicht blamieren«, glaubt Oxman. »Aber eine Präsidentschaftswahl zu verlieren und die Partei in den Abgrund zu reißen, das ist auch blamabel.« Stattdessen haben Bidens Berater eine Wagenburg um den Präsidenten errichtet. Oxman überrascht das nicht. »Biden ist seit 50 Jahren in der Politik, er hat viele Freunde. Er ist ein sturer, alter Mann.«

Im Zentrum dieser Wagenburg steht Bidens Familie, allen voran First Lady Jill Biden. Sie ist seine flammendste Beschützerin, mit der er seit 47 Jahren verheiratet ist. Dann sind da noch seine Schwester Valerie und sein Sohn Hunter, der im Juni wegen Verstoßes gegen Waffengesetze schul-



Redner Biden bei
Ordensverleihung
am Mittwoch

Jim Watson / AFP



Demokratin Pelosi

Tom Williams / CO-Roll Call / Getty Images



Gouverneure Hochul,
Walz, Moore

Susan Walsh / AP



Protestler vor dem
Weißen Haus

Shawn Thew / EPA

dig gesprochen wurde. Sie alle sind über lebenslange Leiden verbunden, haben vieles gemeinsam mit Trotz überwunden. Nur ihr Rat kann Biden zum Ausstieg bewegen, doch dieser Rat lautet bisher: Bleib im Rennen.

Statt sich jetzt erst recht vor die Kameras zu stellen, um die Basis zu beruhigen, verschwand der Präsident nach der Debatte weitgehend in der Versenkung. Am Wochenende verbunkerten sich die Bidens auf dem Präsidentenlandsitz Camp David in den Wäldern bei Washington.

Bald sickerten bizarre Schuldzuweisungen durch. Nicht Joe Biden sei für das Fiasco verantwortlich, sondern seine Wahlkampftruppe. Oder: Das Make-up-Team habe ihn zu bleich geschminkt. Oder: CNN, der Ausrichter der Debatte, habe unfaire Regeln erlassen. Biden selbst machte Ermüdung nach mehreren Übersee-reisen verantwortlich: »Ich bin auf der Bühne fast eingeschlafen«, sagte er bei einer Spendengala.

Die Rechtfertigungen verstörten viele nur weiter. Am Montag druckte das Modemagazin »Vogue« eine lang geplante Coverstory mit Jill Biden in einem sündteuren Ralph-Lauren-Mantelkleid. Dass die »Vogue«-Redaktion schnell noch ein aktuelles Zitat der First Lady nachschob, um auf die Debatte zu reagieren, half wenig. Man werde »nicht zulassen, dass diese 90 Minuten die vier Jahre definieren, in denen er Präsident war«.

Der Schaden war längst angerichtet. Kandidatinnen und Kandidaten auf Landesebene baten diskret um Erlaubnis, sich von Biden distanzieren zu dürfen. In Medien wie der »New York Times« oder der »Washington Post«, die bisher stets die Darstellung verbreitet hatten, der Präsident sei hinter den Kulissen ganz klar im Kopf, erschienen plötzlich Berichte, in denen Insider von beunruhigenden Episoden berichteten, in denen er doch nicht so klar gewirkt habe. Hinter verschlossenen Türen sei er »sehr schwierig«, sein Stab habe Angst vor ihm, die Ausrasterepisoden mehrten sich seit Monaten und seien »immer üblicher und bedenklich«.

»Das mit der Debatte bringt mich zur Verzweiflung«, sagt Jennifer Weinstein. »Am meisten empört mich die Reaktion des Biden-Teams.«

Weinstein, 53, sitzt in einem Straßencafé in Manhattan, vor sich einen Espresso-Martini. Die Rechtsanwältin, die 2016 für Trump gestimmt hat, das heute aber bereut, hatte sich gefreut auf den Debattenabend. Sie brachte ihn mit Freunden und ver-

sprach sich Inspiration für den Wahlkampf, in den sie diesmal für Biden ziehen wollte. Für die Gruppe »Republican Voters Against Trump« hat sie bereits ein Video aufgezeichnet, in dem sie die Gefahr für die Demokratie durch Trump beschwört und seinen Rassismus beklagt. Und jetzt? »Die Demokraten verbocken mal wieder alles«, schimpft sie. »Genau deshalb bin ich nie in diese Partei eingetreten.«

Überall zeigt sich diese Wut. Die ersten Umfragen nach der Debatte deuten auf ein politisches Erdbeben hin. Laut »Wall Street Journal« konnte Trump seinen Vorsprung landesweit auf sechs Prozentpunkte ausbauen; 80 Prozent aller Befragten und 76 Prozent der Demokraten finden, Biden sei »zu alt«. Ähnlich bedenkliche Werte ergab eine Erhebung der »New York Times«: Wäre die Wahl heute, würde Trump sie gewinnen, mit den besten Zahlen, die er je hatte. Dabei ist er – laut denselben Erhebungen – genauso unpopulär, wie er es je war.

»Es gibt keinen Plan B«, fürchtet eine altgediente Aktivistin, die sich als Parteitage-delegierte nach den Vorwahlen im vergangenen Jahr an Biden gebunden fühlt. Sie würde in Chicago nur dann das Lager wechseln, wenn Biden sie »freigibt«. Die 63-Jährige, die im Interview mit dem SPIEGEL bittet, sie nicht namentlich zu nennen, ist seit der Debatte zutiefst verunsichert. »Biden ist ein toller Entscheider und super mit dem Teleprompter«, sagt sie. »Er spricht die Wahrheit. Er weiß, was falsch und was richtig ist. Aber er hat die Debatte versemmt.« Was nun? Sie werde im Sommer weiter Wahlkampf machen, von Tür zu Tür. Für wen? Sie zuckt mit den Schultern: »Ich bin keine Wahrsagerin.«

Biden personifiziert die Verkalkung einer Partei, in der sich seit Langem alles um nur wenige Figuren und Familien dreht, die als Ikonen gefeiert werden – die Kennedys, die Clintons, die Obamas. Auch die Bidens setzen seit Jahren auf denselben Kokon aus Beratern. Drei erfolgreiche Wahlkämpfe hintereinander – 2018 um die Gouverneursposten, 2020 gegen Trump, 2022 um den Kongress – bestätigten dieses eingeschorene Team in der Meinung, dass man nichts ändern müsse. »Das Gefühl war: Bleiben wir auf Kurs«, sagte der frühere Obama-Berater David Plouffe, der mit dem Biden-Team schon mehrfach aneinandergeraten ist, der »New York Times«.

Bidens Sieg im Pandemiejahr 2020 verfestigte diese Erstarrung. Es war sein dritter Anlauf: 1988 war er über einen Plagiatskandal gestolpert, 2008 scheiterte er in den Vorwahlen an Obama, schließlich fast gegen Bernie Sanders. »Ich sehe mich nur als eine Brücke«, sagte er in jenem März. Viele verstanden das als ein Versprechen, nur ein Übergangspräsident zu sein und nach einer Amtszeit abzudanken.

Beflügelt von frühen Amtserfolgen wie dem Infrastrukturpaket von 2021, sah sich Biden auf einmal als unverzichtbar. »Es ist Bidens Tragödie, dass er glaubt, er allein kön-

»Ein Last-minute-Kandidatenwechsel wäre absolut machbar.«

Neil Oxman, Berater der Demokraten

ne Amerika retten«, analysiert der irische Kolumnist Fintan O'Toole im Magazin »New York Review of Books«. Diesen Erlöserkomplex gab Biden selbst offen zu. »Ich bin der Einzige, der ihn jemals geschlagen hat«, sagte er im März über seinen Rivalen Donald Trump. »Und ich werde ihn wieder schlagen.«

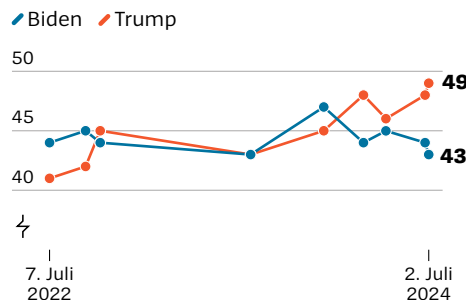
Doch schon im August 2023 fanden 69 Prozent der Demokraten Biden zu alt für eine zweite Amtszeit. Im September forderte der Kolumnist David Ignatius den Präsidenten in der »Washington Post« zum Verzicht auf. Im Februar nannte Sonderermittler Robert Hur ihn in seinem Bericht zur Aktenaffäre als »wohlmeinenden, älteren Herrn mit schlechtem Gedächtnis«. Hinter vorgehaltener Hand teilten manche Insider die Bedenken, mit dem Vorbehalt, dass sich Biden ohnehin nicht abbringen lasse.

Wenn Demokraten Bidens Fähigkeiten anzweifeln, wurden sie öffentlich niedergemacht. Zu stark war der Sog der Partei, die, wie auch die »Grand Old Party« der Republikaner, zum Vehikel für präsidiale Ambitionen verkommen ist. So beklagen es die Politologen Sam Rosenfeld und Daniel Schlozman in ihrem neuen Buch »The Hollow Parties«. Keiner, schreiben sie, verkörpere das besser als Biden und sein langer Weg ins Oval Office.

Schon Mitte Februar hatte auch der liberale Kolumnist Ezra Klein in seinem Podcast und in einem Kommentar in der »New York Times« Biden dringlich aufgefordert, Platz zu machen: Er sei zwar ein guter Präsident, jedoch nicht mehr in der Lage, einen Wahlkampf zu führen. Dafür wurde Klein im eigenen Lager verspottet und wütend angegriffen. Die Lösung, die er damals skizzierte, wird jetzt plötzlich sehr ernsthaft debattiert: eine

Biden fällt zurück

Landesweite Umfragewerte für Joe Biden und Donald Trump, Wähler mit Wahlabsicht, in Prozent



Quelle: »New York Times«/Siena College; 792 bis 1532 Befragte; jüngster Befragungszeitraum vom 28. Juni bis 2. Juli 2024, sonst mindestens zwei Tage; an 100 fehlende Prozent: »weiß nicht«

»open convention«, ein Parteitag ohne vorbestimmten Kandidaten.

Solche Parteitage waren früher einmal üblich, das immer einflussreichere Vorwahlsystem machte sie aber ab Mitte des 20. Jahrhunderts obsolet. Der letzte turbulente Demokratenparteitag fand 1968 statt, zufälligerweise ebenfalls in Chicago, nachdem Präsident Lyndon B. Johnson auf eine Wiederwahl verzichtet hatte, auch wegen seiner Gesundheitsprobleme. Stattdessen trat Vizepräsident Hubert Humphrey gegen Richard Nixon an und verlor.

Allein diese Erinnerung schreckt manche davon ab, ein solches Szenario zu wiederholen. Und zudem fürchten viele Demokraten, dass die verschiedenen Parteiflügel, von links bis rechts, sich dabei auf offener Bühne zerlegen könnten. Ein anderer Kandidat wäre zudem keine Garantie gegen Trump. Als der demokratische Amtsinhaber Harry Truman 1952 die Kandidatur lieber an den Gouverneur Adlai Stevenson abtrat, sicherte das dem Republikaner Dwight Eisenhower einen Erdbebenrutsch.

Ein Last-minute-Kandidatenwechsel wäre dennoch politisch wie logistisch »absolut machbar«, trotz aller Terminnot, glaubt Berater Neil Oxman. Mangelnde Bekanntheit, ein häufiger Einwand gegen andere Aspiranten, hält der Werbefachmann für ein überschätztes Argument. Sollte aus dem Wahlparteitag ein alternativer Name hervorgehen, sagt er, wäre dieser »binnen einer Woche im Land und auf der Welt bekannt«.

Zumal dies alles für Biden eine zutiefst persönliche Geschichte ist. Seit je behauptet er sich gegen Schwarzmaler und Kritiker, hat politische Niederlagen und private Tragödien eingesteckt, nur um weiterzumachen. Er hat es Barack Obama nie ganz verziehen, dass dieser ihn 2016 drängte, zugunsten von Hillary Clinton zu verzichten. »Wenn du umfällst, stehst du wieder auf«, rief er bei seinem ersten, spürbar lebhafteren Auftritt nach der Debatte in North Carolina – ein Slogan, aus dem sie prompt einen TV-Spot bastelten.

Sollte er trotz allem abdanken, würde der oder die Neue erstmals seit mehr als einem halben Jahrhundert nicht aus einer Vorwahl hervorgehen, sondern aus einem Machtkampf beim Parteitag, aus Deals in Hinterzimmern statt einer demokratischen Abstimmung. Oder sogar aus einem Realityshow-Wettbewerb, wie es der Humorist Bill Maher vorschlägt?

Würden die Wähler das den Demokraten verzeihen? »Gute Frage«, sagt Oxman. »Ich glaube, die Erleichterung wäre größer als die Sorge um die eigene Vorwahlstimme. Dies sind außergewöhnliche Umstände.«

Am selben Nachmittag, als Biden militärische Orden an Tote verleiht, mischen sich draußen ein paar Anhänger unter die Touristen am Zaun des Weißen Hauses. »Wir ♥ dich, Joe«, steht auf ihrem Spruchband. »Aber es ist Zeit, deine Kandidatur zu beenden.«

Muriel Kalisch, Marc Pitzke, Alexander Sarovic ■



Wer hat Angst vor Donald Trump?

RECHTSSTAAT Je näher der Wahltag rückt, desto klarer werden die autoritären Pläne des Republikaners. Die älteste Demokratie der Welt bereitet sich auf einen Präsidenten vor, der die Demokratie als Feind sieht.

Vielleicht kann Paul Starobin am ehesten erklären, was in den USA vor sich geht. Er ist 66 Jahre alt und hat sein ganzes Leben lang als Journalist gearbeitet, ein paar Jahre davon als Korrespondent in Moskau. Ende 2023 hat er sich ein Feriendomizil in Umbrien gekauft, nichts Großes, nur ein Apartment für sich und seine Frau. Es habe damals noch keine politischen Gründe gegeben, erzählt Starobin. Immobilien in Italien seien einfach deutlich billiger als in Arizona, wo er sich ebenfalls umgeschaut habe. Aber jetzt, da Donald Trump womöglich ins Weiße Haus zurückkehrt, sei der Gedanke, eine Zuflucht in Europa zu haben, sehr beruhigend.

»Es geht nicht nur darum, dass Trump wiedergewählt werden könnte«, sagt Starobin. »Es geht darum, dass er die Verfassung demontieren will. All diese verrückten Pläne, die Leute ins Gefängnis zu werfen, von denen er glaubt, sie seien hinter ihm her.« Starobin rechnet noch immer nicht mit dem Schlimmsten. Aber als er im März einen Artikel mit dem Titel »Flucht aus dem Trump-Land« veröffentlichte, bekam er eine Ahnung davon, wie die Stimmung in seiner Heimat aussehen könnte, sollten der Ex-Präsident und seine Leute erneut die Macht übernehmen. »Wäre toll, wenn mehr gehen würden. Dann gäbe es weniger linke Scheißtypen in Amerika«, schrieb ihm ein Trump-Fan. Ein anderer: »Meine Mutter sagte immer: ›Pass auf, dass du nicht die Klinke in den Arsch kriegst, wenn du die Tür hinter dir zuziehst.«

In vier Monaten wählen die USA, und noch nie stand Trump in den Umfragen besser da als heute. Nach der Fernsehdebatte zwischen Ex-Präsident und Amtsinhaber Joe Biden, die für Biden katastrophal verlief, verbesserte sich Trumps Position noch einmal. Einer neuen landesweiten Umfrage zufolge hat sich der Vorsprung des Ex-Präsidenten vergrößert. In allen sieben Swing States, die in den Vereinigten Staaten über den Ausgang dieser Präsidentschaftswahl entscheiden, liegt der Ex-Präsident laut einer Übersicht der »New York Times« vor dem 81-jährigen Amtsinhaber Joe Biden. Mitte Juli wird Trump auf einem Parteitag in Milwaukee of-

fiziell zum Kandidaten der Republikaner ausgerufen – einer Partei, die sich ihm nun vollkommen unterworfen hat.

Noch ist die Wahl nicht entschieden, aber vielen liberalen Amerikanern wie Paul Starobin ist klar, dass eine zweite Amtszeit Trumps viel radikaler sein würde als die Jahre nach der Wahl im November 2016, als der Immobilienmagnat aus New York selbst nicht damit gerechnet hatte, ins Weiße Haus einzuziehen.

Es gibt ein Wort, das Trumps Pläne für ein Comeback durchzieht: Rache. An Joe Biden, von dem er behauptet, er habe ihn 2020 um den Wahlsieg betrogen. Rache am amerikanischen Justizsystem, von dem er sich zu Unrecht verfolgt fühlt. Rache am Beamtenapparat, den er beschuldigt, seine Agenda hintertrieben zu haben. Wenn man so will, tritt Trump am 5. November nicht nur gegen Biden an, sondern gegen die amerikanische Demokratie, so wie sie in den vergangenen rund 250 Jahren gewachsen ist.

Amerika steht vor einer Frage, die den Kern jeder liberalen Ordnung berührt: Wie umgehen mit einem Politiker, der das System zertrümmern will, mit dessen Hilfe er an die Macht kommt? Wie kann sich die Demokratie gegen einen Demokratieverächter wehren? Trump macht aus seinen Plänen kein Geheimnis: Er will das Justizministerium zum Instrument seiner Vergeltung machen und es nicht nur gegen Biden und seine Familie einsetzen, sondern gegen alle, die er für seine Feinde hält. Wer sich mit dem Präsidenten anlegt, soll es mit der Steuerbehörde IRS zu tun bekommen, die alle Mittel hat, jeden Dissidenten mit endlosen Prüfverfahren in den Ruin zu treiben.

Gewerkschafter schließen sich zusammen, um Bundesbeamte vor Willkür zu schützen.

Er will das Weiße Haus zu einer gigantischen Personalbehörde umformen, damit viele Bundesbeamte um ihren Job fürchten müssen, die sich nicht seiner »Make America Great Again«-Bewegung (MAGA) fügen wollen. Die Medien sollen handzahn werden wie in Viktor Orbáns Ungarn. Ob Trump überhaupt noch einmal freiwillig das Weiße Haus verlassen würde, ist zumindest ungewiss. Er hat schon öffentlich mit dem Gedanken kokettiert, auch drei oder mehr Amtszeiten zu dienen. Die amerikanische Verfassung, die nur zwei Amtszeiten erlaubt, scheint für den 78-Jährigen kein Limit zu sein.

Es sei eine offene Frage, ob die amerikanische Demokratie eine Wiederwahl Trumps überstehen würde, sagte der Politologe Francis Fukuyama. Ähnlich wie die Bundesrepublik sind die Vereinigten Staaten als wehrhafte Demokratie gegründet worden, auch wenn es das Wort damals noch nicht gab. Die US-Verfassung ist ein ausgeklügeltes System der Machtkontrolle. Ohne die Zustimmung des Senats kann der Präsident keine Minister, Bundesrichter oder Botschafter ernennen. Der Kongress kann den Präsidenten aus dem Amt entfernen, wenn er Recht und Gesetz bricht. Kein Mann und keine Frau darf länger als acht Jahre im Oval Office dienen.

Nichts hat die Gründerväter der USA mehr umgetrieben als die Angst, dass ein Potentat diese feingliedrige Machtbalance zerstören könnte. Als Benjamin Franklin im September 1787 den Verfassungskonvent in Philadelphia verließ und ihn eine Passantin fragte, welche Staatsform die neue Nation annehmen werde – Republik oder Monarchie –, erwiderte er: »Eine Republik, falls wir in der Lage sind, sie zu schützen.«

Daran dürften jedenfalls ein Teil der Amerikanerinnen und Amerikaner seit vergangener Woche zweifeln. Sie müssen sich seither fragen, ob die Republik vor ihrem eigenen Präsidenten geschützt werden kann. Der Supreme Court, das oberste US-Gericht, entschied, dass der amerikanische Präsident für »offizielle Akte« absolute Immunität genießt. Was genau das heißt, ließ das Gericht offen. Das Urteil erging mit sechs zu drei Stimmen – die konservative Mehrheit der Richterinnen

und Richter, von denen drei von Donald Trump in seiner ersten Amtszeit berufen wurden, entschied in seinem Sinne.

Für alle möglichen Taten der Vergangenheit und vor allem der Zukunft sehen Gegner in dem Urteil des Supreme Court eine »Lizenz zum Gangstertum«, wie der Kommentator Van Jones auf CNN sagte. Andere gingen noch weiter. Das Urteil habe Donald Trump »die Schlüssel zu einer Diktatur überreicht«, sagte Quentin Fuls, der Vizewahlkampfmanager von Joe Biden.

Kann sich Amerika vor einem juristisch gestärkten, mit Rachegelüsten geladenen Trump schützen? Die Demokratie wird nicht ohne Kampf fallen, so viel ist klar. Es gibt Amerikaner, die ernsthaft darüber nachdenken, ins Exil zu gehen. Andere wollen bleiben – und sich wehren.

Gewerkschafter schließen sich zusammen, um Bundesbeamte vor der Willkür einer neuen Administration zu schützen. Aktivistinnen organisieren Hilfe für Ärzte und Kliniken, die Frauen weiter Abtreibungen ermöglichen. Juristen bereiten sich darauf vor, Migrantinnen und Migranten vor der Abschiebung zu bewahren, die LGBTQ-Community plant Notfallmaßnahmen, sollten ihre Rechte zurückgedreht werden, etwa die gleichgeschlechtliche Ehe. Die hat der Supreme Court ebenfalls im Visier.

Aber wird das alles reichen? Manche haben weit radikalere Pläne im Sinn: Sezession etwa – eine Aufspaltung der USA. Die Idee hat sowohl im linken als auch im rechten Lager Anhänger und erhält nun durch das mögliche Comeback Trumps neuen Auftrieb: 29 Prozent der Bürger im linken Kalifornien (und 31 Prozent im republikanisch regierten Texas) sprechen sich dafür aus.

»Die blauen Staaten sollten entschlossen sein, für grundlegende Wahlrechte und ein Mindestmaß an Gleichberechtigung zu kämpfen«, sagt Nathan Newman, Soziologieprofessor an der City University in New York. Blaue Staaten sind demokratisch regiert, die roten Staaten republikanisch. »Wenn die Rechten das nicht akzeptieren, sollten sie die blauen Staaten ziehen lassen.« Newman ist überzeugt, dass ein Zerfall der Vereinigten Staaten immer noch besser sei als eine Herrschaft Trumps über liberale Staaten wie Illinois, New Mexiko oder New York. Zwar müsste die Bundesregierung wohl einer Abspaltung von Staaten zustimmen, was sicher nicht im Interesse Trumps wäre. Newman argumentiert, dass die



Demokraten Trump dazu zwingen könnten – etwa, indem sie die Zustimmung zum Haushalt im Kongress verweigern, sollten sie dort eine Mehrheit haben.

Ein neues blaues Amerika, so erklärt es der Soziologe, könnte intern Arbeitnehmerrechte stärken und nach außen internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen fördern. Es könnte den Umweltschutz verbessern und Einwanderer ohne Papiere vor der Abschiebung bewahren. Trump dagegen wolle Millionen Migranten ohne legalen Aufenthaltsstatus aus dem Land schaffen, was Newman die »größte ethnische

- 1 | Abtreibungsaktivistin in Washington
- 2 | Trump-Ring-Träger in Chesapeake
- 3 | Trump-Anhänger in Wisconsin

Säuberung« der jüngeren Geschichte nennt. Sollte Trump seinen Plan umsetzen, »dann wäre das für uns der perfekte Moment zu sagen: Wenn ihr unsere Nachbarn nicht in eurem Land wollt, werden wir euer Land verlassen!«.

Newmans Position ist fraglos extrem, und sie krankt auch daran, dass der Graben in den USA nicht so sehr zwischen republikanisch und demokratisch regierten Staaten verläuft, sondern zwischen dem städtischen und dem ländlichen Amerika. Im linken Kalifornien gibt es Gegenden, die fest in der Hand von Trumps »MAGA«-Bewegung sind. In Texas dagegen, der Hochburg der Republikaner, liegen progressive Großstädte wie Austin oder Houston, die sich kaum in einem »roten Amerika« heimisch fühlen dürften.

Das Gedankenspiel Newmans zeigt, vor welchen Abgründen die Vereinigten Staaten stehen, sollte Trump noch einmal gewählt werden.

»Dies wird ein langer Kampf«, sagt Kica Matos, die Präsidentin des National Immigration Law Centers (NILC), einer führenden US-Organisation für Einwanderungsrechte. Gemeinsam mit anderen Gruppen bereitet sich NILC seit Monaten auf eine zweite Trump-Präsidentschaft vor: Sie spielen Szenarien durch, erstellen Papiere für den Notfall.

Die Juristin sitzt in ihrem Büro an der Yale University in Connecticut. Sie stammt aus Puerto Rico, dem karibischen US-Außengebiet, das Trump als »schmutzig« und »arm« herabwürdigte, hat in Trinidad und Tobago gelebt, auf den Fidschi-Inseln und in Neuseeland, bevor sie in die USA kam. Trumps Pläne bereiten ihr Sorge, und das Supreme-Court-Urteil erlaube es ihm, noch freier zu handeln. »Dies ist ein brutaler Moment für Asylsuchende, Flüchtlinge, Migranten«, sagt Matos. »Und für diejenigen von uns, die sich für ihre Rechte einsetzen.«

Trump hat angekündigt, die US-mexikanische Grenze an seinem ersten Amtstag im Januar 2025 komplett zu schließen, »illegale« Einwanderer in Internierungslager zu sperren und mithilfe des Militärs »die größte Abschiebungsaktion der amerikanischen Geschichte« einzuleiten – in Anlehnung an die berühmte »Operation Wetback« der Fünfzigerjahre. Betroffen wären bis zu 20 Millionen Menschen, darunter auch Frauen und in den USA geborene Kinder, die bisher staatlichen Schutz genießen.

Seit je behauptet Trump, dass Asylsuchende aus »Scheißlöchern«

in Südamerika und Afrika Kriminelle seien, die Amerikas »Blut vergiften«. Diese rassistische Rhetorik hat sich verstärkt. Neulich fragte er bei einer Spendengala, warum die USA nicht mehr Einwanderer aus »netten Ländern« wie Dänemark oder der Schweiz aufnehmen könnten. Trump, der oft von seinen angeblich »guten Genen« redet, stammt von deutschen und schottischen Immigranten ab, seine Frau Melania ist aus dem heutigen Slowenien.

Als die »New York Times« Ende vergangenen Jahres erstmals über Trumps drakonische Abschiebepläne berichtete, habe sie sich, erzählt Kica Matos, sofort mit ihrem Team zusammengesetzt. Im Juni trafen sich Vertreter von 50 US-Immigrations-NGOs in Arizona zu einer Tagung, um Worst-Case-Szenarien durchzuspielen. Matos und ihre Mitstreiter haben Anwälte aktiviert, die Klagen vorbereiten, sie analysieren die Zusammensetzung und Tendenz der Gerichte in den Bundesstaaten. Matos vergleicht das mit einem Schachspiel. Doch sie hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben: »Ich glaube nicht, dass die meisten Amerikaner Massenabschiebungen feiern werden.«

Nach einer Umfrage aus dem vergangenen Jahr sagen jedoch 33 Prozent der republikanischen Anhänger, dass »amerikanische Patrioten« zur Not zu Gewalt greifen müssten, um die Vereinigten Staaten wieder in die Spur zu setzen. Im Frühjahr wurde »Civil War« (zu Deutsch: Bürgerkrieg) zu einem Hit in den amerikanischen Kinos. In dem Film spielt Kirsten Dunst eine Kriegsreporterin, die eine Armee von Sezessionisten – genannt »Western Forces« – dabei begleitet, wie sie auf Washington zumarschieren und schließlich das Weiße Haus stürmt. Eine Dystopie, die den Amerikanern wieder gefährlich nahe erscheint.

Die Vereinigten Staaten sind zugleich das erfolgreichste und gewalttätigste demokratische Projekt der Menschheitsgeschichte. Die Unabhängigkeitserklärung am 4. Juli 1776, in der alle Menschen zu Geschöpfen mit unveräußerlichen Rechten erklärt wurden, heizte einen blutigen Krieg mit der britischen Kolonialarmee an. Der Streit, ob die Sklaverei mit den Idealen der Republik vereinbar sei, führte zum amerikanischen Bürgerkrieg (1861 bis 1865), bei dem mehr als 600.000 Menschen sterben sollten.

2024 steht Amerika noch nicht am Rande eines Bürgerkriegs. Aber die Rhetorik auf allen Seiten könnte apokalyptischer kaum sein. Als Donald Trump Mitte Juni auf eine Bühne in Racine am Lake Michigan trat, sagte er: »Die Welt steht in Flammen. Unsere Grenze wird überrannt. Die Inflation wütet. Europa versinkt im Chaos. Iran fühlt sich ermutigt. China ist auf dem Vormarsch. Und der inkompetenteste und korrupteste Präsident aller Zeiten zieht uns in den dritten Weltkrieg.« Vor ihm im Publikum stand eine Frau, die ein Plakat hochhielt. Darauf stand: »Deport them all! ASAP«. Es heißt, frei über-

setzt: »Werft sie alle aus dem Land, und zwar sofort.«

Es ist die Sprache des Ausnahmezustands. In Trumps Erzählung ist er nicht derjenige, der alle Regeln bricht – sondern der Retter der Vereinigten Staaten, der zu außergewöhnlichen Schritten bereit sein muss. »Wenn ihr nicht kämpft wie der Teufel, werden wir bald kein Land mehr haben«, sagte der damalige Präsident am 6. Januar 2021 in Washington, bevor ein Mob loszog, das US-Kapitol zu stürmen. Seine Leute propagieren eine Theorie, wonach Trump als wiedergewählter Präsident über nahezu unumschränkte Macht verfügt und vom Kongress nur begrenzt kontrolliert werden darf – die sogenannte Unitary Executive Theory.

Trump-treue Juristen haben schon eine Schwachstelle in der US-Verfassung ausfindig gemacht, die der Präsident in einer zweiten Amtszeit gebrauchen könnte: den »Insurrection Act«. Das Gesetz geht auf die Gründerjahre der Republik zurück und sieht vor, dass der Präsident das Militär nach eigenem Ermessen einsetzen darf, wenn er »Aufstände« oder »Verschwörungen« bekämpfen will. George Washington nutzte es, um eine Rebellion von Schnapsbrennern niederzuschlagen, die sich weigerten, Steuern auf Whiskey zu zahlen. Danach wurde der »Insurrection Act« nur noch sparsam eingesetzt.

Donald Trump hat schon mehrfach bedauert, dass er in seiner ersten Amtszeit das Militär nicht angewiesen hat, die Black-Lives-Matter-Proteste im Sommer 2020 zu beenden. Nachdem ein Polizist den Schwarzen George Floyd bei einem Einsatz getötet hatte, demonstrierten Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner wochenlang gegen Rassismus und Diskriminierung. Nun verspricht Trump, mit »Verbrechen verseuchte« – und demokratisch regierte – Städte wie Chicago oder New York mithilfe des Militärs aufzuräumen. Was, wenn das nur ein Vorwand dafür ist, Proteste gegen eine Trump-Regierung zu ersticken?

Die Stärke des amerikanischen Regierungssystems – ein Präsident, auf den sich fast alle Macht konzentriert – wird im Angesicht einer möglichen Wiederwahl Trumps zur Schwäche. Jeder neue Präsident hat das Recht, die Führung von FBI und Justizministerium neu zu besetzen. Aber was, wenn er Polizei und Justiz als Instrumente der Rache an seinen Gegnern betrachtet? Wenn Trump etwa den rechten Aktivisten Mike Davis zum

Justizminister ernannt? Der hat bereits erklärt, dass er alle Männer und Frauen begnadigen würde, die am 6. Januar 2021 das Kapitol gestürmt haben. Eine Drohung, die Trump bei seinen Auftritten regelmäßig wiederholt.

Und auch jemanden wie Davis könnte Trump später begnadigen, sollte er sich dabei strafbar machen. Seit dem Immunitätsurteil hätte Trump wegen einer solchen Entscheidung nichts zu befürchten.

Wie ist ein Politiker zu stoppen, der derlei Gedankenspiele in die Welt setzen lässt? Trump würde nicht nur einen FBI-Chef und einen Justizminister einsetzen, die ihm vollkommen ergeben sind. Er will auch jeden Bundesbeamten feuern, der nicht bereit ist, den Vorgaben aus dem Weißen Haus zu folgen. Einen entsprechenden Erlass mit dem Namen »Schedule F« hat Trump schon kurz vor Ende seiner ersten Amtszeit auf den Weg gebracht.

Dieser Plan sah vor, Tausende Beschäftigte der Bundesregierung zu politischen Beamten zu erklären, damit diese jederzeit ihres Postens enthoben werden können. Er wurde nie umgesetzt, und Joe Biden hat ihn rückgängig gemacht, nachdem er am 20. Januar 2021 das Weiße Haus übernommen hatte. In einer zweiten Amtszeit will Trump einen neuen Anlauf starten. »Wir werden die Bürokraten ausräuchern«, sagte er – sinngemäß übersetzt – in einem Video, das er nach seiner Verurteilung in New York veröffentlichte.

»Es wäre sehr gefährlich, wenn wir Beamte hätten, die nicht ihrer Ausbildung und dem Gesetz folgen würden, sondern dem Gutdünken eines Präsidenten«, sagt Doreen Greenwald. Sie hat 35 Jahre lang in der Regierung gearbeitet und ist heute Chefin einer Gewerkschaft, die unter anderem Beamte des amerikanischen Finanzministeriums vertritt. Greenwald weiß, wovon sie spricht: Trumps ehemaliger Stabschef John Kelly sagte unter Eid aus, der Präsident habe sich ausdrücklich gewünscht, dass die Steuerbehörde IRS politische Gegner mit Verfahren überzieht – unter anderem den ehemaligen FBI-Chef James Comey. Dem Ansinnen wurde nicht gefolgt – wohl auch deshalb, weil die Steuerbehörde schwer zu steuern ist.

Aber der Versuch war da.

Präsident Biden hat seitdem einige Vorkehrungen getroffen, um Beamte besser zu schützen. Dazu zählt unter anderem, dass diese nicht ohne ihre Zustimmung den Kündigungsschutz verlieren können. Aber ohne ein entsprechendes Gesetz, das vom Kongress verabschiedet wird, sei alles Stückwerk, sagt die Gewerkschafterin Greenwald. Trumps Pläne würden vielleicht verlangsamt, aber nicht aufgehalten.

Welche Folgen eine willfährige Verwaltung hätte, könnte sich beim Thema Abtreibung zeigen. Seit der Supreme Court im Juni 2022 das bundesweite Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch gekippt hat, ist es in Staaten wie Texas, Oklahoma oder Idaho praktisch

33 Prozent

der Republikaner finden, dass »amerikanische Patrioten« zur Not zu Gewalt greifen müssen.

Quelle: Public Religion Research Institute, 2023

unmöglich, eine Schwangerschaft legal zu beenden. Ärzten, die Abbrüche vornehmen, drohen drakonische Strafen. Viele Frauen sind deshalb auf die Abtreibungspille Mifepristone ausgewichen, die auch per Post versandt werden darf.

Inzwischen erfolgen zwei Drittel aller Abbrüche in den USA mit der Pille, womit das Abtreibungsverbot in einem Dutzend Bundesstaaten ausgehebelt wird. Die rechte »Heritage Foundation«, die eine Blaupause für eine zweite Präsidentschaft Trumps entworfen hat, spricht sich dafür aus, dass die Arzneimittelbehörde FDA die Zulassung für Mifepristone zurückzieht, weil Millionen Embryos durch »chemische Abtreibung« ihr Leben verloren hätten.

Um die Attacke der Republikaner auf das Abtreibungsrecht abzuwehren, hat sich im Februar 2023 die »Reproductive Freedom Alliance« gegründet, der inzwischen 23 demokratische Gouverneure angehören. Es gehe darum, Abtreibungskliniken zu schützen und Frauenärzte davor zu bewahren, mit Klagen überzogen zu werden, sagt Christina Chang, die Geschäftsführerin der Allianz. Mehrere demokratisch geführte Bundesstaaten haben schon »shield laws« verabschiedet – also Gesetze, die es ausschließen, dass Ärzte, Krankenschwestern oder Hebammen in Staaten belangt werden, in denen Abtreibung unter Strafe steht.

Wirksamen Schutz gebe es nur, wenn möglichst viele Bundesstaaten »shield laws« umsetzten, sagt Chang. Inzwischen hätten immerhin 18 von 50 Staaten solche Regelungen verabschiedet.

Die demokratischen Gouverneure von acht Bundesstaaten – darunter Illinois, Maryland und Washington State – sind derweil noch weitergegangen. Sie haben einen Vorrat von insgesamt 350.000 Abtreibungspillen gebunkert, um Frauen auch dann versorgen zu können, wenn Trump wiedergewählt werden sollte. »Die Medikamente laufen erst in fünf oder sechs Jahren ab«, sagte der Gouverneur von Washington, Jay Inslee, der »New York Times«. »Das sollte uns durch eine zweite Amtszeit von Trump tragen.«

Allerdings nur, wenn die Arzneimittelbehörde FDA die Zulassung von Mifepristone nicht zurückzieht. Das Medikament ist schon seit mehr als 20 Jahren auf dem US-Markt und gilt als gut verträglich. Aber wenn Trump den Beamtenapparat auf Linie bringt, wird auch die Begutachtung eines Arzneimittels zu einem politi-

schen Akt. »Sollte die FDA wirklich die Zulassung von Mifepristone zurückziehen, stehen wir vor ganz neuen Fragen«, sagt Chang.

Noch ist unklar, ob Trump das Recht auf Abtreibung weiter einschränken will. Das Thema schadet ihm politisch. Selbst in konservativen Staaten wie Kansas gibt es in Referenden solide Mehrheiten für das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch. Andererseits ist Trump abhängig von der Zustimmung seiner ultrakonservativen Basis, und die sieht im Ende des bundesweiten Rechts auf Abtreibung einen ersten Schritt hin zu einer konservativen, christlichen Nation.

Gerade hat sich die Southern Baptist Convention – die größte protestantische Vereinigung der USA – gegen die künstliche Befruchtung von Eizellen außerhalb des Mutterleibs ausgesprochen. Viele Konservative plädieren gar für Einschränkungen beim Verkauf von Verhütungsmitteln. Ihr Argument: Dies würde Frauen schützen, weil sie sich dann nicht mehr »recreational sex« hingeben müssten – also Sex mit Männern, die bloß Spaß haben wollten. »Es war immer klar, dass das Abtreibungsrecht nur der Anfang war«, sagt Chang.

Wie weit Trump gehen wird, hängt vor allem von der Stimmung im Land ab. Sein Aufstieg erklärt sich auch dadurch, dass er es virtuos versteht,

die öffentliche Meinung zu prägen. Er ist durch das Fernsehen bekannt geworden, und wahrscheinlich hat kein Politiker vor ihm die Medienlandschaft so verändert. Fox News, der rechte Sender des australisch-amerikanischen Medienmoguls Rupert Murdoch, hat Trump groß gemacht. Nach dem Sturm aufs US-Kapitol ging der Sender auf Distanz, mittlerweile steht er wieder an der Seite des Ex-Präsidenten. Milliardär Elon Musk, Eigentümer von X, geht in Trumps Residenz Mar-a-Lago ein und aus.

Blair Levin hält es für möglich, dass Trump die Pressefreiheit signifikant einschränken kann. »Er hat ja schon angekündigt, dass er genau dies tun wird«, sagt der Jurist, der über viele Jahre in der Federal Communications Commission (FCC) tätig war, die in den USA unter anderem Sendelizenzen vergibt.

Es wäre wahrscheinlich illegal, einem Sender wie NBC die Lizenz zu entziehen, sagt Levin. »Aber das heißt nicht, dass es die FCC nicht tun kann.« Die Entscheidung würde dann bei einem Bundesrichter landen, der möglicherweise von Trump ernannt worden ist.

Am Ende wird also vor allem Amerikas Justiz dafür zuständig sein, Trump in die Schranken zu weisen. Bidens Leute sind dabei, die Bundesgerichte mit Leuten zu besetzen, die bereit sind, die Verfassung zu verteidigen. Sie könnten Massenabschiebungen stoppen oder – wie in Trumps erster Amtszeit – willkürliche Einreiseverbote aufheben. Bisher hat Biden fast so viele Bundesrichter wie Trump ernannt, rund 200.

Doch alle entscheidenden Fragen werden am Ende vor dem Supreme Court landen. Der hat zwar bei der Frage der »totalen Immunität« weitgehend in Trumps Sinne entschieden. Zugleich hat er mit aller Klarheit Trumps Lüge zurückgewiesen, Biden habe ihm den Wahlsieg gestohlen. Entsprechende Klagen hat der Supreme Court nicht einmal angenommen.

Aber wird sich Trump, der nicht einmal den Willen des Volkes akzeptieren wollte, überhaupt einem Spruch von neun Richtern beugen? Die Judikative sei das schwächste Glied im Verfassungsgefüge, schrieb Alexander Hamilton, einer der Gründerväter und der erste Finanzminister der USA. Sie kontrolliere »weder Schwert noch Goldbörse«.

Und wenn Trump eines auszunutzen weiß, dann ist es die Schwäche der anderen.

Roland Nelles, René Pfister, Marc Pitzke ■

US-Kapitol in Washington, Angeklagter Trump mit Anwälten im Januar: Kann er die Pressefreiheit einschränken?



SUPREME COURT

»Das hier könnte das Ende sein«

Donald Trump genießt als Ex-Präsident Immunität für offizielle Handlungen. Das hat das oberste US-Gericht entschieden. Verfassungsrechtlerin Kimberly Wehle warnt vor einer künftigen Diktatur in den USA.



Wehle ist Juraprofessorin an der University of Baltimore. Sie kommentiert regelmäßig in US-Medien wie ABC News, »The Atlantic« und »Politico« die Entscheidungen des Supreme Court.

SPIEGEL: Frau Wehle, der Supreme Court hat geurteilt, dass Donald Trump als Ex-Präsident absolute Immunität für offizielle Amtshandlungen genießt. Angenommen, er gewinnt die Wahl und befiehlt der Armee, einen politischen Konkurrenten zu ermorden. Wäre er immun?

Wehle: Ja, das Urteil ist eine Lizenz, Verbrechen im Oval Office zu begehen. Solange der Präsident in offizieller Funktion agiert, ist er strafrechtlich geschützt. Das Motiv ist egal, das hat der Supreme Court klargestellt. Wenn der Präsident als Oberbefehlshaber sein Militär einsetzen will, um jemanden zu töten, ist das eine offizielle Handlung. Egal ob es um Osama Bin Laden geht oder um einen innenpolitischen Rivalen. Es wäre verfassungswidrig für Kläger zu hinterfragen, warum der Präsident die Person töten ließ.

SPIEGEL: Die liberale Richterin Sonia Sotomayor führt dieses Beispiel in ihrer Gegenmeinung an. Sie kritisiert das Urteil als »geladene Waffe«, es schaffe »einen König über dem Gesetz«, der nun straffrei einen Militärputsch anordnen könne. Das klingt nach Diktatur. Ist das überzogen?

Wehle: Nein, die amerikanische Demokratie hängt am seidenen Faden. Das hier könnte das Ende sein. Ein weiteres Beispiel sind präsidentiale Begnadigungen, die laut Gericht ebenfalls geschützt sind. Ein Präsident Trump könnte also seine Getreuen beauftragen, illegale Dinge für ihn zu erledigen. Anders als er sind sie zwar nicht immun, aber er kann sie ja einfach kraft seines Amtes begnadigen.

SPIEGEL: Die sechs konservativen Richter haben die drei liberalen überstimmt – und sie betonen, dass private Handlungen des Präsidenten weiterhin verfolgt werden könnten. Was ist eine private Handlung?

Wehle: Wenn ein Präsident sich von seiner Frau scheiden lässt und Steuerpapiere fälscht, um sie um Unterhaltszahlungen zu prellen, kann er belangt werden wie jeder andere Bürger. Aber ehrlich gesagt:

Was interessieren die privaten Handlungen? Es ist die offizielle Macht, die einen Demagogen gefährlich macht. Die Mehrheit des Supreme Court sorgt sich jedoch nicht um einen unethischen Präsidenten, sondern um angeblich unethische Strafverfolger. Manche Medien halten das Urteil wegen der Unterscheidung zwischen offiziell und privat für salomonisch. Eine Fehleinschätzung. Das Urteil ist radikal.

SPIEGEL: Was sagt die US-Verfassung über präsidentiale Immunität?

Wehle: Nichts. Der Supreme Court hat sie erfunden. Die Autoren der Verfassung wussten genau, wie man gezielt Immunität verleiht: Dem Kongress haben sie sie zugestanden, dem Präsidenten nicht. Und in Artikel 1 steht: Selbst wenn jemand für Verbrechen und Vergehen bereits seines Amtes enthoben wurde, kann er noch strafrechtlich verfolgt werden. Die konservativen Richter am Supreme Court nennen sich »Originalisten«, weil für sie nur der exakte Wortlaut des Textes gelte. Diesmal offenbar nicht.

SPIEGEL: Eines der am heftigsten verspoteteten Zitate der US-Geschichte stammt von Ex-Präsident Richard Nixon, nachdem er über den Watergate-Skandal gestürzt war: »Wenn der Präsident es tut, ist es nicht illegal.« Gibt ihm das Urteil recht?

Wehle: Nixons früherer Rechtsberater im Weißen Haus, John Dean, hat inzwischen sogar gesagt: Nixon wäre seinerzeit im Amt geblieben, wenn dieses Urteil schon in Kraft gewesen wäre. Damals hatte der Supreme Court entschieden, dass der Präsident seine interne Kommunikation aus dem Oval Office dem Gericht als Beweismittel übergeben muss. Diese Kommunikation – das ist der Herzschlag des Weißen Hauses, offizieller geht es nicht.

SPIEGEL: Damals entschied der Supreme Court einstimmig gegen Nixon, einschließlich dreier von ihm ernannter Richter. Jetzt stimmte das Gericht entlang ideologischer Linien. Ist der Supreme Court ein politisches Werkzeug?

Wehle: Das Urteil lässt keinen anderen Schluss zu. Zwei Richter haben Interessenkonflikte, was den Sturm aufs Kapitol angeht, also die mutmaßliche Straftat, für die Trump angeklagt ist: Clarence Thomas' Ehefrau drängte das Weiße Haus dazu, die Zertifizierung von Joe Bidens Wahlsieg zu verhindern. Über Samuel Alitos Wohnhäusern wehten Flaggen, die

den Kapitolsturm symbolisieren. Drei weitere Richter wurden von Trump selbst ernannt. Der Supreme Court hat ihn für seine Beteiligung an dem Umsturzversuch belohnt.

SPIEGEL: In Trumps Prozess um den Sturm aufs Kapitol muss jetzt das zuständige Washingtoner Amtsgericht prüfen, ob die Anklagepunkte noch zulässig sind, also welche Teile offizielle Handlungen betreffen. Was bedeutet das für seine Chancen, in diesem und in seinen anderen Strafprozessen davonzukommen?

Wehle: Diese Fälle werden zur Fußnote. Zum Großteil sind sie irrelevant. Selbst wenn es zur Verhandlung kommt, werden sie auf Monate oder Jahre in Berufungsinstanzen festhängen. Sogar der New Yorker Strafprozess, in dem Trump in 34 Anklagepunkten schuldig gesprochen wurde, wird in ein langwieriges Revisionsverfahren gehen. All diese Fälle werden schließlich beim Supreme Court landen. Bei jenen Richtern, die sich gerade zu den Entscheidern darüber erklärt haben, was alles nicht verfolgt werden darf.

SPIEGEL: Trump spricht oft von Vergeltung. Könnte er als Präsident das Justizministerium zur Rachebrigade machen?

Wehle: Ja. Kommunikation mit dem Justizministerium ist ausdrücklich offiziell. Trump könnte also zu seinem Justizminister sagen: Mir gefällt nicht, wie diese Juraprofessorin Wehle über mich redet, konstruiere einen Fall um ihre Steuererklärung, und zerre sie vor Gericht. Der Supreme Court hat faktisch eine tragende Säule von »Project 2025« abgesegnet...

SPIEGEL: ... dem Programm, das die rechte Heritage Foundation für Trump entworfen hat, um all jene in Behörden zu marginalisieren, die nicht loyal zu Trump sind. Wie kann die US-Demokratie überleben?

Wehle: Indem wir uns nicht mehr darüber belügen, womit wir es zu tun haben: mit einer mächtigen antidemokratischen Bewegung. Der Supreme Court hat das gerade mit fettem Rotstift unterstrichen: Ja, ihr verliert vor euren Augen eure Freiheiten. Ja, die Regierung wird von einer faschistischen Minderheit, den Trump-Republikanern, kooptiert. Egal wie es mit Biden und der Debatte um sein Alter weitergeht: Der Lärm darum darf nicht übertönen, wie dramatisch dieses Urteil ist.

Interview: Cornelius Dieckmann ■



Während die Fußball-Europameisterschaft in Deutschland auf das Finale zusteuert, wird in der Ukraine weiterhin erbittert gekämpft. Seit fast 900 Tagen verteidigt die ukrainische Armee ihr Land gegen Russland. An diesen Krieg wird jetzt auf der EM-Fanzone in Berlin erinnert – mit einer zerstörten Stadiontribüne. Sie stammt aus dem Sonjatschnij Stadium in Charkiw. Es wurde im Jahr 2011 eröffnet, als ein Trainingscenter für die EM 2012. Im Jahr 2022 schlugen dort russische Granaten ein.

»Mauern und Aussitzen«

UNIVERSITÄTEN Neue Kritik, nachdem das Forschungsministerium die Fördermittellaffäre für »aufgeklärt« hält

In der Fördergeldaffäre hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) nach eigener Ansicht »innerhalb kurzer Zeit Transparenz hergestellt«. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken im Bundestag heißt es, »es wurde aufgeklärt, und es sind Konsequenzen gezogen worden.« Die Abgeordneten hatten 13 Fragen zum Ablauf der Fördergeldaffäre gestellt und auf Widersprüche in Aussagen von FDP-Ministerin Bettina Stark-Watzinger, ihrer Pressestelle und ihrer mittlerweile geschassten Staatssekretärin Sabine Döring hingewiesen. Am 11. Juni hatte der NDR E-Mails aus dem Ministerium veröffentlicht, in denen ein BMBF-Referat aufgefordert wurde zu überprüfen, ob man Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Fördergelder entziehen könne, die sich in einem offenen Brief gegen Polizeieinsätze an Berliner

Hochschulen ausgesprochen hatten. Zuvor soll eine Liste mit den Namen jener Unterzeichnenden erstellt worden sein, deren Forschungsarbeit vom BMBF gefördert wird. Das Ministerium hatte hingegen stets betont, Fördermittel würden »nach wissenschaftlicher Exzellenz und nicht nach politischer Weltanschauung vergeben«. Ein Widerspruch, der nach Ansicht vieler Fachleute in Politik und Wissenschaft bisher nicht aufgeklärt ist. »Aufklärung bedeutet bei der Ministerin offenbar Mauern und Aussitzen«, sagt Nicole Gohlke, Sprecherin der Linken für Bildung und Wissenschaft im Bundestag. »Es mutet schräg an, wenn das Ministerium erklärt, es sei alles geklärt, während wesentliche Fragen aber unbeantwortet bleiben.« Das BMBF habe »offenbar kein Interesse daran, das beschädigte Vertrauen wiederherzustellen«. OLB

Vollzeitjob reicht nicht

SOZIALES Der gesetzliche Mindestlohn reicht bei Vollzeitbeschäftigten in vielen Fällen nicht für ein Leben ohne staatliche Unterstützung. Das geht aus einer Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der Linkenabgeordneten Susanne Ferschl hervor. Demnach erhielten im Januar 2024 rund 269.000 Alleinstehende staatliche Unterstützung für Unterkunft und Heizung – dabei arbeiteten sie Vollzeit. Ihr Stundensatz: der aktuelle Mindestlohn. Der beträgt zurzeit 12,41 Euro. Laut Arbeitsministerium erhalten Alleinstehende, die 37,5 Stunden pro Woche

arbeiten, dann einen Zuschuss vom Staat, wenn ihre Ausgaben für Unterkunft und Heizung mehr als 571 Euro monatlich betragen und als »angemessen« gewertet wurden. Das ist vor allem in Städten und Ballungsräumen mit hohen Mieten der Fall. Welche Kosten als angemessen eingestuft werden, unterscheidet sich von Region zu Region, der Bedarfssatz richtet sich nach dem Mietniveau vor Ort. Durchschnittlich lagen die tatsächlichen Unterkunftskosten von Singles mit Mindestlohn-Vollzeitjob zuletzt bei 709 Euro monatlich. »Nicht nur hohe Verbrauchspreise, auch die explodierenden Mieten fressen die Löhne auf«, so Linkenpolitikerin Ferschl. **BUC**

Kniffe gegen die AfD

PARTEITAGE Die Stadt Essen möchte künftige AfD-Parteitage in der Ruhrmetropole verhindern. Es gebe derzeit eine »rechtliche Prüfung«, wie eine Sprecherin mitteilt. Demnach will die Stadt Mietverträge für ihre Immobilien durch einen Zusatz oder eine Selbstverpflichtung ergänzen. Organisationen und Parteien müssten damit vorab zusichern, dass es bei ihren Veranstaltungen nicht zu strafbaren Handlungen – etwa das Äußern von NS-Parolen – kommt, und bei einem Verstoß ein Bußgeld zahlen. Durch diesen Kniff, so die Hoffnung, würde die AfD einen Mietvertrag nicht unterzeich-

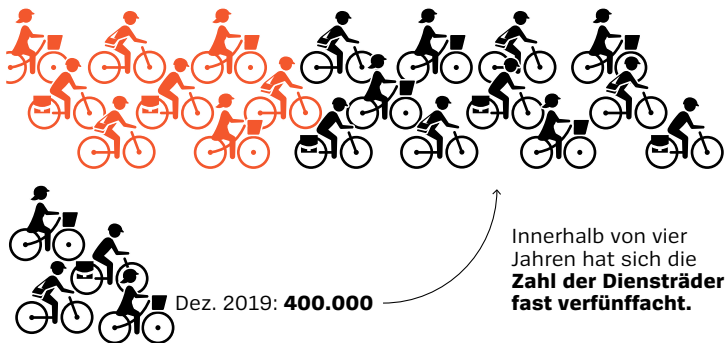
nen. Der Stadt Essen gehört die Grugahalle, in der vorige Woche der AfD-Bundesparteitag stattfand. Die Tagung löste einen Großeinsatz der Polizei aus, Zehntausende demonstrierten gegen Rechtsextremismus. Auch in Hamburg heißt es, dass man »alle rechtlichen Mittel ausschöpfen« würde, um einen potenziellen AfD-Parteitag zu verhindern. In München sammelt die Fachstelle für Demokratie Informationen über mögliche Mieter städtischer Immobilien, bevor es eine Zusage gibt. Die Stadt Magdeburg will sich in solchen Fällen »strikt neutral« verhalten und Parteien und ihre Programme bei Vermietungen nicht bewerten. **FRI, LE, SMS**

Nachgezählt

Dienstradleasing* in Deutschland

Neu geleaste Räder
2023: **790.000**

Dienstradflotte insgesamt
Dez. 2023: **1.900.000**



* per Gehaltsumwandlung für Arbeitnehmer, Selbstständige o. Ä.
Quelle: Deloitte

IM ZWEIFEL FÜR DEN ZWEIFEL

Bitte absagen!



Von Susanne Beyer

Den Anspruch, gut regiert zu werden, sollten wir nie aufgeben. Manchmal frage ich mich aber, ob die Voraussetzungen für gutes Regieren überhaupt noch gegeben sind, mal unabhängig von bestimmten Personen, Konstellationen oder Parteien.

Nehmen wir die Termin kalender. Der Kanzler, die Minister und Ministerinnen sind ständig unterwegs. Wann denken die mal nach? Mir wird ganz anders bei dem Gedanken, dass in diesen Tagen Europa in Gefahr gerät und das transatlantische Bündnis gleich mit, aber die da oben womöglich keine Ruhe finden, genauer zu bedenken, was das für uns bedeutet. Vizekanzler Robert Habeck ist ein kluger Mann, aber schauen wir mal in seine nächste Woche: Er wird in sieben Bundesländern erwartet. Sieben!

Natürlich gehören zum Regieren Aufentermine und Sichtbarkeit. Um sich ihrem Volk zu zeigen, zogen Könige und Kaiser des Mittelalters von Residenz zu Residenz, mehr als 100 Pfalzen ließ Karl der Große in seinem Reich errichten. Heute haben es Regierende durch allerlei Technik leichter, sich beim Arbeiten zusehen zu lassen. Doch dadurch ist leider auch die Erwartung gestiegen, sie mögen andauernd zu sehen sein.

Die Individualisierung tut ihr Übriges: Immer mehr und immer kleinere Gruppen scheinen dermaßen von ihrer Bedeutung überzeugt zu sein, dass sie Besuche des Kanzlers oder einer Ministerin für angemessen halten. Wenn eine Seniorengruppe für Ausdruckstanz in Köln-Nippes den Anspruch erheben würde, Olaf Scholz zu ihrem 44. Jubiläum zum Mitmachen erwar-

ten zu dürfen, würde es mich nicht wundern.

Nun könnte man argumentieren, dass für das eigentliche politische Handwerk die Regierungsapparate zuständig seien. Sind sie auch. Doch wenn etwas schiefgeht, wird die Spitze verantwortlich gemacht, also muss sie auch die Prozesse im eigenen Haus durchdringen. Und die Leitlinien müssen sowieso von oben kommen. Vor allem dafür sind Momente der Besinnung nötig.

Operative Ämter erfordern ohnehin mehr als die reine Repräsentation von Ideen, die Unterbene entwickelt ha-

Händeschütteln, Foto, Adieu – ist das noch ein Besuch oder schon ein Affront?

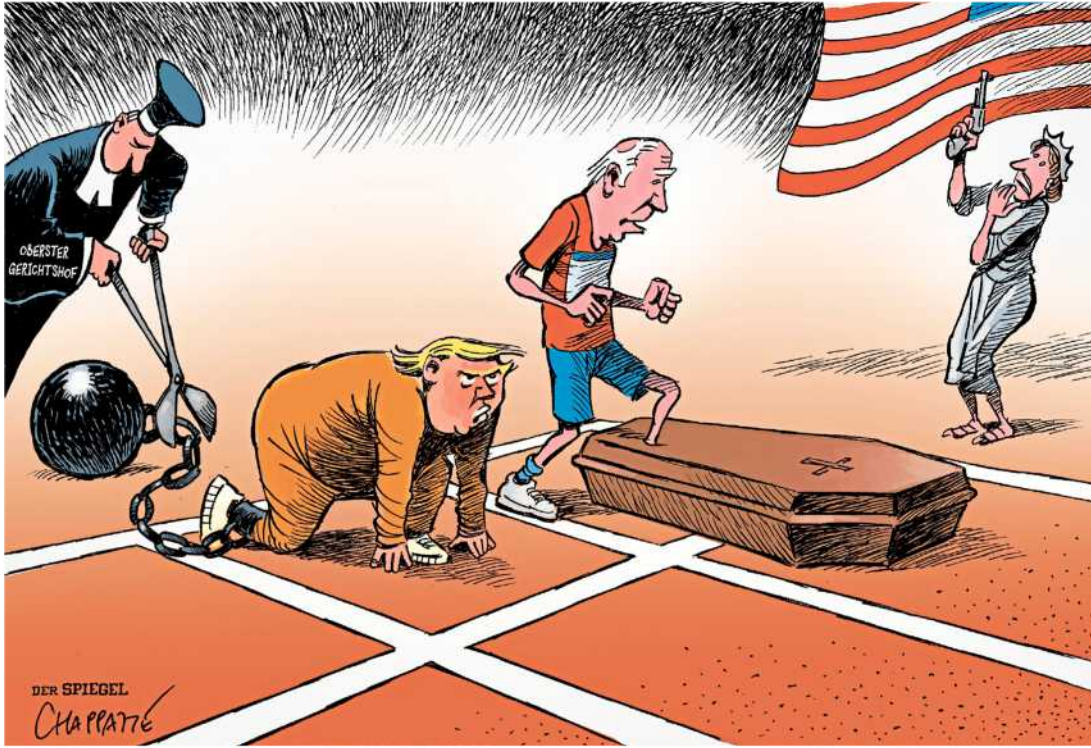
ben. An den entscheidenden Verhandlungstischen sitzen die Spitzenleute selbst. Sie müssen dort flexibel auf Dynamiken eingehen, die nicht absehbar waren. Souverän reagieren und regieren kann nur, wer mögliche Strategien vorab durchdenken konnte.

Natürlich müssen Regierende auch herumreisen, um sich ein eigenes Bild zu machen. Aber eigentlich haben sie wenig Gelegenheiten, auf Gespräche einzugehen, was auf beiden Seiten Frust schaffen kann. Händeschütteln, Foto, Adieu – ist so etwas noch ein Besuch oder schon ein Affront?

Weniger Termine könnten mehr Wirkung entfalten und Platz schaffen für Momente der Muße, die Geistesblitze oft erst möglich machen. Die Welt lässt sich nicht über Fleißpunkte retten, es braucht den richtigen Plan.

Wer spricht ein Machtwort, damit sich etwas ändert? Am besten die da oben.

An dieser Stelle schreiben im Wechsel Susanne Beyer, Anna Clauß, Markus Feldenkirchen und Alexander Neubacher.



Dünkel gegenüber Merkel

DIPLOMATEN Bonner Diplomaten haben auf die spätere Kanzlerin Angela Merkel offenbar zunächst gönnerhaft herabgeblickt. Das legt ein Bericht nahe, den der Generalkonsul in San Francisco Elmar Weindel nach einem Besuch Merkels 1993 für das Auswärtige Amt (AA) schrieb. Merkel war damals Ministerin für Frauen und Jugend im Kabinett Helmut Kohls. Weindel hatte nach eigenen Angaben der

Besucherin ein »sehr anregendes Damen-Abendessen« ausgerichtet, bei dem sie »Eindrücke von der sozialen und politischen Wirklichkeit in Kalifornien« gewonnen habe. Merkel habe stets Englisch gesprochen – und durch »ihre unpräzise und ungekünstelt erfrischende Art überzeugt, die durch ihre Einfachheit und Ehrlichkeit bestach«. Ein Diplomat des USA-Referats setzte ein Ausrufezeichen an den Rand. Besonders scheint Weindel gefallen zu haben, dass die Ministerin mit DDR-Vergangen-

heit »von ihren ostdeutschen Landsleuten« mehr Verantwortungsbereitschaft im Vereinigungsprozess verlangte. Das habe Merkels Glaubwürdigkeit erhöht. Heute hat Merkel laut einer Sprecherin »sehr gute Erinnerungen an ihre USA-Reise 1993, aber keine besonderen, die sie mit der Öffentlichkeit teilen würde«. Die Aufzeichnung Weindels findet sich in einer Dokumentensammlung, die nun das Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des AA veröffentlicht. KLV

Mehr Missbrauchsfälle

KRIMINALITÄT Die Polizeibehörden registrieren mehr Fälle von sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen. Das geht aus einem neuen Lagebild des Bundeskriminalamts hervor, das am Montag vorgestellt wird. Demnach erfassten Ermittler im vergangenen Jahr 16.375 Missbrauchsfälle an Kindern zwischen 0 und 13 Jahren, 5,5 Prozent mehr als 2022. Die Zahl der Opfer stieg um 7,7 Prozent auf 18.497. Drei Viertel von ihnen waren Mädchen. »Bei über der Hälfte der Opfer bestand nachweislich eine Vor-

beziehung zu dem oder der Tatverdächtigen«, heißt es in dem Papier. Die Behörden zählten 2023 zudem 1.200 Fälle an Jugendlichen – ein Plus von 5,7 Prozent. Die registrierten Fälle, bei denen es um Kinder- und Jugendpornografie geht, erreichten neue Höchststände. Bei Kinderpornografiedelikten gab es im vergangenen Jahr einen Anstieg um 7,4 Prozent auf 45.191 Fälle, die Straftaten in Zusammenhang mit Jugendpornografie stiegen 2023 um 31,2 Prozent auf 8.851. In Sicherheitskreisen heißt es, höhere Fallzahlen in der Statistik seien auch auf »mehr und stärkere Ermittlungen« zurückzuführen. BUC

Rumoren bei den Grünen

WAHLEN Nach dem schlechten Europawahlergebnis der Grünen kommen aus dem Berliner Landesverband Forderungen nach einer Neupositionierung. »Die Ergebnisse erfordern eine Rückbesinnung auf unsere Rolle als progressive und zukunftsgerichtete Partei«, schreiben sechs Mitglieder der Grünenfraktion im Abgeordnetenhaus in einem Papier. Der Ansatz, Rechtsextreme durch Zugeständnisse bei vermeintlichen Reizthemen oder durch die Übernahme von rechter Rhetorik zu schwächen, sei gescheitert. »Doch genau

Druck auf Konservative

EUROPAPARLAMENT Die EU-Grünenfraktion erhöht den Druck auf Ursula von der Leyen (CDU) und die konservative EVP, dass es keine Zusammenarbeit mit der extrem rechten EKR-Fraktion geben darf. Ihr gehört unter anderem die Partei der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni an. Eine Grünen-Auswertung der EKR-Abstimmungen legt nahe, dass die EKR nicht die Bedingungen für eine Zusammenarbeit erfüllt, die von der Leyen vor der Wahl genannt hat. Von der Leyen sprach davon, die Partner müssten »pro Europa, pro Ukraine und pro Rechtsstaat« sein. Jedoch stimmte die EKR-Fraktion mehrheitlich gegen vier von fünf Anträgen, in denen es um eine Europäisierung ging. In einem ging es etwa um die Frage, ob die EU-Verträge verändert werden sollten, um das Einstimmigkeitsprinzip in der Außen- und Sicherheitspolitik abzusichern. Beim Thema Rechtsstaat sind es sogar elf von elf Voten, denen die EKR größtenteils nicht zustimmte; dabei ging es etwa um den Umgang mit der Medienfreiheit. Bei der Unterstützung für die Ukraine stimmte die EKR immer dafür. Für den Grünen-Europaabgeordneten Daniel Freund erfüllt die EKR-Fraktion die Bedingungen der EVP nicht. »Wenn die EVP es ernst meint, sollte von der Leyen mit den Grünen koalieren«, sagt er. TIL

dieses Entgegenkommen wird wiederholt auch aus Reihen unserer Partei praktiziert, oftmals wider besseres Fachwissen, wie die Abschiebungen in unsichere Herkunftsländer, die europäische Asylreform oder die Debatte um die Bezahlkarte zeigen«, so die Autoren. Statt den Sozialstaat gegen Migration auszuspielen, brauche es »eine soziale Politik, die wirklich für eine Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen sorgt«. Die Reichsten würden immer reicher, während »sozialpolitisch überfällige Reformen« wie die Kindergrundsicherung und das Klimageld auf Eis gelegt würden. CSC

»Nährboden für Gewalt«

Karamba Diaby, 62, saß elf Jahre als erster schwarzer Mann für die SPD im Bundestag. Diese Woche verkündete er, dass er bei der nächsten Bundestagswahl nicht mehr antreten will.

SPIEGEL: Herr Diaby, wie schwer fiel Ihnen die Entscheidung, nicht erneut zu kandidieren?

Diaby: Ich habe mehrere Monate damit gerungen. Da kommen mehrere Gründe zusammen. Letztlich habe ich sie in Abwägung mit meiner Familie getroffen. Und jetzt bin ich froh, dass die Entscheidung steht. Ich wünsche mir, dass auf mich ein junger Mensch im Wahlkreis folgt, der meine Aufgaben übernimmt.

SPIEGEL: In den vergangenen Jahren gab es drei Anschläge auf Ihr Wahlkreisbüro in Halle. Vor einem Monat haben Sie erneut Morddrohungen gegen Ihre Person öffentlich gemacht. War das jetzt einfach zu viel?

Diaby: Die ganzen Anfeindungen und Drohmails, die ich bekommen habe, kann man nicht einfach wegwischen. Die beschäftigen mich – und auch mein Team. Mein Team wurde angegriffen, bedroht und erpresst. Man kann bei solchen Anfeindungen nicht zur Tagesordnung übergehen. Deswegen habe ich die Drohungen öffentlich gemacht. Ich bin der Meinung, dass der Rechtsstaat für seine Bürger da ist. Soziale Medien sind keine rechtsfreien Räume. Wenn wir das zulassen, haben wir etwas versäumt.

SPIEGEL: Hat der Rechtsstaat genug Mittel, um gegen offenen Hass vorzugehen?

Diaby: Die ganze Gesellschaft, die Politik und die Regierung sind herausgefordert, um dem etwas entgegenzusetzen. Wenn Mitarbeiter vom Technischen Hilfswerk, Polizisten und Politiker angegriffen werden, dann müssen wir darüber diskutieren, ob die beschlossenen Gesetze ausreichen – oder ob wir nachbessern müssen. Wenn ich bedroht werde, dann zeige ich das konsequent an. Nur so können wir die Rahmenbedingungen immer wieder überprüfen. Zudem müssen wir in Strukturalen investieren, die sich um Betroffene von Hass kümmern.

SPIEGEL: Hat sich die Stimmung im Parlament verändert seit dem Einzug der AfD in den Bundestag 2017?

Diaby: Der Ton ist rauer geworden, und das hat meiner Meinung nach auch die Spannungen innerhalb der Gesellschaft erhöht. Die Botschaften der AfD sind besonders gegen Minderheiten beleidigend, herabwürdigend und aggressiv. Das ist der Nährboden für Gewalt auf der Straße.

SPIEGEL: Es wird immer gefordert, dass der Bundestag diverser werden muss. Aber Sie werden regelmäßig rassistisch angefeindet. Würden Sie jungen Menschen mit Migrationsbiografie noch raten, in die Politik zu gehen?

Diaby: Die Gesellschaft kann sich nur zum Positiven hin verändern, wenn man mitmacht. Wer nicht mitmacht, überlässt es den anderen. Mein Appell an diese Menschen: Geht wählen! Beteiligt euch in Gewerkschaften und Parteien!

SPIEGEL: Sie werden für Ihr politisches Engagement als schwarzer Mann mit dem Leben bedroht. Können Sie es nicht verstehen, wenn junge Menschen Angst haben, sich politisch zu engagieren?

Diaby: Ich kann das natürlich verstehen. Aber es ist eine kleine Gruppe, die sehr laut ist. Wenn wir ihr das Feld überlassen, haben wir schon verloren. Ich bin davon überzeugt, dass die überwiegende Mehrheit in Deutschland für eine offene und demokratische Gesellschaft einsteht. Wir sollten die Mehrheit im Blick haben und nicht die kleine Gruppe an Menschen, die Hass und Hetze als Geschäftsmodell nutzen. Nur wenn junge Menschen sich politisch beteiligen, können ihre Ideen einer vielfältigen, demokratischen und toleranten Gesellschaft umgesetzt werden. PAH



Julia Steinigeweg / DER SPIEGEL

Diaby



Sandra Singh / DER SPIEGEL

»Ihr wahres Ich«

DIE AUGENZEUGIN Die Sozialpädagogin Anna Geiger, 56, berät und begleitet queere Menschen beim Älterwerden. Ein neues Wohnheim in München orientiert sich an deren Bedürfnissen.

»Queere Menschen, die jetzt alt werden, sind die erste Generation, die offen schwul und lesbisch leben konnte. Geboren wurden sie in einer Zeit, als homosexuelle Handlungen verboten waren. Teilweise haben sie krasse Diskriminierung erlebt. In München wurde jetzt ein Wohnheim für sie eröffnet, das »Queer Quartier Herzog*in«. In der Community bestand schon länger der Wunsch nach so einem Projekt, das speziell auf die Bedürfnisse älterer, queerer Menschen ausgerichtet ist. Denn Menschen, die noch den Paragraph 175 des Strafgesetzbuchs miterlebt haben, der homosexuelle Handlungen von Männern unter Strafe gestellt hat, haben eine besondere Biografie.

Wer sich öffentlich schwul, lesbisch, trans- oder intergeschlechtlich gezeigt hat, wurde beschimpft, bespuckt, ausgegrenzt oder verurteilt. Müttern wurde mitunter sogar das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen, wenn sie sich nach einer heterosexuellen Beziehung geoutet haben. Der Grund: Gefährdung des Kindeswohls. Die meisten haben außerdem Freunde durch die Aidskrise verloren. Das sind Erlebnisse, die prägen.

In normalen Heimen haben sie oft wieder Angst vor Diskriminierung. Denn häufig treffen sie dort auf Menschen, in deren Köpfen noch alte Vorurteile stecken. Queere Seniorinnen und Senioren können dann in alte Muster geraten und verheimlichen ihr wahres Ich. Ältere transgeschlechtliche Personen haben zudem oft ungewöhnliche biologische Merkmale. Hier ist spezielles medizinisches Wissen erforderlich. Die jungen Auszubildenden werden in Hinblick auf die physischen und emotionalen Bedürfnisse der Menschen geschult.

Hinzukommt, dass sich ihre Familie oft von ihnen abgewandt hat. Und weil es kaum Adoptions- oder Reproduktionsmöglichkeiten für Homosexuelle gab, haben die meisten keine Kinder – dafür aber oft eine Art Wahlfamilie aus Freunden und Bekannten.

Viele bedauern, dass die Gesellschaft nicht schon vor 30, 40 Jahren so offen gewesen ist – dann wäre ihr Leben komplett anders verlaufen. Aber zugleich freuen sich die meisten über die positive Entwicklung und sind stolz darauf, dass sie das für die jetzige Generation erkämpft haben.

Aufgezeichnet von Katherine Rydlink

Kanzler Scholz bei Truppenbesuch in Litauen



Krieger wider Willen

VERTEIDIGUNG Die Nato ist bedroht, die USA und Frankreich könnten sich bald abwenden. Bundeskanzler Scholz müsste zum Anführer des Verteidigungsbündnisses werden. Aber kann er das?

Der Bundespräsident hatte Fragen. »Hat Deutschland die neuen Gefahren und die Veränderung im Gefüge der internationalen Ordnung schon angemessen wahrgenommen?«, fragte er. »Reagiert es seinem Gewicht entsprechend?«

Seine Antwort: offensichtlich nicht. Die Bundesrepublik, so das Staatsoberhaupt, müsse bereit sein, mehr zu tun. »Gerade wenn die Vereinigten Staaten nicht ständig mehr

leisten können, müssen Deutschland und seine europäischen Partner für ihre Sicherheit zunehmend selbst verantwortlich sein.«

Zehneinhalb Jahre ist das mittlerweile her, der Bundespräsident hieß damals Joachim Gauck. Doch seine Analyse bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Januar 2014 stimmt auch heute noch. Mit einem entscheidenden Unterschied: Diesmal ist die Sache wirklich ernst.

Am Dienstag nächster Woche reist Bundeskanzler Olaf Scholz zum Nato-Gipfel nach Washington, er wird auf eine verunsicherte Allianz treffen. In den USA droht die Rückkehr Donald Trumps, die Atommacht Frankreich könnte bald von Rechtsradikalen regiert werden, und der designierte Nato-Generalsekretär Mark Rutte wird erst einmal in sein Amt finden müssen. Da bleiben nicht viele übrig, die innerhalb der Allianz Führung und



Großbritannien, eigentlich ein zentraler Pfeiler der transatlantischen Sicherheitspolitik, steht vor einem Regierungswechsel. Kein Anführer, nirgends.

In Osteuropa wachsen die Sorgen. Polen und Balten befürchten, Russland schutzlos ausgeliefert zu sein, sollten die USA demnächst das Interesse an Europa verlieren. Ihr Blick richtet sich daher auf Berlin, auf den Kanzler.

Scholz muss die Nato-Partner davon überzeugen, mehr für ihre Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit zu tun. Und er muss dafür trommeln, dass sie die Ukraine weiterhin mit Kriegsgut versorgen. Topdiplomaten des Auswärtigen Amts und des Verteidigungsministeriums bearbeiten die Verbündeten seit Monaten, Kiew mit mehr Systemen zur Flugabwehr zu unterstützen. Mit bescheidenem Erfolg.

Deutschland hat jahrzehntelang wie kaum ein anderes Land vom Schutzversprechen der Allianz profitiert. Und neben den Umbrüchen in Frankreich, in den USA wirkt die Bundesrepublik plötzlich wie der letzte Hort der Stabilität, Ampelstreit hin oder her.

Deshalb dürften sich in Washington große Erwartungen an Scholz richten. Kann er sie erfüllen? Ist ihm überhaupt bewusst, dass jetzt Führung von ihm gefragt ist?

Sollte das so sein, lässt er sich jedenfalls nichts anmerken.

Mittwoch Mittag, Regierungsbefragung im Bundestag. Abgeordnete fragen, Scholz antwortet. Die Union will wissen, wie die Bundesregierung auf Dauer das Zweiprozentziel der Nato einhalten, also mindestens zwei Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung ausgeben will. »Welche Zahlen stehen in Ihrem Sprechzettel für den Washingtoner Gipfel?«, fragt der CDU-Abgeordnete Jürgen Hardt, er wirkt leicht aufgebracht.

Scholz könnte jetzt seine Agenda für den Nato-Gipfel skizzieren, er könnte die Bedeutung des Treffens für Europas Sicherheit und den Einfluss des Westens in der Welt erläutern. Doch er antwortet: »Ich glaube, der Sprechzettel ist noch nicht fertig.«

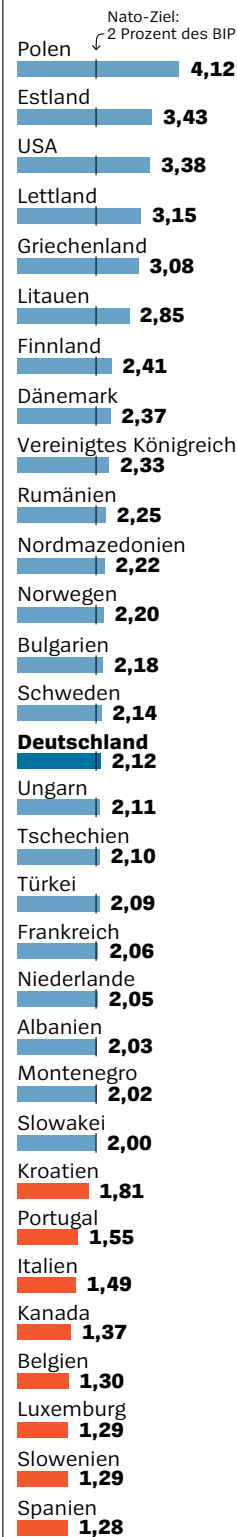
Der Kanzler spielt das wohl wichtigste außenpolitische Treffen dieses Jahres herunter, als wäre es ein Termin von vielen. Ein Firmenbesuch, eine Bürgersprechstunde.

Ist das Gelassenheit? Oder ist es Scheu vor der Verantwortung?

Die Nato steckt in der Krise. Eine Weile sah es so aus, als fände der

Abwehrbereit?

Anteil der Verteidigungsausgaben* 2024 am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Nato-Mitgliedstaaten, in Prozent



* geschätzt, auf Grundlage der Preise und Wechselkurse von 2015

Quelle: Nato

Verantwortung übernehmen, eine Richtung weisen könnten.

Eigentlich nur Scholz. Ausgerechnet er, der bisher weder innen- noch außenpolitisch damit aufgefallen ist, dass er anderen klar sagt, wo es langgeht.

Muss er in der Nato jetzt zum Anführer wider Willen werden?

Das Treffen zum 75-jährigen Bestehen der Allianz sollte eine Show der Stärke werden, sie sollte in Moskau und Peking Eindruck machen. Doch der Westen gibt derzeit ein klägliches Bild ab.

Joe Biden fällt als Anführer der freien Welt aus. Statt Macht und Autorität verkörpert er eher Schwäche und Starrsinn. Eigenschaften, die ein Militärbündnis nicht gebrauchen kann. Es droht ein Gipfel der Peinlichkeit.

Bidens desaströser Auftritt im TV-Duell hat Trumps Chancen auf eine Rückkehr ins Weiße Haus erhöht. Trump, das hat er öffentlich kundgetan, hält die Nato für einen Klub von Schmarotzern. Sollte er im November gewählt werden, so hat er es allen Ernstes öffentlich angekündigt, werde er Russland ermutigen, mit säumigen Beitragszahlern zu tun, »was auch immer es will«. Amerikas Verbündete sind gewarnt.

Die Krise in den USA wäre für die Nato weniger gefährlich, wenn diesseits des Atlantiks alles in Ordnung wäre. Aber so ist es nicht, in Frankreich kämpft Präsident Emmanuel Macron um sein politisches Überleben. Vom einstigen Verfechter eines souveränen, eigenständigen Europas sind keine Impulse mehr zu erwarten.

Westen durch Wladimir Putins Krieg in der Ukraine zu neuer Einigkeit und Stärke. Doch jetzt, zum 75. Geburtstag der Allianz, zeigt sich: Der Eindruck war trügerisch. Das Bündnis steht unter Druck, nicht nur von außen. In mehreren Staaten des Bündnisses erstarken Politiker und Parteien, die wenig geben auf internationale Zusammenarbeit. Die Zukunft der Ukraine hat für sie keine Priorität.

Die AfD und Sahra Wagenknechts BSW waren bei der Europawahl auch deshalb so erfolgreich, weil sie die Skepsis vieler Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Militärhilfe für Kiew bedienten. Die SPD versuchte, diese Stimmung aufzugreifen, und warb mit Scholz als Friedenskanzler. Dabei ließ dieser nie Zweifel daran aufkommen, dass er die Ukraine weiterhin mit Waffen unterstützen werde. Zehn Tage vor der Wahl erlaubte Scholz sogar den Einsatz deutscher Waffen auf russischem Gebiet.

Friedenskanzler oder nicht? Scholz wirkte unentschieden, die SPD verlor die Wahl. Mit Blick auf die drei ostdeutschen Landtagswahlen im September wünschen sich jetzt viele Genossinnen und Genossen von ihrem Kanzler, er möge bitte nicht mehr so oft über Waffen und Krieg reden. Das verschrecke die Leute.

Doch die Nato braucht jetzt das Gegenteil davon: einen Anführer, der nicht aufhört, vom Krieg zu reden. Der die Partner zur Aufrüstung mahnt. Der die Verteidigung des Westens zu seinem großen Thema macht.

»Wer bei mir Führung bestellt, muss wissen, dass er sie dann auch bekommt«: Kaum ein Zitat von Scholz ist so bekannt wie dieses. Es stammt aus dem Jahr 2009, als Scholz für den Vorsitz der Hamburger SPD kandidierte. Doch Scholz hat sein Versprechen seither oft gebrochen.

Der ewige Streit in der Ampel hat viel mit der Art des Kanzlers zu tun. Er ist kein Basta-Typ, er lässt die Dinge laufen.

Bei der Regierungsbefragung im Bundestag wirft die Union dem Kanzler vor, sein Kabinett nicht im Griff zu haben. Ob er überhaupt Wert lege auf seine Richtlinienkompetenz, will der CSU-Abgeordnete Reinhard

»Wir bräuchten jetzt einen Kanzler, der vor großen Entscheidungen nicht zurückschreckt.«

Sönke Neitzel, Militärgeschichtler

Brandl wissen. »Selbstverständlich bestehe ich auf meine Richtlinienkonferenz«, antwortet Scholz und korrigiert: »Äh, Kompetenz.«

Konferenz statt Kompetenz, es ist ein verätherischer Versprecher.

In Brüssel, bei der EU, sind sie zuweilen entsetzt über die Zurückhaltung des Deutschen. Mark Rutte, früherer niederländischer Ministerpräsident und wohl ab Oktober Nato-Generalsekretär, erzählte einmal in kleiner Runde, wie er Scholz während eines festgelegten Gipfeltreffens aufgefordert habe: »Olaf, du musst jetzt was sagen.« Scholz' Antwort: »Du sagst doch auch nichts.« Der Kanzler habe dann weitergeschwiegen.

Scholz betont oft und gern, dass Deutschland nach den USA der mit Abstand größte Unterstützer der Ukraine sei. Allerdings musste er immer wieder von den Alliierten angetrieben werden. Es setzte sich der Eindruck fest: Scholz macht mit, aber er führt nicht.

Man warf ihm Zaudern vor. Scholz stellt seine Politik als besonnen dar, stets abgesprochen mit Joe Biden.

Wenn es um den US-Präsidenten ging, betrieb Scholz lange Zeit intensives, zuweilen penetrantes Namedropping. Bei den ganz großen Themen ließ der Kanzler kaum eine Gelegenheit aus, kurz einzuflechten, wie eng und vertrauensvoll er sich mal wieder mit Biden abgestimmt habe. Biden hier, Biden dort, es wirkte mitunter, als hätten die beiden eine Standleitung.

In den Erzählungen von Scholz und seinem Umfeld klang das immer nach Augenhöhe, nach gemeinsamen Entscheidungen. Tatsächlich aber wirkte der Kanzler wie der kleine

Bruder, der erst abwartete, was der große wohl tun würde, um sich dann anzuschließen und zu krähen, genau diese Entscheidung habe er schon immer für die einzig richtige gehalten. Wie kleine Brüder das eben so machen.

In letzter Zeit fällt der Name Biden seltener. Wenn nicht alles täuscht, beginnt man im Kanzleramt mit der Möglichkeit zu kalkulieren, dass der nächste Präsident wieder Trump heißen könnte. Mit der Illusion von Augenhöhe wäre es dann wohl genauso vorbei wie mit jeglicher Art der vertraulichen Abstimmung.

Der Nato-Gipfel sollte Biden ursprünglich als Wahlkampfbühne dienen. Seine Berater hofften auf starke Bilder, wuchtige Reden. Jetzt sind sie nervös. Jede Stufe, die Biden nehmen muss, jeder Fototermin, jede spontane Begegnung wird von der bangen Frage begleitet sein, ob der greise Präsident patzt. Ist er körperlich und geistig noch fit für das mächtigste Amt der Welt? Es wird ein Zittergipfel.

Die Nato lebt vor allem von ihrer behaupteten Stärke. Von dem Versprechen, dass, sollte ein Mitglied angegriffen werden, alle anderen zu Hilfe eilen. Ist darauf Verlass? Im Baltikum fragen sich das viele.

Scholz war vor einigen Wochen in Litauen. Dort soll eine Kampfbrigade der Bundeswehr dauerhaft stationiert werden. Scholz versicherte den Litauern, Deutschland werde »jeden Zentimeter ihres Territoriums verteidigen«. Große Worte. Sie setzen allerdings voraus, dass sich Deutschland auf den Rückhalt der USA verlassen kann.

In einem der wenigen lichtereren Momente der Kandidatendebatte in den USA rief Biden den Verbündeten ins Gedächtnis, mit wem sie es bald wieder zu tun haben könnten. Trump hatte zuvor behauptet, dass die USA »fast 100 Prozent« des Nato-Budgets finanziert hätten. »Ich habe noch nie so viel Blödsinn gehört«, konterte Biden. »Das ist der Typ, der aus der Nato austreten will. Werden Sie in der Nato bleiben?«, fragte er, direkt an Trump gewandt. Woraufhin der die Augenbrauen hochzog und ein Gesicht machte, das



Ukrainischer Präsident Wolodymyr Selenskyj bei Nato-Gipfel 2022, künftiger Nato-Generalsekretär Rutte: Klägliches Bild des Westens



Robin van Lenthuisen / HH / tait

man nur so interpretieren kann: Wartet mal ab.

Im Brüsseler Hauptquartier der Nato verscheucht man die Gedanken an Trump. »Wir genießen Biden«, sagt ein ranghoher Diplomat. Es sei »phänomenal«, wie sehr sich die Biden-Regierung um die Alliierten bemüht habe. Die Erinnerung an Gipfel mit Trump nennt er »gruselig«.

Trump sieht das Bündnis als eine Art Inkassobüro und die Rolle des US-Präsidenten als die des Geldeintreibers. Zwar wird Deutschland in diesem Jahr erstmals zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung aufbringen, sogar ein klein wenig mehr. Aber in der Bundesregierung ahnen sie, dass sie Trump damit nicht beeindrucken. Er werde, sollte er wiedergewählt werden, mehr fordern, heißt es.

Wie würde der Kanzler mit dem Wiedergänger Trump umgehen?

Vor einigen Jahren, als Bundesfinanzminister, hat Scholz gezeigt, dass er grundsätzlich in der Lage ist, sich auf Trumps Politikstil einzulassen. Dieser Stil fußt auf dem Prinzip des Deals. Quidproquo, so nannte man das früher, Trump würde es wohl so formulieren: Gib mir was, dann kriegst du was.

Der damalige Finanzminister und Vizekanzler Scholz bot also 2020 dem damaligen Präsidenten Trump an, den Bau von zwei LNG-Terminals in Norddeutschland zu finanzieren – für den Fall, dass Trump im Gegenzug den Widerstand gegen die neue Gaspipeline Nord Stream 2 aufgibt. Um das Projekt durchzudrücken, wäre Scholz weit gegangen, LNG war damals in Deutschland hochumstritten, weil das Flüssiggas in den USA vor allem durch umweltschädliches Fracking gewonnen wird. Der Deal kam nicht zustande, aber Scholz hatte es probiert.

Der Kanzler ist Realpolitiker. Er würde, trotz der tief sitzenden Verachtung, die er für Trump empfindet, auch in einer zweiten Amtszeit versuchen, irgendwie mit ihm im Gespräch zu bleiben.

Die Regierung hat Vorkehrungen getroffen, besonders beim Thema Sicherheit. So schloss Verteidigungsminister Boris Pistorius mithilfe des 100-Milliarden-Euro-Sondervermögens für die Bundeswehr, das Scholz initiiert hatte, gleich mehrere große Verträge mit der US-Rüstungsindustrie. Die Milliarden Deals für 35 F-35-Kampffjets und 60 Chinook-Transporthubschrauber sollten ein Zeichen sein, das der brachiale Geschäftsmann Trump versteht. Wenn deut-



Dominik Butzmann / DER SPIEGEL

Generalinspekteur Breuer: »Der Grund, weshalb wir 2029 kriegstüchtig sein müssen, ist nicht Trump, sondern Putin«

sche Militärs und Diplomaten in den USA sind, betonen sie, dass deutsche Rüstungskäufe Jobs in den USA sicherten. Ihr Subtext: Seid bitte nett, wir sind es auch.

Im Fall seiner erneuten Wahl soll Trump die Ukrainehilfe nicht einfach abstellen können. Die Nato richtet eine neue Koordinierungsstelle für Waffenlieferungen ein, in Wiesbaden. Bisher haben die USA den Stab allein geleitet. Nun will sich Deutschland mit Führungspersonal beteiligen; ein deutscher General könnte Vizechef werden.

Auffällig ist zudem, wie locker gerade das Geld für Waffenkäufe sitzt. Etliche Verträge liegen zur Unterschrift bereit, für 105 neue Leopard-Panzer, für weitere Patriot-Flugabwehrsysteme, für bis zu 4,7 Millionen Schuss Artilleriemunition. Dass die Kosten für die Großprojekte nicht zur Haushaltsplanung für die kommenden Jahre passen, interessiert offenbar nicht. Das Kanzleramt hat entschieden, dass jetzt munter Ware für die Bundeswehr bestellt werden kann. Beahlt wird später.

Scholz, der Aufrüster?

Er hat in einem Pflegeheim Zivildienst geleistet, er hat 1983 im Bonner Hofgarten gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen protestiert, und er hat während seiner politischen Karriere nie irgendein nennenswertes Interesse an militärischen Themen erkennen lassen. Die Ironie

seiner Kanzlerschaft liegt schon jetzt darin, dass exakt diese Themen während seiner ersten zweieinhalb Jahre im Mittelpunkt standen. Zeitweise drehte sich, zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung, beinahe alles um Munition, Flugabwehrraketen, Schützenpanzer, Kampfbrigaden.

Ausgerechnet Scholz hat die massivste Aufrüstung der Bundeswehr seit dem Ende des Kalten Kriegs angestoßen. Ausgerechnet er muss die Deutschen darauf einschwören, wieder verteidigungsfähig zu werden – oder, wie Verteidigungsminister Pistorius so gern sagt: kriegstüchtig. Aber dieses Wort kommt Scholz nicht über die Lippen. So weit geht es dann doch nicht.

»Wir bräuchten jetzt einen Kanzler, der vor großen Entscheidungen nicht zurückschreckt. Scholz tut das«, sagt der Militärhistoriker Sönke Neitzel. Ein Beispiel? »Obwohl die Bundeswehr auf rund 465.000 aktive Soldaten und Reservisten anwachsen muss, verhindert Scholz ein Wehrpflichtmodell, mit dem das machbar wäre«, sagt Neitzel. »Wir wursteln uns durch nach dem Prinzip Hoffnung.« Neitzel hält es für möglich, dass Trump die US-Truppen aus Europa abziehen würde.

Und dann?

Einer, den die Aussicht auf Trump nicht aus der Ruhe zu bringen scheint, ist Generalinspekteur Carsten Breuer. »Würde Trump gewählt, werden wir damit umgehen«, sagt er. Deutschland müsse mehr Verantwortung für seine und die Sicherheit Europas übernehmen – »unabhängig vom Ausgang der Wahlen in den USA«.

Der oberste Soldat des Landes warnt vor einer anderen, größeren Bedrohung. Fünf Jahre noch, dann sei Russland in der Lage, die Nato anzugreifen. »Der Grund, weshalb wir 2029 kriegstüchtig sein müssen, ist nicht Trump, sondern Putin«, sagt Breuer. »Bei Personal, Material und Infrastruktur ist bereits vieles angeschoben, wir sind aber noch nicht am Ziel.«

Man Sorge sich, sagt ein Mitarbeiter im Brüsseler Nato-Hauptquartier, ob Berlin dauerhaft zwei Prozent seiner Wirtschaftskraft in die Verteidigung stecken werde – »oder ob es sich bei der Zeitenwende nur um ein Strohfeuer handelt«.

Das hängt nicht zuletzt an einem, dem Kanzler.

Markus Becker, Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein, Christoph Hickmann, Frank Hornig, Marina Kormbaki, Britta Sandberg, Bernhard Zand



Michael Kappeler / picture alliance / dpa

Baerbock und ihr Frauenproblem

KARRIEREN Ob beim diplomatischen Nachwuchs oder auf Führungspositionen – nach zweieinhalb Jahren merkt die Ministerin, dass die Förderung von Kolleginnen im Auswärtigen Amt leichter gesagt ist als getan.

Im März vergangenen Jahres lud Annalena Baerbock in den holzgetäfelten Welsaal ihres Ministeriums. Für die erste Frau an der Spitze des Auswärtigen Amts gab es, gut ein Jahr nach ihrem Amtsantritt, etwas zu feiern. Baerbock präsentierte die Leitlinien zur feministischen Außenpolitik – ein Papier, für das sie und die grüne Partei lange gekämpft hatten.

Feministische Außenpolitik müsse im Auswärtigen Amt anfangen, sagte Baerbock bei der Veranstaltung. Und im Vorwort der Leitlinien schrieb sie: »Wir werden hart daran arbeiten, unserem Auswärtigen Dienst ein weiblicheres Gesicht zu geben und den Anteil von Frauen in Führungsfunktionen erhöhen.«

So weit die Theorie, die Wirklichkeit ist komplizierter. Nach zweiein-

halb Jahren im Amt muss Baerbock eingestehen, dass Frauenförderung leichter anzukündigen als umzusetzen ist. Sowohl beim Diplomatinnen-nachwuchs als auch bei der Besetzung von Führungspositionen verzeichnet die Ministerin Rückschläge.

Ein besonderes Anliegen ist es Baerbock, den Frauenanteil in Leitungsfunktionen dort zu erhöhen, wo er noch extrem gering und gleichzeitig besonders sichtbar ist, zum Beispiel an den deutschen Botschaften rund um die Welt. »Der Frauenanteil an Führungspositionen im In- und Ausland konnte in den vergangenen Jahren deutlich gesteigert werden«, heißt es aus dem Auswärtigen Amt. »Insbesondere bei den Leiterinnen der Auslandsvertretungen besteht aber weiter ein erheblicher Nachholbedarf.«

Politikerin Baerbock, Mitarbeiterinnen:

»Auf allen Hierarchieebenen Parität erreichen«

Wie mühsam es ist, mehr Frauen in die Leitung der Botschaften zu bringen, zeigen die aktuellen Zahlen. 2022 wurden gerade einmal 27 Prozent der rund 225 Auslandsvertretungen von Frauen geleitet, derzeit sind es immerhin 33 – von einem ausgeglichenen Verhältnis ist man allerdings noch weit entfernt.

Zudem gibt es offenbar ein Problem: 2023 schnitten beim hausinternen »Vorgesetztenfeedback« mehr Leiterinnen von Auslandsvertretungen schlechter ab als ihre männlichen Kollegen.

Dieses Feedback wird im ersten Quartal jedes Jahres durchgeführt. Dabei sollen die rund 12.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr als 1000 Führungskräfte des Auswärtigen Amts anhand eines schriftlichen Fragebogens bewerten. Zu den Bewerteten zählen Referatsleiterinnen, Leiter von Visastellen, Botschafterinnen oder beamtete Staatssekretäre in der Zentrale.

Auf einer Skala von 1 (»Trifft zu«) bis 6 (»Trifft nicht zu«) beantworten die Mitarbeiter Fragen zum Führungsverhalten ihrer Chefinnen und Chefs, zum Beispiel: »Gibt Weisungen klar und eindeutig« oder »Leitet Besprechungen effizient und ergebnisorientiert«. Ab einer Durchschnittsbewertung von 3,0 oder schlechter muss die Führungskraft mit ihren Mitarbeitern eine »Veränderungsabsprache« vereinbaren, sich also schriftlich verpflichten, wo er oder sie sich bessern wird.

Im Normalfall erfährt niemand außer den Mitarbeitern und der Führungskraft das Ergebnis. Nur wenn ein Vorgesetzter eine Durchschnittsnote von 3,2 oder schlechter bekommt, wird seine Befragung »deanonymisiert«. Die schlechte Bewertung geht dann an ein Steuerungsgremium. Es berät, wie der Konflikt zwischen dem Vorgesetzten und den Mitarbeitern gelöst werden kann.

2023 wurden nach einer internen Zählung des Auswärtigen Amts insgesamt zwölf Frauen und elf Männer deanonymisiert. Da aber nur 35 Prozent der Führungspositionen im höheren und gehobenen Dienst von Frauen ausgeübt wurden, wurde demnach überdurchschnittlich vielen Frauen ein schlechtes Zeugnis ausgestellt.

Noch problematischer sieht es aus, wenn man nur die Leiterinnen von Auslandsvertretungen betrachtet. So war 2023 nach SPIEGEL-Informationen nur ein Mann unter den sieben Durchgefallenen – bei einem ohnehin niedrigeren Frauen-

anteil von 30 Prozent. 2024 war das Verhältnis in absoluten Zahlen zwar wieder ausgeglichen, aber bei einem nur leicht gestiegenen Frauenanteil von 33 Prozent.

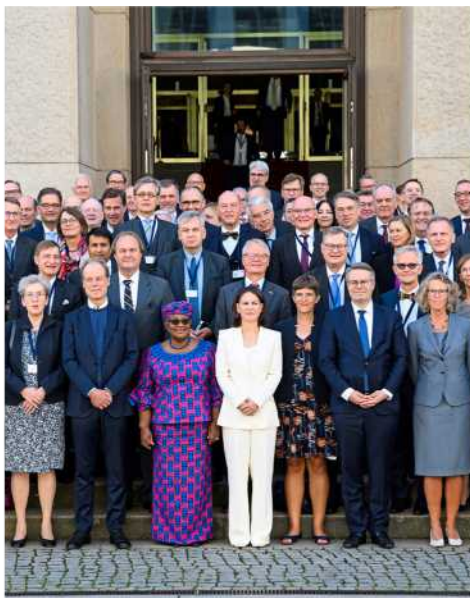
Die Ergebnisse sorgen auf den Fluren des Auswärtigen Amts für reichlich Diskussionsstoff. Einige glauben, dass die jahrzehntelange Bevorzugung von Männern die Kultur im Hause so geprägt habe, dass es Frauen in Führungspositionen schwerer hätten – und deshalb auch öfter schlechtere Bewertungen bekämen.

Andere argumentieren, dass zuvor häufig ungeeignete Männer befördert worden wären. Durch die Bevorzugung von Frauen würden jetzt eben auch manche Diplomatinen in Führungspositionen aufrücken, die dafür nicht geeignet seien.

Ein konkreter Fall macht dabei die Runde. Baerbock berief jüngst eine Botschafterin der Besoldungsgruppe B6 (11.373 Euro monatliches Grundgehalt ohne Auslandszuschläge) von ihrem Posten im Ausland vorzeitig ab. Sie war wiederholt beim Vorgesetztenfeedback durchgefallen. Ihr Führungsverhalten war offenbar so schlecht, dass die Leitung des Ministeriums sie auch in der Zentrale in Berlin keinem Mitarbeiter mehr zumuten wollte. Die Diplomatin soll jetzt in einen regierungsnahen Thinktank abgeschoben werden.

Mit Sorge blicken Baerbocks Leute auch auf das Geschlechterverhältnis beim Nachwuchs. Von einer »langen Leidensgeschichte« ist intern die Rede, schon Baerbocks Vorgänger Heiko Maas (SPD) setzte sich vehement für die Förderung von Frauen ein.

Für die Attaché-Ausbildung des höheren Dienstes bewerben sich immer ungefähr so viele Frauen wie Männer, aber im Laufe des Auswahlverfahrens konnten sich lange mehr Männer durchsetzen als Frauen. Eine Zeit lang glaubten die Verantwortlichen, bestimmte Prüfungen würden Frauen benachteiligen.



Chefin Baerbock, diplomatisches Corps

»Wir werden hart daran arbeiten, unserem Dienst ein weiblicheres Gesicht zu geben.«

In ihrem ersten Amtsjahr schaffte Baerbock den psychologischen Eignungstest der Deutschen Gesellschaft für Personalwesen trotz vieler Proteste ab. Es half nichts: Bewerberinnen schnitten gegenüber ihren männlichen Konkurrenten weiterhin deutlich schlechter ab. Im folgenden Jahr sank der Frauenanteil des Diplomatennachwuchses sogar auf 35 Prozent ab. Mittlerweile wurde der Test wieder eingeführt.

Als Nächstes nahm man das mündliche Auswahlverfahren in den Blick: Die Jury für die Bewerbungsgespräche sollte dafür sorgen,

dass jeder neue Diplomatenlehrgang paritätisch besetzt ist. Doch auch damit endeten die Probleme nicht. Nach bestandener Prüfung, so heißt es, sagten regelmäßig mehr Frauen ab als Männer. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei außerdem ein Grund, den Wechsel von einer Auslandsstation zur nächsten innerhalb weniger Jahre wollten sich viele Frauen nicht zumuten.

Die »Rotation« der Beamtinnen und Beamten im diplomatischen Dienst beschäftigt auch die Ministerin, sie bekommt die Nachteile selbst mit: Alle paar Jahre verliert Baerbock wichtige Vertraute in entscheidenden Positionen, weil diese obligatorisch auf einen neuen Posten wechseln müssen. Kürzlich gab es aus diesen Gründen mehrere Veränderungen unter den Abteilungsleitern, was sich negativ auf das Geschlechterverhältnis ausgewirkt hat.

In den Leitlinien zur feministischen Außenpolitik konnte Baerbock noch stolz verkünden, dass fünf der insgesamt elf Abteilungen im Auswärtigen Amt von Frauen geführt würden. Drei Abteilungsleiterinnen wurden kürzlich zu Botschafterinnen ernannt. Dadurch wurde der Frauenanteil an der Spitze der Auslandsvertretungen erneut gesteigert. Auf der Abteilungsleiterenebene in der Zentrale aber sank er. Alle drei werden jetzt durch Männer ersetzt.

Baerbock und ihr Büro versuchten, neue Abteilungsleiterinnen zu finden. Das Protokoll wird jetzt zum ersten Mal in der Geschichte des Auswärtigen Amts von einer Frau geleitet. Für die anderen Posten kassierte die Ministerin nach SPIEGEL-Informationen mehrere Absagen von Frauen.

Eine Abteilungsleitung ist weiterhin vakant, noch ist unklar, ob es Baerbock gelingt, zumindest dort eine Frau zu platzieren. So könnte sie ihrem selbst gesteckten Ziel aus den Leitlinien näher kommen, »auf allen Hierarchieebenen Parität zu erreichen«.

Christoph Schult

 HURTIGRUTEN

DAS ORIGINAL

34 Häfen, über 100 Fjorde

NORWEGEN 2025

12 TAGE AB 1.909€*

JETZT BUCHEN

hurtigruten.de



BIS ZU **800 €**
BORDGUTHABEN*

*Limitiertes Kontingent, SELECT-Tarif.



Julia Seilmann / DER SPIEGEL

Sozialdemokrat Kühnert: »Wir müssen uns noch stärker auf das Unplanbare vorbereiten«

»Hier ist Wut entstanden«

WAHLKAMPF Manche in der SPD machen Generalsekretär Kevin Kühnert, 35, für schlechte Umfragewerte und Wahlergebnisse verantwortlich. Was sagt er dazu?

SPIEGEL: Herr Kühnert, die Ampelkoalition steht miserabel da, die Regierung quält sich mit dem Haushalt, bei der Europawahl ist die SPD abgestürzt. Haben Sie überlegt hinzuschmeißen?

Kühnert: Nein. Wenn ich ernsthaft darüber nachgedacht hätte, dann hätte ich den Schritt auch gehen müssen. Denn meine Partei braucht gerade keinen Generalsekretär im Modus der Selbstbeschäftigung. Ich bin voll bei der Sache.

SPIEGEL: In Ihrer Partei traut Ihnen mancher nicht zu, den nächsten Bundestagswahlkampf zu leiten.

Kühnert: Ich finde es richtig, dass nach einer krachend verlorenen Wahl die Frage im Raum steht, was handwerklich falsch lief. Und ob die Verantwortlichen, auch ich persönlich, das abgestellt bekommen. Das wird uns aber gelingen. Ich bin vor wenigen Monaten mit 92 Prozent im Amt bestätigt worden, und auf dieser Vertrauensbasis arbeite ich.

SPIEGEL: Was würden Sie heute anders machen?

Kühnert: Die Zeiten, in denen Parteien mit Plakaten und Programmen bestimmen konnten, worüber die Republik einige Wochen lang spricht, die sind vorbei. Wir müssen uns also noch stärker auf das Unplanbare vorbereiten, dabei schneller und auch wehrhafter sein. Die SPD ist in Wahlkämpfen eine Macht, wenn unsere Mitglieder mit vollem Herzen dabei sind. Diese Sicherheit haben wir an der Spitze ihnen zuletzt nicht geben können. Das zu ändern ist prioritär.

SPIEGEL: Wir haben den Eindruck, dass die SPD sich beim Bürgergeld und in der Migrationsdebatte von der Union treiben lässt. Wie wollen Sie in die Offensive kommen?

Kühnert: Jedenfalls nicht, indem wir unsere Überzeugungen auf den Kopf stellen. Wir haben uns in den genannten Themen teilweise in die Ecke drängen lassen. Da müssen wir jetzt raus, und das ist auch eine Frage der

Körperhaltung. Nehmen Sie das Bürgergeld: Seit 20 Jahren sind nicht mehr so wenige Menschen aus Erwerbsarbeit in die Grundsicherung gewechselt. Die Behauptung »Leute kündigen ihren Job, um Bürgergeld zu beziehen« könnte falscher nicht sein. Trotzdem hat sich diese Annahme festgesetzt, auch weil wir zu nachsichtig mit Falschbehauptungen umgegangen sind. Davon nehme ich mich selbst nicht aus.

SPIEGEL: Wann haben Sie den Kampf um die Deutungshoheit verloren?

Kühnert: Verloren ist nichts. Aber wir sind ins Hintertreffen geraten, als das Bürgergeld deutlich erhöht wurde. Wir waren uns einig – übrigens auch mit der Union –, dass die Regelsätze nicht länger mit anderthalb Jahren Verspätung auf enorme Inflation reagieren können. Ergebnis war dann eine einmalige starke Erhöhung von zwölf Prozent – ein Plus, das viele Menschen mit niedrigen Löhnen auch gebraucht hätten, das sie aber von ihren Arbeitgebern nicht bekommen haben. Hier ist Wut entstanden. Die Reaktion meiner Partei darauf sollte nicht sein, das Bürgergeld zu schreddern und die Leute letztlich zur Tafel zu schicken. Aber unser Hauptaugenmerk muss denen gelten, die beispielsweise ohne Tarifvertrag schufoten und keinen gerechten Lohn erhalten.

SPIEGEL: Nach der Wahl haben Sie mit Blick auf Ihre Koalitionspartner von »Kontaktschande« gesprochen und mit dem schlechten Ruf der anderen Ihr eigenes schlechtes Wahlergebnis erklärt. Bereuen Sie die Wortwahl?

Kühnert: Derlei Distanzierung im Nachgang fände ich etwas wohlfeil. Von der Beobachtung an sich habe ich nichts zurückzunehmen, zumal ich damit nicht das SPD-Ergebnis erklärt habe. Das verantworten wir selbst. Es war auch nicht als Beschimpfung gemeint, sondern als Beschreibung einer Realität, die mir dutzendfach von unseren ehrenamtlichen Mitgliedern an den Infoständen gespiegelt wurde. Denen sagten manche Leute: »Solange ihr in dieser Koalition seid, können wir euch nicht wählen.« Das galt besonders im Osten und im ländlichen Raum. Mein Schluss ist nicht, dass Grüne und FDP am Schicksal der SPD schuld sind. Aber es gibt ein – vor allem kulturelles – Problem mit diesem Bündnis bei manchem unserer Anhänger. Das ist die Wirklichkeit, und die werde ich nicht leugnen.

SPIEGEL: Als Generalsekretär sind Sie in einer dienenden Funktion, gegenüber den beiden Parteivorsitzenden, aber auch gegenüber dem Kanzler. Was mögen Sie an diesem Job?

Kühnert: Die Gestaltungsspielräume. Ich leite die Parteizentrale, bin für Kampagnen und politische Kommunikation zuständig, kann aber auch eigene politische Akzente setzen. Ein Generalsekretär ist kein Sekretär – ich leite nicht das Büro von irgendwem oder wurde eingestellt. Ich bin in ein eigenständiges politisches Amt gewählt worden. In diesem arbeite ich loyal für die politischen Ziele meiner Partei.

SPIEGEL: Und was stört Sie?

Kühnert: Ich habe nicht das vermeintliche Glück meines CDU-Kollegen Carsten Linne-

mann, dass alle Parteifreunde um mich herum Oppositionspolitiker sind und wir den lieben langen Tag kritisieren und Behauptungen aufstellen können. Ich arbeite für die Partei des Bundeskanzlers und muss mitunter Prozesse erklären, an denen ich nicht unmittelbar beteiligt bin. Über den Haushalt verhandle nicht ich mit Lindner und Habeck, dennoch richten sich die Blicke auf mich und wenige andere, wenn es darum geht, diese Ampelpolitik schlussendlich zu vermitteln. Ich muss also oft Dinge erklären, die zwar nah an meiner Position sind, aber nicht zwingend deckungsgleich. In Talkshows werde ich nicht als Privatperson Kevin Kühnert befragt, sondern als Generalsekretär. Das ist ein Spannungsverhältnis und der Preis jeder Verantwortung.

SPIEGEL: Können Sie in diesem Amt noch ein Parteilinker sein?

Kühnert: Klar. Die politischen Überzeugungen haben sich ja nicht geändert. Aber natürlich kann ich im Moment nicht die Speerspitze der Bewegung sein. Viele fragen jetzt: Der war doch mal Juso-Chef, warum sagt der heute nicht mehr das Gleiche? Das hat nichts mit Mutlosigkeit zu tun. Damals war ich gewählt, um die Belange und Ideen der Jusos zu vertreten, jetzt vertrete ich eben die der SPD. Man kann in Ämtern die Grenzen seiner Aufgabenbeschreibung immer ein Stück weit überschreiten, aber nicht endlos. Dann kippt es ins Illoyale, und das lasse ich nicht zu.

SPIEGEL: Haben Sie Ihren Aufgabenbereich schon überschritten?

Kühnert: Ich wüsste jedenfalls, wann das der Fall wäre. Nehmen wir mal an, ich würde irgendeine Steuerdebatte losbrechen, nur um mit großer Geste zu beweisen, dass ich ein linker Sozialdemokrat bin. Dann würde ich zwar vermeintlich mir selbst einen Dienst erweisen, hätte meine Aufgabe aber nicht gut erledigt. Es geht um Fingerspitzengefühl: Wann braucht es mehr Zunder in der politischen Auseinandersetzung, und wann ist die Spannung so groß, dass ich vielleicht lieber ein bisschen Druck rausnehme? Im Moment ist die Spannung extrem groß.

SPIEGEL: Sie setzten sich früher für mehr Mitgliederbeteiligung ein, etwa bei der Auseinandersetzung über die Große Koalition 2018. Gerade hat der SPD-Vorstand aber einen Antrag auf ein Mitgliederbegehren zum Haushalt beerdigt. Wie passt das zusammen?

Kühnert: Einspruch! Der Parteivorstand hat das nicht abgelehnt oder beerdigt, denn er hat darüber gar nicht zu entscheiden. Es wurde lediglich über das Ergebnis eines juristischen Gutachtens informiert: Eine unabhängige Anwaltskanzlei hat im Auftrag der Parteizentrale geprüft, ob das Mitgliederbegehren die Vorgaben unseres Statuts erfüllt, und kommt zu dem Schluss, dass dies nicht der Fall ist. Das ist kein politisches Votum, sondern eine Feststellung nach dem Parteistatut.

SPIEGEL: Die Idee eines Mitgliederbegehrens war auch eine Reaktion auf das schlechte Abschneiden bei der Europawahl. Wie will die SPD aus ihrem Tief kommen?

Kühnert: Es gibt nicht die eine Antwort darauf, aber ein paar Zahlen geben Hinweise. Jeder fünfte SPD-Wähler von der Bundestagswahl 2021 ist diesmal zu Hause geblieben. Viele waren nach zweieinhalb Jahren nicht mehr zufrieden mit ihrer Wahlentscheidung. Es ist zu oft der Eindruck entstanden, die SPD wisse selbst nicht, wo ihre Prioritäten liegen. Wir müssen also erkennbarer werden, ohne in Krawall zu verfallen. Ich gestehe offenerherzig: Dieser Spagat bereitet mir schon Kopfzerbrechen. Mehr Profil und weniger Streit, das wird nicht immer aufgehen.

SPIEGEL: Wie bekommen Sie diesen Spagat hin?

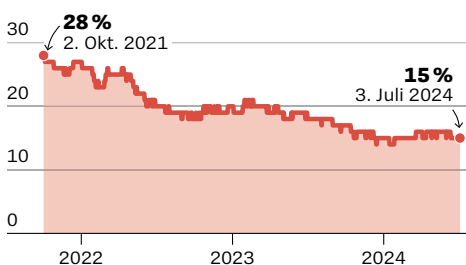
Kühnert: Indem wir ehrlich sind. Ich glaube, viele Leute waren genervt, dass die Ampel dauernd versprochen hat, sich weniger zu streiten – und es doch nicht geschafft hat. Sind wir ehrlich: Viel harmonischer wird es nicht mehr. Ihr habt uns gewählt, und wir geben unser Bestes. Aber es liegen so viele komplexe Fragen auf dem Tisch, da wird es mal knirschen. Immer wieder. Und das würde es bei jeder anderen Regierung auch. Wenn ich mich zwischen »mehr Profil« und »geräuschlos Regieren« entscheiden müsste, ich würde das klare Profil wählen.

SPIEGEL: Nach der Europawahl kündigte Parteichef Klingbeil an, die SPD werde sich jetzt auf die »arbeitende Mitte« fokussieren. Das hat 2015 auch die damalige SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi gesagt, 2017 der Kanzlerkandidat Martin Schulz. Ist das inzwischen nur noch eine sozialdemokratische Phrase?

Kühnert: Nein, denn das würde bedeuten, dass wir das sagen, ohne anschließend etwas zu tun. Aber wir haben allein in dieser Wahlperiode den Mindestlohn angehoben, die Midijobgrenze ausgeweitet, den Kinderzuschlag und das Wohngeld erhöht. Alles Maßnahmen für arbeitende Menschen. 50 Milliarden Euro Inflationsausgleich sind von Arbeitgebern an Beschäftigte im Land geflossen, weil wir das steuer- und abgabenfrei ermöglichen haben. Das ist, was wir unter Politik für die arbeitende Mitte verstehen. Trotzdem muss ich zur Kenntnis nehmen, dass uns das derzeit nur eine Minderheit zuschreibt.

Schwindsüchtige SPD

»Wen würden Sie wählen, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre?«, Antwort »SPD«, in Prozent



5 • Quellen: Wahlrecht.de (Allensbach, Forsa, Forschungsgruppe Wahlen, GMS, Insa, Ipsos, Infratest dimap, Varian, YouGov), eigene Berechnung; Stand: 3. Juli 2024

SPIEGEL: Woran liegt das?

Kühnert: Es gibt eine Konkurrenz um die politische Agenda. Auf die Frage, womit sich die SPD gerade beschäftigt, sind häufige Antworten: Ukrainehilfen oder Bürgergeld. Viele Leute in der arbeitenden Mitte schalten also den Fernseher ein und haben den Eindruck, dass wir uns vornehmlich mit Themen befassen, die nicht ihren Alltag bestimmen. Die Politik muss solche Gefühle ernst nehmen, auch wenn sie bei genauer Betrachtung gar nicht stimmen. Meine Partei wird den Leuten jedenfalls nicht erklären, dass sie nur die falschen Gefühle haben.

SPIEGEL: Die 13,9 Prozent bei der Europawahl waren das bisher schlechteste Ergebnis der SPD bei einer bundesweiten Wahl. Wären da personelle Konsequenzen nicht zwingend nötig?

Kühnert: Ich bin sicher nicht der Einzige, der sich diese Frage gestellt hat. Und wenn es in der Breite der Partei die Erwartung gäbe, dann würde ich das keinesfalls ignorieren. Aber das ist schlicht nicht mein Eindruck. Das heißt aber auch, dass wir als Parteispitze jetzt die Pflicht haben, wirklich an der Tonalität und inhaltlichen Klarheit zu arbeiten. Wir haben vor der Europawahl gemerkt, dass viele Mitglieder den Haustürwahlkampf meiden. Wer als Mitglied nicht weitgehend von der Arbeit seiner Partei überzeugt ist, klingelt auch nicht beim Nachbarn an der Tür, um zur Wahl aufzurufen. Das ist jetzt meine wichtigste Baustelle.

SPIEGEL: Die Rolle von Kanzler Olaf Scholz wurde in der SPD kritisiert. Im Europawahlkampf hat die Partei ihn überall plakatiert – und brutal verloren. Wie wollen Sie mit ihm eine Bundestagswahl gewinnen?

Kühnert: Wir haben 2021 gezeigt, dass wir es gemeinsam können. Das zu wiederholen wird kein Selbstläufer, aber es ist machbar, wenn wir gleichzeitig hungrig und realistisch sind. Das heißt: Olaf Scholz kann als Kanzler kein Raufbold sein. Ich verstehe aber, dass einige sich mehr Mut von ihm wünschen, auch mal eine Position zu beziehen, die noch nicht fest ausverhandelt ist. Das stiftet Orientierung, und daran mangelt es in unseren unübersichtlichen Zeiten am allermeisten. Kommunikation erklärt im Jahr 2024 nicht nur Politik, sondern kann selbst Politik sein, wenn wir uns Mühe geben.

SPIEGEL: Sie wollen mehr Haltung?

Kühnert: Ich bin ein absoluter Gegner dieser Evergreen-Forderungen an den Kanzler, er solle mal auf den Tisch hauen oder eine Ruck-Rede halten. Bei genauerem Hinsehen wollte ich nicht in einem Land leben, in dem der Regierungschef auf so eine autoritäre Art und Weise führt. Mir geht es eher um die Soft Power. Dass der Kanzler den Menschen vermittelt: Ich weiß, wo der Alltag anstrengend ist und was euch richtig beschäftigt. Olaf Scholz hat immer wieder gezeigt, dass er das kann. Und es ist unser Job, ihm dabei zu helfen. Insbesondere meiner.

Interview: Sophie Garbe, Christian Teevs

Prorussische Proteste in Köln
im September 2022



Ying Tang / IMAGO

Operation Angst

PROPAGANDA Neidkampagnen gegen ukrainische Flüchtlinge, bezahlte Demonstrationen in Europa: Geheimdienst Dokumente aus Moskau zeigen, wie der Kreml die öffentliche Meinung in Deutschland manipulieren will.

Die Internetseite wirkt zunächst wie ein normales Nachrichtenportal. Es gibt Rubriken wie »Deutschland« und »EU«, eine Spalte mit Wechselkursen und Börsenwerten. Wenn da nicht diese Artikel wären.

»Wie Ukrainer Deutschland wirtschaftlichen Wohlstand rauben«, lautet die Überschrift eines schrillen Texts. Von einer »Überschwemmung« deutscher Städte mit ukrainischen Flüchtlingen ist darin die Rede.

Der Artikel folgt einem perfiden Plan.

Deutsche Behörden rechnen die Plattform, auf der der Text erschienen ist, einer groß angelegten Einflusskampagne des Kreml zu: Mehr als zwei Dutzend manipulative Internetseiten, meist ohne Impressum und Herkunftsangabe, verbreiten derzeit in großem Stil Kreml-genehme Erzählungen. Hinzu kommen Hunderttausende Fake-Accounts in den sozialen Medien, die Fotokacheln mit Parolen posten und oft auf die irreführenden

Seiten verlinken. Die dort platzierten Botschaften klingen wie Meldungen aus einem Notstandsgebiet:

»Deutschland versinkt in Obdachlosigkeit.«

»Selbst Brot wird zum Luxusgut.«

Und immer wieder taucht, leicht variiert, dieser Gedanke auf: »Es ist an der Zeit, dass wir anfangen, uns um unsere eigenen Bürger zu kümmern, anstatt Geld in den ukrainischen Krieg zu pumpen.«

Seit Monaten warnen Bundesregierung und Sicherheitsbehörden vor ausufernden Einflussversuchen des Kreml im Internet. Nicht immer verbreitet Moskau glatte Lügen. Vielmehr geht es darum, mit Halbwahrheiten Debatten zu verzerren, polarisierende Positionen zu verstärken, Vertrauen in Institutionen und Medien zu untergraben, die Spaltung der Gesellschaft voranzutreiben. Zersetzung nannte das die ostdeutsche Staatssicherheit einst.

Recherchen des SPIEGEL und des Investigativportals »The Insider« ermöglichen nun einen tiefen Einblick in die Motive, Strategien und Ziele der Verantwortlichen – es ist ein Einblick in den Maschinenraum russischer Informationsoperationen. Ein Datenleck des russischen Auslandsgeheimdiensts SWR macht deutlich, was Wladimir Putins Agenten im Westen anrichten wollen und worauf sie dabei setzen: auf Emotionen.

Es gehe darum, in Europa »Angst« zu erzeugen, heißt es in einem Papier des SWR. Das müsse das neue »Leitmotiv« der Anstrengungen sein. Es gelte, Ängste vor einer unsicheren Zukunft zu wecken, vor einem unwägbareren Schicksal der eigenen Kinder. Das Unterbewusstsein des Zielpublikums müsse durch »kognitive Attacken« mit »Panik und Horror überwältigt werden«. Eines der Zielländer ist Deutschland.

Überraschend ist der Ausgangspunkt dieser neuen Strategie, die den Unterlagen zu-

folge kurz nach dem Überfall auf die Ukraine im Jahr 2022 startete. Im Informationskrieg um die Köpfe habe man bisher keine Chance, stellten die Geheimdienst-Analytiker frustriert fest. Mit der öffentlichen Wahrnehmung des Ukrainekriegs, den Russland als »Spezialoperation« zu verharmlosen versuchte, waren die Agenten offenbar unzufrieden. Im Kreml sah man das ähnlich.

Alexej Puschkow, ein einflussreicher russischer Außenpolitiker rief daher Ende Mai 2022 zu einer Krisensitzung mit dem martialischen Titel: »Die Rolle der Information in der großen Konfrontation mit dem Westen«. Insbesondere um Internetplattformen sollte es gehen, »in der neuen Realität«.

Puschkow ist im Föderationsrat, dem Oberhaus des russischen Parlaments, für »Informationspolitik und Interaktion mit den Medien« zuständig. Zu seinem »Runden Tisch« lud er diverse Schwergewichte: Marija Sacharowa etwa, Sprecherin des russischen Außenministeriums, berüchtigt für ihre ausfälligen Bemerkungen über westliche Politiker. Ein wichtiger Berater des Verteidigungsministeriums und Experte für psychologische Kriegsführung war dabei, ebenso Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft und führende regimetreue Medienleute. Fotos zeigen eine große Runde in einem fensterlosen Konferenzraum, vor jedem Teilnehmer ein kleiner Tischmonitor.

Westliche Internetplattformen seien »am Informationskrieg gegen Russland beteiligt«, so Puschkow. Man sehe sich einem Propagandakrieg ausgesetzt und müsse dringend neue Gegenmittel entwickeln.

Diskutiert wurde über Bußgelder und Sperrungen westlicher Plattformen, aber vor allem über eine neue »Informationsstrategie für Russland«. Es gehe um die »Fähigkeit, eigene Ansätze und Einschätzungen nach außen zu projizieren«. Im Geheimen wurde genau daran bereits gearbeitet, wie die Recherchen nun zeigen.

Drei Tage vor der Krisensitzung hatte ein gewisser Michail Kolessow das Dokument »Propaganda.doc« an sich selbst gemailt, offenbar als Vorbereitung für die Sitzung. Einem Lebenslauf zufolge arbeitet der stämmige Mann mit kahlem Schädel und buschigen Augenbrauen als Abteilungsleiter für eine Denkfabrik mit dem schönen Namen »Friedensstifter«.

Doch daneben führt Kolessow im Verborgenen eine 40 Agenten starke Abteilung im russischen Auslandsgeheimdienst SWR, für den er seit August 2001 arbeitet. Kolessow ist erfahren und weit herumgekommen, unter anderem war er zeitweise in Kabul stationiert. Eine Version seiner Vita weist ihn als Spezialist für internationale »Propaganda-Kampagnen« aus. 2019 bekam er den Verdienstorden für das Vaterland verliehen, zweiter Klasse. In seinen Unterlagen findet sich auch ein Ausweis für den Inlandsgeheimdienst FSB.

Interne Mails und Dokumente aus seinem Postfach zeigen, wie im Lauf der folgenden

»Wir müssen den Sieg mit allen Mitteln erreichen.«

Auszug aus SWR-Papier

Monate aus Kolessows ersten Überlegungen ein umfassendes SWR-Strategiepapier für den Informationskrieg mit dem Westen entstand. Der Agent besprach und koordinierte das Konzept mit Vertretern weiterer russischer Geheimdienste.

Heraus kam eine Art Desinformationsdoktrin, ein Planungsdokument für die neue Generation russischer Einflussoperationen. Im Internet wie auch mit inszenierten Protesten auf den Straßen europäischer Länder will Moskau den Westen schwächen. Der Plan wirkt wie eine Blaupause für das, wovor westliche Nachrichtendienste seit Monaten immer vehementer warnen – und was sich im Netz und in mehreren EU-Staaten beobachten lässt.

Der SPIEGEL hat die Geheimdienstunterlagen, die aus einer Cyberattacke kremlkritischer russischer Hacktivistinnen stammen und der Redaktion zugespielt wurden, geprüft und zudem von Experten bewerten lassen. Sie halten die Inhalte für plausibel. Die Beteiligten, deren Daten und weitere Angaben ließen sich unabhängig verifizieren. Die russische Botschaft in Berlin reagierte nicht auf eine SPIEGEL-Anfrage. Auch Kolessow äußerte sich nicht.

Ausgangspunkt für die Überlegungen des Agenten Kolessow war eine radikale Abrechnung mit dem bisherigen Kurs Moskaus. Schon vor der Krisensitzung im Mai 2022 erklärte er die russischen Bemühungen für gescheitert. So habe man keine Chance, die »Konfrontation mit dem kollektiven Westen



Geheimagent Kolessow

zu gewinnen«. Vor allem die Geheimdienste seien »unvorbereitet« gewesen. Es brauche künftig ein »zielgerichtetes, aktives und offensives« Vorgehen. In den Zielländern müsse man Konflikte betonen sowie Proteste schüren und »eskalieren«.

In den folgenden Monaten ventilierte Kolessow seine Ideen innerhalb des russischen Auslandsgeheimdiensts, er erhielt Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge. Mindestens eine Fassung schickte er auch an den hochrangigen FSB-Mann Eduard Tschernowolzew, wie aus den geleakten Daten hervorgeht. Tschernowolzew war bis Ende 2023 Chef der »Technischen Spezialoperationen« des FSB. Ihm unterstanden die Hacking-Truppen des Auslandsgeheimdiensts und die Inlands-Internetüberwachung.

Zwischen Januar und Mai 2023 entstand schließlich die finale Fassung der neuen SWR-Strategie für den Infokrieg. Zwischenzeitlich hatte Kolessows Papier ein eigenes Logo bekommen, es hieß jetzt offiziell »SWR-Projekt«, wobei der Buchstabe »o« durch eine Weltkugel ersetzt wurde. Auf die Analyse folgen in dem Papier Lösungsvorschläge, ein ideologischer Überbau und Einzelheiten zur technischen Umsetzung. Das sei typisch für Planungsdokumente der russischen Geheimdienste, so Experten.

Ihren Propagandisten fehlten bisher die technischen Werkzeuge, um Moskaus Agenda in den Westen zu tragen, stellte Kolessow fest. Die Strategie, auf eigene Propagandasender wie Sputnik und RT zu setzen, zeige »seit Jahrzehnten eine Effektivität nahe null«. Auch der »vergleichsweise frische Trend, loyale Telegram-Kanäle zu unterstützen«, erfülle nicht die Erwartungen.

Die Gründe sieht der SWR-Mann in einem »Mangel an Kreativität« sowie in »Heuchelei und moralischen Bedenken«. Damit müsse Schluss sein, ethische Skrupel müssten hintangestellt werden. »Es kann nur ein Ziel geben, den Sieg, und wir müssen ihn mit allen Mitteln erreichen.«

Notwendig seien neue, ungewöhnliche Einflussmethoden. Künftig solle es nicht mehr in erster Linie darum gehen, auf den Verstand der Empfänger zu zielen und zu versuchen, diese mit prorussischen Argumenten und Positionen zu überzeugen. Russische Experten, Offizielle und prominente Medienleute, die Moskaus Sichtweise nach außen trügen, seien längst »beim westlichen Publikum diskreditiert«.

Daher müssten künftige Kampagnen auf die »70 bis 80 Prozent normalen Menschen« abzielen, die vor allem über die »psycho-emotionale« Ebene erreichbar und manipulierbar seien. Diese »kognitive« Strategie, so Kolessow, müsse an die Gefühle appellieren, und zwar allen voran an die stärkste Emotion: Angst.

Das Papier macht dazu konkrete Vorschläge. Russland solle sich darauf konzentrieren, einen Keil zwischen die Ukraine und seine Unterstützer zu treiben – und die westlichen

Gesellschaften zu spalten. »Das dankbarste Thema ist im Moment das der ukrainischen Flüchtlinge, die aktiv die europäischen Sozialsysteme in Anspruch nehmen«, heißt es in dem Papier. Die »zunehmenden Ansprüche ukrainischer Migranten und die dadurch hervorgerufenen Irritationen der lokalen Bevölkerungen« seien nach seiner Einschätzung »ein hocheffizientes Thema für die Netzkriegsführung in der EU«.

Bereits einige Monate zuvor hatte CDU-Chef Friedrich Merz Geflüchteten aus der Ukraine »Sozialtourismus« vorgeworfen. Es hagelte Kritik. Merz nahm die Formulierung zurück und entschuldigte sich öffentlich. In Moskau erkannte man offenbar das hohe Konfliktpotenzial des Themas.

Neben dem Strategiepapier beschäftigte sich Geheimagent Kolesow im Januar 2023 mit der konkreten Umsetzung von derlei »Operationen«. Wenn Plan und Budget genehmigt seien, seien für die Vorbereitung zwei bis vier Wochen notwendig, etwa um Nutzerkonten auf verschiedenen Internetplattformen einzurichten. Zudem sollten dafür Personen eingesetzt werden, »die im Gebiet des Hauptfeindes ansässig sind«, ein alter KGB-Begriff für die USA und ihre Nato-Verbündeten. 100.000 Menschen seien für etwa 300.000 US-Dollar zu erreichen. Die anfallenden Kosten bei Dienstleistern sollten mittels Kryptowährungen beglichen werden.

Das Papier sieht nicht nur geheime Einflussoperationen im Netz vor. »Über die Organisation von Massenprotest-Events in der EU« ist ein Abschnitt überschrieben. Die ideale Teilnehmerzahl dafür wird auf bis zu 100 Leute taxiert. Die angeheuerten Demonstranten seien mit jeweils 100 Euro zu vergüten. Es gehe nicht nur um den Straßenprotest selbst, sondern um die dabei entstehenden Fotos und Videos, also Material für spätere Internetkampagnen.

Tatsächlich gab es Proteste in europäischen Ländern, die zu dieser Handlungsanleitung passen: Ob in Paris, Brüssel, Den Haag oder Madrid – überall tauchten 2023 teils dieselben Männer auf, um gegen die Waffenlieferungen des Westens an die Ukraine zu protestieren. Teils schlichen sie sich auf Großdemos zu völlig anderen Themen und hielten Schilder mit Slogans wie diesem in die Höhe: »EU, Amerika stoppt die Finanzierung des Kriegs in der Ukraine!«

Recherchen eines europäischen Medienkonsortiums, an dem »Le Monde« und »Süddeutsche Zeitung« beteiligt waren, ergaben später, dass die Männer wohl vom russischen Geheimdienst angeheuert worden waren. Einer von ihnen, ein Student aus Sankt Petersburg, hatte im Netz Freiwillige gesucht, die für 80 bis 100 Euro Fotos machen würden. Die Bilder sollten offenbar in den sozialen Medien suggerieren, Anti-Ukraine-Proteste seien in Europa ein Massenphänomen.

In Wahrheit handelte es sich um inszeniertes Straßentheater, aufgeführt von Taschengeld-Agenten, genau wie in dem internen

Strategiepapier des Geheimdiensts SWR zuvor beschrieben.

Ähnliche Aktionen häuften sich zuletzt, vor allem in Frankreich: So tauchten im Oktober im Pariser Stadtgebiet plötzlich Davidsterne auf, die mithilfe von Schablonen an Fassaden und Mauern gesprüht und breit im Netz geteilt wurden. Anders als von vielen vermutet, steckten nicht propalästinensische Aktivisten dahinter, sondern unter anderem ein Paar aus Moldau, das auf frischer Tat erappt wurde – und zugab, den Auftrag von einem russlandfreundlichen Geschäftsmann bekommen zu haben.

Zuletzt stellten mehrere Männer vor dem Eiffelturm fünf Särge ab mit französischen Flaggen und einem Slogan, der abschrecken sollte, Truppen in die Ukraine zu entsenden. Für die Aktion sollen die Männer bis zu 400 Euro bekommen haben. Einer der Verdächtigen kam aus Brandenburg und wollte



Digitaldetektiv Schliebs



Politologe Schliebs im Auswärtigen Amt

offenbar gerade mit dem Bus nach Berlin zurückfahren, als die Polizei ihn festnahm.

In den deutschen Sicherheitsbehörden und Ministerien beobachtet man solche Aktivitäten mit Sorge. Künftig will man dem entschlossener begegnen. Im Juni hat das Bundesinnenministerium eine Spezialeinheit ins Leben gerufen, mit der sperrigen Bezeichnung »Zentrale Stelle zur Erkennung ausländischer Informationsmanipulation«. Auf 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll diese Truppe anwachsen.

Als Vorbild dient eine Einheit im Auswärtigen Amt (AA). Einer derjenigen, der sich dort schon länger mit den Auswirkungen russischer Einflussversuche befasst, der sie aufspürt, dokumentiert und analysiert, ist Marcel Schliebs. Der 29-Jährige bringt als Digitaldetektiv und Desinformationsdetektor internationale Erfahrung mit. Rund drei Jahre lang hat er für die britische Regierung russische und chinesische Einflusskampagnen aufgespürt und sich in Fachkreisen den Ruf eines »Bot-Jägers« erworben. Unter anderem deckte er auf, wie russische Diplomaten nach dem Überfall auf die Ukraine offenbar koordiniert Tausende Falschmeldungen verbreiteten.

Zu seinem Thema fand Schliebs, als er während des Studiums sechs Monate bei der Nato verbrachte. Damals habe er festgestellt, wie Russland bestehende Rüstungskontrollverträge gebrochen und dann versucht habe, den Diskurs in westlichen Gesellschaften zu manipulieren. »Das hat mich motiviert, etwas dagegen zu tun.«

Seit Sommer 2022 arbeitet Schliebs in der AA-Abteilung »Strategische Kommunikation«. In seiner kleinen Analyseeinheit gibt es drei weitere Kollegen. Es gehe darum, einen Echtzeitüberblick zu gewinnen, von Afghanistan bis Zimbabwe, aus öffentlich verfügbaren Quellen. Wo und wie versuchen ausländische Akteure, Debatten zu beeinflussen und zu manipulieren? Dazu programmierte Schliebs eine Früherkennungssoftware, die Nutzerkonten und Posts auf automatisiertes Verhalten und weitere Auffälligkeiten untersucht.

Mit ihrer Hilfe enttarnte er von Ende vergangenen Jahres an eine neue deutschsprachige Welle russischer Versuche, die Debatten in sozialen Medien zu manipulieren. Ein wiederkehrendes Muster war auch hier: Die Bundesregierung vernachlässige die eigene Bevölkerung zugunsten der Ukraine.

Insbesondere der Automatisierungsgrad und die Frequenz der Botschaften hätten eine neue Dimension, so Schliebs, der seinen Job als »aufregendsten der Welt« bezeichnet, weil er es mit technisch versierten Gegnern zu tun habe. Doch auch diese, beobachtet Schliebs, machten Fehler: So sei die Internetkampagne, deren Ursprung doch eigentlich nicht erkennbar sein soll, auffälligerweise immer an russischen Feiertagen unterbrochen worden.

Roman Dobrokhotoz, Christo Grozev, Marcel Rosenbach, Fidelius Schmid, Wolf Wiedmann-Schmidt

Völkisch gut vernetzt

RECHTSEXTREMISMUS Sebastian Münzenmaier wird zum Strippenzieher in der AfD. Er tritt moderater auf als andere in der Partei. Doch der Eindruck täuscht.



Am Tag nach dem AfD-Parteitag in Essen meldet sich der Bundestagsabgeordnete Sebastian Münzenmaier in sozialen Netzwerken zu Wort. Es sei »der disziplinierteste Parteitag« gewesen, »den die AfD je erlebt hat«, schreibt er. In Essen habe »Einigkeit, Geschlossenheit und der klare Wille, im Herbst die Ostwahlen zu gewinnen« geherrscht. Er dürfte diesen Erfolg vor allem auf eine Person zurückführen – auf sich selbst.

Der Vizevorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion rühmt sich seit Längerem dafür, seine Partei professioneller zu machen. Nach dem Parteitag in Riesa vor zwei Jahren hatten er und mehrere Mitstreiter sich verbündet. Es müsse Schluss sein mit dem Streit auf offener Bühne, mit zehrenden Lagerkämpfen, mit Schlagzeilen wegen diverser Skandale, fanden sie. Heute wird dem Netzwerk um Münzenmaier ein erheblicher Einfluss innerhalb der Partei zugeschrieben.

Tatsächlich ist die Strategie aufgegangen, zumindest in Teilen: Der Parteitag der AfD in Essen wirkte nach außen harmonisch, man zerstritt sich nicht vor Kameras, wählte brav die maßgeblich von Münzenmaier zusammengestellte Liste von Konsenskandidaten in die Parteiführung. Und das nach einem skandalträchtigen Europawahlkampf, bei dem am Ende der Spitzenkandidat Maximilian Krah und der Zweitplatzierte Petr Bystron wegen mutmaßlicher Geldzahlungen aus Russland und Spionagevorwürfen in den Hintergrund rücken mussten.

Der Ärger in der AfD war groß, gerade über die Parteichefs, die Krahns und Bystrons Kandidaturen für die Spitzenplätze befürwortet hatten. Doch in Essen blieb eine kritische

Debatte darüber aus, Alice Weidel und Tino Chrupalla wurden mit jeweils rund 80 Prozent Zustimmung als Parteivorsitzende bestätigt. Viele in der Partei führen die ungewöhnliche Disziplin nicht nur auf die näher rückenden Landtagswahlen, sondern auch auf den Einfluss Münzenmaiers zurück.

Der 35-jährige Rheinland-Pfälzer und seine Mitstreiter gelten als kommunikativ. Sie bilden an zahlreichen Fronten Allianzen, unter anderem mit Björn Höcke, dem rechtsextremen Landesvorsitzenden aus Thüringen. Nur mit den »Betonköpfen« wollten sie, so schildern sie es, nichts zu tun haben. Gemeint sind diejenigen, die nicht zu Kompromissen bereit sind.

Auf den ersten Blick wirkt das Netzwerk mäßigend, doch der Eindruck täuscht: Mit rechtsextremen Positionen haben Münzenmaier und seine Leute kein Problem, im Gegenteil, sie vertreten sie offen. Anleihen an den Nationalsozialismus allerdings vermeiden sie. Und sie sind nicht so russlandfreundlich wie andere in der AfD.

Dabei treibt sie vor allem die Sorge, dass ein solcher Kurs der Partei zu sehr schaden könnte. Im Bundesamt für Verfassungsschutz wird derzeit über eine Einstufung der gesamten Partei als »gesichert rechtsextrem« diskutiert, Abgeordnete anderer Parteien fordern ein Verbotsverfahren. Es geht aber auch

Viele wollen noch eine lange Karriere in der AfD haben.

um eigennützige Motive: Viele im Netzwerk sind noch keine 40 Jahre alt, wollen eine lange Karriere in der AfD haben und sich diese nicht verbauen. Das Kernteam des Netzwerks gehört dazu, Damian Lohr, der wie Münzenmaier aus Rheinland-Pfalz stammt, Jan Nolte aus Hessen, René Aust aus Thüringen und René Springer aus Brandenburg, der nur etwas älter ist.

Im Mittelpunkt aber steht der Versicherungsfachmann Münzenmaier. Zunächst war er Mitglied der islamfeindlichen Partei Die Freiheit, bevor er 2013 in die AfD wechselte. Nach außen hin tritt er meist ruhig auf, es gibt aber noch eine andere Seite von ihm: 2018 wurde Münzenmaier wegen Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung verurteilt, weil er sechs Jahre zuvor Hooligans des FC Kaiserslautern geholfen hatte, Anhängern von Mainz 05 aufzulauern und sie zu verprügeln. Er ist in der vom Verfassungsschutz beobachteten Burschenschaft »Germania Halle zu Mainz« aktiv und bezeichnet seine Kameraden dort als »Patrioten«.

2017 wurde Münzenmaier in den Bundestag gewählt, 2019 zog er in den Vorstand der Bundestagsfraktion ein. In den vergangenen Jahren war er für allerlei Koordinationsaufgaben zuständig, die ihm bei der Vernetzung geholfen haben dürften: Er tauschte sich etwa mit den Arbeitskreisen, den Landtagsfraktionen und der Bundesgeschäftsstelle aus. Außerdem war er der Ansprechpartner in der Fraktion für die Nachwuchsorganisation Junge Alternative (JA). So steht es in internen Mails, die dem SPIEGEL vorliegen.

Sein Netzwerk baut Münzenmaier immer weiter aus, sei es beim »Pfalztreffen« seines engsten Verbündeten Lohr, zu dem auch Parteichefin Weidel anreiste. Oder über das rechtsextreme Vorfeld der Partei, das er hofiert. So spielt er unter anderem eine gewichtige Rolle beim »Zentrum Rheinhessen«, in dem Veranstaltungen mit völkischen Publizisten wie Benedikt Kaiser oder Erik Lehnert stattfinden. Bei einer Feier der JA in dem Zentrum soll der Nationalsozialismus verherrlicht und ein Hitlergruß gezeigt worden sein, die Ermittlungen dazu laufen.

Als seinen Mitarbeiter hat Münzenmaier John Hoewer angestellt, der im Vorstand des rechtsextremistischen Vereins »Ein Prozent« sitzt. Der wiederum wurde von Höcke-Freund Götz Kubitschek mit ins Leben gerufen, der Chef jenes Verlags ist, dessen Bücher Münzenmaier gern empfiehlt.

Auch an Münzenmaiers Äußerungen kann man ablesen, wofür er steht. In einem Magazin, das er herausbringt, schrieb er beispielsweise von einem »Migrationsfanatismus«, den »die Altparteien und ihre Hilfsaktivisten in den Redaktionsstuben« auslebten. Sie würden Deutschland »als All-Inclusive-Tempel der ganzen Welt entwürdigen«. Diesen »Spuk«, prophezeite Münzenmaier, würde die AfD beenden. Mit solchen Sätzen kann man in der Partei weiter Karriere machen.

Maik Baumgärtner, Ann-Katrin Müller



Szene aus einem im Netz geteilten Gewaltvideo aus Gera

(M) DER SPIEGEL

Live und in Farbe

STRAFJUSTIZ In Frankfurt am Main tötete ein 17-Jähriger eine Frau, filmte Szenen der Tat. Warum dokumentieren manche Jugendliche ihre Brutalität und verbreiten sie sogar im Internet?

Sie lernten sich in einem Pub kennen, keine zehn Gehminuten von der Zeil in Frankfurt am Main. Bis morgens um sechs Uhr hat die Kneipe geöffnet; so auch in dieser Oktobernacht, als sie nach 2.30 Uhr ins Gespräch kamen und miteinander zu flirten begannen. Sie war 28, er 17. Sie arbeitete in einem Modengeschäft, er ging zur Schule.

Zwei Stunden später verließen sie gemeinsam den Pub, schlenderten durch die Fußgängerzone in der Innenstadt. Das belegen die Standortdaten ihrer Handys und Videos von Überwachungskameras. Die eines Gemüseladens zeigt, wie vertraut die beiden miteinander umgingen.

Sie waren auf dem Weg in die Wohnung der Frau, so erzählt es der Schüler später in einer Vernehmung. Unterwegs hätten sie Kokain gekauft und konsumiert, er habe Erfahrung mit Cannabis, mit Koks aber sei er vorher nie in Berührung gekommen. Bei ihr zu Hause seien sie intim geworden. Doch es habe bei ihm nicht funktioniert, sie habe sich darüber amüsiert.

Da habe er sie umgebracht.

Der Schüler steht wegen Mordes vor Gericht; er hat die Tat eingeräumt. Er soll die Frau am Morgen des 4. Oktober 2023 aus niedrigen Beweggründen und heimtückisch

getötet haben. Es ist ein krasser Fall, in dem ein Detail eine wichtige Rolle spielt: Der Jugendliche filmte mit seinem Handy, was er tat.

Die Ermittler sind davon überzeugt, dass der 17-Jährige und die 28-Jährige gemeinsam entschieden, in die Wohnung der Frau zu gehen, um dort einvernehmlich Geschlechtsverkehr zu haben. Die Reaktion der Frau auf die Erektionsprobleme des Angeklagten hätten ihn dann so wütend gemacht, dass er auf sie eingeschlagen, sie gewürgt und erdrosselt habe, sagt die für das Verfahren zuständige Staatsanwältin Constanze Jung. Auf einem der Videos sei zu hören, wie der Schüler zweimal sagt: »Ich habe sie umgebracht.« Es klinge monoton.

Einzelheiten, was sich in der Wohnung der Getöteten genau ereignete und was auf dem Handy zu sehen ist, werden im Gerichtssaal unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt, weil der Angeklagte zur Tatzeit minderjährig war.

Teenager haben heutzutage das Smartphone in ihrer Freizeit fast immer zur Hand, um jeden Augenblick festzuhalten und ihr Leben in der virtuellen Umlaufbahn von anderen begutachten zu lassen. Wer nichts zu bieten hat, bleibt unsichtbar. Aber kann das ein Grund sein, Brutalitäten zu inszenieren?

Was fasziniert Jugendliche daran, mit ihrem Mobiltelefon Gewalt zu dokumentieren und zu veröffentlichen? Auch in zwei weiteren Fällen, die kürzlich in Frankfurt am Main verhandelt wurden, haben 17-Jährige Gewalttaten mit ihrem Handy gefilmt.

Die Diplom-Psychologin Julia von Weiler leitet die deutsche Sektion von Innocence in Danger, einer weltweit tätigen Organisation zum Schutz von Kindern und Jugendlichen gegen sexuellen Missbrauch vor allem im digitalen Raum. »Das Handeln der Jugendlichen hat viel mit Macht und Dominanz zu tun«, sagt von Weiler. Mit der Videodokumentation erhebe sich die Person über ihr Opfer, fühle sich »mächtig und stark«. Dem liege häufig ein großer Mangel an Anerkennung und Selbstwert zugrunde.

Der Sprecher der Frankfurter Staatsanwaltschaft Dominik Mies sagt, das Filmen könne auch »die Gewaltanwendung an sich« verstärken: »Nach Einschätzungen unserer Jugend-Fachabteilungen steht für die jungen Menschen in solchen Situationen im Vordergrund, sich mit der Tat und der Demütigung eines Opfers zu brüsten« – und dieser Effekt verstärkt sich natürlich, wenn man die Tat medial verbreitet.

Oberstaatsanwalt Mies spricht von »erheblichen Folgen«, wenn Straftaten gefilmt, die Videos ins Netz gestellt oder geteilt werden. Die Opfer würden durch die Veröffentlichung zusätzliche psychische Gewalt erfahren, die – da das Netz nicht vergisst – oftmals noch schwerer wiege und länger andauere. Für die Ermittler hat die Filmerei allerdings einen Vorteil: Sie macht es leichter, die Tat nachzuweisen – und erspart dem Opfer möglicherweise sogar die Aussage in einer Hauptverhandlung.

Ebenso im Fall eines 17- und eines 18-Jährigen, die laut Anklage auf einem Parkplatz in Friedrichsdorf im Hochtaunuskreis junge Männer in einem Auto überfielen. Mit einem Teleskopschlagstock droschen sie demnach auf das Fahrzeug und schlugen die Scheiben ein. Eine 17-Jährige filmte den Angriff mit ihrem Smartphone. Für die Ermittler der perfekte Beleg.

Ähnlich in Gera, wo Mitte Juni Kinder auf einen 14-Jährigen losgingen, ihn demütigten, massiv auf ihn einschlugen. Weitere Kinder und Jugendliche hielten die Tat mit ihren Handys fest und teilten das Video in sozialen Netzwerken. Die Polizei konnte mehr als 20 Tatverdächtige im Alter zwischen 12 und 15 Jahren identifizieren.

Oberstaatsanwalt Mies spricht von »objektiven Beweismitteln«. Ein Tatvideo unterstütze die Ermittlungsarbeit, oft lasse sich zudem die Intensität der Gewalteinwirkung gut erkennen. »Man kann durchaus sagen, dass junge Menschen durch das Filmen ihrer Straftaten an ihrer eigenen Überführung mitwirken«, sagt Mies. Ob ihnen das bewusst sei? »Die Erfahrungen unserer Jugenddezernentinnen und Jugenddezernenten lassen

eher den Schluss zu, dass sich die Täter darüber keine Gedanken machen.«

So ist es offenbar auch im Fall eines weiteren 17-Jährigen, der sich im Januar mit einem Freund am Hessendenkmal im Frankfurter Nordend verabredet und diesen in seine Wohnung gelockt hat. Dort stieß er ihn zu Boden, trat gemeinsam mit einem Kumpel auf das Opfer ein und fesselte es schließlich an einen Stuhl.

Das Opfer wurde mit einem Messer bedroht, geschlagen, getreten, beleidigt und schikaniert. Es musste sich ausziehen und einen rosafarbenen Strampelanzug anziehen. All diese Details liegen den Ermittlern in einem rund 18-minütigen Video vor, quasi live und in Farbe. Eine 17-Jährige filmte alles mit ihrem Handy.

In diesem Fall wurde der Täter unter Einbeziehung eines anderen Urteils zu einer Jugendstrafe von drei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Das Verfahren gegen die 17 Jahre alte Filmerin wurde abgetrennt und läuft noch.

Oberstaatsanwalt Mies sagt, viele wüssten nicht, dass schon das Filmen allein als Beihilfe geahndet werden könne, weil es den Tatverdächtigen ermutige, seine Tat fortzusetzen, zu intensivieren oder überhaupt erst zu begehen, wobei es sich bei Letzterem dann um eine Anstiftung handele. Ob der Film anschließend in sozialen Netzwerken geteilt werde, spiele für diese Bewertung keine Rolle.

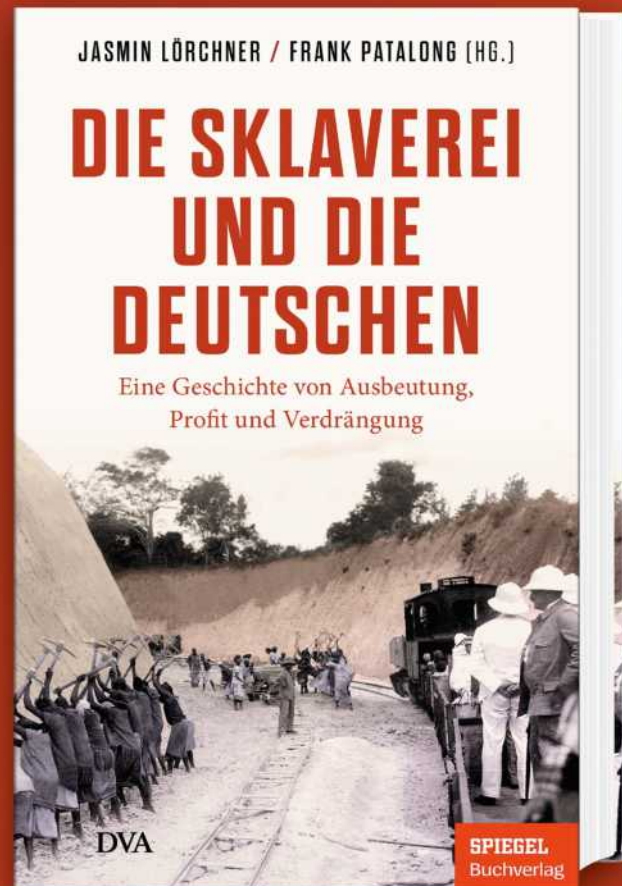
Die Psychologin von Weiler nennt die Angewohnheit, alles ständig zu filmen, »digitalen Exhibitionismus«. Junge Menschen seien »im Geiste permanent nur bei ihrem digitalen Publikum, das es zu unterhalten gilt«. Selbstverständlich sei wichtig, dass Täterinnen und Täter zur Verantwortung gezogen werden. Gleichzeitig müsse man fragen, warum es für viele so reizvoll sei, ihr Leben im digitalen Raum zu teilen. »Natürlich ist es eine willkommene Entfernung von sich selbst, besonders wenn das analoge Leben kein schönes ist«, sagt die erfahrene Expertin.

Wie schwerwiegend ihre Taten eigentlich seien, davon hätten viele Jugendliche überhaupt keine Vorstellung, sagt Oberstaatsanwalt Mies. Das unter jungen Leuten häufiger vorkommende »Abrippen« eines Handys etwa – das Opfer wird unter Androhung von Gewalt dazu gezwungen, sein Smartphone herzugeben – sei keineswegs nur ein Vergehen: Einem Erwachsenen drohe dafür eine Freiheitsstrafe von nicht unter einem Jahr. Im Jugendstrafrecht, das vom Erziehungsgedanken getragen ist, werden solche Taten milder geahndet.

Dem Frankfurter Schüler, der laut Staatsanwaltschaft nach seiner Tat die Leiche der jungen Frau filmte und dabei mehrfach sagte: »Ich habe sie umgebracht«, drohen nach dem Jugendstrafrecht im Fall einer Verurteilung wegen Mordes bis zu zehn Jahre Freiheitsentzug. Das Urteil soll in der kommenden Woche verkündet werden.

Julia Jüttner

Die deutsche Beteiligung am Unrecht



256 Seiten, gebunden · 24,00 € · Auch als E-Book erhältlich.

In diesem Buch gehen SPIEGEL-Autorinnen und Wissenschaftler den Spuren deutscher Akteure in der Sklaverei nach: von der mittelalterlichen Leibeigenschaft über deutsche Kaufleute und Plantagenbesitzer der Kolonialzeit bis zu den Gefangenen im Zweiten Weltkrieg.



Wer hat Angst vor dieser Frau?

ben und auch ihr Gesicht nicht in den Medien zeigen. Auch wenn das, was ihr Anfang dieses Jahres widerfuhr, demnächst das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe beschäftigen dürfte und sie und ihren Fall bundesweit bekannt machen könnte.

Sezgin hatte sich im vergangenen Jahr entschieden, am Amtsgericht Dortmund Jugendschöffin zu werden, das heißt, als ehrenamtliche Richterin in Strafverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende mitzuwirken. Ihre erste Verhandlung sollte am 8. Januar dieses Jahres sein. Doch dazu kam es nicht. Am Abend vor ihrer ersten Sitzung telefonierte sie mit einem ihrer Söhne, einem promovierten Juristen. Sie hatte kurz zuvor mitbekommen, dass es ein Kopftuchverbot für Rechtsreferendarinnen gibt. Vorsichtshalber fragte sie ihren Sohn, ob sie mit ihrem Kopftuch vielleicht auch als Schöffin Probleme bekommen könne. »Ja, Mama«, sagte er, nachdem er nachgeschaut hatte, »das Gesetz gilt auch für Schöffen.«

Am nächsten Morgen, so erzählt sie in leichtem rheinischen Singsang, rief sie bei der für sie zuständigen Geschäftsstelle des Amtsgerichts Dortmund an. »Ich wollte nicht riskieren, gleich an der Tür abgewiesen zu werden wie ein Kind, das unartig war.« Es wurde ein längeres Telefonat mit dem Richter. Sie hätten sich gut verstanden, erinnert sich Sezgin, dennoch machte er ihr klar: Mit Kopftuch könne sie nicht Schöffin sein. Zur Verhandlung kam ihre Vertretung; einige Zeit später wurde sie ganz aus der Schöffenliste gestrichen.

Seit März 2021 bestimmt das Justizneutralitätsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen, dass nicht nur hauptamtlich Beschäftigte, sondern auch ehrenamtliche Richterinnen und Richter »keine wahrnehmbaren Symbole oder Kleidungsstücke tragen« dürfen, »die bei objektiver Betrachtung eine bestimmte religiöse, weltanschauliche oder politische Auffassung zum Ausdruck bringen«.

Die Vorschrift war im Gesetzgebungsverfahren umstritten. So hatte der Münsteraner Religionsverfassungsrechtler Hinnerk Wißmann gemahnt, sowohl Bürgern als auch Berufsrichtern sei »die Einsicht zuzumuten, dass in den Reihen der Justiz Menschen mit erkennbarer religiöser Identität vertreten sind«; statt auf Äußerlichkeiten komme es auf »die innere Haltung und die Qualität der Justizmitarbeiter« an; das Kopftuch allein bedeute noch »keine Distanzierung von der Aufgabe, in einer allseitig neutralen Justiz dem Rechtsstaat zu dienen«.

Der Berliner Verwaltungsrechtler Ulrich Battis charakterisierte Schöffinnen und Schöffen als »Vertreter der diversen Zivilgesellschaft innerhalb der staatlichen Gerichtsbarkeit«; das muslimische Kopftuch werde »nicht nur als Zeichen der Unterdrückung der Frau, sondern auch als Ausdruck ihrer Würde verstanden«.

GESELLSCHAFT Eine Pädagogin durfte nicht Schöffin sein, weil sie Kopftuch trägt. Jetzt kommt der Fall vor das Bundesverfassungsgericht, mit womöglich weitreichenden Folgen.

Sie sieht aus »wie die klassische muslimische Hausfrau«. Das sagt Esma Sezgin, 52, selbst über sich. Ihre Haare und auch ihr Hals sind von einem bunten Kopftuch bedeckt. Bei einer Begegnung an einem Sommertag mit 30 Grad im Schatten hat sie eine lange schwarze Hose an und ein weites, hochgeschlossenes Hemd, das sie wie einen Kittel trägt.

Sezgin, die eigentlich anders heißt, kam im Alter von fünf Jahren mit ihren Eltern aus der Türkei nach Deutschland und ist in Köln

aufgewachsen. Sie hat ein abgeschlossenes Lehramtstudium, zusätzlich einen Master in muslimischer Religionspädagogik und eine Ausbildung als systemische Familientherapeutin. Seit neun Jahren arbeitet sie in der Demokratieförderung, für einen öffentlichen Träger; sie berät und hält Fortbildungen, Vorträge und Workshops zu Themen wie Antisemitismus und religiös begründetem Extremismus – auch an Schulen.

Um diesen Beruf auch künftig ungestört ausüben zu können, möchte sie anonym blei-

Anne Piepke / DER SPIEGEL

Und das Aktionsbündnis muslimischer Frauen in Deutschland verwies auf das Beispiel einer Richterin an einem obersten Gerichtshof Kanadas, die als Sikh einen Turban trägt: Das zeige, »dass nicht pauschal davon ausgegangen werden darf, dass ein sichtbares Bekenntnis der richterlichen Unabhängigkeit entgegensteht«. Im Gegenteil, ein solches Symbol könne »bei vielen das Vertrauen in die Justiz stärken, weil sie sich wahrgenommen und gleichberechtigt fühlen«.

Der nordrhein-westfälische Landesverband des Deutschen Richterbunds befand dagegen: Da die Schöffinnen und Schöffen »vollwertige und den Berufsrichtern gleichwertige Mitglieder der jeweiligen Spruchkörper« seien, »kann für ihre Neutralitätspflicht nichts anderes gelten als für die Berufsrichter«.

Im März 2021 wurde das Landesgesetz beschlossen, mit den Stimmen von CDU, FDP und AFD, gegen die der Grünen; die SPD enthielt sich. In der Gesetzesbegründung heißt es, auch wenn sie als Vertreter des Volkes gelten, seien Schöffinnen und Schöffen doch »Träger der dritten Staatsgewalt«, dies »setzt in gleicher Weise ihre Unabhängigkeit, Unparteilichkeit, Unvoreingenommenheit und Neutralität voraus« wie bei den Berufsrichtern. Ähnlich weitgehende Vorschriften, die auch Schöffinnen und Schöffen erfassen, gibt es bisher nur in Bayern und Niedersachsen.

Sie finde es »atemberaubend«, sagt die Flensburger Expertin für Antidiskriminierungsrecht Anna Katharina Mangold, »dass eine ganze Bevölkerungsgruppe pauschal aus religiösen Gründen von diesem Amt ausgeschlossen sein soll«. Zwar gelte das Verbot formal auch für Kreuze, Kippas und Ähnliches, aber »die kopftuchtragenden Frauen sind der Fall, der in Deutschland auftritt« – für sie würden diese Gesetze gemacht. Die Juraprofessorin hat nun für Sezgin Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe eingereicht. Unterstützt wird Sezgin dabei von der auf solche Verfahren spezialisierten Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF). Die GFF-Juristin Soraia Da Costa Batista sagt, weil sich das Neutralitätsgebot an den Staat richte, Schöffinnen und Schöffen aber die plurale Gesellschaft repräsentieren, sei »ein Erfolg in Karlsruhe denkbar«.

Die Ehrenamtlichen sitzen mit auf der Richterbank, um bei Urteilen »im Namen des Volkes« mitzuwirken; es gibt sie in verschiedenen Gerichtsbarkeiten, in Strafsachen heißen sie Schöffen. Bei ihrer Auswahl sind alle Gruppen der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Beruf und sozialer Stellung angemessen zu berücksichtigen. »Die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bringen ihre Lebenserfahrung und vor allem ihre außergerichtliche Perspektive in die Entscheidungsprozesse bei Gericht ein und gestalten so den Rechtsstaat mit«, heißt es in der Informationsbroschüre des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Laienrichter werden alle fünf Jahre neu gewählt. Sie müssen Deutsche sein und dürfen allenfalls geringe Vorstrafen haben. Der Personalbedarf ist hoch: Allein in Nordrhein-Westfalen waren es für die dort von 2024 bis 2028 gehende Amtszeit rund 10.000 Schöffinnen und Schöffen; zuletzt gab es deshalb auch Versuche rechter Gruppierungen, diese Ämter zu unterwandern.

Sie habe schon immer anderen, vor allem jungen Menschen, helfen wollen, sagt Esma Sezgin. Das hätte sie gern auch als Jugend-schöffin gemacht. »Ich weiß, dass ich eine positive Wirkung auf junge Menschen haben kann.« Und dass sie das Grundgesetz mit islamischen Glaubensvorschriften verwechsle, müsse niemand befürchten: »Ich habe keinerlei Ambition, die Scharia einzuführen.«

»Es gibt keine belastbaren Fakten für die Annahme, dass das Tragen eines Kopftuchs ohne Weiteres die Neutralität der Trägerinnen einschränkt«, sagt der Erlanger Juraprofessor und Islamrechtsexperte Mathias Rohe. Es sei empirisch belegt, dass deren Haltungen, gerade zu Fragen des Geschlechterverhältnisses, vielfältig seien, »sodass dem Kopftuch entgegen verbreiteten Behauptungen kein eindeutiger ›objektiver‹ Inhalt zugeschrieben werden kann«.

Doch auch die Verbände der Laienrichter stellen sich gegen Schöffinnen mit Kopftuch. Auf Nachfrage teilt die Deutsche Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen (DVS) mit, »die Vorstände der DVS-Landesverbände stimmen den gesetzlichen Vorgaben zur Einhaltung der Neutralität zu«. Claudia Kitzig, DVS-Vorsitzende für Baden-Württemberg, erklärt kühl: »Personen, die auf das äußere Erscheinungsbild zur Veranschaulichung ihres Glaubens nicht verzichten mögen, haben sicher alternativ die Gelegenheit, sich in einem Ehrenamt einzusetzen, in dessen Umgebung die Demonstration der Gesinnung erwünscht ist.«

Der einst von der CDU nominierte ehemalige Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio zeigt sich im führenden deutschen Grundgesetz-Kommentar gegenüber einem pauschalen Kopftuchverbot für Laienrichterinnen dagegen skeptisch. Zwar sei das »Gebot religiös-weltanschaulicher Neutralität« eine »strikte Vorgabe«. Man müsse aber den Einzelfall betrachten. Wenn die Glaubensbekundung eines ehrenamtlichen Richters Zweifel an dessen »Unabhängigkeit oder Neutralität«

Der Amtsrichter wollte wissen, ob sie sich vorstellen könne, das Kopftuch vor den Sitzungen ab- und danach wieder aufzuziehen.

wecke, sei es ja auch möglich, ihn nach den allgemeinen Regeln als Richter abzulehnen.

Am Landgericht Köln wirkte zumindest im Jahr 2023 eine kopftuchtragende Muslima trotz des inzwischen geltenden Kopftuchverbots an einer Verhandlung mit. Allerdings trägt sie ihr Tuch eher modisch, nur um Stirn und Nacken. Der Verteidiger stellte einen Befangenheitsantrag gegen sie, den er aber wieder zurücknahm. Eine andere Jugendschöffin, die ankündigte, in der Sitzung Kopftuch tragen zu wollen, wurde Anfang des Jahres von der Schöffinnenliste gestrichen.

Am Landgericht Krefeld, ebenfalls in NRW, war nach Auskunft der DVS eine Muslima seit 2019 mit Kopftuch im Gerichtssaal tätig. Sie wurde im vergangenen Jahr sogar erneut ernannt, bis 2028; erst in diesem Jahr sei die Schöffin auf das seit 2021 geltende Neutralitätsgesetz hingewiesen worden, teilte das Landgericht auf Anfrage mit. Seit Mai steht auch sie nun nicht mehr auf der Schöffinnenliste.

Dabei ist sogar die offizielle Broschüre des Landes für angehende Laienrichter noch auf dem Stand von 2019. Auch in der Internet-Information des Landesjustizministeriums zum Schöffinnenamt gibt es bis heute keinen Hinweis darauf – ebenso wenig wie in dem auch von NRW genutzten bundeseinheitlichen »Merkblatt« für Schöffinnen und Schöffen.

Im Fall von Esma Sezgin wollte der Dortmunder Amtsrichter wissen, ob sie sich vorstellen könne, das Kopftuch vor den Sitzungen ab- und danach wieder aufzuziehen. Sezgin lehnte das entrüstet ab. »Entschuldigung, ich mache mich nicht zum Affen«, habe sie gesagt, »ich trage das aus religiösen Gründen.«

Für ihre Überzeugung hat sie schon manche beruflichen Nachteile hingenommen – so wurde die Pädagogin vor etlichen Jahren nicht in den Staatsdienst übernommen, weil damals in Nordrhein-Westfalen noch ein pauschales Kopftuchverbot für Lehrerinnen galt, das das Bundesverfassungsgericht erst später kippte. Was Sezgin an ihrer Ablehnung als Schöffin besonders ärgert: Gemeinsam mit ihr hatte sich auch ihr Mann zum Schöffendienst bereit erklärt. Er sei genauso religiös wie sie, sagt Sezgin, man sehe ihm das aber nicht an, »und deshalb darf er seither als Schöffe tätig sein, ich aber nicht«.

Die Flensburger Juraprofessorin Mangold sieht gerade darin eine »spezifische Ungleichbehandlung, die stigmatisiert und diskriminiert«. Nach ihrer Auffassung hätte das Land das Kopftuchverbot gar nicht erlassen dürfen, da der Bund die Gründe, wegen derer jemand nicht zum Schöffinnenamt zugelassen werden darf, abschließend geregelt habe.

Von religiösen Symbolen steht darin nichts. Nach Bundesrecht dürften theoretisch sogar Mönche und Nonnen in Ordensstracht Schöffen werden – es ist zwar nicht erwünscht, aber auch nicht verboten.

Dietmar Hipp

Förster des Meeres

SEEWIRTSCHAFT In Mecklenburg-Vorpommern gibt es heute nur noch 160 Küstenfischer und selbst die können von Hering und Dorsch nicht mehr leben. Neue Ideen sollen helfen, den Berufsstand zu retten.

Martin Saager hat sich seine Leidenschaft auf den Unterarm tätowieren lassen. »Seesucht« steht dort in großen Buchstaben. Seit er ein Kind war, fährt er hinaus auf die Ostsee vor Wismar, erst mit dem Vater, dann als Fischer auf dem eigenen Kutter, bringt Stellnetze, Reusen und Fangkörbe aus für Hering, Dorsch und Aal.

Dass er sich einmal »Sea Ranger« nennen würde, hat er kaum erwartet. Doch genau das ist Saager seit Ende Juni.

»Fachwirt für Fischerei und Meeresumwelt« lautet der offizielle Name der neuen Zusatzausbildung, die der 46-Jährige als einer von zehn Ostseefischern in den vergangenen acht Monaten durchlaufen hat.

Die Seeleute büffelten Ökologie, Projektmanagement und Kommunikation. Sie lauschten Tourismusexperten, diskutierten mit Forschern und Naturschützern. Und staunten. »Die Generation meines Vaters hätte sich niemals mit denen an einen Tisch gesetzt«, sagt Saager, »jetzt merken wir, dass wir etwas voneinander lernen können.«

Das Pilotprojekt an der Küste ist Teil eines Plans, um den Berufsstand des Küstenfischers in die Zukunft zu retten. 1990 gab es in Mecklenburg-Vorpommern noch 1400 hauptberufliche Küstenfischer. Heute sind es knapp 160. Ihr Durchschnittsalter liegt bei 57 Jahren. Auszubildende gibt es nicht. In Schleswig-Holstein sieht es kaum besser aus.

Um den schleichenden Niedergang der Branche zu stoppen, berief das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) im März eine Zukunftskommission zum Thema ein. Vertreter aus Fischerei, Wirtschaft, Naturschutz, Wissenschaft und Gesellschaft entwerfen seither ein neues Leitbild für die Kapitäne und ihre möwenumschwärmten Kutter.

»Über das Fischen allein haben die Fischer keine Chance mehr, genug Geld für ihre Familien zu verdienen«, sagt Oliver Greve, Geschäftsführer der Fischereigenossenschaft Wismarbucht und Architekt des »Sea Ranger«-Programms. Seine Schützlinge sollen als Pioniere vorleben, wie der Job künftig aussehen könnte. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig. »Wenn sich nichts ändert, gibt es in zehn Jahren keine Fischer mehr an der deutschen Ostseeküste.«

Die deutschen Küstengewässer sind in erbärmlichem Zustand. Vor allem in der Ostsee

sind die Fischbestände in den vergangenen Jahren massiv eingebrochen. Seit 2021 gilt in der westlichen Ostsee de facto ein Fangstopp für Hering und Dorsch, die beiden kommerziell wichtigsten Arten. Der Dorsch darf überhaupt nicht mehr gezielt befischt werden. Vom Hering können deutsche Küstenfischer in diesem Jahr noch 435 Tonnen fangen, zu wenig, um davon zu leben.

Über die Gründe für die Misere diskutieren die Forscher noch. Unstrittig ist, dass über lange Zeit viel mehr gefischt wurde, als klug war. Fast 20 Jahre lang habe die Politik insbesondere die Quoten für den Dorsch in der westlichen Ostsee entgegen den Empfehlungen der Wissenschaft zu hoch angesetzt, berichtet Christopher Zimmermann, Chef des Thünen-Instituts für Ostseefischerei in Rostock. »2015 ist der Bestand zusammengebrochen, seither ist die hiesige Küstenfischerei fast zum Erliegen gekommen«, sagt er. Zudem machen den Fischen veränderte Umweltbedingungen zu schaffen.

Die Überdüngung des Meeres bringt das System ins Wanken. Nährstoffe aus der Landwirtschaft landen in gigantischen Mengen in der Ostsee und lassen Plankton sprießen. Die Kleinstlebewesen sinken auf den Grund und werden dort abgebaut. Dem Tiefenwasser geht dadurch der Sauerstoff aus. Hinzu kommt der Klimawandel. Die Ostsee wird wärmer. Mit weitreichenden Folgen.

Beispiel Hering: »Das Tier ist in der Klimafalle«, sagt Zimmermann. Durch die wärmeren und späteren Winter schlüpfen die Heringslarven früher. Ihre Nahrung, kleine Krebslarven, gibt es dann noch nicht. Sie schlüpfen später. Keine Krebslarven, keine Heringe: Ein Großteil der Jungtiere verhungert. Mindestens fünf bis sieben Jahre wird es dauern, bis sich der Bestand erholt, meint Zimmermann.

Noch prekärer ist die Lage beim Dorsch. »Der wird auf absehbare Zeit nicht mehr befischbar sein«, sagt der Forscher. Die »Sommerzange« wird dem Tier zum Verhängnis. Oben ist das Wasser der Ostsee ab Ende Juni für die Art inzwischen zu warm. Am Meeresboden herrscht Sauerstoffnot. Die Dorsche werden in den mittleren Tiefen gleichsam in die Zange genommen, dort jedoch gibt es zu wenig Nahrung. Auch Plattfische wie Scholle oder Flunder leiden unter der Umweltver-

änderung. Zwar würden derzeit viele von ihnen nachwachsen, sagt Zimmermann: »Die Fischerei lohnt sich jedoch nicht mehr, weil die ausgewachsenen Tiere keine Nahrung finden und viel zu mager sind.«

Etwas besser sieht es an der Nordseeküste aus. Dort halten sich die Krabbenfischer tapfer. Rund 300 ihrer Kutter gibt es noch. Trotz immens gestiegener Spritkosten hält sie der hohe Preis für ihre Ware über Wasser.

Die Fangmengen sinken jedoch, im vergangenen Jahr lagen sie um zwei Drittel niedriger als im Vorjahr. Zuletzt sah es gar nach einem baldigen Ende der Krabbenfischerei aus. Die EU-Kommission hatte sich gegen die Grundschieppnetzfisherei in Meeresschutzgebieten ausgesprochen. Damit wäre der Nationalpark Wattenmeer tabu für die Kutter. Naturschützer fordern dies seit Langem. Das Leben auf dem Meeresboden kann durch das schwere Grundgeschirr der Fischer Schaden nehmen. Nach Protesten der Kapitäne ist der Plan zumindest für die Krabbenfischer vorläufig wieder vom Tisch.

Die Fischer verlieren ihre Fanggebiete. Innerhalb von Windparks etwa dürfen sie nicht fischen, und vor allem in der Nordsee werden dafür immer größere Flächen abgesperrt. In der Ostsee wiederum hat die Landesregierung von Schleswig-Holstein gerade einen »Aktionsplan Ostseeschutz 2030« verabschiedet, der 12,5 Prozent der Meeresfläche unter strengen Schutz stellen soll.

Die Folgen für die Küstenfischerei sind einschneidend. Beispiel Mecklenburg-Vorpommern: Mehr als 1900 Kilometer Küstenlinie hat das Bundesland mit seinen 794 kleinen und großen Inseln. 50 Fischereigenossenschaften gab es einst an der Küste. Heute sind es 4.

»Zur Wendezeit waren wir hier in Wismar 140 Fischer im Haupterwerb«, erzählt Fischer Saager, »heute bin ich einer von dreien.« Früher, mit dem Vater, ging er noch auf Schleppnetzfishzug, der inzwischen für die Küstenfischerei verboten ist. Saagers alter 18-Meter-Kutter »Marlen«, 2011 stillgelegt, wird in Wismar gerade zum Museumsschiff umgebaut.

Stattdessen geht der Fischer nun regelmäßig mit dem kleineren Kutter »Seeadler« auf Fischzug. Die obligatorische Kappe auf dem Schädel, legt er bei Wind und Wetter seine Reusen aus, lässt kilometerlange Stellnetze für die Heringe auf bis zu zwölf Meter Tiefe hinab, oder das »Buttnetz«, locker gewebt, damit Steinbutt und Scholle gut hängen bleiben.

Doch was Saager nach Stunden des Wartens noch birgt, ist häufig abgenagt. Kegelrobber holen sich die Fische aus den Netzen.

An die 120 der Tiere will Saager schon auf der Sandbank Lieps vor der Wismarbucht gezählt haben, »früher waren es nur eine Handvoll«, berichtet der Fischer. Warum es von den Räubern trotz sinkender Fischbestände wieder mehr gibt, ist noch nicht geklärt. Für die Fischer sind sie eine Qual – und noch ein Grund, warum sie allein vom Fang nicht mehr leben können.



1 | Seemann Saager auf seinem Kutter »Seeadler« 2 | Imbiss im Alten Holzhafen von Wismar
3 | Fischerei-Ausrüstung

Um den Verlust auszugleichen, hat Saager 2016 mit einem Kollegen den Imbiss »Zur Fischerkoppel« in Wismar eröffnet. Der Fisch dafür wird im Großhandel zugekauft und kommt größtenteils aus dem Atlantik. Matjesbrötchen, Backfisch und Räucherfisch retten die Fischer vor dem Konkurs. Zudem hält er sich mit »Erlebnisfischerei« für Touristen über Wasser.

»Wir kommen über die Runden«, sagt Saager, er ist verheiratet, Familienvater. Aber ist das ein Zukunftsmodell, ein bisschen Imbiss und Tourismus? Die billigste Lösung wäre es vermutlich, die noch rund 1750 Beschäftigten der Branche in Deutschland allesamt in Frührente zu schicken.

»Auf keinen Fall«, sagt Genossenschaftler Greve, »undenkbar«, eine Küste ohne Fischer. Und zitiert das »Mecklenburglied«: »Wo der

Fischer fischt mit seiner starken Hand, da ist meine Heimat, Mecklenburger Land.«

Die Küstenfischer würden mit ihren Kuttern in die Häfen gehören, sie seien Aushängeschilder des Landes. Deshalb nun die »Zukunftskommission Fischerei« des BMEL, deshalb die »Sea Ranger«-Zusatzausbildung für Fischwirte. »Diversifizierung« soll die Fischerei in die Zukunft retten. Vielseitiger und moderner müssten die Seeleute werden, heißt es. Auch die Landespolitik glaubt daran. Zur Zeugnisübergabe reiste Till Backhaus (SPD) nach Wismar, Agrarminister im Land.

Das Motto der Veranstaltung: »Sea Ranger: Fischer & Förster des Meeres«. Das muss Greve erklären. »Im Wald gibt es den Förster, warum gibt es im Meer nicht jemanden, der sich um den Lebensraum kümmert?« Ge-

nauso wie ein Förster, der zwar schieße und Bäume fälle, aber auch nachpflanze, hege und pflege.

Förster des Meeres also. Oliver Greve und seine Mitstreiter suchten externe Dozenten, entwickelten einen Lehrplan. Fischer fuhren gemeinsam mit Naturschützern und Forschern aufs Meer. Die Fischer zeigten den Forschern, wie man Fische fängt, die Forscher den Fischern, was man aus den Tieren lesen kann. »Es kam zu Dialogen, die hätten schon vor 20 Jahren stattfinden sollen«, sagt Greve.

Ein neues Berufsbild entsteht. Die »Sea Ranger« sollen Seegraswiesen kartieren, schonende Fangmethoden entwickeln, Schulklassen und Touristen die Ostsee erklären oder Daten über den Zustand der Meere sammeln. »Es gibt eine Forschungslücke in der flachen Dreimeilenzone vor der Küste«, sagt Meeresforscher Zimmermann, »unsere Forschungsschiffe sind dafür zu groß und zu teuer, mit den Fischkuttern dagegen geht das.«

Geld für den Strukturwandel wäre da. Der Bund versteigert Flächen für Windkraftanlagen im Meer und nimmt damit Milliarden ein. Fünf Prozent davon sollen als Ausgleichszahlungen an die Fischerei gehen. Greve hofft, einen Teil davon für die »Sea Ranger« zu bekommen. Ein Grundeinkommen von etwa 2000 Euro monatlich schwebt ihm für jeden Fischer vor. Ein Verein soll die Projekte koordinieren. Die Ausbildung wird derzeit aus Landes- und EU-Mitteln finanziert. Das Interesse ist groß, über Mecklenburg-Vorpommern hinaus.

»Wir werden im Oktober die zweite Ausbildungsrunde starten, vermutlich gemeinsam mit Schleswig-Holstein«, sagt Greve. Auch aus Dänemark, Schweden und dem Baltikum bekommt er Anfragen: »Die Probleme gibt es rund um die Ostsee.« Greve wirbt dafür, dass die »Kleine Küstenfischerei« zum Kulturerbe der Unesco erklärt wird. Einen entsprechenden Antrag hat die Landesregierung 2023 gestellt.

Am Alten Holzhafen von Wismar ist der Wandel bereits zu spüren. Die Alten granteln zwar noch über die neue Zeit. Den frisch ausgebildeten Meeresförstern ist jedoch anzusehen, dass sie froh sind über ihre Chance auf einen Neuanfang.

Martin Saager hat bereits Aufträge als »Sea Ranger« bekommen. Er hat verloren gegangene »Geisternetze« aus der Ostsee geborgen, die zu tödlichen Fallen für Meerestiere werden können. Mit Biologen ist er die Küste entlanggetuckert, um ökologisch wertvolle Seegraswiesen anzupflanzen.

Mut macht Saager ein Achtklässler, der zurzeit jeden Mittwoch für sein Schulpraktikum mit ihm hinaus auf die Ostsee fährt. Vielleicht ein Nachfolger für seinen Betrieb?

»Als Fischer hast du immer Hoffnung«, sagt Saager, »sonst musst du ja gar nicht erst losfahren.«

Philip Bethge

Kontrabass, 1957

FAMILIENALBUM Bernd Kunze, 81, aus Hamburg-Blankenese

Auf dem Bild bin ich 15 Jahre alt. Es ist mein erstes Konzert. Ich spiele 1957 ein Jazzsolo auf einem Schulfest in Bad Schwartau. Zu meinem Kontrabass gibt es eine besondere Geschichte, er hat mir Glück gebracht. Oder vielmehr: Ich habe mir damit meine Träume erspielt. Damals war ich Fan von Louis Armstrong und Ella Fitzgerald, an den Nachmittagen gab es Tanztees, ich sah Bands, tanzende Paare zu Rock 'n' Roll. Es waren die ersten offenen Tänze, die Eltern waren tolerant. Das war eine Zeit des Aufbruchs, und ich wollte unbedingt dabei sein, einen Kontrabass haben und spielen! Aber: Selbst ein gebrauchtes Instrument kostete etwa 350 Mark. Unbezahlbar. Aufmunternd wirkte die Aussage meines Vaters: »Dann mach dir mal Gedanken.« Er mischte sich aber nicht weiter ein. So beschloss ich, selbst einen Kontrabass zu bauen.

Um mir das Material leisten zu können, arbeitete ich während der Sommerferien im Wasserwerk, für 92 Pfennig pro Stunde. Mit dem Geld kaufte ich mir hellrotes Makoré-Holz, sägte Decke und Boden sowie die Seitenteile aus, verleimte sie und sorgte mit viel Wasser für eine Wölbung. Nun brauchte ich nur noch vier Saiten, Wirbel, einen Saitenhalter, Schnecke, Steg und Dorn. Der Musikhändler in Lübeck



► Sie haben auch ein Bild, zu dem Sie uns Ihre Geschichte erzählen möchten? Schreiben Sie an: familienalbum@spiegel.de

staunte über die nachgefragten Teile und verkaufte sie mir günstiger, als er meine Geschichte und von meinem verfügbaren Budget gehört hatte – mit der Auflage, ihm den Kontrabass zu zeigen, wenn er fertig sei. Das tat ich.

Und ich hatte Glück. Zur gleichen Zeit sprach mich ein älterer Mitschüler an, ob ich Lust hätte, in seiner neu zu gründenden Jazzband mitzuspielen. Nach etwa vier Monaten gaben wir auf dem Schulfest der örtlichen Mittelschule eine Einlage mit drei Jazzstücken. Das war der Beginn einer Karriere als Tanzmusiker: Zuerst spielte ich in unserem Kurort zum Tanztee, dann abends auf öffentlichen Bällen oder für geschlossene Gesellschaften, späterhin auch in Bars. Ich konnte so mein gesamtes Studium mit dem Geld finanzieren, das ich als Schüler mit der Musik verdient und gespart hatte.

Während meines ersten Einstellungsgesprächs interessierte sich der Chef vor allem für meine Nebentätigkeiten, der Kontrabass gefiel ihm. Irgendwann verschwand das Instrument auf dem Dachboden, ich hörte auf zu spielen. Vieles habe ich, nachträglich betrachtet, der Entscheidung als Schüler zu verdanken, mein Leben in die eigenen Hände zu nehmen.

Aufgezeichnet von Jonathan Stock

FORENSIK

»Wie finden Sie den Mörder, Frau Weber?«

SPIEGEL: Sie arbeiten seit 40 Jahren mit Pollen. Was fasziniert Sie daran?

Weber: Pollen sind einfach kleine, fantastische Gebilde. Pollen ist überall, auch im Hausstaub. Hat man die schönen Pollenkörner darin einmal unter dem Mikroskop gesehen, steht man den Staubschichten auf Bücherregalen wesentlich entspannter gegenüber. Meine Freunde

haben mir immer wieder Staubproben als Gastgeschenk mitgebracht.

SPIEGEL: Sie sind forensische Palynologin, was heißt das?

Weber: Palynologie ist die Wissenschaft der Pollen. Ich helfe der Polizei, Kriminalfälle zu lösen, vermehrt auch alte Fälle, sogenannte Cold Cases. Pollenkörner sind nämlich extrem widerstandsfähig und stabil. Selbst nach mehreren Wäschen sind sie noch in der Kleidung vorhanden. Mit dem Pollenspektrum können wir dann zum Beispiel überprüfen, ob der

Verdächtige vor Kurzem durch eine Blumenwiese oder eher durch einen Wald gelaufen ist. So lassen sich Alibis überprüfen.

SPIEGEL: Wie können Sie damit Verbrechen aufklären?

Weber: Mein Lehrer konnte dank eines fossilen Pollenkorns der Hickorynuss das Versteck einer Leiche im Umland von Wien so eingrenzen, dass der Verdächtige aufgab und die Ermittler dorthin führte. Und mithilfe von Graspollenkörnern wurde in Neuseeland ein Täter überführt. Die Pollen hafteten an Leiche,

Täter und Tatort. Es war eine äußerst seltene Mutation. Das konnte kein Zufall sein.

SPIEGEL: Warum wird nicht öfter mit Pollen gearbeitet?

Weber: Ich wünschte, das forensische Potenzial von Pollen wäre populärer und bei der Polizei bekannter. In Österreich gibt es dazu einen Leitfaden, in Deutschland leider nicht. JS



Martina Weber, 67, ist forensische Palynologin in Wien.

Robin Hoods Ableger

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE Einer der berühmtesten Bäume Englands wurde zerstört. Die Malerin Lucy Pittaway fand eine Antwort auf den Vandalismus.

Am Morgen des 28. September 2023 verbreitete sich die Nachricht, dass der Baum über Nacht gefällt worden war. Absichtlich. Die Polizei leitete eine Untersuchung ein und errichtete eine Absperrung. Die Bilder vom Tatort wirken wie der Fundort einer Leiche, nach dem Kampf zwischen Riesen. Ein Koloss, fast 200 Jahre alt, der auf eine bald 2000 Jahre alte steinerne Mauer gestürzt ist. Eine ganze Nation war fassungslos.

Beamte der Spurensicherung nahmen Messungen und Proben an den hölzernen Überresten vor und fotografierten den Bereich. Einer der Beamten wurde mit dem Satz zitiert: »In 31 Jahren Forensik habe ich noch nie einen Baum untersucht.«

Die Künstlerin Lucy Pittaway erfuhr vom Tod des Baums, als sie ihre Kinder von der Schule abholte. »Es war nicht irgendein Baum«, sagt sie am Telefon. »Es war *der* Baum.«

Der Sycamore Gap Tree, wie er hieß, stand fast 200 Jahre in einer Senke zwischen zwei Hügeln. Ein einzelner, mächtiger Bergahorn neben dem römischen Hadrianswall in der Grafschaft Northumberland, nicht weit vom Dorf Once Brewed. Ein perfektes Stilleben, das es so nur in England geben kann.

Wanderer machten halt an seinem Fuß, Schulklassen pilgerten zu ihm, auch Lucy Pittaway besuchte ihn als Schülerin. Es sei ihr damals vorgekommen, sagt sie heute, als besuchte sie das Ende der Welt. Unter dem Baum wurden Heiratsanträge gemacht, an ihm verstreuten Hinterbliebene die Asche der Toten. Die Menschen im Dorf berichteten von Schaulustigen, die nichts anderes taten, als den Baum stundenlang anzugucken. Manchmal sah man Nordlichter darüber. Er wurde zum wohl meistfotografierten Baum Großbritanniens, und natürlich auch zum englischen Baum des Jahres. Weil er halt so schön war, weil er sich so perfekt in die Senke schmiegte. Weil es *der* Baum war.

Weltweit berühmt wurde er 1991 durch den Film »Robin Hood« mit Kevin Costner in der Hauptrolle.

Danach erhielt er den Spitznamen »Robin Hood Tree« – obwohl er in Wirklichkeit fast 300 Kilometer vom Sherwood Forest entfernt stand. Kevin Reynolds, der Regisseur des Films, sagte, es sei »einer der idyllischsten Orte der Welt, und jetzt ist er weg, er wurde ermordet, und aus welchem Grund?«.

Kurz bevor der Baum gefällt wurde, hatten auch Pittaways Kinder den Baum besucht. Als er gefällt worden war, sprachen sie auf der Rückfahrt von der Schule über nichts anderes. »Warum macht jemand so was, Mama?«, fragten ihre Kinder. »Ich weiß es nicht«, sagte sie. Aber sie sagt am Telefon, es müsse schwer gewesen sein, den Baum zu fällen, es sei eine lange Fußwanderung, man müsse Motorsägen mitnehmen, einen 200 Jahre alten Baumstamm durchzusägen ist harte Arbeit. Jemand hat sich große Mühe gemacht, etwas sehr Schönes zu zerstören.

Warum wurde der Baum gefällt? War es die Gier, war es die Jagd nach einem Souvenir, war es die Lust an der Zerstörung, war es Rache? Der Wunsch nach Ruhm? Die Gründe für Vandalismus sind eine Reise in das Dunkel der menschlichen Seele und häufig banal. Die deutsche Polizei führt auf: »Frustration, Langeweile, Wut und Enttäuschung«.

»Warum macht jemand so was, Mama?«, fragten ihre Kinder.

Gefällter Bergahorn am Hadrianswall in Northumberland, Schlagzeile der »New York Times«



Two Men Are Charged Over the Felling of the Sycamore Gap Tree

Am 30. April 2024 wurden zwei Männer aus Cumbria wegen krimineller Beschädigung des Baums und krimineller Beschädigung des Hadrianswalls angeklagt, so die Polizei von Northumbria. Sie erschienen im Mai vor dem Newcastle Magistrates' Court, beide zwischen 30 und 40 Jahre alt, in schwarzen Masken inmitten einer wütenden Menge. Schadenswert: Mehr als eine halbe Million Euro. Sie verweigerten die Aussage. Vielleicht wird man nie wissen, warum der Baum gefällt wurde.

Lucy Pittaway sagt, ihre Nachbarn seien schockiert und fassungslos gewesen. Das ganze Land lud seine Wut ab. Der Fernsehkoch Si King, der in der Grafschaft Durham aufgewachsen ist, postete ein Video auf X, in dem er voller Zorn sagte: »Ich hoffe, dass derjenige, der das getan hat, ein Gewissen hat, denn er hat gerade einen Wächter der Zeit und einen Elementargeist von Northumberland ermordet.« Pittaway beschloss, den Baum zu malen. Als Erinnerung. Sie malte ihn mit Pastellfarben auf Holz. Es war ein Vorschlag ihrer Kinder.

Inzwischen wurde um den Stumpf des gefällten Baums ein Zaun errichtet, wie um ein Mahnmal. Der National Trust, der für das Gelände zuständig ist, forderte Besucher auf, den Baumstumpf »mit Respekt zu behandeln«. Der Manager des National Trust sagte, es könne möglich sein, dass neue Triebe aus dem Baumstumpf wachsen, aber es könne bis zu 200 Jahre dauern, bis er wieder so ist, wie er einmal war.

Es gibt viele Wege, mit Zerstörung umzugehen. Man kann seine Wut auf X abladen, oder man kann etwas tun. Robin Hood beschloss der Sage nach, den Kampf gegen den korrupten Sheriff von Nottingham aufzunehmen, obwohl er aussichtslos erschien. Er gewann.

Manchmal wachsen viele kleine Ableger aus einem gefällten Baum. In England bekam König Charles III. als Erster einen Samen des Bergahorns. Der Sämling soll im großen Park des Schlosses Windsor gepflanzt werden.

Lucy Pittaway verkaufte ihre Bilder und beschloss, damit kein Geld zu verdienen. Für jedes verkaufte Exemplar würde sie einen Baum pflanzen. Es wurden 600 Stück, ein kleiner Wald auf dem Swinton Estate im Norden Englands. Die Bergahorn-Setzlinge sehen noch sehr klein aus. »Aber sie werden größer werden«, sagt Pittaway.

Jonathan Stock

1 | Freiwillige auf einer Bananenplantage in Nahal Oz
2 | Vater eines ermordeten tansanischen Studenten beim Besuch in Israel **3** | Palästinensischer Tagelöhner Motasem **4** | Melker Hamed **5** | Straße in Dschenin
6 | Motasem mit Gemüse aus eigenem Garten **7** | Soldaten im leeren Kibbuz **8** | Großeltern Siobhan und Danny auf Kindergeburtstag in Mishmar Haemek **9** | Silo in Nahal Oz **10** | Obstmarkt in Dschenin



Bis zur letzten Ackerfurche

NAHOST Am 7. Oktober 2023 wollten sie in Nahal Oz den Geburtstag ihres Kibbuz feiern. Stattdessen kam die Hamas, tötete 15 Menschen. Was wurde aus den Überlebenden?
Von Timofey Neshitov; Victorine Alisse und Jonas Opperskalski (Fotos)

Nahal Oz liegt am Grenzzaun zum Gaza-Streifen. So nah, dass man von hier früher die Wäscheleinen von Schudschaija sehen konnte, dem östlichen Viertel von Gaza-Stadt. Am 7. Oktober ermordeten hier palästinensische Terroristen 15 Menschen und verschleppten sieben nach Gaza. Überlebende wurden nach Nordisrael evakuiert. Seitdem ist Nahal Oz militärisches Sperrgebiet. Im vergangenen Dezember, als ich das erste Mal die drei Checkpoints passieren konnte, ging gerade das jüdische Lichterfest zu Ende.

Chanukka im Melkhaus

Es war ein schwüler Nachmittag. Doron, Yotam und Eli, jüdische Geschäftsleute im Ruhestand, trieben eine Herde Kühe in das Melkhaus des Kibbuz.

Die Melker waren um die siebzig, trugen grüne Gummistiefel und gelbe Latzschürzen. Sie waren angereist aus Los Angeles, Abidjan und Tel Aviv, in ihrer Jugend hatten sie in Nahal Oz gelebt, sie hatten hier gemolken. Sie wussten noch, wie das geht. Sie führten die Kühe in die Melkboxen, sprühten Desinfektionsmittel auf ihre Zitzen, wischten die Zitzen mit Papiertüchern ab, setzten ihnen die Saugnäpfe der Melkmaschinen auf.

Das Melkhaus liegt im westlichen Teil des Kibbuz, etwas geschützt durch einen Erdwall.

Nahal Oz war mal ein grüner Ort, angelegt im Kreis: Einfamilienhäuser, großzügige Rasenflächen, Freibad, Minimarkt, Krankenstation, drum herum ein Zaun aus Stacheldraht und überall Luftschutzräume: kleine Haltestellen aus Beton, verteilt über den Ort wie Sitzbänke in einem deutschen Dorf.

Ihr Leben, sagten sie früher in Nahal Oz, sei zu 95 Prozent Paradies. Zu fünf Prozent sei es die Hölle.

Im Dezember 2023 lagen im Gras noch Münzen, Schuhe, Malbücher. In einigen Häusern hatten sich Soldaten einquartiert. Unweit des Kibbuz standen mehrere Hektar ungeernteter Bananenstauden, einige zusammengebrochen unter der Last ihrer Früchte.

450 Menschen und etwa 650 Kühe hatten hier gelebt. Geblieben waren die Kühe. Nach dem Anschlag waren sie neun Tage durch den Kibbuz gewandert, hatten gefressen, was sie finden konnten. Ihre Euter hatten sich entzündet, und als man sie endlich gemolken hatte, war ihre Milch rosa gewesen.

Jetzt, im Dezember, arbeiteten Doron, Yotam und Eli, die drei Freiwilligen, ohne viel zu reden. Ganz in der Nähe schossen israelische Haubitzen und Panzer auf Gaza. An der Fassade des Melkhauses stand auf Arabisch »Gaza ist mächtig«, die rußschwarzen Wände und Fenster waren von Kugeln durchlöchert.

Auf den Melkschürzen der Männer war ein blauer Davidstern aufgenäht, darin die

Worte: »Brüder des Kuhstalls«. Und unter dem Stern: »Dienst an Israels Front«.

Landwirtschaft ist in Israel schon immer Verteidigungspolitik gewesen. Nach dem Unabhängigkeitskrieg Ende der Vierzigerjahre ließ Staatsgründer David Ben-Gurion an den Landesgrenzen paramilitärische Bauernhöfe bauen, Siedlungen, deren Bewohner das neu erkämpfte Land bestellen und gegen Angriffe arabischer Bauern schützen sollten.

Nahal Oz war die erste Siedlung dieser Art.

An diesem warmen Dezembertag, nach ihrer Schicht, entzündeten die Melker einen Leuchter mit acht Kerzen. Sie standen im Halbkreis im Eingang des Melkhauses und sangen: »Diese Lichter zünden wir an wegen der Wunder, der Rettung und der allmächtigen Taten, die Du unseren Vätern in jenen Tagen... hast geschehen lassen.«

Ein Chanukka-Lied. Mit »Du« ist Gott gemeint.

Sie lachten und klatschten, und einer spielte Trompete.

Weihnachten am See Genezareth

Nahal Oz hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert. Lange vor dem 7. Oktober. Zu Ben-Gurions Zeiten trug man hier Melkschürzen und Gewehre, inzwischen schreibt man Software, pendelt bis nach Tel Aviv, forscht in Labors. Für die Sicherheit ist die Armee zuständig, ein Stützpunkt liegt direkt nebenan. Die Landarbeit übernahmen mit der Zeit Fremde. Gastarbeiter aus Thailand, Werkstudenten aus Tansania, Tagelöhner aus Gaza und aus dem Westjordanland.

Als die Hamas im Morgengrauen in Nahal Oz einfiel, waren die Kühe des Kibbuz bereits gemolken. Ein Tansanier und ein Thailänder hatten Frühschicht im Melkhaus. Der Thailänder rannte zu seiner Unterkunft beim alten Silo, 200 Meter weiter; der Tansanier, Joshua Mollel, blieb im Melkhaus. Er versteckte sich im Luftschutzraum gegenüber der Teeküche.

Joshua war erst seit drei Wochen in Israel. Ein Agrarstudent aus Morogoro, 21 Jahre alt. In seiner Unterkunft, einem Reihenhäuschen mit durchschossener Fensterscheibe, fand ich seine Stofftiere. Eine weiße Eule, eine Minnie Maus, ein Einhorn; in der Küchenzeile, über dem Geschirregal, hing ein Vokabelzettel.

Halav: Milch.

Para: Kuh.

Balagan: Chaos.

Joshua wurde seit dem 7. Oktober vermisst. Die Unterkunft hatte er sich mit Evasius Helmengrid geteilt, einem weiteren Studenten aus Tansania.

Am Samstag vor dem dritten Advent besuchte ich Evasius, einen gläubigen Christen, am See Genezareth. Er molk Kühe im Kibbuz

Ginnossar. Wir saßen in der Sonne, Evasius zitterte und starrte auf seine dünnen Finger. Er konnte über Joshua nicht reden.

Heiligabend, sagte er, werde er Dienst haben. Im Stall.

Er werde für Joshua beten.

Israel, sagte Evasius, sei ein Vorbild. Wie sie hier Wasser entsalzten. Wie sie in der Wüste Bananen züchteten. Diese Kühe, die mehr Milch gäben als die in der Schweiz.

»Wie geht es meinen Kühen?«, fragte er.

Am nächsten Tag tauchten im Netz Videoaufnahmen auf. Sie zeigten Joshua Mollel.

Man sieht, wie mehrere bewaffnete Männer Joshua herumschubsen. Sie zerren an seinem T-Shirt, einer ruft auf Arabisch »Lüge uns nicht an!«, ein anderer »Apache, Jungs!«, dann sieht man Joshua auf dem Rücken liegen. Er bewegt sich nicht, neben ihm steht ein Mann mit Schlapphut, Messer in der Hand, ein anderer stellt Joshua seinen Fuß auf die Brust und schießt ihm auf Kopf und Oberkörper. Neunmal.

Auf dem Schutzwall

In den vergangenen Monaten konnte man von Nahal Oz aus zusehen, wie Gaza zunehmend schwand.

In Schudschaija, an der Grenze, sprengten israelische Einheiten ganze Straßenzüge in die Luft. Vom Schutzwall sah man dann schwer aufsteigende Staubwolken, hörte dumpfe, rollende Explosionen.

Der Krieg war live im Handy. In einem der Videos, die israelische Soldaten posteten, schickte einer von ihnen Grüße nach Nahal Oz.

»Einheit 749 bereitet die Sprengung von Schudschaija vor«, sagt eine Stimme im Off, »in rund einer Minute.« Die Kamera zeigt, wie ein Soldat – Schnurrbart, dunkle Ringe unter den Augen – eine Zündschnur vorbereitet. Die Stimme im Off zählt von zehn herunter, der Soldat zieht an der Schnur, legt sich die Finger in die Ohren. Dann sagt die Stimme: »Schudschaija ist dahin. Nahal Oz, mit Gottes Hilfe werdet ihr – wie schön – Meerblick haben! Toll! 30 Häuser!«

Mit der Zeit nahm die Freude an der Rache ab. Im Alltag der Soldaten stellte sich Routine ein.

Einmal, das Jahr ging bereits zu Ende, stieg ich im Sonnenuntergang auf den Schutzwall von Nahal Oz. Der Wachposten saß auf einem weißen Plastikstuhl, die Beine ausgestreckt, er telefonierte mit jemandem auf Russisch. Ich sagte Schalom. Vor uns lag eine rauchende Ruinenlandschaft bis ans Mittelmeer.

»Ich muss mir einen neuen Zahn machen lassen«, sagte der Soldat in sein Handy. Er gab mir seine Hand – Wladimir, aus Moldau –, setzte sein Telefonat fort. Über den Bananenplantagen im Südosten beschleunigte eine

F-15. Ein Apache-Hubschrauber flog einen Bogen und schoss eine Rakete. Wladimir verfolgte die Rakete mit dem Zeigefinger, nur für den Besuch aus Deutschland, bis sie einen Feuerball in Schudschaija aufwirbelte. »Es ist zu teuer«, sagte er ins Handy, »ich muss die Ärzte fragen, ideal wäre auf beiden Seiten.«

Am Melkhaus, dem Mittelpunkt des Lebens im leeren Kibbuz, saßen fünf Soldaten vor großen Bildschirmen. Sie tranken Cola und steuerten Drohnen. Neben ihnen rauchte eine Frau mit abwesenden Augen.

Shir Bashari. Eine Freiwillige, Anfang dreißig, von Beruf Hundetrainerin. Sie kümmerte sich hier um die Kälber. Fütterte sie aus einem Nuckeleimer.

Sie zeigte mir ein Neugeborenes. Erst einen Tag alt, bereits mit einer Ohrmarke versehen: Nummer 2518, weiblich, Rasse Holstein, es stand auf den eigenen Beinen und zuckte nur bei längeren Artilleriesalven zusammen.

Shir holte ein Frisbee und rief ihre Border Collies zu sich. Einen schwarzen und einen weiß-braunen mit glänzendem Fell.

»Das Spiel tut den Hunden gut«, sagte sie. »Es tut auch den Soldaten gut.« Die Soldaten sahen zu, wie Shir die Scheibe warf, wie ihre Hunde die Scheibe zurückbrachten.

Shir erzählte von den streunenden Hunden aus Gaza. Sie kämen jetzt vermehrt über die Grenze. In Rudeln. Sie rissen die Kälber von Nahal Oz. So man dürfe sie nicht abschießen, sagte Shir, so laute die Vorgabe der Behörden. »Wir sollen sie einfangen und Tierschützern übergeben.«

Zur Zerstörung Gazas sagte sie nichts.

Sie freute sich nicht darüber. Empörte sich nicht. Die Zerstörung fand vor ihren Augen statt, wie Sonnenuntergänge stattfinden.

In jener Zeit stellte der Kibbuz zur Verstärkung der Freiwilligen einen Berufsmelker aus der Negev-Wüste ein. Hamed Alorgan, so hieß der junge Mann, war Beduine, Muslim, hatte in der israelischen Armee gedient. An einem Nachmittag nahm er mich mit auf eine Tour im Golfmobil. Wir fuhren die Ställe ab.

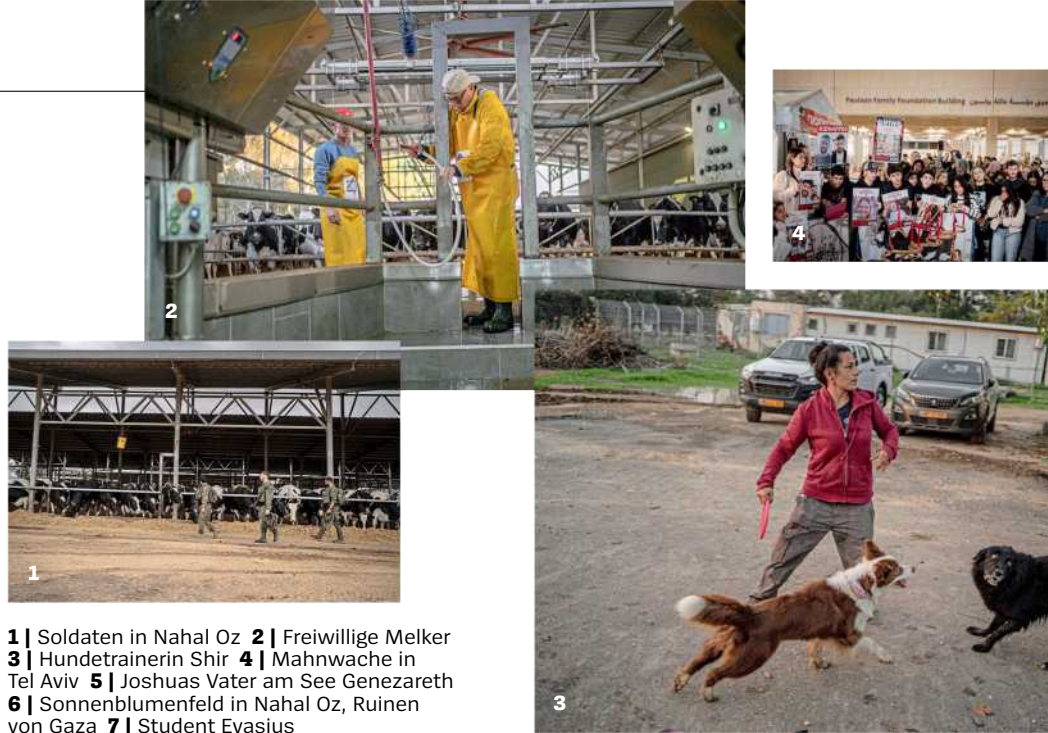
Hamed suchte die Kühe mit den Nummern 7946, 8021 und 8022: Sie sollten besamt werden. Er spielte arabischen Pop auf seinem Handy, dann israelischen, zeigte Fotos von seinem Spanienurlaub, ein Selfie mit dem Real-Madrid-Spieler Fede Valverde. Er legte sich die linke Hand auf das rechte Handgelenk, schob die Rechte gut gelaunt nach vorn. So gehe Besamung, sagte er.

Er suchte lange nach den richtigen Kühen. Viele drehten ihre Köpfe so, dass man ihre Ohrmarken nicht sehen konnte.

»Wir sollten ihnen Namen geben«, sagte Hamed. »Eine Kuh könnte Gaza heißen. Die müssten wir dann aber schlachten.«

Kindergeburtstag am Straßenrand

Entmenslichung des Gegners ist ein Begriff aus der Friedensforschung. In der Regel geht damit ein Teil der eigenen Menschlichkeit verloren.



1 | Soldaten in Nahal Oz 2 | Freiwillige Melker
3 | Hundetrainerin Shir 4 | Mahnwache in Tel Aviv
5 | Joshuas Vater am See Genezareth
6 | Sonnenblumenfeld in Nahal Oz, Ruinen von Gaza 7 | Student Evasius

1956 geschah in Nahal Oz ein Mord, der in israelische Geschichtsbücher einging: An einem Apriltag töteten Araber aus Gaza den Sicherheitschef des Kibbuz, Roi Rotberg, einen blonden Mann von 21 Jahren, seit drei Monaten Vater, sie schossen ihn im Weizenfeld (es gab noch keinen Grenzzaun) von seinem Pferd, verschleppten ihn nach Gaza. Erst nach einer Intervention der Vereinten Nationen wurde Rotbergs verstümmelter Leichnam nach Nahal Oz zurückgebracht. Die Trauerrede hielt Generalstabschef Moshe Dayan. Der Mann mit der schwarzen Augenklappe.

»Lasst uns nicht den Mördern die Schuld geben«, sagte Dayan. »Warum sollen wir uns über ihren Hass auf uns beschweren? Seit acht Jahren sitzen sie in den Flüchtlingslagern von Gaza. Vor ihren Augen haben wir das Land und die Dörfer, in denen sie und ihre Vorfahren lebten, in unser Zuhause verwandelt.«

Drei Generationen später, im Oktober 2023, sagte Israels Verteidigungsminister Yoav Gallant über Gaza: »Wir kämpfen gegen menschliche Tiere.«

Die meisten Überlebenden aus Nahal Oz leben heute im Norden unweit vom Karmel-Gebirge. Der Kibbuz, der sie aufgenommen hat, heißt Mischmar Haemek. Zwischen Kantine und Fußballfeld steht hier ein Gedenkstein für drei neunjährige Kinder, die 1948 durch Bomben getötet wurden.

Die Überlebenden aus Nahal Oz leben eng, viele in Studentenunterkünften. Sie streiten seit Monaten über die Frage der Rückkehr. Orte wie Nahal Oz, sagen die einen, seien heute wichtiger denn je. Sie schützten den Staat Israel, das jüdische Volk, ja die ganze westliche Zivilisation. Eine Rückkehr, sagen die anderen, werde Normalität vortäuschen, sie werde einer Regierung, die am 7. Oktober versagte, den Rücken stärken.

Was sie eint, ist ihr Hass auf »die« Palästinenser.

Sie erzählten mir von der Schülerin Maayan. Ermordet vor den Augen ihrer Eltern wenige Tage nach ihrem 18. Geburtstag; das Haus sei noch voller Luftballons gewesen. Sie erzählten von Maayans Vater, den die Palästinenser nach Gaza mitnahmen. Von Shlomo, dem Schlosser, er habe noch mit 85 im Kibbuztheater gespielt. An jenem Morgen, als die ersten Schüsse fielen, seien Shlomos Frau, zwei Töchter und der Enkel in den Schutzraum geflüchtet. Er habe sich, gut sichtbar, auf seinen Sessel gesetzt.

Shlomo allein zu Hause. Seine letzte Rolle. Seine Familie überlebte.

Ich traf in Mischmar Haemek Ela, eine junge ukrainische Jüdin, Entwicklerin bei Intel, sie wechselte ihrer Tochter die Windeln, küsste ihr die Füße und sagte, ihr Kind werde hoffentlich am Strand von Gaza aufwachen, bald gebe es dort, mit Gottes Hilfe, keine Palästinenser mehr.

Der Einzige, der sich Palästinenser in Gaza wünschte, war ein dürrer, leiser Mann in roter Jacke, er fror auch bei 25 Grad und blieb deswegen in Israel, als andere Überlebende im Dezember zur Erholung nach Wien flogen.

Danny Rahamim wird dieses Jahr 70, fast so alt wie der Kibbuz. Er hat alles durchgemacht: war Hippie, Soldat, Baumwollpflücker, Hühnerfarmaufseher, Bewässerungsbeauftragter. Als ich ihn kennenlernte, lebte er seit zwei Monaten in Mischmar Haemek, verlief sich noch. Wir tranken Kaffee in der Gemeinschaftsküche, Danny weinte und wischte sich die Augen mit einem Stück Klopapier. Er weinte über die Toten und die Geiseln, erzählte von einem friedlichen Gaza in den Achtzigern.

Man sei da zum Baden hingefahren, zum Hummus essen. Er habe in Gaza Goldohrringe für seine Siobhan gekauft, Siobhan habe sich Stoffe für ihre Nähmaschine besorgt, Marke Sovina. Auf ihrer Hochzeit hätten fünf Palästinenser aus Gaza getanzt, Arbeiter seiner Hühnerfarm.



Am 13. Dezember 2023 feierte Dannys Enkel Yair in Mischmar Haemek seinen sechsten Geburtstag. Er feierte aus Platznot am Rande einer Ringstraße, es gab Konfettikuchen, Kakis, Fladenbrot. Danny stand neben Siobhan und aß Euros aus Schokolade.

Sie sah ihn besorgt an. Danny hat Diabetes.

Sie sind ein Paar wie aus dem Kibbuzlehrbuch. Er, Sohn irakischer Juden; seine Eltern kamen nach dem Zweiten Weltkrieg nach Israel. Sie, Tochter irischer Katholiken, ging in London auf ein Internat, kam als Freiwillige nach Nahal Oz, konvertierte.

Nach dem 7. Oktober ging ein Riss durch ihre Beziehung.

Auf der Party ihres Enkels sagte Siobhan zu mir: »Gaza gehört entvölkert.«

Danny schwieg und aß Schokolade.

Abends im Auto, wir fuhren nach Tel Aviv zu einer Mahnwache für die Geiseln (zwei Familienväter aus Nahal Oz sind bis heute in Gaza), schlief Siobhan auf der Rückbank ein. Danny erzählte von seiner Mutter. Sie sei als Kind bei einem Pogrom in Bagdad beinahe erschlagen worden. Ein arabischer Nachbar habe sich vor den Mob gestellt und gesagt: Erst müsst ihr *mich* töten.

»Es gibt bestimmt auch normale Menschen in Gaza«, sagte Danny, »und wenn es nur einer ist, macht es bereits einen Unterschied.«

Nur kenne er dort niemand mehr.

Seit die Hamas 2007 an die Macht kam, seien die Kontakte abgebrochen, sagte Danny. 2014 kam ein Kommando durch einen Tunnel aus Gaza und brachte fünf Soldaten bei Nahal Oz um. Eine Granate tötete ein vierjähriges Kind im Kibbuz. Die Israelis rüsteten ihre Grenzanlagen auf, bauten einen Zaun unter der Erde. Die Palästinenser ließen brennende Drachen steigen, setzten israelische Felder in Flammen.

In jener Zeit, erzählte Danny, habe er den Armeestützpunkt unweit des Kibbuz besucht. Er war Bewässerungschef. »Da saßen diese jungen Soldatinnen und haben die Grenze

beobachtet. Sie konnten auf ihren Bildschirmen jeden Grashalm sehen. Haarscharf.«

Wenn er früher draußen im Feld pinkeln musste, sagte Danny, habe er in Richtung Israel gepinkelt.

Danach nur noch Richtung Gaza.

Auf dem Stützpunkt Nahal Oz starben im vergangenen Oktober 66 Soldatinnen und Soldaten. Sie hatten die Armee vor einem bevorstehenden Großangriff gewarnt.

»Bananen, Bananen, Bananen, Bananen, Bananen, Bananen!«

Einer der Palästinenser, die am 7. Oktober 2023 aus Gaza kamen, drehte dabei ein Video.

Der Mann fährt Motorrad oder Moped, nähert sich den Bananenplantagen von Nahal Oz. Die Pflanzen sind mit Netzen bedeckt, das schützt sie vor Sonne und Wind. Der Mann ruft beim Fahren: »Das ist für meine geliebte Frau, das sind die Bananen, eine Menge Bananen sind das! Ich bin in unserem besetzten Land, um dir Bananen zu holen! Allahu akbar, Umm Elias, Bananen, Bananen, Bananen, Bananen, Bananen, Bananen!«

Man sieht weitere Motorräder und unbewaffnete Männer, der Mann steigt ab und geht durch ein Loch im Netz, seine Stimme kippt nun, er schreit wie von Sinnen: »Allahu akbar, das ist alles für Umm Elias!«

Gute Bananen sind in Gaza Mangelware.

Ein Drittel der Ernte aus Nahal Oz wurde früher nach Gaza verkauft. Ein Drittel an Händler in Israel. Ein Drittel ins Westjordanland. Die Bananen wurden im Kibbuz nach Qualität sortiert. Die schlechtesten gingen nach Gaza.

Bananen (wie Kühe) zeigen das komplizierte Verhältnis der Israelis zu ihrem Land und zu den Palästinensern.

Ein historischer Vorposten wie Nahal Oz hält an seinen Tieren und Äckern fest, obwohl die meisten hier nie eine Zitze angefasst, nie eine Banane gepflückt haben. Als sie im ver-

gangenen Oktober zur Feier ihres 70. Jahrestags Tänze übten (die Party sollte am 7. Oktober steigen), stand der Slogan ihres Kibbuz, »Bis zur letzten Ackerfurche«, auf jedem Banner. Israels Staatschef schickte Videogrüße.

In Wirklichkeit ist Landwirtschaft an der Grenze heute vor allem eins: Geschäft. Etwa anderthalb Millionen Euro bringen jedes Jahr die Kühe von Nahal Oz, ungefähr so viel die Felder: Bananen, Avocados, Kartoffeln, Sonnenblumen. Über die Jahrzehnte, je mehr die Israelis ihre Lust an der Landarbeit verloren, griffen sie auf fremde Hände zurück.

In den Achtzigern holte Danny Rahamim Männer aus Gaza, weil niemand im Kibbuz die Hühnerfarm ausmisten wollte. Melker hatten sie noch. Als später niemand mehr melken wollte, konnten sie keine Palästinenser rufen, denn die Erste Intifada war ausgebrochen. Sie riefen Thailänder, brauchten aber mehr Leute. Zuletzt fanden sie eine Lösung: im Dorf, innerhalb des Sicherheitszauns, arbeiteten Thailänder und Afrikaner; draußen auf den Feldern durften auch Palästinenser ran.

Einen dieser Palästinenser besuchte ich im Dezember in Dschenin im Westjordanland.

Es hatte geregnet in der Nacht davor. Die israelische Armee hatte sich nach einer dreitägigen Operation aus der Stadt zurückgezogen. Die Schlaglöcher, die ihre Bulldozer hinterlassen hatten, standen voller Wasser. Einigen Häusern fehlten Türen, Fenster, ganze Wände, hier und da waren Davidsterne angesprüht. Auf dem Friedhof kauerten Teenager an frischen Gräbern.

Es gab zwölf Tote.

Der Mann, den ich besuchte, Motasem Musleh, wohnt auf einem Hügel hinter dem Friedhof, er hat hier ein zweistöckiges Haus gebaut. Er habe in Nahal Oz gut verdient, sagte er, 450 Schekel am Tag, mehr als 100 Euro.

Der Treppe ins Schlafzimmer fehlte ein Geländer. Ihm sei das Geld ausgegangen, sagte Motasem. Seit dem Überfall der Hamas durfte er, wie alle anderen Tagelöhner, das Westjordanland nicht mehr verlassen.

Motasem ist groß und schlank, Vater von vier Kindern; während der jüngsten Militäroperation in Dschenin war er 40 geworden. Ich fragte ihn, wie er gefeiert hatte. »Ich war zu Hause«, sagte er, »zog mir zwei Jacken an. Für den Fall, dass sie mich verprügeln.«

Er schenkte Kaffee ein, erzählte von seiner Arbeit in Nahal Oz. Bananen erntet man dort mehrmals im Jahr. Ein Arbeiter schleppt am Tag bis zu 250 Bündel, jedes wiegt etwa 25 Kilogramm. Am 7. Oktober war Motasem zu Hause.

Er spielte mir das Video vom Plünderer aus Gaza vor.

»Hier«, sagte er, »das waren *meine* Bäume.«

Ich fragte ihn, was er von der Hamas halte.

Er wolle nicht über Politik reden, sagte er und erzählte stattdessen von seinem Großvater. Auch er habe im Feld gearbeitet, aber



1 | Familienvater Motasem mit Kindern 2 | Kühe im Melkhaus von Nahal Oz 3 | Tattoo auf Amirs Unterarm 4 | Freiwillige in der Mittagspause

die Felder hätten ihm gehört. In einem Dorf zwischen Haifa und Dschenin. Das Dorf habe Al-Mansi geheißten.

Wo früher Al-Mansi stand, steht heute ein Kibbuz.

Abiturienten mit Macheten

Am Morgen des 7. Oktober arbeiteten in den Bananenplantagen von Nahal Oz 20 Tagelöhner aus Gaza.

Offenbar flohen sie, sobald der Beschuss aus Gaza begann, ins Landesinnere. Sie wurden in der Stadt Rahat festgesetzt, von der Polizei vernommen und nach Gaza abgeschoben. Danach verliert sich ihre Spur.

Der Mann, der sie angeheuert hatte, weiß nur so viel. Mehr will er nicht wissen.

Amir Adler, in Nahal Oz für Bananen und Avocados zuständig, trägt auf dem Unterarm ein frisch gestochenes Tattoo. Ein Windröschen mit fünf Blättern. Ein Blatt für seine Frau, drei für ihre Kinder, eins für sich selbst. Fünf Überlebende, fünf Blätter.

In den Monaten nach dem Anschlag versuchte Amir, so viele Pflanzen zu retten, wie er konnte. Die Thailänder, die an der Seite der Palästinenser Bananen geerntet hatten, waren abgereist. Amir schnitt Bananen von überlasteten Stauden. Er ist 47 Jahre alt, kam fast täglich aus Mischmar Haemek, drei Stunden mit dem Auto. Die Früchte ließ er auf dem Boden liegen.

Die Stauden in Nahal Oz wachsen dicht aneinander, ihre Blätter berühren sich unter dem Schattennetz, man sieht nicht weiter als ein paar Meter. Amir führte mich durch den Dschungel, Machete in der Hand, auf einer Lichtung zeigte er auf die Reste einer Qassam-Rakete, sagte, er werde nie wieder Palästinenser beschäftigen. Ich fragte nach den 20 Männern aus Gaza. Er sagte, er kenne ihre Namen nicht, habe sie über einen Mittelsmann angeheuert, einen Beduinen.

Ich rief den Mittelsmann an, der sagte, er habe nichts mehr mit diesen Leuten zu tun, und

auflegte. Ich kontaktierte die Polizei von Rahat, die mich ignorierte. Ich fragte Motasem in Dschenin, der sagte, er kenne niemanden aus Gaza. Ich fragte israelische Menschenrechtler. 20 Tagelöhner sind verschwunden, als hätten sie nie gelebt.

Einmal brachte Amir, der Bananenmanager, fünf Teenager nach Nahal Oz mit. Abiturienten, sie bereiteten sich auf den Armeedienst vor. Ori, Isaak, Chaim, sie rauchten Selbstgedrehte und fanden es aufregend, wenn ein Hubschrauber über ihre Köpfe hinwegflog. Sie halfen Amir. In der Mittagspause kamen sie aus der Plantage, stellten ihre Macheten ab, blickten auf Gaza.

»Seht ihr den Apache? Stellt euch vor, der dreht jetzt um.«

»Genau, und sieht dich mit deiner Machete!«

»Schon verrückt, die Terroristen sind hier tatsächlich rumgelaufen.«

»Itbah al-Jahuuuuud!«

Itbah al-Jahud ist Arabisch. Töte die Juden. Alle Juden in Israel kennen den Spruch.

Die jungen Leute in Nahal Oz machten sich darüber lustig, sie fanden den Spruch cringe.

Sommer

Seit Beginn ihrer Bodenoffensive hat die israelische Armee gezielt auch Vieh und Äcker in Gaza zerstört. Hunger ist eine uralte Waffe.

Im Juni 2024, als ich wieder nach Nahal Oz kam, gab es vor dem Kibbuz einen Checkpoint weniger. Die Haubitzen schossen seltener, im Himmel hingen keine Hubschrauber. Am frisch gestrichenen Melkhaus wurden keine Drohnen gesteuert.

Das Kalb mit der Nummer 2518 war gestorben, jenes Tier, das in der Chanukka-Woche zur Welt gekommen war. Woran es gestorben war, konnte mir niemand sagen. Vielleicht an einer Infektion, vielleicht waren es die streunenden Hunde von Gaza. Shir, die Hundetrainerin, lebte nun in Tel Aviv.

Dafür waren einige Thailänder wieder da. Im Melkhaus hörte man den weichen, fröhlichen Lockruf, mit dem sie die Kühe in die Melkboxen führten, »Bap-bap-bap ...« Nach Feierabend fragte ich einen von ihnen, warum er zurückgekehrt sei.

Nikon. Er hatte hier am 7. Oktober Frühlingschicht. An der Seite von Joshua Mollel.

Nikon öffnete ein Singha-Bier und sagte, es sei einfach. »Zwei Kinder. Zwei Jungs, sechs und vier. Ich schicke jeden Monat mindestens 4000 Schekel nach Thailand.«

Acht Monate nach dem Anschlag gaben die Kühe von Nahal Oz wieder so viel Milch wie früher.

Mit den Bananen sah es anders aus. Von den 70 Hektar, sagte mir Amir Adler, wolle er höchstens 20 behalten. Ohne palästinensische Arbeiter komme er nicht aus.

Wir stiegen auf einen Hügel und blickten auf die Plantagen des Kibbuz, einige bereits abgeholzt, standen an einem Denkmal für getötete Soldaten. Amir war besorgt. Der Krieg zog sich hin. Nach einer Welle der Solidarisierung demonstrierten inzwischen Leute in den USA und Europa gegen Israel.

Europa müsse aufwachen, sagte Amir. »Wir sind nur die Vorspeise.«

Danny Rahamim, der Mann, der vom friedlichen Gaza der Achtziger geschwärmt hatte, erholte sich im Juni von einer Herz-OP. Er wog nur 52 Kilo und hinkte. Die Ärzte hatten ihm aus dem Bein eine Vene gezogen und daraus drei Bypässe gemacht. Unter Narokose habe er geträumt, erzählte Danny.

Er habe geträumt, er sei in einem Tunnel unter Gaza gefangen.

Seine Frau stellte ihm in der Gemeinschaftsküche einen Obstteller hin. Danny kaute langsam, setzte sich in ein Golfcart und fuhr zum EKG. Viele Leute, sagte er, fragten ihn, ob er endlich aufgewacht sei, ob er nun erkenne, dass aus Gaza nichts Gutes kommen könne.

Er aber glaube mehr denn je an Gaza, sagte Danny. »Dort leben und sterben Menschen. Leute wie du und ich.«

Motasem, der Tagelöhner in Dschenin, zückte heute Tomaten hinter seinem Haus. Er hat einen kleinen Garten angelegt, versucht es mit Okraschoten, Avocados, ein paar Apfelbäumen.

Als ich ihn im Juni besuchte, kochte seine Frau Okraschoten. Motasem sah sich auf Facebook ein neues Video über Al-Mansi an, das Dorf seiner Vorfahren. Er sei nie dort gewesen, sagte er. Tagelöhner aus dem Westjordanland dürfen sich in Israel in der Regel nicht frei bewegen; nur vom Checkpoint zum Acker, oder zur Baustelle, und zurück.

Ich fragte Motasem, ob er denn hinfahren würde, wenn er könnte. Schließlich ist von Al-Mansi nicht viel übrig geblieben. Das Dorf wurde 1948 gesprengt.

Er würde viel lieber nach Nahal Oz fahren, sagte Motasem. Wenn er dürfte. Er suche ja Arbeit.

»Ich vermisse Nahal Oz sehr«, sagte er. ■

Frankie goes to Hollywood

ALLES GUTSCH Über Kulturkämpfe, den »antifaschistischen Schutzwall« und das Gefühl, plötzlich ein Skandalautor zu sein

Warnung: Diese Kolumne enthält Worte und Gedanken, die verstörend sind. Die Themen Übergewicht, Eichhörnchen und Katzenfutter werden angesprochen.

Vor einiger Zeit schon habe ich einen Roman geschrieben. Er heißt »Frankie«. Der Held und Ich Erzähler ist ein Straßenkater, der auf einen depressiven Mann trifft. Das Buch wurde ein Bestseller und bislang in mehr als 20 Sprachen übersetzt. Als ein großer amerikanischer Verlag die US-Rechte kaufte, sagte ich glücklich und verwirrt zu meiner Frau: »Wahnsinn. Frankie goes to Hollywood.«

Das Cover der amerikanischen Ausgabe war bald fertig, und im Werbetext zu »Frankie« hieß es: »...this utterly charming, brilliantly funny German bestseller...« Vor allem die seltene Kombination der Worte »genial lustig« und »deutsch« rührte mich sehr.

Heute denke ich: Gut wäre es gewesen, sie hätten zu diesem Zeitpunkt mein Buch schon mal gelesen.

Zuerst, das ist schon eine Weile her, bekam ich eine freundliche E-Mail. Eine Textstelle bereite dem US-Lektorat Kopfzerbrechen: Ein Schwarzer Afghane (Hund), der mit Drogen (Katzenminze) dealt. Das Wort »Schwarz« sei an dieser Stelle hochproblematisch und könnte als rassistisch aufgefasst werden. Ob ich den Text, nun ja, ändern könne?

Ich erklärte, dass es sich um einen Irrtum handeln müsse. Es gehe mir nicht um das Wort »Schwarz«, als Betonung einer Haut- oder Fellfarbe, sondern um die Doppelbedeutung: *Schwarzer Afghane* ist auch ein beliebtes Haschisch. Es ist, als würde eine Dealerin »Mary Jane« heißen.

Anschließend folgten Telefonate. Ich dachte: Die Amerikaner sind echt schräg drauf, aber meinerwegen sollen sie aus dem Schwarzen Afghanen einen Afghanen machen. Fellfarbe unbekannt. Dann fuhr ich in den Urlaub nach Sizilien.

Dort erreichte mich die Anfrage aus Amerika, ob man aus dem »Afgha-



Illustration: Mario Wagner / DER SPIEGEL

nen«, der mal ein »Schwarzer Afghane« war, nicht lieber eine »Deutsche Dogge« machen könne. In diesem Moment spürte ich eine klitzekleine Verzweiflung in mir aufsteigen.

Es folgten weitere Änderungswünsche. An einer Textstelle – es geht um den übermäßigen Genuss von Katzenfutter – sagt ein Eichhörnchen zu Frankie, dem Kater: »Aber willst du wirklich fett werden, Frankie?«

Das Wort »fett«, so hieß es aus Amerika, solle ich überall streichen. Wegen *Fatshaming*. Ich stand in Sizilien am Strand, Handy am Ohr, und diskutierte lange über einen Satz, den ein Eichhörnchen zu einem dünnen Kater sagt. Ich dachte: Wo ist die versteckte Kamera?

Aus »fett« sollte auf Wunsch des US-Verlags nun aber nicht »dick« oder »kräftig« werden, sondern: »faul«. Was ich lustig fand, weil es der Intention des *Fatshaming* widersprechen dürfte, wenn man fett mit faul gleichsetzt. Denn so sind sie ja, die Fetten. Faul!

Beim Wort »Nazischwein« lautete der Änderungswunsch: »Rassistentenschwein«. Meine Argumentation, dass echte Nazischweine immer auch Rassistentenschweine seien, das wisse ich als Deutscher genau, verfiel nicht.

Bei Wokeness geht es selten um Überzeugungen. Aber oft um Angst.

Aus dem Wort »behindert« – so bezeichnen einige Menschen Frankie, der ein halbes Ohr hat – sollte »authentisch« werden. Ich habe als Student behinderte Jugendliche betreut. Hätte ich zu ihnen gesagt: »Hört mal, aus Gründen der Wokeness bezeichnet ihr euch jetzt bitte als *authentisch*, falls jemand fragt. Eure Schwerbehindertenausweise werden natürlich geändert. Ihr bekommt alle einen *Schwer-authentischen-Ausweis*. Was haltet ihr davon?«

Ich schwöre, sie hätten das für »extrem behindert« gehalten.

Als ich das Buch schrieb, war es auch eine Verarbeitung meiner eigenen Depression. An einer Stelle sagt der depressive Schriftsteller Richard Gold zu Frankie: »Ich bin jeden Tag wütend, verzweifelt, einsam, beschämt. Und wenn es ein guter Tag ist, dann möchte ich mich nicht umbringen oder anderen Leuten in den Kopf schießen.«

Ob ich die Stelle vielleicht ändern könne, fragte der US-Verlag. Statt »in den Kopf schießen« könnte man eine Tötungsart wählen, die die Leser weniger verstört, oder schreiben: »Ich empfinde keine Freude mehr.«

Ich dachte: Genau so fühle ich mich. Freudlos und gelangweilt von diesem Kulturkampf um Sprache. Ich habe das alles schon einmal durch, damals in Ost-Berlin. Wir haben auch die Worte ängstlich abgewogen, ausradiert oder gleich neu erfunden, um sie in ein Weltbild zu pressen. Noch heute zucke ich innerlich zusammen, wenn jemand sagt: »Mauer«. Und nicht im DDR-Sprech: »antifaschistischer Schutzwall«.

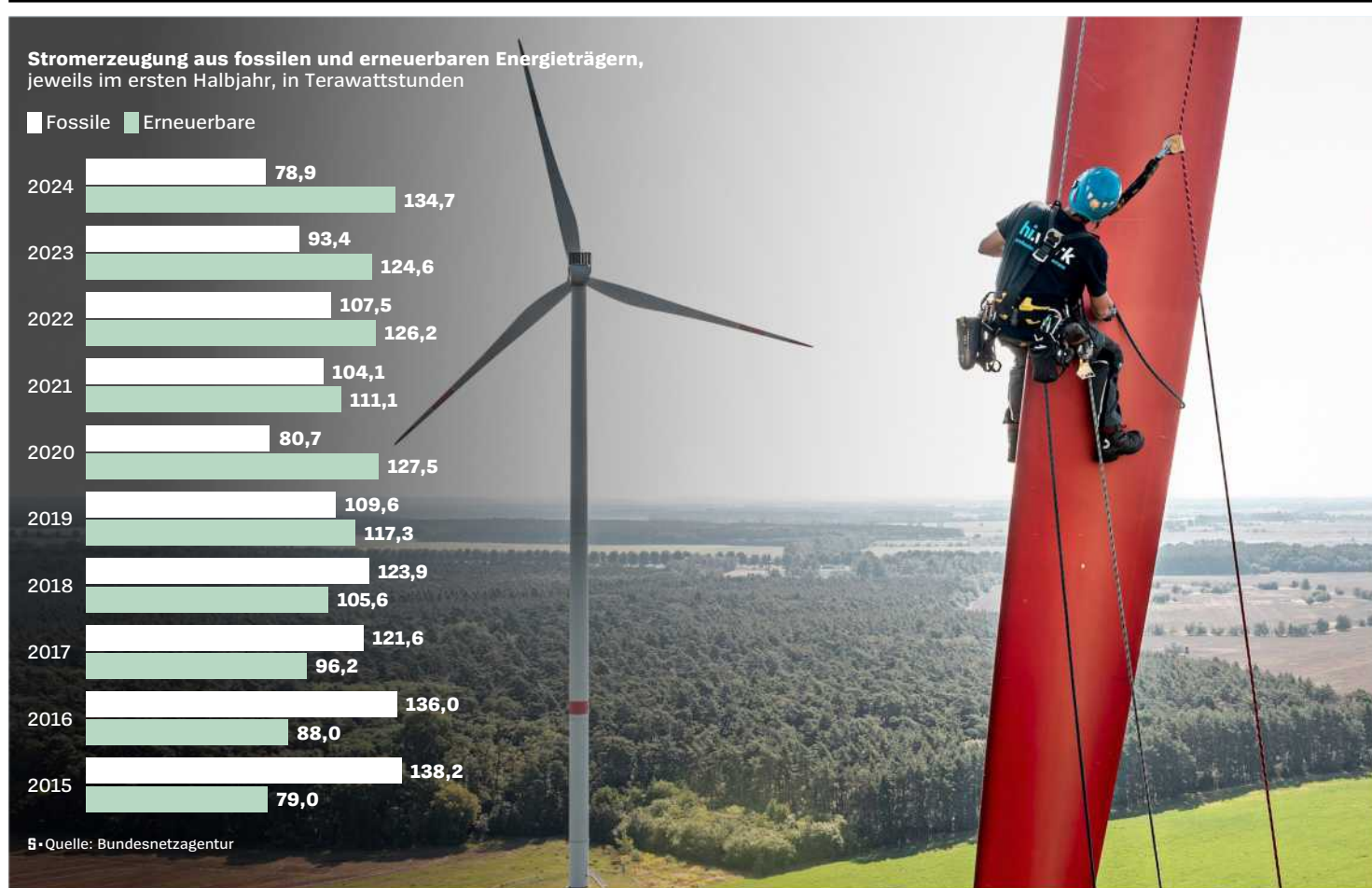
Bei extremer politischer Korrektheit oder Wokeness geht es, das ist mein Eindruck, selten um Überzeugungen. Aber oft um Angst. Der US-Verlag hatte Angst, verklagt zu werden. Angst vor dem Shitstorm. Angst vor finanziellen Verlusten. Ich weiß nicht, ob es woke ist zu formulieren, dass Wokeness für viele Woke vor allem ein monetärer Reflex ist.

Zurück aus dem Urlaub, erhielt ich die Nachricht: Der US-Verlag wird mein Buch nicht veröffentlichen. Sie kündigen den Vertrag. Keine Ahnung, was ich jetzt bin. Gecancelt? Ein Skandalautor? Ein Katzen-Sarrazin?

Am Tag, als der US-Verlag kündigte, schrieb mir ein Freund, dass seine elfjährige Tochter »Frankie« in ihrer Kreuzberger Schule vorgestellt habe. Ich dachte: Was in den USA zu krass ist, lesen hier schon die Kinder.

Gott schütze Amerika.

Jochen-Martin Gutsch



Erneuerbare erreichen Rekordwert

ENERGIE Sonne und Wind verdrängen zunehmend die Kohle bei der Stromerzeugung. Davon profitieren die Kunden und das Klima. Nur der Staat zahlt drauf.

Mit erneuerbaren Energien wurde im ersten Halbjahr 2024 eine Rekordmenge von 135 Terawattstunden Strom produziert. Der Anteil von Braunkohle an der Stromerzeugung hingegen hat sich seit 2015 halbiert, der von Steinkohle gar auf ein Drittel reduziert. Das geht aus neuen Berechnungen der Bundesnetzagentur hervor, die dem SPIEGEL vorliegen. Der Abwärtstrend hat sich aktuell noch einmal beschleunigt, vor allem bei der Steinkohle. Zwischen dem ersten Halbjahr 2023 und der ersten Jahreshälfte 2024 sank ihr Einsatz um fast 50 Prozent. »Ein Grund dafür, dass Kohlekraftwerke nicht mehr zum Zuge kommen, ist, dass wir so viel günstigen Strom aus erneuerbaren Energien wie etwa Sonne und Wind haben«, erklärt

der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller. Der hohe Grünstrom-Anteil habe einen starken Einfluss darauf, dass die Börsenpreise für Strom sinken. In der Energiekrise nach Ausbruch des Ukrainekriegs waren die Strompreise, die Privatkunden in Deutschland zahlten, gestiegen. Zeitweise zählten sie sogar zu den höchsten in Europa. Doch mittlerweile sind auch die Marktpreise für Privathaushalte wieder gesunken. Wollen Kunden jetzt Geld bei der Stromrechnung sparen, ist laut Bundesnetzagentur-Chef Müller ein Anbieterwechsel ratsam.

Dass die Bedeutung der Kohlekraftwerke abnimmt, nützt offenbar auch dem Klima: Im ersten Halbjahr 2024 wurden bei der Stromerzeugung in Deutschland insgesamt 75 Megatonnen CO₂ verursacht – und

damit weniger als auf dem bisherigen Zwi-schentief 2020. Damals, im ersten Jahr der Coronapandemie, lagen die Emissionen bei 82 Megatonnen und damit bereits relativ niedrig. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2016 ist es den Stromproduzenten jetzt sogar gelungen, ihre CO₂-Emissionen zu halbieren. Für den Staat werden die niedrigen Preise an der Strombörse hingegen teuer: Er zahlt Vergütungen für Strom aus Windkraft, Solarenergie und Biomasse. Und die Kosten aus der sogenannten EEG-Umlage sind um zehn Milliarden Euro gestiegen. Diese Umlage ergibt sich aus der Differenz zwischen Börsenstrompreis und garantierter Vergütung pro Kilowattstunde. Auf die Stromrechnung der Privatkunden hat das allerdings keine Auswirkung. GT

»Die Partner gehen uns langsam aus«

U. Voelker / bundesfoto



Monika Schnitzer, 62, Chef der Wirtschaftsweisen, über den Rechtsruck in Frankreich

SPIEGEL: Frau Schnitzer, der französische Präsident Emmanuel Macron kann durchaus wirtschaftspolitische Erfolge vorweisen. Wieso hat sein Bündnis dennoch im ersten Wahlgang gegen den rechten Rassemblement National (RN) verloren?

Schnitzer: Tatsächlich steht Frankreich bis auf die Arbeitslosenquote derzeit bei vielen Faktoren besser da als Deutschland. Die schlechte Stimmung ist von dieser Lage zum Teil losgelöst. Ähnlich wie in England gibt es in Frankreich aber ein starkes Stadt-Land-Gefälle.

SPIEGEL: Frankreichs hohe Staatsverschuldung hat zusammen mit teuren Plänen des RN Sorgen vor einer neuen Krise geweckt. Die Risikoauflage

für französische Staatsanleihen lagen vor der Wahl so hoch wie zuletzt während der Eurokrise. Nach dem ersten Wahlgang sind sie gesunken. Waren die Sorgen übertrieben?

Schnitzer: Frankreich wird jedenfalls kein zweites Griechenland werden. Dafür ist es wirtschaftlich zu stark.

SPIEGEL: Die Kreditwürdigkeit des französischen Staats wurde schon vor der Wahl von der Ratingagentur Standard & Poor's herabgestuft. Könnte sich das wiederholen?

Schnitzer: Ich kann mir weitere Herabstufungen als Begleiterscheinung eines RN-Siegs vorstellen. Die Ratings beziehen ja mit ein, für wie verlässlich die Haushaltspolitik gehalten wird.

SPIEGEL: Falls in Frankreich künftig tatsächlich ein EU-feindlicher Premierminister regiert, was bedeutet das dann für die Bundesregierung?

Schnitzer: Deutschland muss sich noch mehr in die Führungsrolle begeben und auch auf die Suche nach neuen Verbündeten machen. Aber die Partner gehen uns langsam aus. **DAB**

Grüne wollen Unternehmen entlasten

BÜROKRATIEABBAU Die Grünen wollen Unternehmen bei der neuen Pflicht zum Erstellen von Nachhaltigkeitsberichten von überflüssiger Bürokratie entlasten. »Die Standards kommen aus der EU, aber was wir jetzt sofort national ändern können, werden wir tun«, sagt Katharina Beck, finanzpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion. Grund ist

ein neues Gesetz auf Basis einer EU-Richtlinie, die mehr als 13.000 deutsche Kapitalgesellschaften zwingt, einmal im Jahr über die ökologischen und sozialen Folgen ihrer Geschäfte zu berichten. Weil die Unternehmen zudem über ihre Lieferketten Rechenschaft ablegen sollen, leiten viele von ihnen die Fragebögen auch an Kleinbetriebe weiter, die von der Vorschrift eigentlich verschont bleiben sollen. Beck räumte ein, dass der Aufwand des neuen Gesetzes »aktuell beträchtlich« sei. Aber »im Laufe der Zeit« werde sich »erfahrungsgemäß eine effiziente Routine einspielen«. Zugleich verteidigte Beck das Grundanliegen der neuen Vorschrift. Die Daten zu Umwelt, Klima und Artenschutz könnten »einen wirtschaftlichen Nutzen stiften, der die Kosten langfristig um ein Vielfaches übertreffen« könne. Das Bundeskabinett will das Gesetz in den kommenden Wochen verabschieden. Es beziffert die Bürokratiekosten in Deutschland tätiger Unternehmen auf rund 1,4 Milliarden Euro pro Jahr. **MSA**



dts-Agentur / picture alliance

Neuwagenpreise auf Zwischentief

E-AUTOS Die Preisschlacht bei Elektroautos neigt sich dem Ende zu, zumindest vorübergehend. Die Analysten der Strategieberatung Corporate Value Associates (CVA) erwarten, dass der durchschnittliche Preis eines batteriebetriebenen Neuwagens nach den starken Senkungen seit 2022 bis Ende dieses Jahres etwa auf dem aktuellen Niveau verharren wird. »Die Hersteller sind an der Profitabilitätsschwelle angelangt«, sagt CVA-Autoexperte Markus Collet. Die schwächelnde Nachfrage seit Ende 2023 hat die Elektroneuwagenpreise in

Deutschland 2024 abstürzen lassen. Marktführer Tesla hatte zuletzt eine »Umweltprämie« von 6000 Euro auf bereits produzierte »Model Y«-SUVs ausgelobt. Aus Collets Sicht werden Hersteller, die auch Verbrenner und Hybride produzieren, künftig eher deren Verkäufe steigern, statt weitere Nachlässe auf E-Autos zu gewähren. Hersteller wie Tesla, die keine Alternative hätten, würden die Produktion tendenziell zurückfahren. Dauerhaft sinkende Preise erwarten die Berater ab 2028. Bis 2030 würden E-Autos im Vergleich zu Ende 2023 um bis zu 20 Prozent günstiger – unter anderem wegen sinkender Batteriekosten. **ADE**



Tesla-Fahrzeuge

John Thys / AFP

Milliardenrisiko Inflationsanleihe

FINANZEN Der Bund hat mit Staatsanleihen, die an die Inflationsentwicklung gekoppelt sind, seit 2006 erheblich Zinsen gespart. Die Einsparungen summierten sich bis Anfang Juni auf 10,5 Milliarden Euro, wie aus einer Vorlage des Bundesfinanzministeriums (BMF) hervorgeht. Dabei wurden die Zinskosten dieser Papiere mit konventionellen Anleihen gleicher Laufzeit verglichen. Allerdings bergen die Papiere in der Zukunft auch erhebliche Haushaltsrisiken, wenn die Preise steigen. »In einem für den Bund schlechteren Szenario mit einer Inflationsrate von 2,5 Prozent bis zur letzten Endfälligkeit 2046 würden sich Mehrkosten von 9,1 Milliarden aus dem Portfolio der bestehenden inflationsindexierten Bundeswertpapiere ergeben«, heißt es in der Vorlage. Günstiger, aber un-

realistischer, ist das Szenario mit niedrigeren Preissteigerungsraten. »Wenn die Inflationsrate in allen folgenden Jahren bis zur Endfälligkeit bei durchschnittlich 1,05 Prozent läge, wären die bisherigen Vorteile wieder aufgebraucht.« Angesichts der Risiken begibt der Bund seit Anfang dieses Jahres keine neuen inflationsgekoppelten Anleihen mehr und stockt alte auch nicht mehr auf. Seit 2006 hat das BMF Wertpapiere dieser Art im Umfang von 73,3 Milliarden Euro ausgegeben, von denen noch 66,3 Milliarden Euro ausstehen. Jedes Jahr sorgt der Bund für Rückzahlungen vor, die für die Inflation entschädigen sollen. Fällt die Preissteigerungsrate niedriger aus als erwartet, ergeben sich Einsparungen. Steigt die Inflation hingegen plötzlich an, reichen die Vorkehrungen womöglich nicht aus, sodass ungeplante Ausgaben auf den Bund zukommen können. **REI**

Abgewirtschaftet

KONJUNKTUR In vielen Unternehmen herrscht Krisenangst, das Zutrauen zu Kanzler Olaf Scholz und der Ampelregierung ist auf dem Tiefpunkt. Der Ton wird schärfer. Mancher Wirtschaftsvertreter warnt davor, die Krise mutwillig noch größer zu reden.

Wenn sich einer auskennt in den Untiefen der schwierigen Beziehung zwischen Wirtschaft und Politik, dann ist es Thomas Steg. Der Mann ist mit beiden Seiten vertraut, war Regierungssprecher unter Gerhard Schröder und Angela Merkel, seit 2012 ist er Cheflobbyist von Volkswagen. Sein Job ist es, den Gesprächsfaden zwischen Regierung und Konzern immer wieder neu zu spinnen.

Er hat gerade gut zu tun. Der 64-Jährige tourt zwischen Berlin und Brüssel. Stegs Konzern hadert mit den Strafzöllen der EU auf Elektroautos aus China. Der Lobbyist muss Beamten und Politikern nun beibringen, dass die Industrie die Zölle, die sie schützen sollen, überhaupt nicht will.

Um klarzumachen, um was es geht, stellt der bedächtige Niedersachse eine Frage: Was ist eigentlich das strategische Ziel?

Die Frage ist berechtigt. Eigentlich wollte die EU-Kommission mit den Zöllen chinesische Hersteller wie BYD schwächen, die vom chinesischen Staat enorme Subventionen bekommen und Europa mit billigen Autos zu überfluten drohen. Tatsächlich könnte es nun aber dazu kommen, dass Volkswagen einen weit höheren Zollsatz als BYD zahlen muss, wenn es in China produzierte Autos nach Europa verschifft: fast 48 Prozent Importzoll für den VW-Partner SAIC gegen gut 27 Prozent für den chinesischen Angreifer.

Das hat seinen bürokratischen Grund. Die EU-Kommission hat nicht einfach einen festen Zollsatz auf alle in China produzierten Elektroautos aufgeschlagen, sondern differenzierte Sätze festgelegt, bemessen an der Kooperationsbereitschaft der Hersteller.

VW und BMW haben nun das Pech, dass bei einigen ihrer Elektro-Modelle die Produktion noch nicht angelaufen ist. Sie konnten keine Informationen über Listenpreise oder

Stückzahlen einreichen, galten in Brüssel plötzlich als unkooperativ und wurden mit dem höchsten Strafzoll belegt.

Die EU-Beamten hätten diese Regulierungslücke mittlerweile zwar erkannt, sagt Steg. Ob sie aber noch im Eilverfahren zu schließen ist, kann niemand sagen.

Steg redet mit Beamten in Brüssel, er redet mit der Bundesregierung. Und stößt dort auf ein grundlegendes Problem. Es ist nicht so leicht herauszufinden, was die Koalition eigentlich will. Kanzler Olaf Scholz lehnt die Zölle prinzipiell ab. Wirtschaftsminister Robert Habeck würde sie hingegen wohl notfalls in Kauf nehmen, um mehr Härte gegen China zu zeigen. Trotz Kritik aus Deutschland kündigte die EU-Kommission am Donnerstag nun vorläufige Strafzölle an.

Manager Russwurm:
»Der Glaube an die Heilkraft von Neuwahlen ist begrenzt«



Marzena Skubatz / laif

Und nun?

Vor ein paar Jahren hätte die Bundesregierung das Problem in Brüssel vermutlich einfach abgeräumt, mit Hinweis auf die Wichtigkeit der deutschen Autoindustrie. Oder die Konzerne hätten die Entscheidung geschluckt und weiter ihre Milliarden verdient. Es waren jene Zeiten, in denen die Wirtschaft vor Kraft kaum laufen konnte und sich Deutschland qua Wirtschaftspower auch politisch stark fühlte. Beide Seiten konnten was aushalten.

Doch die Lage hat sich geändert.

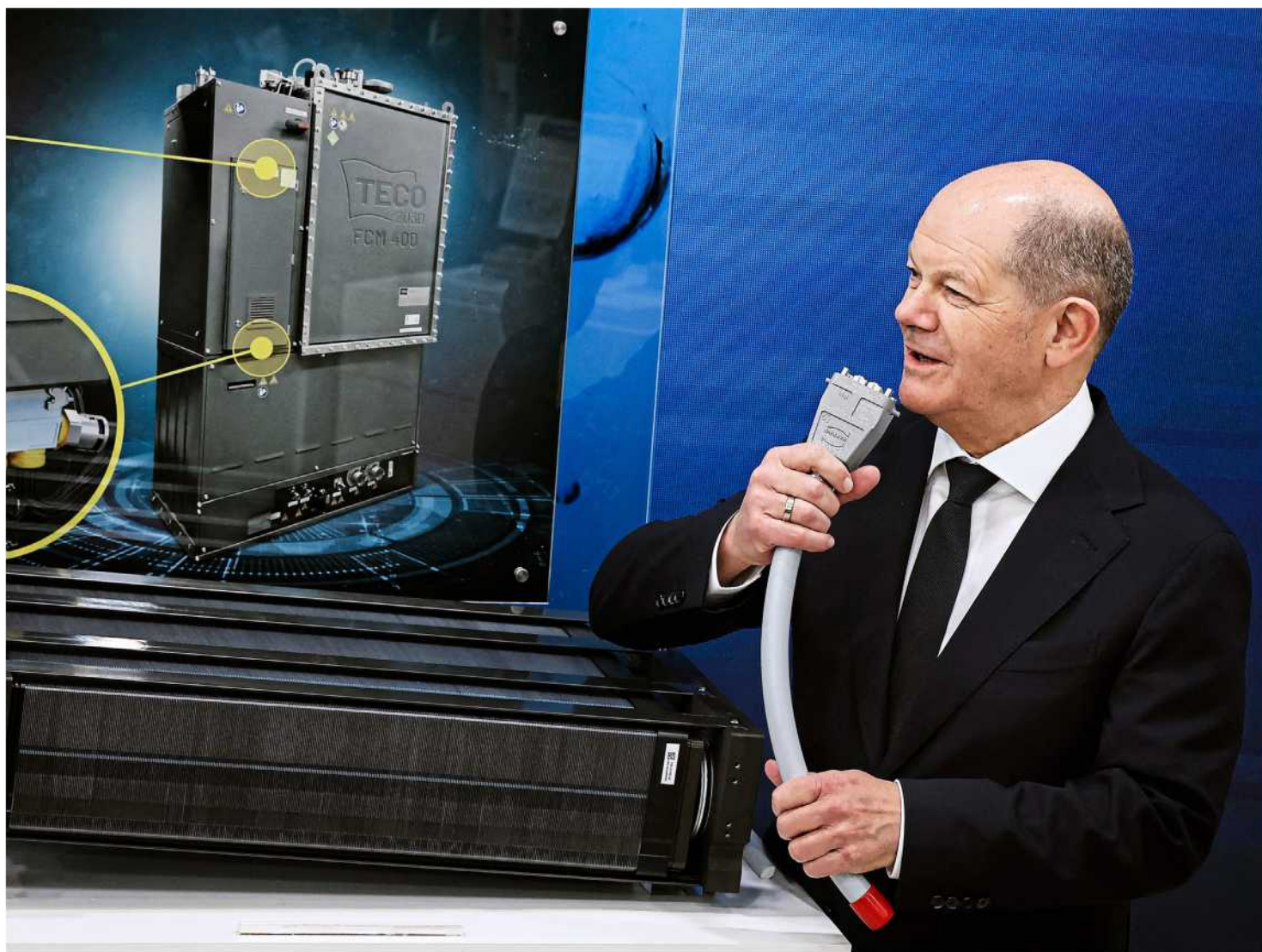
In der Wirtschaft herrscht schlechte Stimmung, in der Regierung herrscht Chaos. Beide scheinen schwach wie lange nicht. Kein guter Zeitpunkt, um miteinander Großes zu leisten.

In den erfolgsverwöhnten deutschen Konzernzentralen ist Optimismus zur Mangelware geworden. Seit mehr als zwei Jahren überwiegt laut Ifo-Institut in Schlüsselbranchen wie der Industrie, dem Handel und dem Baugewerbe der Anteil jener, die das Geschäftsklima als schlecht einschätzen. Der Frust frisst sich fest.

Das gilt umso mehr, da auch der Blick nach vorn düster ist. In den USA könnte demnächst wieder der Protektionist Donald Trump herrschen, China sinnt auf Rache für jene europäischen Strafzölle. In Europa sind vielerorts rechtsextreme Parteien im Aufwind, die wenig von freiem Handel halten. In Frankreich könnte mit dem Rassemblement National bald eine Partei regieren, die sogar den heimischen Strommarkt vom Ausland abkoppeln will.

Die deutsche Regierung wirkt in der Wirtschaftspolitik wie gelähmt. In dieser Woche wurde bekannt, dass sich die Ampel noch nicht einmal über das sogenannte Bürokratieentlastungsgesetz IV einig ist und seine Verabschiedung auf die Zeit nach der Sommerpause verschoben hat.

Hildegard Müller, Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie, sprach prompt von einem »fatalen



Ronny Hartmann / AFP

Bundeskanzler Scholz auf der Hannover-Messe: In der Regierung hält man die Kritik ohnehin für unfair

Signal für die deutsche Wirtschaft und den Standort Deutschland«. Thorsten Alsleben, Geschäftsführer des Lobbyverbands Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, spottete: »Nicht einmal das bekommt die Koalition hin.«

Galt Ex-Kanzler Gerhard Schröder einst als »Genosse der Bosse«, so hören Nachfolger Olaf Scholz und seine Kabinettskollegen heute vor allem das Gemotze der Bosse.

Dabei waren die Erwartungen groß gewesen, als das Bündnis vor über zweieinhalb Jahren die Regierungsgeschäfte übernahm. Nach der behäbigen Großen Koalition würden mit FDP und Grünen reformfreundliche Kräfte in die Regierung kommen, hofften Wirtschaftsvertreter. Das neue Bündnis könne einen »Ruck« durch das Land gehen lassen, lobte Gesamtmetall-Präsident Stefan Wolf.

Mittlerweile ist davon nichts mehr zu spüren. Die Unternehmen fremdeln erkennbar mit dem politischen Anspruch der Ampel, detailliert in die Wirtschaft hineinzuregieren. »Die Wirtschaft nimmt die Politik der Ampel als stark regulierend wahr – als eine Politik, die vorschreiben will, welches Auto und welche Heizung man zu nutzen hat, statt den

Markt darüber entscheiden zu lassen«, sagt Karl Haeusgen, Präsident des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA). Das komme bei Unternehmen nicht gut an. »Unternehmer denken oft wirtschaftlich liberal und gesellschaftlich konservativ«, bei der Ampel sei es umgekehrt: »Sie agiert ökonomisch regulierend und gesellschaftlich liberal.«

Dazu kommt: Die Regierung hat kaum noch finanzielle Spielräume, seit das Bundesverfassungsgericht die bisherige Haushaltsplanung gekippt hat und quasi über Nacht 60 Milliarden im Etat gestrichen werden mussten. Der Koalition fehlt das Geld, mit dem früher viele Wünsche erfüllt wurden, auch aus der Wirtschaft. Und Unternehmen fehlt das, was sie regelmäßig als ihre wichtigste Geschäftsgrundlage nennen: Planungssicherheit.

Wie verbreitet der Ärger an der wirtschaftlichen Basis ist, zeigte sich diese Woche beim Sommerfest des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der Unions-Bundestagsfraktion. Die Bundesregierung agiere zu ideologisch, war der Tenor bei den meisten Unternehmern. Die wachsende Bürokratie bremse die Firmen aus, in der Digitalisierung liege die deutsche

Verwaltung weit zurück. Mancher sah schon eine massenhafte Abwanderung von Industriebetrieben am Horizont, sollten sich die Rahmenbedingungen nicht schnell bessern.

CDU-Chef Friedrich Merz nahm die schlechte Stimmung dankbar auf. Deutschland werde seit drei Jahren in internationalen Rankings nach unten durchgereicht, schimpfte der Oppositionsführer. Die Misere habe »einen einzigen Namen«, donnerte er unter dem Applaus der Wirtschaftsvertreter. »Es ist die Ampel, es ist Olaf Scholz.«

Der Ton ist scharf geworden. So sehr, dass manche Äußerungen selbst im Unternehmerlager für Stirnrunzeln sorgen. Besonders krass äußerte sich Theo Weimer, Chef der Deutschen Börse. In einer Rede vor dem Wirtschaftsrat Bayern hatte er geurteilt, Deutschlands Ansehen in der Welt sei noch nie schlechter gewesen – das wisse er aus Gesprächen mit Investoren. Dann wurde er persönlich. Von Wirtschaftsminister Habeck sei er anfangs begeistert gewesen. Mittlerweile aber sei Deutschland unter dem Grünen »zum Ramschladen geworden«.

Das ging auch manchem Industrievertreter zu weit. »Seine Kritik teile ich in dieser Schär-



Politiker Habeck beim Besuch eines Getriebeherstellers: Image eines Bürokratieministers

fe nicht«, sagt etwa Trumpf-Chefin Nicola Leibinger-Kammüller (siehe Interview S. 54). Die Unternehmerin ist in Wirtschaft und Politik exzellent verdrahtet und gilt als eine der wichtigsten Stimmen in diesen Fragen. Die »Entfremdung« zwischen Wirtschaft und Politik empfindet sie als besorgniserregend.

Scholz bemüht sich mittlerweile erkennbar um versöhnliche Gesten. Beim »Tag der Industrie« in Berlin versprach der Kanzler in der vergangenen Woche, Investitionen in Forschung oder Infrastruktur »eine hohe Priorität« zu geben. Unternehmer und Managerinnen klatschten brav Beifall. Scholz wiederum applaudierte mehrfach während der Rede von BDI-Chef Siegfried Russwurm, der ihn vor Kurzem noch öffentlich in den Senkel gestellt und die Ampel-Zeit »zwei verlorene Jahre« genannt hatte.

In der Regierung hält man die Kritik ohnehin für unfair. Die Missstände, mit denen man derzeit kämpfe, hätten sich lange aufgestaut – in den 16 Jahren vor der Ampel habe bekanntlich CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel regiert.

Olaf Scholz verweist zudem darauf, wie viele Investitionen man zuletzt ins Land holen konnte – etwa von Pharmakonzernen wie dem Diätspritzenhersteller Eli Lilly. Gelockt wurden sie auch mit der Aussicht, die Erstattungspreise für neue Medikamente künftig vertraulich mit den Krankenkassen aushandeln zu können. Damit können die Konzerne in anderen Ländern höhere Preise fordern, weil mögliche Rabatte in Deutschland geheim bleiben.

Die Vertraulichkeit der Erstattungspreise traf in den Regierungsfractionen zwar auf Kritik, wurde am Donnerstag aber grundsätzlich vom Bundestag beschlossen. In der

Koalition war man beinahe selbst erstaunt. »Da sieht man, was möglich ist, wenn wir uns Mühe geben«, sagt ein Regierungsvertreter.

Auch Maschinenbau-Präsident Haeusgen widerspricht dem Eindruck, die aktuelle Misere sei allein von der jetzigen Regierung verschuldet. »Die Ampel hat in den zweieinhalb Jahren seit ihrem Antritt vermutlich deutlich mehr wirtschaftsfreundliche Gesetze verabschiedet als die vorherige Große Koalition in den gesamten vier Jahren ihrer zweiten Regierungszeit«, sagt er. »Man konnte mit Vertretern der Großen Koalition gut reden,

Schlechte Stimmung

Geschäftsklima in verschiedenen Branchen, saisonbereinigte Salden*



Salden der Antworten zur Einschätzung der aktuellen Geschäftslage und Geschäftserwartung als »gut« oder »schlecht«. Die Skala reicht von +100 (alle »gut«) bis -100 (alle »schlecht«).

Quelle: Ifo-Institut

und danach ist nichts passiert. Es war eine Zeit der Lähmung.«

Der VDMA-Boss plädiert dafür, die Krise bloß nicht noch größer zu reden. In seiner Branche, dem Maschinenbau, sei die Produktion im vergangenen Jahr um real ein Prozent gesunken, dieses Jahr würden es voraussichtlich vier Prozent werden. Nicht schön, aber: »Im Coronajahr 2020 waren es minus 12 Prozent, in der Finanzkrise 2009 minus 20 Prozent. Das waren Krisen.«

Auch für das Krisenmanagement der Ampel gibt es zum Teil Anerkennung. So loben Vertreter der Energiebranche Habeck dafür, wie schnell er nach dem russischen Angriff auf die Ukraine den Kurs geändert habe. Der beschleunigte Bau von LNG-Terminals und der Ausbau erneuerbarer Energien seien durch das persönliche Engagement des Ministers gelungen, heißt es. Dabei habe er auch riskiert, Fehler zu machen.

Was aber kann die Ampel den frustrierten Unternehmern jetzt noch anbieten? Auch Finanzminister Christian Lindner und seine FDP, traditionell wirtschaftsfreundlich, legen nur vergleichsweise wenig vor. Vom angekündigten »Dynamisierungspaket«, über das die Ampel in dieser Woche parallel zum Haushalt 2025 verhandelte, erwarten auch Koalitionäre nicht gerade einen Durchbruch.

Es gäbe zwar Ansätze für weitere Entlastungen, doch in dem Dreierbündnis reicht es meist nur zum kleinsten gemeinsamen Nenner. Lindner möchte Unternehmen mit großzügigeren Abschreibungsregeln helfen, weil er für eine weitreichende Steuerreform von SPD und Grünen keine Prokura hat.

Habeck arbeitet daran, sein Image als Bürokratieminister loszuwerden. Er schlug vor, das in der Wirtschaft ungeliebte Lieferkettengesetz auszusetzen. Das Moratorium soll indes nur gelten, bis eine europäische Regelung greift, und wäre damit eher Atempause als Befreiungsschlag.

Die Vorgaben der Ampel zielten ja oft in die richtige Richtung, sagt BDI-Chef Russwurm, doch es fehle »an der nötigen Durchschlagskraft«. Viele Unternehmen hätten den Glauben an einen großen Wurf der Bundesregierung mittlerweile aufgegeben, sagt der BDI-Chef. Sie spielten mit dem Gedanken, künftig lieber im Ausland zu investieren. »Selbst Mittelständler, die sich bislang als Patrioten immer für Investitionen im Inland entschieden hätten, richten ihren Blick inzwischen über die Landesgrenze.«

Bleibt als Stimmungsaufheller für die deutschen Chefetagen also nur die Aussicht auf einen Regierungswechsel? »Der Glaube an die Heilkraft von Neuwahlen ist begrenzt«, sagt Russwurm, »schließlich müsste eine neue Regierung auch wieder eine Koalition finden.« Zudem drohe dann ein Erstarken der AfD. »Frankreich zeigt, dass man mit solchen Schritten sehr vorsichtig sein muss.«

Markus Becker, David Böcking, Alexander Demling, Simon Hage, Christian Reiermann, Gerald Trautetter

Kunstwerk der Elektromobilität

Der neue PEUGEOT E-3008 bringt futuristische Klasse auf die Straße

Mit dem neuen PEUGEOT E-3008 macht der französische Automobilhersteller Visionen von morgen zu Erlebnissen von heute: Ein kraftvoller Fastback-SUV, der Eleganz und Dynamik vereint und dabei spielend leicht Komfort, Geräumigkeit und digitale Innovation auf ein neues Level setzt. Dabei beweist PEUGEOT einmal mehr seine Konsequenz in der Symbiose von höchster Leistungseffizienz, sportlichem Flair sowie Noblesse.

Neue Maßstäbe für Leistung und Innovation

Der vollelektrische, aerodynamische SUV revolutioniert nicht nur das Fahrerlebnis, sondern auch die Straßen: Mit einer Reichweite von bis zu 680 km¹, und seiner avantgardistischen Formsprache, wird er zum Meisterwerk der modernen Elektromobilität. Dabei setzt die Löwenmarke auf höchste digitale Standards und versetzt Passagiere in eine futuristische Umgebung voller smarter Technologien. So läutet die Löwenmarke mit dem PEUGEOT E-3008 eine neue Elektro-Ära ein, in der Design im Dienste der Effizienz sowie Digitalisierung steht.



Form Follows Function

Der neue PEUGEOT E-3008 zieht aus jeder Perspektive alle Blicke auf sich: Seine elegante und zugleich dynamische Form akzentuiert den technologischen Anspruch. So werden die ikonischen Scheinwerfer gekonnt in Szene gesetzt und sorgen mit neuester Pixel-LED-Technologie² für einen scharfen Blick bei Tag und Nacht: Der Lichtkegel passt sich automatisch an die Verkehrssituation an und schafft eine optimale Ausleuchtung. Das fließende Heckdesign besticht über einen „schwebenden“ Spoiler als innovatives Merkmal, dass die Aerodynamik verstärkt. So beweist die Löwenmarke erfolgreich wie Leistung und Effizienz das Design lenken, um technologische Innovation als Konzept in den Fokus zu stellen.

Smartes Hightech-Interieur mit digitaler Finesse

Was das Äußere an Innovation und Eleganz verspricht, setzt sich auch im Inneren bis ins kleinste Detail fort: Ein Panorama i-Cockpit[®] der neuesten Generation besteht aus einem kleinen kompakten Lenkrad, einem digitalen Kombiinstrument mit Touchscreen und unterstreicht so den Hightech-Charakter des E-3008. Es überzeugt durch ein schwebendes, curved 21-Zoll-HD-Panoramadisplay², das eine mühelose Konnek-

tivität und eine Fülle vernetzter Dienste bietet. Zusätzlich werden über die individuell belegbaren und digitalen i-Toggles (Kurzwahltasten) alltagsrelevante Funktion schnell bedient. Für ein besonders interaktives Erlebnis sorgt die natürliche Spracherkennung des i-Cockpits[®], die mit ChatGPT³ verbunden ist: Mit den Augen auf der Straße und den Händen am Lenkrad können mühelos nahezu grenzlose Inhalte abgefragt und generiert werden. Für perfekten Sound sorgt das Focal[®] Premium Hi-Fi System² aus 10 Lautsprechern mit exklusiven, patentierten Technologien. Genau dieses Zusammenspiel von innovativer Technologie und einzigartigem Design machen jeden Kilometer zu einem Erlebnis voller Fahrspaß.

Kraftvoll ohne Kompromisse

Der neue PEUGEOT E-3008 kommt in zwei Ausstattungs-niveaus, sowie mit drei Optionspaketen und in verschiedenen vollelektrischen Antrieben. Mit einer Reichweite von bis zu 680 km¹ und einer effizienten Ladezeit Dank der Hochleistungsbatterie, bietet der Fastback-SUV nicht nur Fahrspaß und Leistung, sondern auch die Möglichkeit, die Welt ohne Kompromisse zu erkunden. Und mit PEUGEOT Allure Care⁴ wird sorgen-freies Fahren für bis zu 8 Jahre oder 160.000 km ermöglicht. Im E-3008 selbst schafft eine breite Palette an Fahrassistenzsystemen mit smarten Sicherheitstechnologien ein rundum sicheres Fahrgefühl: Der E-SUV analysiert Fahrzeugbewegungen sowie Bewegungen auf der Straße und warnt so vor Müdigkeit und Frontkollisionen, optimiert durch Grip-Control die Haftung auf rutschigem Untergrund und verfügt über Assistenzsysteme wie Drive Assist 2.0², Geschwindigkeitswarner mit ACC² und eine 360° Umgebungskamera².

Auf direktem Wege zu Effizienz

Für volle Konnektivität sorgt auch das intuitive Infotainment-system mit Navigation, PEUGEOT i-Connect oder der draht-losen Mirroring-Funktion (Apple CarPlay/Android Auto). Für noch mehr smarte Gadgets sorgt das PEUGEOT i-Connect[®] Advanced, welches serienmäßig zur GT-Ausstattung zählt und mit einem leistungsstarken TomTom[®] Echtzeit-Naviga-tionssystem verbunden ist. Es verfügt über smarte Tools wie der „Trip Planner“-Funktion, die jede Fahrt optimal plant, um die Reichweite des Fahrzeugs zu maximieren und das Auf-laden zu erleichtern.

Fazit:

Mit dem E-3008 als Fastback-SUV ist der Löwenmarke ein Kunstwerk der Elektromobilität gelungen und setzt durch die Kombination von außergewöhnlichem Design mit höchster Effizienz und smarten Technologien neue Maßstäbe. Dabei wird PEUGEOT erneut zur richtungsweisenden Innovations-marke und beweist, wie Zukunft schon heute erlebbar wird.

Weitere Informationen unter: www.peugeot.de/modelle/neuer-3008

¹ vorläufige Werte nach WLTP. Gilt für den PEUGEOT E-3008 Elektromotor 230 Long Range. Für dieses Fahrzeug liegen vom Hersteller noch keine verbindlichen Verbrauchs- und Emissionswerte vor. Die tatsächliche Reichweite kann aufgrund zahlreicher Faktoren wie Fahrstil, Route, Wetter und Straßenbedingungen sowie Zustand, Gebrauch und Ausstattung des Fahrzeugs variieren. ² Je Version und Ausstattung. ³ Für die Nutzung muss das i-Connect Plus bzw. Connected Navigation Paket im Services Store aktiviert werden. Nur mit i-Connect Advanced Navigation erhältlich. Details unter: <https://services-store.peugeot.de/store/chatgpt-im-peugeot-i-cockpit> ⁴ Fahren Sie, mit Allure Care bis zu 8 Jahre nach dem Lieferdatum des Neufahrzeugs oder bis zu 160.000 km, je nachdem, was zuerst eintritt, sorgenfrei. Einfach Fahrzeug regelmäßig entsprechend Wartungsplan bei teilnehmenden PEUGEOT Partner warten und sorgenfrei Fahrspaß kostenlos sichern. Details unter: www.peugeot.de/service/allure-care.html

»Wir reagieren viel zu langsam«

SPIEGEL-GESPRÄCH Die Wirtschaft fällt zurück, die Politik ist gelähmt, die AfD feiert Erfolge: So beklemmend war die Lage noch nie, sagt Nicola Leibinger-Kammüller, Chefin des Laserherstellers Trumpf.

Leibinger-Kammüller, 64, gilt als eine der wichtigsten Stimmen der deutschen Industrie. 2005 übernahm sie die Führung des Maschinenbauers und Laserspezialisten Trumpf von ihrem Vater Berthold Leibinger. Heute ist das Familienunternehmen aus dem schwäbischen Ditzingen ein Weltkonzern mit gut fünf Milliarden Euro Umsatz und 19.100 Mitarbeitern.

SPIEGEL: Frau Leibinger-Kammüller, vermissen Sie Ex-Kanzlerin Angela Merkel?

Leibinger-Kammüller: Ich habe sie immer geschätzt. Als bekennendes CDU-Mitglied wäre ich selbstredend auch jetzt mit einem Kanzler oder einer Kanzlerin der Union glücklicher. Es gilt aber, was in der Bibel steht: Ein jegliches hat seine Zeit.

SPIEGEL: Merkel wird heute scharf kritisiert, vor allem für ihre verfehlte Russlandpolitik und die heruntergekommene Infrastruktur.

Leibinger-Kammüller: Solche Kritik ist mit etwas Abstand immer einfacher. Ohne ihre Koalitionspartner, auf die sie Rücksicht nehmen musste, hätte sie bestimmt einiges anders gemacht. Retrospektiv hat die Bundesregierung Putin und seine Gaspipeline Nord Stream 2 sicherlich zu positiv beurteilt. Aber das war nicht allein Angela Merkels Verantwortung. Auch wir in der Industrie wünschten uns Versorgungssicherheit.

SPIEGEL: BMW-Großaktionär Stefan Quandt sieht eine »Entfremdung, ja Sprachlosigkeit zwischen Kanzleramt und Wirtschaft«. Teilen Sie seine Kritik?

Leibinger-Kammüller: Die Entfremdung ist da, aber sie reicht in frühere Regierungen zurück.

SPIEGEL: Unter Merkel?

Leibinger-Kammüller: Auch sie war manchmal von der Wirtschaft enttäuscht. Vor allem nach dem Abgasskandal in der Autoindustrie, den sie nicht für möglich gehalten hätte. Aber die Entfremdung gilt für beide Seiten. Schon mein Vater hat sich nach den Kanzlerrunden mit Helmut Kohl immer furchtbar aufgeregt. Kohl hörte sich die Sorgen der Wirtschaftsvertreter zwar an, danach sagte er sinngemäß immer nur: »Ihr werdet das schon richten.« In der gesamten Unternehmenswelt verstärkt sich seit Jahrzehnten der Eindruck, dass der Politik das Gespür dafür fehlt, wer eigentlich den Wohlstand in diesem Land erwirtschaftet.

SPIEGEL: Hat der Kanzler dieses Gespür?

Das Gespräch führten die Redakteure Markus Brauck und Simon Hage.



Unternehmerin
Leibinger-Kammüller

Verena Müller / DER SPIEGEL

Leibinger-Kammüller: Olaf Scholz tut mir fast leid. Er hat es wahnsinnig schwer, weil er so viel interne Opposition von seiner Parteivorsitzenden Saskia Esken bekommt. Die SPD müsste sich wieder ihrer eigentlichen Klientel zuwenden, den Facharbeitern. Stattdessen entwickelt sie sich immer mehr zur Interessenvertretung der Sozialhilfeempfänger.

SPIEGEL: Der Chef der Deutschen Börse, Theodor Weimer, hat geschimpft, die Bundesregierung mache Deutschland zum Entwicklungsland. Ist das der richtige Ton?

Leibinger-Kammüller: Wir müssen als Wirtschaft deutlich werden, um Gehör zu finden. Aber wir dürfen es nicht übertreiben. Sosehr ich Theodor Weimer schätze: Seine Kritik teile ich in dieser Schärfe nicht. Wir haben als Land noch immer alle nötigen Zutaten für den Erfolg. Es mangelt jedoch an der Entschlossenheit des Handelns.

SPIEGEL: Leicht gefordert, schwer getan...

Leibinger-Kammüller: Ja, ich weiß. Auch bei uns im Unternehmen gibt es jede Menge Regeln, bei denen man sich manchmal fragt: Wer hat die eigentlich gemacht? Sie abzuschaffen ist jedes Mal ein Kraftakt – und beim Staat ist das noch tausendmal schwerer.

SPIEGEL: Sie sind seit knapp 40 Jahren bei Trumpf, seit fast 19 Jahren an der Spitze. Wie spüren Sie die aktuelle Krise?

Leibinger-Kammüller: Wir hatten im Maschinenbau schon immer Krisen, aber nun schlittern wir von einer in die nächste. Beim Umsatz sind wir jetzt etwas unter Vorjahr geblieben, es ging von 5,4 auf 5,2 Milliarden Euro runter. So richtig herausfordernd wird jedoch das laufende Geschäftsjahr. Nicht existenziell, aber wirklich herausfordernd.

SPIEGEL: Wie gehen Sie damit um?

Leibinger-Kammüller: Noch nie habe ich in all den Jahren ein derartiges Gefühl der Beklemmung empfunden. Die Weltlage ist beängstigend, wir haben eine schwierige ökonomische Situation im Land und eine Bevölkerung, die sich von der Politik entfremdet hat und sich nicht mehr vertreten fühlt. Aber ich bleibe positiv und entschlossen.

SPIEGEL: Was besorgt Sie am meisten?

Leibinger-Kammüller: Dass wir als Land viel zu langsam auf diese Probleme reagieren. Unsere Infrastruktur wird sträflich vernachlässigt. Wir erkennen zu wenig, wie mächtig China geworden ist, während sich die USA immer stärker von Europa weg orientieren. Wir erleben die Neuausrichtung der Weltmächte. Statt diese massiven Herausforderungen anzugehen, beschäftigen wir uns mit Dingen, die wichtig sind, aber nicht zentral.

SPIEGEL: Welche Dinge meinen Sie?

Leibinger-Kammüller: Die zunehmende Selbstoptimierung. Oder das Mikromanagement in ökologischen Fragen. Wir diskutieren darüber, ob wir in bestimmten Wörtern Sternchen setzen müssen. Wie viele Toiletten ich in der Firma haben muss, damit sich kein Geschlecht benachteiligt fühlt. Ich will diese Themen nicht kleinreden, aber wir haben gerade wirklich andere Probleme. Die Mittelschicht ist ge-



Christoph Schmidt / dpa / picture alliance

Trumpf-Laser

stresst. Wir haben junge Eltern hier in der Firma, die durch den Arbeitstag hetzen müssen, weil die Kita mal wieder früher schließt. Wir leiden unter Fachkräftemangel in Erziehung und Bildung. Die Schulen sind marode.

SPIEGEL: Die Klage ist nicht neu. Was wäre Ihr Vorschlag?

Leibinger-Kammüller: Wir müssen im großen Stil in Bildung investieren. Mit sehr viel Geld. Und das sage ich als Befürworterin der Schuldenbremse: Lasst uns hier Sonderfonds bilden. Das Einzige, was uns dauerhaft vor Krisen und internationaler Konkurrenz schützt, sind gute Schulen, exzellente Universitäten und gut integrierte Menschen aus anderen Nationen. Und das kostet.

SPIEGEL: Sie plädieren für neue Schulden.

Leibinger-Kammüller: Gleichzeitig muss es klare Signale geben, dass wir Kosten an anderer Stelle einsparen, etwa beim Bürgergeld. Aber diese Signale gibt es nicht. Überall diese Trägheit! Chinesische Wettbewerber drängen massiv auf den europäischen Markt. Und was machen wir, als Gesellschaft? Wir lehnen uns erst mal zurück und sagen: Ach, lass uns nur noch vier Tage die Woche arbeiten! Und am besten ganz im Homeoffice bleiben.

SPIEGEL: Sie attestieren den Deutschen ein Mentalitätsproblem?

Leibinger-Kammüller: Überhaupt nicht. Wir Deutschen sind fleißig. Wir haben top ausgebildete Leute, sind hochinnovativ. Und wenn es hart wird, können wir zusammenstehen und die Ärmel hochkrempeln. Aber der Ernst der Lage ist noch nicht überall angekommen, weil es den trügerischen Glauben an den allumsorgenden Staat gibt, die Politik den Menschen nicht reinen Wein einschenkt, wo die eigentlichen Herausforderungen liegen. Und die Gewerkschaften überbieten sich gerade in der Forderung nach immer noch höheren Löhnen. Die IG Metall verlangt in der Tarifrunde, die jetzt beginnt, sieben Prozent. In dieser Krise! Selbst vier Prozent wären für das Gros der Betriebe nicht zu

stemmen, wenn die Umsätze stagnieren. Die Belastungen sind einfach zu hoch – durch Steuern, Energiekosten und Bürokratie.

SPIEGEL: Wie stark belastet Bürokratie Ihr Unternehmen?

Leibinger-Kammüller: Sie schmerzt uns. Aber Trumpf ist groß genug, anders als viele kleinere Mittelständler. Wir können es uns leisten, zwei Stellen aufzubauen, die ausschließlich Dokumentationspflichten erfüllen und keine Wertschöpfung generieren, etwa fürs Lieferkettengesetz oder die Nachhaltigkeitsberichterstattung – obwohl wir sonst gerade nirgends Stellen schaffen.

SPIEGEL: Was stört Sie an diesen Gesetzen?

Leibinger-Kammüller: Gegen faire Lieferketten kann sich ein fühlender Christenmensch nicht ernsthaft aussprechen. Aber die Pflichten sind in diesem Ausmaß einfach nicht zu erfüllen – und ich bezweifle, dass irgendjemand die Daten Tausender Firmen gewissenhaft auswertet. Wir müssen für jeden unserer 2000 Lieferanten lückenlos dokumentieren, woher er seine Vorprodukte bezieht. Kann irgendein Sublieferant das nicht erbringen, dann müssten wir die Kundenbeziehung im Grunde beenden. Damit ist keinem gedient.

SPIEGEL: Die Absicht ist edel, die Umsetzung schwierig. Wo liegt der Denkfehler?

Leibinger-Kammüller: Es ist ein Irrglaube, dass der Staat alles regeln und kontrollieren muss. Wir brauchen mehr Vertrauen, in die Wirtschaft und die Bürger. Ich hätte auch überhaupt nichts dagegen, wenn der Staat den CO₂-Preis gnadenlos hochsetzen würde, um das Klima zu schützen. Aber dann soll er uns bitte selbst machen lassen, statt E-Autos und Wärmepumpen vorzuschreiben.

SPIEGEL: China fährt mit Dirigismus offenbar gut, gerade was E-Mobilität angeht.

Leibinger-Kammüller: Ja, aber wir wünschen uns in Deutschland doch kein Meinungsdictat bis hinein in einzelne Technologien, oder? Wer subventioniert wird, kann sich natürlich freuen. Auf die Dauer kann das jedoch nicht funktionieren. Wahre Innovation entsteht nur im Wettbewerb und in freien Gesellschaften, davon bin ich zutiefst überzeugt.

SPIEGEL: Joe Biden lockt in den USA ebenfalls mit Milliarden an Staatsgeldern. Die deutschen Konzerne rennen ihm die Bude ein.

Leibinger-Kammüller: Und Donald Trump würde das genauso tun, ja. Aber die Verschuldung der Amerikaner ist ein einziger Irrsinn. Dieses Wachstum auf Pump wird über kurz oder lang kollabieren. Und wer leidet dann darunter? Die Bürgerinnen und Bürger, die eigentlich Unterstützung bräuchten. Am Ende wird bei denen gestrichen.

SPIEGEL: Sie beklagen die Entfremdung zwischen der Politik und der Wirtschaft, der Politik und den Bürgern. Möchten Sie vermitteln?

Leibinger-Kammüller: Danke, sehr freundlich, dass Sie mir das zutrauen. Aber ich werde hier noch ein bisschen gebraucht. Tatsächlich geht es jetzt um Personen, hinter denen sich die Menschen versammeln können. Das müssen integre Persönlichkeiten sein, sonst kann

man unangenehme Dinge überhaupt nicht mehr durchsetzen. Das merke ich im eigenen Unternehmen. Aber in der Politik ist es wahnsinnig schwierig geworden, Mehrheiten für dringend nötige Maßnahmen zu finden. Die Glaubwürdigkeit leidet, es gibt Tendenzen zu den Radikalen links und rechts.

SPIEGEL: In Baden-Württemberg war die AfD bei der Europawahl zweitstärkste Kraft.

Leibinger-Kammüller: Unfassbar, oder?

SPIEGEL: Was ist Ihre Erklärung?

Leibinger-Kammüller: Die Umfragen zeigen klar, woran das liegt. Ganz oben rangiert die unregelmäßige Einwanderung. Die Leute sagen, es kommen zu viele Menschen rein, die sofort Geld und Wohnungen bekommen. Das Zweite ist die Angst um angestammte Industrie-arbeitsplätze. Baden-Württemberg lebt vom Mittelstand, und viele Unternehmer sehen, dass wir auf eine Welle von Insolvenzen zu laufen. Hinzu kommt drittens die innere Sicherheit. Selbst meine Söhne, die sind zwei Meter groß, fühlen sich mitten in Stuttgart in der Königstraße nicht mehr wohl.

SPIEGEL: Weil die Zahl der Gewaltdelikte insgesamt zunimmt?

Leibinger-Kammüller: Es geht nicht nur um nackte Zahlen. Sie wissen, was mediale Bilder und Emotionen ausmachen, und diese werden ja auch geschürt. Der Verlust des Vertrauens in die öffentliche Ordnung ist eklatant. Das Gefühl, das wir bislang nur aus Amerika kannten, lautet: Wir haben da eine kulturelle Elite, und die kocht im eigenen Saft. Die lebt in den großen Städten, gibt sich liberal, isst vegan, hat Fitnesstracker – und wo bleiben wir? Wir können unsere Kinder nicht in ordentliche Schulen schicken, wir können uns nur schlechtes Essen leisten. Dieses Auseinanderdriften sehe ich zunehmend auch bei uns.

SPIEGEL: Reden Sie darüber mit Ihrer Belegschaft?

Leibinger-Kammüller: Ja, schon. Ich beschimpfe aber keinen potenziellen AfD-Wähler. Ich weiß auch nicht, wie viele bei uns diese Partei wählen. Ich sage nur: Bedenkt, dass die Sachlage sehr viel komplexer ist, als es die AfD oder Frau Wagenknecht erzählen. Die Antworten sind viel schwieriger und unbequemer. Und es gibt nicht diese eine Realität. Es ist nicht eine einzige Gruppe dafür verantwortlich, dass die BASF in Ludwigshafen Arbeitsplätze abbaut. Das stimmt einfach nicht.

SPIEGEL: Der Lebensstandard in Baden-Württemberg ist hoch, die Arbeitslosigkeit niedrig. Ist es nicht eine etwas simple Erklärung zu sagen, den Menschen gehe es so schlecht?

Leibinger-Kammüller: Die Leute spüren, dass die Bedingungen gerade für die kleinen Betriebe immer schwieriger werden. Dass die Auflagen vom Staat steigen. Und dass Kleinunternehmer und Handwerker vermehrt sagen: Darauf habe ich keine Lust mehr, ich mache zu, denn meine Kinder tun sich das auch nicht mehr an. Das registrieren die Menschen, wenn irgendwo in Biberach oder Ravensburg alteingesessene Betriebe schließen, und es verunsichert sie zutiefst. Anschließend



Andreas Chudowski

CDU-Mitglied Leibinger-Kammüller (r.)*

gibt es diese einfachen, falschen Antworten, man müsse nur alle Syrer rausschmeißen.

SPIEGEL: Würden Sie sich mehr Engagement der Unternehmen gegen die AfD wünschen?

Leibinger-Kammüller: Ich habe das sehr früh gemacht. Aber es ist nicht einfach. Man kommt irgendwohin, in einen kleinen Betrieb, und der Besitzer outet sich als AfD-Wähler. Man hat da eine Maschine stehen und will ihm vielleicht eine weitere Maschine verkaufen. Und dann überlegen Sie es sich zweimal, ob Sie sich mit dem Kunden anlegen. Ich habe 2017 einmal in den USA auf einer Veranstaltung in Chicago offen gegen Trump gesprochen. Ui, ui, ui! Danach habe ich von meinem Amerika-Vertriebschef einen auf den Deckel bekommen. Er fragte, ob er noch weiter Maschine verkaufen solle oder nicht.

SPIEGEL: Was haben Sie daraus gelernt?

Leibinger-Kammüller: Ich würde es wieder tun. Es ist wichtig, dass sich mehr Menschen engagieren. Aber nicht im Modus des Wähler-Bashings, wie das in den vergangenen Jahren geschehen ist. Man muss Lösungen anbieten, statt zu sagen: Ihr seid alle doof.

SPIEGEL: Wie soll das konkret funktionieren?

Leibinger-Kammüller: Man muss mit den Leuten ins Gespräch kommen. Wir haben einen Betrieb in Neukirch in der Oberlausitz, in Sachsen. Und man kann davon ausgehen, dass ein Drittel der Belegschaft AfD wählt. Jetzt könnte ich durch den Betrieb gehen – aus dem Westen kommend, ganz super – und sagen: Ihr Bösen! Aber es ist doch viel entscheidender zu fragen: Was muss denn geschehen, damit ihr wieder den Glauben an eine demokratische Partei zurückgewinnt? Und da kommt es zu sehr guten Gesprächen.

SPIEGEL: Was hören Sie da?

Leibinger-Kammüller: Zum Beispiel: Erst hatten wir das Pech, unter den ökonomischen Zwängen der DDR leben zu müssen. Dann hat

man uns gesagt, unsere Betriebe seien miserabel, jeder Dritte wurde arbeitslos. Und jetzt sollen wir ein weiteres Mal zu kurz kommen, weil Migranten ins Land kommen oder Investitionen woanders stattfinden, man früher als beschlossen aus der Kohle rauswill und so weiter. Die Menschen haben wieder den Eindruck, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird.

SPIEGEL: Was entgegnen Sie auf so etwas?

Leibinger-Kammüller: Ich höre vor allem zu und sage irgendwann, dass wir qualifizierte Einwanderung in den Arbeitsmarkt brauchen. Dann höre ich: Aber müssen die Einwanderer gleich viel bekommen wie wir, wenn wir Sozialhilfe beantragen? Und warum kommen die nicht schneller in Arbeit? Da komme ich dann auch ins Nachdenken.

SPIEGEL: Wie sollten andere Parteien in Ländern und Kommunen mit der AfD umgehen?

Leibinger-Kammüller: Natürlich kann man mit der AfD keine Koalition eingehen, aber irgendwie muss man sich bei lokalen Fachthemen abstimmen.

SPIEGEL: Wie denn?

Leibinger-Kammüller: Wir haben in Neukirch einen fantastischen Bürgermeister von der CDU, ein ganz toller Mann, dessen Gemeinderat zu einem Drittel mit der AfD besetzt ist. Der schimpft natürlich. Aber er sagt auch: Ich muss Kompromisse finden, wenn es um konkrete Themen wie den Straßenbau geht. Und wir können nicht jedes Projekt ablehnen, nur weil es auch die AfD gut findet.

SPIEGEL: Ein schmaler Grat.

Leibinger-Kammüller: Wissen Sie: Es ist so leicht, hier aus dem schön gekühlten Raum bei Trumpf in Ditzingen oder aus der SPIEGEL-Redaktion in Hamburg Ratschläge zu geben, aber wir müssen konkrete Lösungen vor Ort finden. Und den Bürgern zugleich klarmachen, wie stark wir von der Vielfalt der Menschen profitieren, wenn – und das ist das Entscheidende – alle in dieselbe Richtung wollen. Darf ich Ihnen etwas vorlesen?

SPIEGEL: Sie haben ein Buch mit Theaterstücken von Carl Zuckmayer vor sich liegen.

Leibinger-Kammüller: Eben, und es gibt diese wunderbare Stelle in »Des Teufels General«, wo er beschreibt, dass die berühmtesten Leute vom Rhein kommen, Beethoven und dergleichen. »Weil sich die Völker dort vermischt haben, vermischt wie die Wasser aus Quellen und Bächen und Flüssen, damit sie zu einem lebendigen Strom zusammenrinnen.«

SPIEGEL: Was bedeutet das für uns?

Leibinger-Kammüller: Der Reiz liegt darin, sich zum Guten zusammenzutun und voneinander zu lernen. Aber der Wille zur Integration muss ebenfalls da sein. Und der muss auch erzwungen werden: Deutsch in den Kitas, von der ersten Sekunde an. Dann können alle Mädchen und Buben Deutsch, wenn sie in die Schule kommen, haben nicht tausend Misserfolge, und die Lehrer drehen nicht durch. Es gibt Ansatzmöglichkeiten. Aber: Es braucht mehr Geld. Und politischen Willen.

SPIEGEL: Frau Leibinger-Kammüller, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ■

* Mit Kanzlerin Angela Merkel im Bundeskanzleramt 2016.

Wall Street, pass auf!

BANKEN Im US-Bundesstaat Texas arbeiten mittlerweile mehr Menschen in der Finanzindustrie als in New York. Erwächst der mächtigen Börse Konkurrenz?

Der Finanzplatz Dallas hat etwas, was New York nicht hat: Parkplätze. Seit Anfang des Jahres schaukeln Bagger im Zentrum der Stadt ein gigantisch großes Loch, wo die 18.000 Quadratmeter große Tiefgarage unter dem neuen Gebäude von Goldman Sachs entsteht. Bis zu 5000 Leute sollen hier künftig arbeiten. Nicht nur die globale Investmentbank baut in der Metropole, auch die Konkurrenten Bank of America und Wells Fargo haben den Spaten in die texanische Erde gerammt. »Dass wir die großen Unternehmensnamen anlocken, ist für uns mittlerweile business as usual«, kommentierte der republikanische Bürgermeister Eric Johnson blasiert.

Der Cowboystaat Texas will dem wichtigsten Finanzplatz der Welt Konkurrenz machen. Im vergangenen Jahrzehnt hat der »Lone Star State« zur Aufholjagd angesetzt, und spätestens mit der Pandemie gelang der Durchbruch. Was die Gesamtzahl der in der Finanzindustrie Beschäftigten angeht, hat Texas New York schon überholt.

Goldman Sachs versichert, dass Dallas weiterhin auf dem zweiten Platz hinter dem globalen Stammquartier rangieren wird. Doch der Big Apple und auch Kaliforniens Wirtschaftszentren erleben einen spürbaren Exodus gen Süden. Der Börsenmakler Charles Schwab hat seine Zentrale von San Francisco ins texanische Westlake verlegt; der Finanzberater Fisher Investments siedelte ins Land der Kühe und Cowboys um; die prominente Techinvestorin Cathie Wood tauschte New York gegen St. Petersburg in Florida; die Vermögensverwalter Elliott Management und AllianceBernstein packten die Koffer.

Nicht nur Texas profitiert von der Migration, auch Miami und Nashville stehen bei Bankern und Hedgefonds-Managern hoch im Kurs. Der Aktivisten-Investor Carl Icahn stellte seine Beschäftigten vor die Wahl: Kommt mit nach Miami, und kassiert eine Prämie von 50.000 Dollar – oder meldet euch arbeitslos. »Ich bin an einem Punkt meines Lebens, wo ich ganzjährig ein wärmeres Klima und spannenderes Tempo möchte.«

Doch nicht nur das Wetter lockt. Texas, Florida und Tennessee erheben keine eigene Einkommensteuer, während der Bundesstaat New York bis zu 10,9 Prozent und die City dazu noch mindestens 3 Prozent aufschlägt. Den Bossen gefällt zudem, dass die Gehälter in der Provinz meist niedriger sind als auf dem teuren Pflaster von Manhattan. Finanzanalysten verdienen in Dallas im Schnitt 102.000 Dollar im Jahr, fast 30 Prozent weniger als in New York üblich. Nach Analyse der Agentur Bloomberg haben New York und Kalifornien jeweils binnen drei Jahren Unternehmen verloren, die zusammen Vermögenswerte von einer Billion Dollar verwalten. Knapp 160 Firmenzentralen sind aus New York abgewandert.

»Wall Street, pass auf«, warnt Allison Schragher vom Manhattan Institute: »Die Bindung zwischen New York und der Finanzwelt ist schwächer geworden.« Aus Sicht der Expertin an dem ultrakonservativen Thinktank ist das Siechtum selbst verschuldet. »Angesichts von New Yorks höheren Steuern, wachsender Kriminalität und sinkender Lebensqualität verwundert es nicht, dass viele Jobs in der Finanz- und anderen Branchen nach Süden abgewandert sind.«

Dass Investoren nun in Dallas eine neue Börse in Konkurrenz zu New York gründen wollen, dürfte indes einen anderen Hintergrund haben. Texas wie Florida genießen einen Ruf als Anti-woke-Destinationen, denen man mit der Forderung nach mehr Gerechtigkeit und Inklusion besser nicht kommt. »Weniger Bürokratie als NYSE und Nasdaq« verspricht der texanische Gouverneur Greg Abbott vorausseilend dem neuen Aktienmarkt, der ab 2026 Börsengänge anbieten will. TXSE werde ein »Ort sein, dessen einzige Agenda der Kapitalismus ist«.

120 Millionen Dollar lässt sich eine Gruppe aus rund zwei Dutzend Investoren das Vorhaben kosten. Beteiligt sind zwei mächtige Player: der weltgrößte Vermögensverwal-

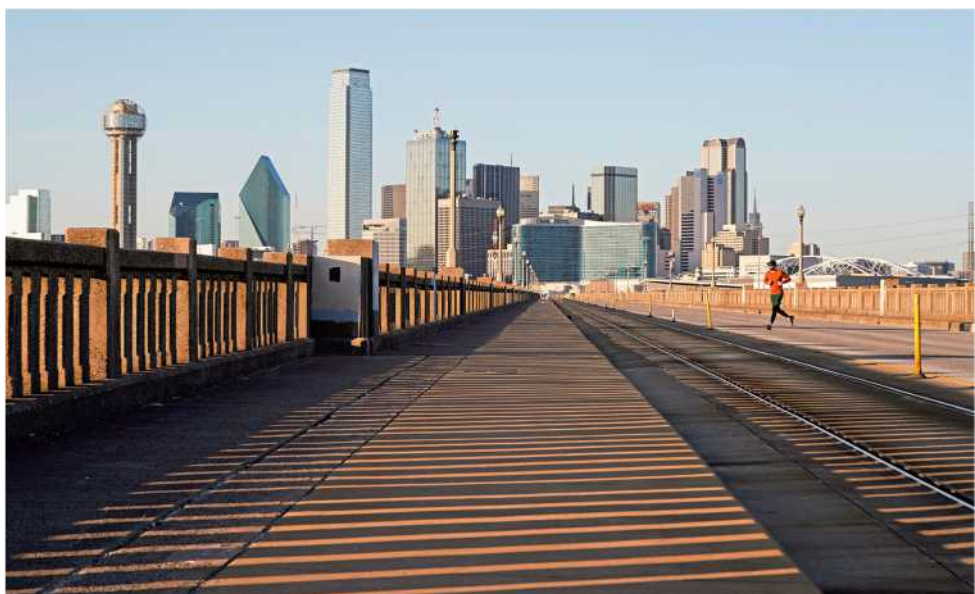
ter BlackRock und Market-Maker Citadel Securities. Citadel-Chef Ken Griffin ist ein offener Kritiker der »Woke-Ideologie«. Dagegen galt sein BlackRock-Kollege Larry Fink lange als Verfechter von Investitionen nach sogenannten ESG-Kriterien mit Rücksicht auf Umwelt und Gesellschaft. Heute will Fink den Begriff nicht mehr in den Mund nehmen.

Die Börsenbetreiber in spe beteuern, unpolitisch zu sein. Doch für den Finanzmarktexperten Larry Tabb von Bloomberg Intelligence ist die Botschaft von Dallas klar: »Wenn du anti-woke bist, komm hierher«, sagte er ABC News. Einen Kandidaten für Dallas hat Tabb schon identifiziert: Tesla, dessen Chef Elon Musk »woke« für einen grassierenden Gedankenvirus hält. Ansonsten sei er nicht sicher, »dass die meisten Unternehmen sich am äußeren Rand des Kulturkriegs positionieren wollen«, sagte Tabb.

Andere aber halten das New Yorker Börsen-Duopol für angreifbar. In den Unternehmen herrsche Unzufriedenheit über steigende Compliance-Kosten an NYSE oder Nasdaq, berichtete der Vermögensverwalter Withum Wealth Management, der selbst in New Jersey residiert. Neue Vorgaben wie die zur Diversität kämen in den Vorstandsetagen nicht gut an. Tatsächlich will die Nasdaq ihren Aktiengesellschaften künftig Quoten vorschreiben, die sukzessive greifen. Die Unternehmen müssen gegebenenfalls schriftlich begründen, warum es ihnen an Diversität fehlt.

Auf Interesse könnte die Börse Dallas daher bei einer erzkonservativen Branche stoßen, bei der Texas einen Heimvorteil genießt: der Öl- und Erdgasindustrie. Um New York vom Sockel zu stoßen, wird das allein nicht reichen. Und bei genauerem Hinsehen erweist sich auch Dallas' zentraler Standortvorteil als nicht ganz so groß. Die Garage unter Goldman Sachs wird nur knapp bemesene 2000 Parkplätze haben.

Ines Zöttl



Finanzplatz Dallas: Ein »Ort, dessen einzige Agenda der Kapitalismus ist«

Tiny House bei Hamburg

EINFACH URLAUB MACHEN

TOURISMUS Die Deutschen geben Rekordsummen für ihre Ferien aus, gern in fernen Ländern. Doch Reisende suchen ihr Glück auch im Einfachen, in der Natur und in der Nähe. Sie mieten ein Häuschen an einer Streuobstwiese oder schlafen in einer Hängematte im Wald.



Marco d'Eramo geht durch Rom, als wäre er der Besucher. Er staunt, und zwar nicht wegen des Kolosseums, des berühmtesten Amphitheaters der Welt. Das sieht er täglich, aus sicherer Entfernung, von der Terrasse seiner Wohnung aus. Er staunt wegen der Menschenmassen, der Paare, der Familien und der Reisegruppen, die einem Fähnchen folgen. Er geht den Hügel hinauf bis zu einem Mäuerchen, von dem aus er die berühmten Bögen des antiken Theaters besonders gut sehen kann. Touristen stellen sich neben und vor ihn, manche richten sich die Haare, lächeln, posieren für Selfies. Einer hüpfert etwas energisch auf die Mauer, rempelt d'Eramo an. Der verzieht sein Gesicht, sagt aber nichts.

Eigentlich kann er sich wunderbar aufregen und tut das auch auf diesem Spaziergang durch seine Heimatstadt. Zum Beispiel über das »schreckliche Hotel« in der Straße, in der er wohnt. Ein Bau in bester Lage, und doch fast ohne Fenster. Wenn etwas selbsterklärend absurd ist, dann sagt er gar nichts mehr, er reißt nur noch seine Augen auf.

D'Eramo ist Journalist und Autor. Sein Buch »Die Welt im Selfie« hat ihn international bekannt gemacht, 2018 ist es auf Deutsch erschienen. Kaum jemand analysiert das touristische Zeitalter, in dem wir leben, so schonungslos und treffend wie er. Vielleicht kann es nur jemand beschreiben, der im Zentrum einer Stadt lebt, die zu einer monströsen Tourismusattraktion zu verkommen droht.

Im vergangenen Jahr wurden in Rom wieder mal Rekorde gebrochen. Mehr als 49 Millionen Menschen besuchten die Stadt, über 35 Millionen Übernachtungen wurden verbucht. Diejenigen, die nächtigten, blieben in den vergangenen Jahren durchschnittlich nur knapp drei Tage und nahmen nicht nur gute Erinnerungen mit. Dieses Gedränge! Diese Hitze! Das schlechte und teure Essen im Zentrum!

Allerdings wachsen stetig Leute nach, die die italienische Hauptstadt noch nie gesehen haben. Rom wappnet sich für nächstes Jahr, rechnet mit noch mehr Gästen. 2025 ist ein heiliges Jahr der römisch-katholischen Kirche.

D'Eramo geht nach Hause, er wohnt in einem siebengeschossigen Gebäude. Auf den Fußmatten im Treppenhaus stehen Begrüßungsworte in verschiedenen Sprachen. Bis vor 15 Jahren waren seine Nachbarn ausschließlich Italiener. Inzwischen würden fast alle Wohnungen vermietet, erzählt der Autor. Die Eigentümer zögen aufs Land oder ans Meer und nutzten die Lage ihrer Wohnungen mitten im Touristenzentrum aus, um Geld zu

verdienen. Diejenigen, die blieben, bekämen die Nachteile zu spüren, sagt d'Eramo. Keine Läden mehr, in denen man Handwerkszeug kaufen könne. Touristen brauchen keine Schraubenzieher.

Der Autor sitzt jetzt auf seiner Terrasse im Schatten vor einem Zitronenbaum. Er sagt, er habe inzwischen seine eigenen Kriterien entwickelt, woran man sehe, dass ein Restaurant nur noch auf Touristen eingestellt sei. Serviert ein römisches Restaurant plötzlich Pasta in viereckigen Tellern, werde er skeptisch: »Die Weingläser werden größer: der Anfang vom Ende.«

Alexander Graefe und seine Freundin Linn von Pein haben dieselbe Zeit zur Verfügung, die sich Rom-Reisende durchschnittlich nehmen, knapp drei Tage, doch sie machen damit etwas völlig anderes. Sie haben sich im norddeutschen Nirgendwo ein sogenanntes Tiny House gemietet, rund 16 Quadratmeter, von außen schwarz und schick und garantiert geeignet für Fotos, die auf Social-Media-Kanälen gepostet werden können. Der Blick geht hinaus auf eine Pferdeweide, auf ungemähtes Gras und einen Birkenwald.

Graefe, 36, hat sich, um nicht von Mücken gestochen zu werden, die Socken über die Hosenbeine gekrempt und lacht selbst darüber, wie er aussieht. »Stört ja niemanden«, sagt er – hier in der Einsamkeit.

Auf einem Holzpfosten draußen landet gerade eine Bachstelze. Graefe holt seine Spiegelreflexkamera, zoomt das Tier mit dem Teleobjektiv heran und macht ein Foto. »Zu Hause rüdel ich in meiner Freizeit eigentlich immer rum, mache dies, mache das, lauter wichtige und weniger wichtige Dinge«, sagt der App-Entwickler. Für sein Hobby, das Fotografieren, bleibe kaum Zeit. Momente, in denen er mal nichts tue oder plane, gebe es wenige. Und hier? »Gestern habe ich mich einfach auf die Holzterrasse gesetzt und Gitarre gespielt.«

Seine Freundin, 34, ist promovierte Biologin, arbeitet in Hamburg als Data-Scientist. Zu Hause würde sie jetzt, gegen 11 Uhr, am Laptop sitzen und Daten für Unternehmen auswerten. »Wir wollten etwas Minimalistisches, einen Ort, an dem wir die Seele baumeln lassen können, an dem wir nicht ständig auf die Uhr oder das Handy gucken.«

Das Simple feiern, das Spektakuläre im Natürlichen suchen – es sind Erlebnisse, die offenbar gut ankommen. Das Unternehmen »Raus«, das dieses Tiny House vermietet, hat sein Geschäftsmodell darauf ausgerichtet. Für die Ausflüge ins große Grün werden in der Hochsaison 193 Euro pro Nacht fällig.

Julian Trautwein, 39, ist einer der drei Gründer. Die Geschäftsidee ist ihm gemeinsam mit zwei Freunden mitten in der Pandemie gekommen. Sie fragten sich: Wie müsste der Ort aussehen, und wo müsste er sein, damit ich dorthin reisen will, um Zeit in der Natur zu verbringen? Camping? Zu unkomfortabel. Wellnesshotel im Grünen? »Ich will ja nicht mit 40 anderen Leuten am Früh-

stücksbuffet stehen, sondern Ruhe finden«, sagt Trautwein.

Heraus kam die Idee von mobilen Tiny Houses, die die Unternehmer auf Feldern, an Waldrändern oder auf Streuobstwiesen aufstellen. Die Grundstücke werden meist von Landwirten vermietet, sie verdienen auf diese Weise zusätzlich Geld.

Wer ein paarmal zu häufig die schönsten Städte der Welt nicht genießen konnte, weil es so voll dort war, wer ein paarmal zu oft nicht mitgenommen wurde, weil ein Flug überbucht war, wer immer wieder an den notorisch heißen Urlaubsorten die Wälder und Wiesen als Folge des Klimawandels hat brennen sehen, der sucht sich für das nächste Mal vielleicht etwas aus, was wirklich Erholung verspricht und kein schlechtes Gewissen bereitet.

Gar nicht mehr zu verreisen, das könnten sich all jene Deutschen, die es sich einigermaßen leisten können, nicht vorstellen, sagt Bernd Eisenstein, Direktor des Deutschen Instituts für Tourismusforschung: »Der Urlaub hat für viele Menschen in Deutschland eine ähnlich hohe Bedeutung wie ein Grundbedürfnis. In der Konsumpriorität stehen nur noch Lebensmittel vor dem Urlaub.«

Im vergangenen Jahr gaben die Deutschen die Rekordsumme vom 86,9 Milliarden Euro für ihre Urlaube aus – fast 19 Prozent mehr als im Vor-Coronajahr 2019 und obwohl die Zahl der längeren Reisen mit 65 Millionen um acht Prozent niedriger lag. »Während 2023 noch die Preissteigerungen für den Anstieg der Ausgaben verantwortlich waren, scheint sich jetzt die Hälfte zu sagen: »Ich gönne mir etwas Besonderes«, sagt Ulf Sonntag, Geschäftsführer des Instituts für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa in Kiel.

Die Tourismusindustrie ist einer der größten Wirtschaftszweige der Erde. Die Ölindustrie und die globale Automobilbranche können kaum mithalten. Seit 1950 hat sich die Zahl der Reisenden mehr als verfünffacht. Das Geschäft dürfte bei einem Volumen von etwa zehn Billionen Euro im Jahr liegen – zehn Prozent der Weltwirtschaftsleistung. Eingerechnet in diese gewaltige Summe sind neben direkten Umsätzen all jene Wirtschaftszweige, die mit dem Tourismus verbunden sind, wie das Beherbergungsgewerbe oder die Transportindustrie mit ihren Flugzeugen, Kreuzfahrtschiffen und Reisebussen bis hin zur Souvenir- oder Reisebürobranche.

Freizeit ist zur Ware geworden – mit den Folgen, die Marco d'Eramo in Rom beobachtet und die weltweit zu sehen sind.

Noch vor 20 Jahren gab es jene besonderen Orte, die kaum jemand kannte, außer Einheimischen. Die versteckte Badebucht, den Aussichtspunkt mit dem atemberaubenden Panorama, den Wasserfall, unter dem man duschen, oder jenen zauberhaften Weiher, in dem man nackt schwimmen konnte, weil niemand zusah. Von diesen Orten erzählte man sich, und irgendwann gaben Reiseführer wie



»Lonely Planet« die vormaligen Geheimtipps preis. Das Internet ist sowieso allwissend.

Wer heute einst exklusive Orte wie Varkala in Indien, Sihanoukville in Kambodscha oder manche Inseln im Golf von Thailand besucht, landet oft in einem massentouristischen Albtraum. Was daran liegt, dass auch die Einheimischen in vielen dieser Länder immer mehr reisen.

»Anfangs war Tourismus ein Privileg der Oberklasse, dann kam die Mittelschicht der Industriestaaten dazu – und jetzt erleben wir, dass Angehörige der Mittelschichten vieler Länder reisen können und wollen«, sagt Eisenstein. »Dies ist nicht möglich, ohne dass Reisen standardisiert werden, etwa durch Pauschalangebote. Und dadurch erleben wir immer wieder mal an bestimmten Orten zu viel Masse«, etwa in Venedig, Barcelona, Dubrovnik – oder Rom.

Nur logisch, dass der Tourismus neue Wege sucht. Nicht außerhalb, sondern innerhalb der Tourismusindustrie wird die Sehnsucht nach Einfachheit bedient, nach Naturerlebnissen abseits der Massen. Das mobile Tiny House oder das Glamping ermöglichen solche kleinen Abenteuer. »Glamping« ist eine Wortschöpfung, gebildet aus dem englischen Begriff »Glamorous Camping« – »glamouröses Kampieren« lautet die ungeliebte deutsche Übersetzung. Man übernachtet zwar in der Natur, nicht aber in einem gewöhnlichen Zelt, sondern in komfortabel ausgestatteten Jurten.

Die Sehnsucht nach Einfachheit bedeutet keineswegs Bescheidenheit. Die Reisenden suchen oft gleichermaßen Naturnähe und Bequemlichkeit und begreifen das als Wert, für den sie zu zahlen bereit sind.

Bei der aktuellen Reiseanalyse der Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen gaben 56 Prozent der Befragten »Natur« als Reisemotiv an, mehr noch führten »Abstand zum Alltag« an oder »Entspannung«. Bei einer Umfrage zu den beliebtesten Urlaubs-

aktivitäten landete »Aufenthalt in der Natur« fast gleichauf mit »Besuch von Sehenswürdigkeiten« auf dem zweiten Platz.

2023 unternahmen 3,6 Millionen Deutsche eine mehrtägige Radreise. 17,6 Millionen favorisierten einen Wander- oder Rucksackurlaub. So viele Übernachtungen wie noch nie wurden auf Campingplätzen gebucht: rund 42,3 Millionen, ein Anstieg um fast 63 Prozent innerhalb von zehn Jahren.

Grund dafür ist auch der Boom der Wohnmobile: Vermutlich verstärkt durch die Reisebeschränkungen der Coronajahre, hat sich eine Rekordzahl an Urlaubern ein solches Ge-

fährt für im Schnitt 75.000 Euro zugelegt. Zu Beginn des Jahres waren laut dem Kraftfahrt-Bundesamt knapp 908.000 registriert, doppelt so viele wie 2017. Günstig ist eine solche Art des Urlaubs nicht unbedingt. Die Preise für Wohnmobilstellplätze etwa nahmen 2023 überproportional zu, um neun Prozent.

Es sind die Ziele in der Natur und in der Nähe, die gefragt sind. Und es ist erstaunlich, welche Möglichkeiten es im weiteren Umland einer beliebigen deutschen Großstadt wie zum Beispiel Hamburg gibt, dem Trend nach einem Urlaub zu folgen, der – vermeintlich – einfach ist.

Abenteuer

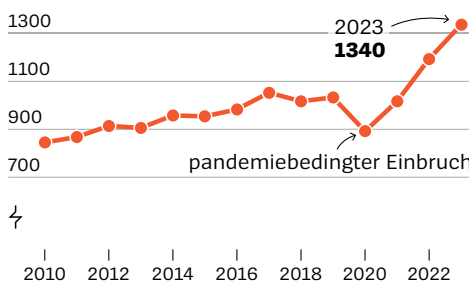
Der Hamburger Christo Foerster, 46, läuft an diesem warmen Sommertag barfuß über Moos im Klövensteen, einem Waldgebiet, das im Westen Hamburgs beginnt, und sucht die perfekten Bäume. Die Stämme dürfen nicht zu dicht stehen und nicht zu weit entfernt voneinander, nicht zu dünn sein und nicht zu dick. Dann reckt der Mann mit grau meliertem Bart seine 1,90 Meter in die Höhe und schlingt einen flachen Gurt möglichst hoch um eine Lärche. »Besser als eine Schnur«, sagt er, die könnte die Rinde verletzen. Einen zweiten Gurt legt er um einen weiteren Stamm und befestigt seine rote Nylonhängematte.

In Gebieten, die nicht unter Naturschutz stehen, übernachtet er immer wieder in seiner Hängematte – Zelten in freier Natur ist in Deutschland meist nicht erlaubt. »Ich bin viel klarer, aufmerksamer, wacher in der Natur«, sagt er.

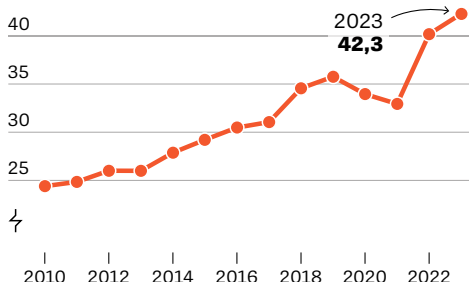


In Urlaubsstimmung

Durchschnittliche **Ausgaben** pro Person und Reise* in Deutschland, in Euro



Gästeübernachtungen auf deutschen **Campingplätzen**, in Millionen



* Reisen mit einer Dauer von fünf Tagen oder länger
 S-Quellen: FUR, Destatis

Foerster hat an der Deutschen Sporthochschule in Köln studiert. »Abenteurer« nennt er sich. Eigentlich ist er Autor, Podcaster und Vortragsredner, sein Thema ist das Abenteuer. Nicht so sehr wegen sportlicher Hochleistungen. Es gehe darum, »die Komfortzone zu verlassen, Ungewissheit zu akzeptieren, Neues zu entdecken – sowohl im Außen als auch im Innen«. Und wenn dies ohne großen Aufwand umsetzbar ist, nennt er es ein »Mikroabenteuer«, ein Begriff, den er von einem britischen Autor übernommen und in Deutschland populär gemacht hat.

Manchmal könnten bestimmte Aufgaben das Abenteuer steigern: nur zehn Euro am Tag ausgeben, ohne Auto fortbewegen, in der Hängematte übernachten oder einfach ohne Ziel und Navi loslaufen – je einfacher, desto besser. So erfahre man, sagt Foerster, was wirklich wichtig sei. Und »wenn man solche Herausforderungen schafft, ergibt sich das

Selbstvertrauen auch für andere Aufgaben im Leben«.

Einer, der sich durch Christo Foersterns Vorträge hat inspirieren lassen, ist Niels Liebehenschel, 55. Der Hamburger Chirurg ruft aus seinem Auto aus an, gerade hat er einen 110-Kilometer-Marsch an der Lübecker Bucht geschafft und ist auf der Heimfahrt: »Meine Füße sind platt«, sagt er. Liebehenschel mag sportliche Herausforderungen, neu sind für ihn die Nächte in der Hängematte: »Als Arzt habe ich jeden Tag mit Patienten zu tun, in der Ambulanz brummt immer der Bär«, da suche er an manchen Tagen den Abstand zu Menschen, die Ruhe. Häufig kommt er am Freitagabend nach Hause, isst etwas, schaut die Nachrichten, putzt sich die Zähne und packt seinen Rucksack: Hängematte, Schlafsack, Isomatte. »Dann gehe ich eine Stunde in den nächsten Wald wandern, hänge mich da hin und ver falle in einen tiefen Schlaf.«

Vor Hotelbetten, in denen schon viele Menschen geschlafen haben, gruselt es ihn. In seiner Hängematte und im wasserdichten Schlafsack übernachtet er an Orten, an denen nie ein Hotel stehen würde: direkt an der Küste am Strand, »wo wenige Meter entfernt die Wellen ans Ufer schwappen«, oder auf einem Berggipfel: »atemberaubend, diese Sonnenaufgänge«.

Klimaschutz

»Wir sehen überhaupt keinen Reiz darin, in die Türkei oder nach Griechenland zu fliegen,

um dort ausschließlich am Strand in der Sonne zu bruzzeln«, sagt Sebastian G., 38. Auf dem Teller vor ihm türmt sich ein Berg Salat mit Nüssen, Feta und Oliven. Er ist Richter, legt Wert darauf, sein Privatleben und den Berufsalltag im Gerichtssaal zu trennen, und möchte deswegen hier nicht mit vollem Namen genannt werden. Seit zwei Wochen reist er mit seiner Familie durch den Nordosten Deutschlands: Er und seine Frau Claudia K., 41, jeweils auf einem Fahrrad mit Anhänger – einem grünen für den drei Jahre alten Sohn Kasimir und einem gelben für Caesar, einen 15 Jahre alten Beagle.

Die Familie aus Schwerin radelt durch einen deutschen Sommer, der für sie mal sturzbachartigen Regen, mal schwüle Hitze bereithält, G. hat sich mit dem wechselhaften norddeutschen Wetter arrangiert. »Ich finde es auch absolut nicht mehr zeitgemäß, auf die Malediven zu fliegen.« Klimaschutz, das beginne bei jedem und jeder Einzelnen. Da sei es mit bloßem Reden nicht getan. »Besser ist, ich passe mein eigenes Verhalten an und übe mich auch mal bewusst in Verzicht.«

Die Familie hat vier Bundesländer passiert, ohne Spritverbrauch oder Elektroantrieb, allein aus eigener Muskelkraft: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen. Viel dabei haben sie nicht, was auch daran liegt, dass sie nicht campen, also weder Schlafsäcke noch Zelt benötigen. Die Eltern haben Pensionszimmer entlang der Elbe gebucht, ein Künstler-Airbnb im Wendland und im niedersächsischen Hitzacker eine Holzhütte im Destinature-Dorf. »Destinature« ist eine Wortschöpfung aus englisch »Destination«, was sich als »Reiseziel« übersetzen lässt, und »Nature«.

Hier stehen 27 Unterkünfte für Menschen, die nahe an der Natur, aber nicht im Zelt schlafen möchten. Micro-Glamping nennen die Betreiber des Platzes ihr Konzept. Die Hütten sind aus Holz, das in einer Art Stecksystem zusammengezimmert wurde. Die luxuriösesten unter ihnen haben ein eigenes Kompostklo und ein Waschbecken, der kleinste buchbare Hüttentyp – das sogenannte Bett to Go – ist nicht viel mehr als eine Vorrichtung aus Lattenrost und Matratze mit Holzwänden und Mückenschutz drum herum. Für die Fahrradfamilie ist es »der perfekte Urlaub«.

Kindheitserinnerungen

Rund 30 Paddler vom Hamburger Kanuver-ein »Ring der Einzelpaddler« haben sich für die traditionelle Sommersonnenwend-Fahrt auf die Insel Lühesand angemeldet, es geht etwa 15 Kilometer elbabwärts. Die jüngsten Teilnehmer sind zehn, die ältesten im Rentenalter. Zelte, Verpflegung und Wechselkleidung sind in wasserdichten Seesäcken und Kisten verstaut. Ein Gewitter droht, kurze Beratung, schließlich der Entschluss: Auf geht's, ab in die Boote. Der Plan ist, schneller zu sein als das Wetter. Vom Ufer aus sehen die beiden Zehner-Kanadier und Einzel-



Radreisender G. mit Familie

Julia Stanek / DER SPIEGEL



Paddlerin Keck (r.) mit Tochter

Eva Lehnen / Der Spiegel

MIT LUST IN DIE ZUKUNFT!



320 Seiten, gebunden · 24,00 €
Auch als E-Book erhältlich.

Zu oft beherrscht Angst unser Denken: Statt mit dem Besten rechnen wir mit dem Schlimmsten. Nicht als Verhängnis, sondern als Möglichkeit erzählt SPIEGEL-Autor Ullrich Fichtner, was uns in den kommenden Jahrzehnten erwartet. Welche neuen Horizonte und Chancen werden sich einem heute geborenen Kind im Laufe seines Lebens eröffnen? Basierend auf aktuellen Forschungen und Recherchen entwirft Fichtner ein so realistisches wie faszinierendes Bild der Zukunft.

DVA
www.dva.de

SPIEGEL
Buchverlag



Autor D'Eramo in Rom

Stephanie Gengott / DER SPIEGEL

kajaks wenig später aus wie kleine Punkte auf dem Wasser.

Am nächsten Mittag haben die Paddler unter Ahornbäumen ihre Zelte aufgeschlagen. Taina Keck, 52, rührt in einem Topf Reis und erinnert sich an ihre erste Lühesand-Fahrt als 14-Jährige. An die damals bei Freunden geliehene Ausrüstung, Erbsensuppe aus einem Topf, der über dem offenen Feuer hing, vor allem aber an das leichte Leben, an dem sich auf der Insel im Alten Land bis heute nicht viel geändert hat.

Klar, die Bäume auf der Campingwiese seien mächtiger geworden, die Zelte moderner, doch der entspannte Takt des Lühesand-Lebens sei über die Jahrzehnte gleich geblieben: Herumstreifen zwischen Hagebuttensträuchern und blühendem Schlangenlauch, Volleyballspielen, Trinkwasserzapfen, Bootstouren um die Insel, Lagerfeuer, die Gemeinschaft.

Keck freut sich, dass die traditionelle Lühesand-Fahrt längst auch für ihre Teenager-Tochter ein »Jahres-Highlight« ist, wie sie sagt. Die Tochter ist 16 Jahre alt, zwei Jahre älter also, als die Mutter es bei ihrer ersten Lühesand-Fahrt war. Das Glück von damals – Paddlerin Keck hat es für sich und ihre Tochter durch die Jahre gerettet und nie vergessen, wo sie es findet.

Sehnsucht sei einer der wichtigsten Gründe, warum wir überhaupt reisen, analysiert der römische Tourismusbeobachter d'Eramo: »Sehnsucht nach dem Authentischen in einer nicht authentischen Welt, Sehnsucht nach dem nicht Entfremdeten in einer entfremdeten Welt.« Dieses Versprechen des Tourismus sei jedoch unerreichbar, sogar eine »Falle«, weil der Tourist, wo immer er auftauche, so gleich das vernichte, was er suche: das Echte, Unberührte, Unbekannte.

»Das Authentische liegt immer hinter einem Berg, ist immer gestern oder vorgestern gewesen«, meint D'Eramo. Tourismus bedeutet für ihn deshalb letztlich »das Verfolgen des Unerreichbaren«.

Ist der Verzicht auf das Besondere ein Ausweg aus dieser Falle? Bedeutet er die Freundschaft mit dem Erreichbaren?

Sich freiwillig mit weniger zu begnügen, als man eigentlich haben oder erreichen könnte, ist eine verblüffend alte Idee. Sie konnte in der Geschichte jedoch immer nur dann entstehen, wenn Menschen überhaupt eine Wahl hatten, wie sie leben wollen: Wer arm ist, kann nicht mehr verzichten. Genügsamkeit kann nur als solche wahrgenommen werden, wenn sie freiwillig ist.

Gelebte Genügsamkeit erschien Philosophen und Priestern schon vor mehr als 2000 Jahren als Gegenentwurf zum als kontraproduktiv empfundenen Überfluss. Niemand verkörperte das wohl besser als Diogenes von Sinope, der zwischen 413 und 323 vor Christus gelebt haben soll. Der Philosoph, der angeblich ein Fass als »extremely tiny house« bewohnte, propagierte die Freiheit von all jenen Bedürfnissen, die über die Befriedigung elementarer Grundbedürfnisse hinausgehen. Demonstrativ lebte er wie ein Armer, ohne nennenswerten Besitz, er schlief im öffentlichen Raum. Sein selbst soll er einen »Hund« (»kýon«) genannt haben, woraus sich der Name seiner philosophischen Schule ableitet: »Kynismus« – im Deutschen wurde das K durch das Z ersetzt.

Sein Verzicht war Provokation. Spottlustig und »zynisch« brach Diogenes mit gesellschaftlichen Konventionen. Sein einfaches Leben kann man darum als Gesellschaftskritik verstehen, mit der Diogenes die herrschende Kultur politisch infrage stellte.

Seitdem ist die Idee vom einfachen Leben nicht mehr wegzudenken aus der abendländischen Kulturgeschichte. Im Christentum war Franz von Assisi wohl der radikalste Prediger der Armut. Mitte des 19. Jahrhunderts propagierten Intellektuelle wie Henry David Thoreau das einfache Leben als Ideal. Dessen Buch »Walden oder Leben in den Wäldern« aus dem Jahr 1854 wurde zur Blaupause des

modernen Aussteigertums. »Ein Mensch«, schrieb Thoreau, »ist umso reicher, je mehr Dinge er unbeschadet am Wege liegen lassen kann.«

Diogenes, der heilige Franz und Thoreau fanden Hunderttausende Nachahmer – vor allem, weil ihr vorgelebter Minimalismus immer eine Reaktion auf Luxus, Dekadenz und Materialismus der jeweiligen Zeit war.



Dem heutigen Weniger-ist-mehr-Trend im Tourismus geht diese Radikalität weitgehend ab. Zumeist sind Auszeiten individuelle Entscheidungen. Und oft sind sie längst Teil des touristischen Konsumkapitalismus geworden.

Das zeigen vor allem die Übertreibungen, die zu jedem Trend dazugehören: Zwischen Schwarzwald und Amrum gibt es etwa ein halbes Dutzend sogenannte Dachzeltedörfer. Touristen können in Zelten auf vorinstallierten Holzstelzen schlafen, als wären sie auf Safari im botswanischen Okavango-Delta und müssten sich vor Elefanten schützen.

Statt um Gesellschaftskritik gehe es eher darum, wirklich etwas zu erleben, sagt Abenteuer-Urlauber Foerster. Und zwar nicht nur im Äußeren, sondern auch im Inneren – sich also selbst »zu spüren«, wie es heute oft heißt. Es ist ein starkes Bedürfnis dieser Zeit, die von Hetze und flüchtigen Eindrücken bestimmt ist.

Wer beim Spaziergang durch Rom an der Spanischen Treppe oder dem Trevibrunnen immer nur kurz stehen bleibt, um mit dem Rücken zur Sehenswürdigkeit Selfies zu machen, erlebt und spürt auch etwas – aber sind es Gefühle, die in die Tiefe gehen? Dokumentiert wird vor allem der Stolz, dort gewesen zu sein. In seinem Buch schreibt Marco d'Eramo: »Das Selfie fotografiert eine solche Selbstunsicherheit, dass es zum Heulen ist.«

Der moderne Mensch möchte zwar mehr spüren – sich, Ruhe, Frieden –, aber das geht halt nur, wenn er sich auch mal festlegt, in dem Sinne, sich wirklich einzulassen auf etwas. Vielleicht ist das die größte Hürde?

Es wird eben kein Zufall sein, dass das Campen gerade so populär ist. Wer im Bulli, im Wohnmobil oder Zelt übernachtet, weiß, dass er am nächsten Tag weiterziehen kann, an einen Platz, der vielleicht noch schöner ist. Man legt sich für einen Moment fest, aber eben doch nicht so ganz.

Eine malerische Streuobstwiese? Handy raus. Hochheben. Lächeln. Klick. Und wieder weiter.

Oder es zu schaffen. Zu bleiben. Kein Foto.

Susanne Beyer, Antje Blinda, Paula Haase, Claus Hecking, Eva Lehnen, Martin U. Müller, Frank Patalong, Claudio Rizzello, Julia Stanek



2 Angebote
für Sie

Sie haben die Wahl

Sichern Sie sich Ihr gewünschtes Angebot, und lassen Sie sich den SPIEGEL nach Hause liefern!

Angebot 1: Flexibel lesen

- ✓ Einfach lesen, solange Sie möchten
- ✓ Flexible Laufzeit
- ✓ Jederzeit monatlich kündbar

Nur €6,30 je Ausgabe
Inkl. Versand

Angebot 2: 20 % sparen

- ✓ Ein Jahr lesen mit 20 % Rabatt auf den Abopreis
- ✓ 12 Monate Laufzeit
- ✓ Nach einem Jahr monatlich kündbar

Nur €5,- je Ausgabe
statt ~~€6,30~~, inkl. Versand



Gleich Wunschangebot sichern:

abo.spiegel.de/wunsch

oder telefonisch unter 040 3007-2700



Bei einer Massenhochzeit in Indien heiraten 50 Paare aus ärmeren Familien gleichzeitig. Gesponsert wird die Feier, inklusive Goldschmuck und Mitgift, vom indischen Milliardär Mukesh Ambani. Die Trauungen fanden vor der Hochzeit seines eigenen Sohnes statt. Die Ambani-Familie sieht sich als Anhänger des Grundsatzes: »Ein Dienst an der Menschheit ist ein Dienst an Gott.« Kritiker werfen Mukesh Ambani, dem reichsten Mann Asiens, zu enge Verbindungen zu Indiens Premier Narendra Modi und Marktmanipulation vor, was seine Firma bestreitet.

Refik Maqbool / AP

Zeichen der Annäherung

ANALYSE Reden Erdoğan und Assad bald über syrische Geflüchtete?

Recep Tayyip Erdoğan und Baschar al-Assad waren erst Verbündete, dann erbitterte Feinde. Nun zeichnet sich im Verhältnis zwischen dem türkischen Präsidenten und Syriens Diktator ein weiterer Wendepunkt ab. Beide sendeten zuletzt Signale der Annäherung. Assad hatte im Juni angedeutet, das Verhältnis wiederbeleben zu wollen. Erdoğan erklärte wenig später, der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen stünden keinerlei Hindernisse im Weg. Der türkische Präsident schloss ein Gespräch und sogar die Möglichkeit eines Treffens nicht aus.

2008 hatten die Assads und die Erdoğan schon mal gemeinsam Urlaub gemacht. Solche Vertrautheiten scheinen heute eher unwahrscheinlich. Mit Beginn des syrischen Bürgerkriegs wurde für Erdoğan aus »Bruder« Assad – »Schlächter« Assad.

Der aktuelle Kurswechsel dürfte pragmatische Gründe haben. Beide könnten von einer Normalisierung der Beziehungen profi-

tieren. In der Türkei leben mehr als drei Millionen syrische Flüchtlinge, die anhaltende Wirtschaftskrise befeuert antisyrische Stimmungsmache. Erdoğan setzt das unter Druck: Er hatte bei der Präsidentschaftswahl 2023 versprochen, dass viele Syrer in ihre Heimat zurückkehren werden. Dafür bräuchte er Assad. Der fordert wiederum von der Türkei den Abzug aus Nordsyrien, was bisher ausgeschlossen schien. Ankara begründet die Militärpräsenz mit der angeblichen Bedrohung durch die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK und unterstützt zugleich die dortige Opposition.

Ein Sturz des Regimes scheint jedoch spätestens seit der Wiederaufnahme Syriens in die Arabische Liga vor gut einem Jahr unmöglich. Millionen Geflüchtete in den von der Türkei kontrollierten Gebieten in Syrien fürchten nun, Ankara könnte sich zurückziehen und sie der Willkür Assads ausliefern.

Jüngste Gewaltausbrüche in der Grenzregion werden daher auch als Zeichen des Protests gedeutet. Dort brannten dieser Tage türkische Flaggen, Fahrzeuge von Sicherheitskräften sollen angegriffen worden sein. Dem vorangegangen waren zudem rassistische Ausschreitungen gegen Syrer in der Türkei. Die Ereignisse bringen Erdoğan in Bedrängnis – und den syrischen Diktator in eine gute Verhandlungsposition. Anna-Sophie Schneider

Hauptroute für Migranten gesperrt

PANAMA Eine der gefährlichsten, aber auch am meisten genutzten Migrationsrouten soll geschlossen werden: Panamas neuer Präsident José Raúl Mulino will den Weg durch den Darién-Regenwald in Richtung USA sperren. »Panama wird nicht länger Transitland für Illegale sein«, kündigte er am Tag seiner Amtsübernahme am 1. Juli an. Mulino kommt damit US-Präsident Joe Biden entgegen, der die Migration über die mexikanische Grenze vor den Wahlen im November einzudämmen versucht – das Thema könnte wahlentscheidend sein. Allein im vergangenen Jahr waren mehr als eine halbe Million Menschen auf der Route unterwegs, viele bezeichnen sie als »Migranten-Highway«. Die Südgrenze der USA liege »nicht in Texas, sondern in der Provinz Darién«, hatte Mulino im Wahlkampf geklagt. Im Dschungel sind die Flüchtenden zahlreichen Gefahren ausgesetzt: Gangs rauben sie aus,

Frauen werden vergewaltigt, in dem Waldgebiet leben giftige Schlangen und Insekten. Mulinos Vorgängerregierung hatte die Weiterreise Richtung USA erleichtert: Sie stellte Busse bereit, um Menschen quer durchs Land an die Grenze zu Costa Rica zu bringen. Wie Mulino das Dschungelgebiet abschotten will, ist unklar. Offenbar plant die Regierung, Checkpoints an der Hauptroute einzurichten, um Migranten festzunehmen; Ausweichrouten sollen gesperrt werden. Washington hat angekündigt, dass es Panama finanziell beistehen wolle, um Menschen schnell in ihre Heimatländer abzuschieben. Mulino geht mit seiner Entscheidung ein Risiko ein: Viele Migranten könnten versuchen, illegal in Panama zu bleiben, das in vielem wirtschaftlich besser dasteht als ihre Heimatländer. Hinzu kommt, dass er sein Vorgehen mit dem benachbarten Kolumbien abstimmen muss, wo die Darién-Route beginnt. Dessen linker Präsident Gustavo Petro hat bislang auf eine polizeiliche Überwachung verzichtet. JGL

Ministerium für Babyglück

SÜDKOREA Einen »nationalen Notstand« hat Präsident Yoon Suk-yeol die Geburtenrate seines Landes zuletzt im Juni genannt. Nun soll ein neues Ministerium für einen Babyboom sorgen – und die drohende Bevölkerungskrise abwenden. Nirgends auf der Welt ist die Fruchtbarkeitsrate niedriger als in Südkorea. Nur 0,72 Kinder bekommt jede Frau durchschnittlich. Zugleich wird das Land immer älter: Kommendes Jahr wird ein Fünftel der Bevölkerung über 65 Jahre alt sein.



Kinder in Seoul

Die Regierung versteht das neue Ministerium als eine Art »Kontrollturm«, in dem Strategieplanung und Budgets zusammenlaufen. An Geld fehlt es nicht bei der Familienförderung: Mehr als 200 Milliarden Dollar hat die südkoreanische Regierung in den vergangenen zwei Jahrzehnten ausgegeben. Dennoch sinkt die Geburtenrate. Paare heiraten immer später, viele entscheiden sich gegen Familie, auch wegen der hohen Wohnungskosten. Und es mangelt an Ideen, wie Eltern Beruf und Kinder vereinen können. Viele Südkoreanerinnen fordern einen Wandel hin zu einer Gesellschaft, die sie wertschätzt und als Mütter unterstützt. Doch in der Politik dominieren ältere Herren. Nicht einmal 20 Prozent der Abgeordneten in der Nationalversammlung sind weiblich. Ähnlich niedrig ist die Frauenquote im Kabinett von Präsident Yoon – dort sind von 19 Ministern gerade mal 4 weiblich. Noch ist unklar, wer an die Spitze des neuen Ministeriums berufen wird. KGP



Nigerianischer Vizepräsident Shettima mit Opfern in Borno

»Bombengürtel unter der Kleidung«

NIGERIA Extremismusexperte Jacob Udo-Udo Jacob über die Selbstmordattentäterinnen von Boko Haram



Der nigerianische Wissenschaftler Jacob, 48, ist Direktor des Zentrums für Information, Demokratie und Staatsbürgerschaft an der Amerikanischen Universität in Bulgarien.

SPIEGEL: Herr Jacob, eine Hochzeit, eine Beerdigung und ein Krankenhaus waren die Ziele der neuesten Anschläge in Nigeria. Wie viele Menschen sind gestorben, und wer steckt hinter den Angriffen?

Jacob: Mehr als 30 Menschen wurden getötet. Vermutlich steckt die Terrorgruppe Boko Haram hinter den Anschlägen. Das waren leichte Ziele, und sie konnten viele Menschen töten. Es könnte zwar auch der »Islamische Staat« in Westafrika gewesen sein, aber das Muster passt eher zu Boko Haram. Vor allem weil Frauen die Selbstmordattentate ausgeführt haben.

SPIEGEL: Setzt Boko Haram üblicherweise Frauen ein?

Jacob: Ja, vor allem aus taktischen Erwägungen. Frauen werden nicht durchsucht, aus religiösen und kulturellen Gründen. Die Region, in der die Anschläge stattgefunden haben, ist stark muslimisch geprägt. Außerdem lassen sich unter der

traditionellen Kleidung von Frauen Bombengürtel gut verstecken.

SPIEGEL: Macht es in der öffentlichen Wahrnehmung der Anschläge in Nigeria einen Unterschied, wer sie ausführt?

Jacob: Nein. Entscheidend ist, dass Boko Haram die Anschläge ausführen konnte, nicht, wer genau es war. Es schien, als hätte sich die Sicherheit im Land in letzter Zeit verbessert. Nun hat Boko Haram erneut bewiesen, dass sie immer noch da und immer noch dazu in der Lage sind, tödlich zuzuschlagen.

SPIEGEL: 2014 entführte Boko Haram 276 Schülerinnen aus einer Mädchenschule. Fast 100 von ihnen sind noch in den Händen der Dschihadisten. Könnte es sein, dass eine von ihnen unter den Angreiferinnen war?

Jacob: Ich kenne einige der entführten Mädchen. Ich habe sie an der Uni unterrichtet, nachdem sie befreit worden waren. Es sind willensstarke Frauen. In dieser Region als Mädchen zur Schule zu gehen, allein dafür braucht es Mut. Ich kann mir nur schwer vorstellen, dass eines der Mädchen sich zu so einer Tat hat überreden lassen. Aber es sind schon zehn Jahre vergangen. Wir wissen nicht, was ihnen in dieser Zeit angetan wurde. MSD



Das Update des Tötens

UKRAINE Drohnen sind die wichtigste Waffe der einheimischen Truppen gegen die russischen Offensiven geworden, die ihre Gegner mit schierer Masse niederwalzen. Die Billigfluggeräte verändern nicht nur diesen Krieg. *Von Christoph Reuter*

Ukrainischer Soldat beim Üben mit einer Drohne: Bald kann kein Störsender sie mehr stoppen

Die Nacht ist dunkel, Wolken haben sich vor den Mond geschoben. »Das ist gut«, sagen die beiden ukrainischen Soldaten, als sie die letzten kiloschweren Mörsergranaten verladen haben und sich in den tarnfarben bemalten Kombi schwingen. Es ist halb drei Uhr morgens, noch eine Stunde bis Sonnenaufgang. 15 Kilometer weiter, östlich der einstigen Ortschaft Tschassiw Jar, verläuft derzeit die Linie null, die Front.

In halsbrecherischen Manövern steuert »Mamaj«, so seine Funkkennung, den Wagen durch den Wald. Er fährt nicht schnell, aber ohne Licht. Mit einer Wollmütze deckt sein Nebenmann das Leuchtdisplay am Armaturenbrett ab.

Noch vor anderthalb Jahren, wäre man bei Tageslicht gefahren, hätte die Gefahr 15 Kilometer hinter der Front höchstens in einer verirrt russischen Rakete bestanden.

Heute wäre das lebensmüde.

Und wie zum Beweis kracht es plötzlich in der Nähe. Nicht so dumpf wie ein Granateinschlag, aber laut. »FPV«, sagt Mamaj knapp. »First Person View« lautet das ausbuchstabierte Kürzel des Schreckens. Gemeint sind Drohnen, deren Pilot sie mittels einer Videobrille fliegt, als säße er (oder sie) im Cockpit des Minifliegers, an dessen Rumpf ein Spreng-

satz befestigt ist, bei größeren Modellen auch der Gefechtskopf einer Panzerabwehrwaffe.

Wem galt die Drohne, die gerade krachend niederging? Schulterzucken, weiterfahren, sie wissen nicht einmal, ob es eine russische oder eine ukrainische war. Etwas explodierte immer irgendwo, sagt Mamaj: »Da sind zu viele unterwegs!«

Was sichtbar ist, wird zum Ziel, auch wenn es rennt, fährt, zu entkommen versucht. FPV-Drohnen sind zur fliegenden, billigen Waffe geworden, die schneller und wendiger als jedes Auto im Gelände sein kann und auf einen halben Meter genau trifft.

Der Krieg in der Ukraine hat sich in einen Krieg der Drohnen verwandelt. Sie begegnen einem überall an den mehr als 1000 Kilometer langen Frontlinien: Sei es bei Mamajs Mörser Einheit, sei es bei den Militärsanitätern oder bei einer Aufklärertruppe, die vor russischen Vorstößen warnen soll.

Es gibt Drohnen zur Beobachtung und solche zum Angriff, wobei manche Granaten aus der Luft abwerfen, andere direkt ins Ziel gelenkt werden. Es gibt Steuerungsdrohnen, die einen Schwarm kleinerer Drohnen auf dem Flug leiten, umgerüstete Agrardrohnen, die 15 Kilogramm transportieren können, kleine Spähdrohnen und solche mit mehreren

Metern Spannweite, die 100 Kilometer zurücklegen können.

Noch setzen nur wenige russische oder ukrainische Einheiten Drohnen mit Nachtsichtkamera ein. Deshalb verlegen beide Seiten Truppen und Material in weiter Distanz zur Kampfzone nur noch nachts. Und in den »Hundestunden«: jener Phase des Morgengrauens, wenn selbst die Hunde müde seien und es schon zu hell sei für die Nachtsichtgeräte, aber zu dunkel für normale Kameras.

Um sich zu schützen, rüsten beide Seiten auf mit Störsendern, die wie kopfstehende Rührmixer von den Fahrzeugen hochragen. Diese Geräte zur radioelektronischen Abwehr, genannt REBs, »Radio Elektronna Borotba«, kosteten anfangs umgerechnet mehrere Tausend Euro und stehen ganz oben auf der Wunschliste jeder ukrainischen Einheit. Obwohl sie nicht immer funktionieren.

Neben einer weiträumig unterkellerten Ruine unter dicht belaubten Eichen kommt Mamajs Kombi zum Stehen. Die erste Morgenröte schiebt sich über den Horizont. Vorsichtig manövriert der Soldat den Wagen in den Keller. Licht, entspanntes Durchatmen. Von dieser Mörserstellung des 225. Sturm-bataillons seien es noch zweieinhalb Kilometer bis zur vordersten Linie. Das Krachen,

Johanna Maria Fritz / DER SPIEGEL



1 | Notfallsanitäterin »Tabs« nahe Tschassiw Jar 2 | Soldat beim Vorbereiten von Sprengstoff 3 | Pilot beim Fliegen einer Drohne 4 | Mörsergranaten

Wummern, Pfeifen der russischen Granateinschläge ist laut zu hören. Trotzdem sei es hier unten sicherer als auf dem Weg hierher.

Minutenlang wuchten sie zu dritt die bis zu 16 Kilogramm schweren 120-mm-Granaten aus dem Kofferraum, insgesamt 30 Stück. Ihre Ration für die nächsten 24 Stunden. »Sollte reichen«, sagt der bärtige Kommandeur.

Knapp zehn Kilometer westlich der Monate lang erbittert umkämpften Stadt Bachmut gelegen, ist Tschassiw Jar das nächste Ziel der russischen Militärmaschinerie. Die zu Trümmern bombt, was sie anschließend Stück um Stück erobert. Anfang 2023 war Tschassiw Jar die letzte belebte Ortschaft vor der Front, gab es Schaschlik am Straßenrand, gab der Bürgermeister Interviews auf dem Hauptplatz. Heute tauchen auf den nächtlichen Fahrten am Stadtrand schwarze Silhouetten von Ruinen auf.

Ob sie einen jähren russischen Vorstoß fürchten wie vor Wochen bei Charkiw im Norden? Der Kommandeur lacht auf: »Hört ihr das da draußen?« Das Dröhnen, Bersten, Knallen wächst manchmal zusammen zu einem anhaltenden Donnern. »Vorgestern griffen zehn Stück »Technik« an«, wie sie jedes rollende Gerät der Russen nennen, »gestern haben drei Panzer versucht, den Kanal zu

erreichen«, die letzte Barriere am östlichen Stadtrand: »Der große Sturm? Pfff, der läuft schon jeden Tag hier.«

Seit Ende März sind sie hier, eine Rückzugsposition: »Die Russen haben mehr Munition, mehr Panzer, mehr Geschütze, mehr Truppentransporter, mehr Soldaten, von fast allem mehr«, zählt er auf. »Nur mit Drohnen halten wir sie halbwegs auf.« Davon würde die russische Seite zwar auch immer mehr produzieren, »aber unsere Piloten sind besser«. Die Lage ist schlecht. Im Frühjahr war sie noch schlechter.

Ihr Bataillon ist keine legendäre alte Brigade, keine neu aufgestellte, westlich ausgerüstete, sondern »normalna«, Durchschnitt der ukrainischen Armee. Drei Mörser, simple Geschütze, aus ukrainischen Beständen, ein erbeuteter russischer, ein iranischer, den sie »Sultan« getauft haben. Einzig neu ist ein finnischer Mörser. Den hätten sie bekommen, »seit man in der Führung begonnen hat, an uns zu glauben«.

Tief im Inneren ihres Kellergewölbes liegt der Befehlsstand, ein Tisch mit Bildschirmen. Ihre Beobachtungsdrohnen halten sie konstant in der Luft. Alle paar Stunden kommt eine Order, wohin sie feuern sollen. Dann klettern drei Soldaten nach draußen, ziehen

das Tarnnetz ab, feuern, krabbeln zurück. Tagsüber zeigen kleine Rauchpilze auf dem Monitor die Einschläge, dann wird nachjustiert. Nur einen der wichtigsten Bunker der Russen »kriegen wir einfach nicht kaputt«, klagt der Kommandeur: »Dabei wissen wir genau, wo er ist. Wir haben ihn ja gebaut« – und aufgeben müssen beim Rückzug.

»Horynysch« lautet die Funkkennung des Kommandeurs, nach einem mehrköpfigen, Feuer speienden Drachen aus einem Märchen. Er war mal bei einer Einheit mit Flammenwerfern. Ein bisschen furchterregend, ein bisschen ironisch, denn im Märchen zanken sich die Köpfe fortwährend.

»Riley«, der Experte für die Videoauswertung, erzählt, anfangs hätten sie die Videoplattform Zoom genutzt zur Koordination der Beobachter, des Stabs und der Artillerie: »Aber Discord funktioniert viel besser«, eine Gamerplattform, »auf der wir früher »Counter-Strike« gespielt haben«. Und heute echten Krieg führen.

Am Nachmittag wird es plötzlich dramatisch. Ukrainische Verwundete sollten evakuiert werden, aber das Fahrzeug wurde von einer FPV-Drohne attackiert. Die Mörser feuern zur Ablenkung, während die Verletzten zu einer getarnten Stellung im Wald

geschleppt werden. »Bis zur Nacht werden sie dort aushalten müssen«, murmelt Horynych. Falls sie so lange überleben. Sie jetzt zu bergen sei aussichtslos. Drohnen fliegen Wasserflaschen, Medikamente, Verbandsmaterial zu ihnen.

Kaum ist das Gefecht vorbei, dreht sich Horynych zu den anderen: »Also, was bestellen wir für nächste Woche, Cola oder Fanta? Und die Pistazien, die ihr vergangene Woche gekauft habt, waren viel zu teuer! Ihr hättet die Großpackung nehmen sollen.« Im Raum nebenan telefoniert ein Soldat mit seiner kleinen Tochter, die sich beklagt, ihr sei langweilig: »Papa, warum bist du weggefahren?« Elon Musks Starlink-Satellitennetzwerk versorgt die Stellung mit Netzzugang.

Nach fast zweieinhalb Jahren Krieg sind die Extreme normal geworden: dass sie in ihrer letzten Stellung fast umgekommen wären, als die russischen Aufklärer sie entdeckten und kurze Zeit später Granaten einschlugen. Dass von den Verletzten da draußen einer vermutlich nicht überleben wird.

Niemand, sagt Horynych, mache mehr Pläne für nach dem Krieg: »Uns geht es vergleichsweise gut in diesem Keller«, dessen massive Natursteinmauern aus zaristischer Zeit stammen, der Platz für Vorräte und sogar ein Plumpsklo bietet. Während in den Gräben vorn jeder Toilettengang abseits der Stellung ein Wagnis und »eine ganze Flasche Wasser für uns Gold wert« ist, wie es ein Rückkehrer von dort später nennt.

In der zweiten Nacht um 2.58 Uhr unterbricht ein erneuter Alarm die Routine. Ein russischer Panzer ist bis auf 100 Meter an die ukrainischen Positionen herangerollt, ist über drei Minen gefahren (die eine modifizierte ukrainische Agrardrohne namens »Vampir« Minuten vorher auf seiner vermuteten Route abgeworfen hatte) und rollt immer noch. Die Männer feuern mehrere Granaten ab, Mörser »Sultan« trifft fünf Meter neben dem Panzer. Gestoppt wird er schließlich von einer FPV-Drohne mit dem Gefechtskopf einer Panzerfaust. Auf dem Bildschirm im Unterstand sind die russischen Soldaten zu sehen, die aus dem brennenden Wrack springen und sich in den nahen Wald retten.

Das fortwährende Stimmengewirr des Funkverkehrs und das Dröhnen der Einschläge mischen sich zu einem Klangteppich. Der hindert einen nicht mehr am Wegdämmern. Dazu das dauernde Eingeschlossenensein; man wird unpassend lethargisch. Sie nennen es »Pofigism«, Scheißegal-Haltung. Sie mache einen unvorsichtig, warnt Horynych.

Die Rückfahrt führt wieder ohne Licht durch blickdichte Nacht. Beim Aussteigen fallen drei Dutzend Löcher in verschiedenen Größen am Heck auf, als hätte Wurmfräß die Karosserie befallen. Eine FPV-Drohne, der er vor Wochen in letzter Sekunde ausgewichen sei, sagt der Fahrer.

Drohnenpiloten lassen sich ungern begleiten, sie wechseln dauernd die Position. Diese Jäger sind die am meisten Gejagten.



Kommandeur »Horynych« im Unterstand

»Hinter nichts sind beide Seiten so her wie hinter den Drohnenteams«, sagt Witalij, Pilot und Konstrukteur, der einem Treffen in der nächsten Stadt zugestimmt hat. Ihr Verbindungsmann für die Sprengstoffversorgung der FPV-Drohnen sei vor zwei Wochen in seinem geheimen Quartier von einer Rakete getötet worden, »dabei war er gerade erst dorthin umgezogen«.

Die ersten zehn Drohnen, sagt er, habe seine Einheit mit privaten Spenden auch aus Deutschland gekauft. Selbst ihre eigenen Befehlshaber würden erst langsam verstehen, wie fundamental die neue Waffe gerade diesen und fortan jeden Krieg verändert: »Wie früher stunden-, tagelang mit einem Geschütz, einem Panzer sichtbar im Gelände zu stehen, das wäre heute unmöglich. Alles, was sichtbar ist, wird angegriffen, in einem immer breiter werdenden Streifen. Drohnen werden die Zukunft des Krieges bestimmen.«

Er spricht über die Kämpfe noch vor zwei Jahren mit der Distanz eines Militärhistorikers, der Napoleons Schlachtaufstellung betrachtet: »Die Zeit der Überraschungen ist vorbei. Jede Seite sieht, was die andere tut, ob ein echter Angriff naht, ein Täuschungsmanöver. Wer angreift, wer raus aus dem Bunker, der Tarnung kommt, ist noch verwundbarer als früher. Das sind im Moment die Russen.«

Und das sei alles erst der Anfang. Noch bändige das Wettrüsten zwischen immer leistungstärkeren Drohnen und immer kleineren, besseren Störsendern die Macht der Kamikazeflieger. Noch benötigt jede Drohne den Funkkontakt zu Piloten, auch wenn neue Modelle bei Signalabbruch automatisch zur Basis zurückkehren. Bald nicht mehr: »Sobald KI die Konturen auch eines getarnten Panzers, Fahrzeugs, Soldaten verlässlich erkennt, werden die Drohnen immer autonomer fliegen und angreifen können«, sagt Witalij. Dann kann kein Störsender sie mehr stoppen.

Der Krieg der Zukunft sei eine paradoxe Kombination: Gräben, Bunker würden wieder wichtiger. Aber Panzer, Geschütze, sich bewegende Infanterie, jene Kräfte, die in den

vergangenen 100 Jahren über Gewinn oder Verlust von Territorium entschieden, würden zu verwundbar, um noch eine entscheidende Rolle zu spielen.

Autonome Drohnen, schließt er mit dem letzten Schluck aus einer Limonadenflasche, »werden schon entwickelt, und es ist nicht klar, wer da vorn ist. Wir haben als Erste Granaten von Drohnen abwerfen lassen, sind findiger. Russland ist langsam, aber mobilisiert einen gigantischen Forschungsapparat«.

Schon heute ist die Veränderung messbar. »Tabs«, eine Notfallsanitäterin in einem Unterstand nahe Tschassiw Jar, erzählt, sie habe vor anderthalb Jahren vor allem Verwundungen von Granatsplittern russischer Artillerie behandelt: »Das hat sich komplett verschoben, jetzt sind FPV-Drohnen für das Gros der Verletzungen verantwortlich.« Nicht so schwer meist, aber tückisch, weil direkte Nähe zur Explosion oft mehr Gewebe beschädige, als man sehe. Und vor allem: »Wir haben viel mehr Verwundete als früher.«

Nach Tagen willigt doch noch eine Einheit mit Spähdrohnen ein, begleitet zu werden an einem noch ruhigen Frontabschnitt weit nördlich von Tschassiw Jar. Im Schatten eines Waldrands bauen die drei Soldaten ihr anderthalb Meter breites Bedienungspult mit den Monitoren auf, montieren meterlange Antennen, aktivieren einen Sensor gegen nahe Drohnen.

Ihre 40.000 Euro teure Drohne, Modell Free Ukraine, ist eine Eigenproduktion mit chinesischen Teilen, »sonst wäre sie dreimal so teuer«. Vier Rotoren lassen sie aufsteigen, danach fliegt sie wie ein Flugzeug, passiert nach sieben Minuten die russische Grenze, muss zuvor das Störfeld einer ukrainischen Nachbarbrigade überfliegen.

Mit der hochauflösenden Kamera kann Pilot »Ban« aus 1000 Meter Höhe selbst die frischen Fußspuren russischer Soldaten ausmachen, »die waren vor dem letzten Regen noch nicht da«. Er verfolgt einen einzelnen laufenden russischen Soldaten, hofft, dass er sie zum Stab, zu einem Geschütz führt. Und dreht seufzend ab, als der Mann sich einem Seeufer nähert: »Der will nur angeln. Oder pinkeln.«

Ban hatte Forstmanagement studiert, als er sich mit 20 Jahren freiwillig meldete, unbedingt zur einer Drohneneinheit wollte. Das sei die Zukunft des Krieges, für die Ukraine im Moment die einzige Chance. Selbst ihre fertige Drohne werden laufend weiter modernisiert, »es ist wie bei Tesla, wir kriegen automatische Updates aufgespielt«.

Fast eine Stunde lang lässt er die Drohne über einem Waldstück in der Nähe des wandernden Soldaten kreisen, um das sich viele neue Reifen- und Kettenspuren ziehen. Dort drin müsse etwas sein. Aber das Laubdach der Eichen ist so dicht, dass er aus allen Anflugwinkeln immer nur eines sieht: Grün.

»Konkret, was hast du gesehen«, will die Feuerleitstelle wissen. Ban lässt die Drohne zurückfliegen. »Konkret: nichts.«

Mitarbeit: Fedir Petrov

Nein, wir essen nicht mehr »beim Chinesen«

DISKRIMINIERUNG Eingewanderte, die Supermärkte oder Restaurants betreiben, werden oft mit ihrer Nationalität bezeichnet statt bei ihrem Namen genannt. Zwei Studierende aus Barcelona haben eine Idee, das zu ändern.

Als Sudan Lu, damals 17 Jahre alt, aus der chinesischen Provinz Zhejiang nach Barcelona zog, hatte sie große Pläne. Fern der Fabrikhallen ihrer Heimatstadt wollte sie Geschichte studieren, Sprachen lernen, Europa bereisen, so stellte sie sich das vor. Doch es war schwerer zu erreichen als gedacht.

»Ich hatte kein Geld«, erzählt Lu. »Und man kann hier ja nicht gratis leben.« Außerdem fühlte sie sich nach ihrer Ankunft in Spanien allein. 20 Jahre ist das her, damals hatten die Leute in den Vororten von Barcelona noch nicht viele Chinesen gesehen. Während Sudan Lu sich um Jobs bemühte, pöbelten Jugendliche sie auf der Straße an. »He, du Chinesin«, riefen sie ihr nach. Bei ihrer Arbeit in einem Klamottenladen sprachen die Kunden sie mit »Chinesin« an.

Lu sagt, das habe sie verletzt.

Heute sitzt sie vor ihrem Lokal 104 im Stadtteil Pobleu. Eine 40-jährige Frau mit langen, schwarzen Haaren, die laut spricht und oft lacht. In den vergangenen Wochen war sie im Lokalfernsehen zu sehen. Lu hat bei einer Aktion von Studierenden gegen Alltagsrassismus mitgemacht. Am Eingang ihrer Bar brachte sie ein Plakat an: »Ich bin nicht »der Chinesen an der Ecke«. Du kannst mich Sudan Lu nennen«, stand darauf. Ihre Gäste seien begeistert gewesen. Viele seien mit ihr in Kontakt getreten.

Lu kann sich zwar nicht daran erinnern, wann sie zuletzt jemand mit »Chinesin« angesprochen hat. »China ist heute sehr mächtig«, sagt sie. Dass offener Rassismus zurückgegangen sei, habe vielleicht damit zu tun. »Die Leute beschimpfen uns weniger, weil sie lieber Geschäfte mit uns machen wollen.« Der Alltagsrassismus existiere aber weiterhin. Sie wisse, wie die Menschen sprächen, wenn sie nicht zugegen sei. Wenn sie in die Bar 104 in Pobleu zum Essen aufbrechen, sagten viele immer noch: »Wir gehen zum Chinesen.«

#TengoNombre, »ich habe einen Namen«, heißt die Aktion der Studierenden aus Barcelona. 30 Läden und ihre Besitzer mit Migrationshintergrund haben im Stadtteil Pobleu schon mitgemacht. Junge Werberinnen und

Werber an der Kreativschule Brother Barcelona sollten in einem Kreativitätskurs eine Kampagne gegen soziales Ausgestoßensein entwerfen. »Ich gehe zum Pakistan an die Ecke, Chips holen« oder »Komm, wir essen beim Italiener« – das sind auch in Spanien im Alltag häufig gebrauchte Sätze. Jedes Wort weckt Bilder und Emotionen. Sprache



Kreative Sánchez, Porras in Barcelona



Gastronomin Lu im Stadtteil Pobleu

beeinflusst das Denken, kann prägen, wie eine Gesellschaft bestimmte Gruppen wahrnimmt. Sprache kann Inklusion befördern – oder verhindern.

Alex Porras, 22, und Laia Sánchez, 24, haben sich die Aktion ausgedacht. Sie sind zum Gespräch in eines der Loftbüros der Kreativschule Brother Barcelona gekommen. Sánchez erzählt von Diskussionen mit ihrer Schwester, die Auslöser für die Kampagne waren: »Immer wenn ich sagte: Ich gehe mal kurz zum Paki an die Ecke, hat sie mich kritisiert.«

Vielleicht, dachte Sánchez, sei es wirklich nicht okay, so zu sprechen? Sie brachte den Gedanken an ihrer Hochschule ein. Kurz darauf lief sie mit ihrem Kommilitonen durch Pobleu und hörte Geschichten von Eingewanderten, die ihre These bestätigten. »Viele fühlen sich entmenslicht, wenn man nur mittels ihrer Nationalität über sie spricht.«

»Wir sind fleißig, wir stören nicht, wir betteln nicht«, sagt Sudan Lu über ihre Integration in die spanische Gesellschaft. Mit ihrem Mann, der aus derselben chinesischen Provinz stammt, bekam sie zwei Söhne. Die beiden kauften die 104-Bar, benannt nach ihrer Hausnummer. Jetzt haben sie 365 Tage im Jahr geöffnet, Lu arbeitet 15 Stunden täglich. In den Urlaub fahren die Familienmitglieder einzeln. Sie lacht, alles in Ordnung so.

Lu fühlt sich in Barcelona zu Hause. Umso mehr wünscht sie sich, als Eingewanderte nicht mit ihrer Nationalität bezeichnet zu werden. Das sei ähnlich wie mit der Gleichberechtigung der Frau, sagt sie. Ein Prozess, der zu mehr Gerechtigkeit führe.

Muhammad Rizwan Chhina besitzt in Barcelona vier kleine Supermärkte, einen Elektroshop und seit Kurzem auch ein Restaurant. Er ist 24 Jahre alt, seine Geschäfte laufen gut. Neben der Tür seines Shops hat auch er ein Poster angebracht. »Ich bin nicht »der Paki«, steht darauf. Schnell zückt er sein Handy und schlägt das Wort wie zum Beweis nach: »Paki ist ein abwertender Begriff für einen Menschen aus Pakistan.« Chhina sagt: »In meinem Heimatland ist das kein gutes Wort.«

In Barcelona passiere es, dass Menschen ihn so nennen. Etwa wenn er sich an die Regeln halte und nach 23 Uhr keinen Alkohol mehr verkaufe. Dann beschimpften ihn Betrunkene manchmal mit »Paki«. Chhina sagt, das Wort nehme ihm Würde. Es greife zu kurz, blende seine Identität aus, die mit seinem Namen verbunden sei.

Aber er sagt, er ärgere sich nicht. Chhina hat sich entschieden, das Wort als Einladung zum Dialog zu begreifen. Weil er Spanisch spreche, sei das kein Problem. »Ich gehe auf die Leute zu und erkläre ihnen, warum das Wort für mich nicht geht.«

Die meisten seien beim nächsten Besuch richtig freundschaftlich.

Katrin Kuntz

Ihr Pate und seine Hetzer

FRANKREICH Vincent Bolloré beherrscht ein Medienimperium, in dem für US-Popstar Lady Gaga ebenso Platz ist wie für Marine Le Pen. Bei der Parlamentswahl zieht der rechte Milliardär im Hintergrund die Strippen.

Sie sind gut drauf im Fernsehstudio von CNews an diesen Tagen nach der ersten Runde der Frankreich-Wahl, sie lachen, sie zwinkern einander zu. »Emmanuel Macron wollte Klarheit, er hat sie bekommen«, sagt Moderator Pascal Praud. »Der Macronismus wird ausradiert!« Seine Schadenfreude über die deutliche Niederlage des Staatspräsidenten gegen den rechtsradikalen Rassemblement National (RN) von Marine Le Pen ist nicht zu überhören.

Gemeinsam mit den CNews-Kolumnisten widmet sich der Starmoderator anschließend mit viel Wohlwollen den Themen, die dem RN und seinen Wählern wichtig sind. Das machen sie jeden Tag so – nicht erst, seit Macron am 9. Juni Neuwahlen ausgerufen hat. »Die Leute wollen, dass die massive Einwanderung und die Kriminalität gestoppt werden«, sagt da etwa einer in der Runde. Moderator Praud benutzt im Zusammenhang mit Einwanderung gern das Wort »Verwildерung«. Ein Studiogast frohlockt, die Zurückhaltung des RN gegenüber Russland im Ukrainekrieg werde schon bald nach der Parlamentswahl niemanden mehr stören, »weil dann Donald Trump wieder US-Präsident ist«. Zwischendrin läuft eine Ratgeberkolumne: Eine Ärztin gibt Tipps zu Homöopathie und zum Schutz vor Gewittern auf Wanderungen.

Ein bisschen Heilkunde, ein bisschen Hetze. Das ist die Mischung, mit der CNews zum meist gesehenen Nachrichtensender Frankreichs wurde. Der Aufstieg des RN, der gerade an die Macht drängt, geht einher mit dem Erfolg der rechtsidentitär geprägten Medien des Vivendi-Konzerns. Zu ihnen zählen neben CNews der Infotainment-Kanal C8, das reichweitenstarke Radio Europe 1 und die wichtigste Sonntagszeitung des Landes, »Le Journal du Dimanche«.

Wer diese Medien schaut, hört, liest, erlebt ein Frankreich im Überlebenskampf. Wenn nicht zufällig ein RN-Wahlerfolg die Stimmung hebt, überwiegt dort Dürsterkeit: Ständig ist das Land vermeintlich in seinen Grundfesten bedroht, sowohl kulturell als auch in seiner inneren Ordnung. Durch Kriminelle, Muslime oder Linke. Andere große Medien wie der »Figaro« oder der Sender BFM TV steigen angesichts des Erfolgs regelmäßig auf die Themen ein. CNews ist so ein-

flussreich, dass Macron seine Mitarbeiter beauftragt haben soll, ihn darüber auf dem Laufenden zu halten, was auf dem Sender gesprochen wird.

Hinter alledem steht ein Mann: Vincent Bolloré, 72, erzkatholisch und mehr als elf Milliarden Euro schwer, so ein Ranking des Pariser Wirtschaftsmagazins »Challenges«.

Der stets gut gebräunte, fein gekleidete Herr aus der Bretagne hat erst mit Beteiligungen das Vermögen seiner Unternehmerfamilie gemehrt. Dann hat er innerhalb weniger Jahre ein Medienimperium geschaffen – und es zum politischen Faktor in Frankreich gemacht. Ein Vertrauter Macrons nennt Bolloré halb abfällig, halb ehrfürchtig den »Paten der Rechten«. Nun arbeitet der Pate daran mit, dem RN an die Macht zu verhelfen.

Vincent Bolloré will die Frankreich-Wahl gewinnen, ohne sich selbst zur Wahl zu stellen.

»Sein Vorbild ist klar Rupert Murdoch«, sagt Alexis Lévrier, Medienwissenschaftler an der Universität Reims. Die Medien des australisch-amerikanischen Tycoons begleiteten einst den Aufstieg von Donald Trump zum US-Präsidenten. »CNews ähnelt immer mehr Murdochs Sender Fox News«, sagt Lévrier. »Bolloré schafft einen Resonanzraum für rechte Ideen.« Politinfluencer sorgen anschließend dafür, sie in den sozialen Netzwerken weiterzuverbreiten.

Bollorés Medienimperium ist weitverbreitet. Von Marine Le Pen bis Taylor Swift deckt es alles ab. Der Patriarch und seine Familie sind über direkte und indirekte Betei-

lungen Hauptaktionär der Plattenfirma Universal, bei der auch die Popstars Lady Gaga und Harry Styles unter Vertrag sind. Während sie in Frankreich die Rechten fördern, verdienen die Bollorés mit am Erfolg der Idole der linksliberalen Jugend überall auf der Welt. Selbst Videospiele, Frauenzeitschriften und der Pay-TV-Sender Canal+ gehören zum Angebot.

Bolloré ist ein Medienmagnat, der Medien meidet. Bittet man ihn am Rande eines seiner seltenen öffentlichen Auftritte, etwas von seiner Strategie oder von sich selbst preiszugeben, fletscht der Mann die Zähne zu einem Haifischlächeln. Die Aufmerksamkeit überlässt er lieber seinen polarisierenden Moderatoren. Etwa dem Fernsehpopbörler Cyril Hanouna, der in seiner Talkshow auf C8 unter anderem einen Linkenabgeordneten beschimpfte: »Du Idiot, du Clown, du Flasche.« Oder CNews-Anchorman Praud, der 2023 nahelegte, eine angebliche Bettwanzenplage in Paris gehe auf Einwanderer zurück.

Bolloré bleibt im Hintergrund und zieht dort die Strippen. Kurz vor der Parlamentswahl sah er die Chance gekommen, Konservative und Rechtsradikale zu vereinen.

Am 10. Juni, dem Tag nach Macrons Ankündigung vorgezogener Neuwahlen, empfing er heimlich den Chef der französischen Konservativen in seinem Pariser Stadtpalais: 621 Quadratmeter im feinen 16. Arrondissement. Man kennt sich bereits, denn Éric Ciotti, der Vorsitzende der Partei Les Républicains, hatte den Milliardär gelegentlich in Bollorés Ferienvilla in Saint-Tropez an der Côte d'Azur besucht. Nun hat Bolloré mit ihm besprochen, wie ein Pakt mit dem RN zu bewerkstelligen sei. So hat es »Le Monde« enthüllt; die Beteiligten dementieren nicht.

Schon am nächsten Tag, dem 11. Juni, meldete Ciotti Vollzug. Der Konservative, intern als Rechtsaußen bekannt, hatte ein Wahlbündnis mit Le Pen und Bardella geschlossen. Der Plan ging zwar nicht so auf, wie Bolloré es sich wohl erhofft hatte: Die meisten Kader der Républicains, der Partei von Ex-Präsident Nicolas Sarkozy, verweigerten die Gefolgschaft. Dafür jubelte CNews-Mann Praud, Ciotti habe »seine Anhänger erhört«.

Vincent Bolloré selbst hat den Schwenk von den Konservativen zu den Rechtsradikalen längst vollzogen. 2007 lieh er Sarkozy nach dessen Wahl zum Präsidenten noch eine 60-Meter-Yacht für einen Kurzurlaub im Mittelmeer. Später radikalisierte sich der Milliardär: 2019 holte er den offen rassistischen Journalisten Éric Zemmour zu CNews. Zemmour ist als Befürworter der Todesstrafe bekannt und wurde unter anderem wegen »Anstiftung zum Hass« verurteilt, weil er auf CNews Migranten als Mörder und Vergewaltiger bezeichnet hatte. 2022 trat der mit Bollorés Hilfe prominent gewordene Hetzer zur Präsidentschaftswahl an, rechts von Marine Le Pen. Zemmour machte Wahlkampf mit der Verschwörungstheorie von



RN-Präsidentschaftskandidatin Le Pen

Yves Herman / REUTERS

der »großen Umvolkung«, der angeblichen Ausrottung der Franzosen, und schaffte immerhin sieben Prozent der Stimmen.

Sein Förderer Bolloré gibt sich bieder. Er gehe früh zu Bett und stehe früh auf, erzählte er einmal. Jeden Sonntag besuche er die Messe. Das mehr als 200 Jahre alte Unternehmen seiner Familie, eine Fabrik am Westzipfel der Bretagne, stellte einst dünnes Bibel-Spezialpapier und Zigarettenspapier der Marke OCB her.

Der Erbe, ein gelernter Banker, allerdings tat sich unternehmerisch anders hervor: als instinktsicherer Firmenjäger. Bollorés bretonischer Spitzname lautet »Pen-Carn«, Dick-schädel. Ab den Achtzigerjahren kaufte und verkaufte er Beteiligungen. Er investierte in Industrierohre, in Telekomanbieter und Autobatterien. Sagenhaft reich wurde er jedoch mit Rohstofflogistik in Afrika und dem Betrieb von Häfen auf dem Kontinent. Für diese Geschäfte interessiert sich derzeit auch die französische Justiz. Sie ermittelt wegen Betrugsverdachts gegen Bolloré. Er bestreitet die Vorwürfe.

Dass er eine politische Agenda hat, wurde erst nach seinem Einstieg bei Vivendi im Jahr 2012 deutlich. Zielstrebig hat er das Vivendi-Angebot auf dem französischen Heimatmarkt nach rechts gerückt.

»Ich erzeuge nur die Atmosphäre«, sagte er einmal über seine Rolle als Vivendi-Aufsichtsratschef, die er inzwischen an einen seiner Söhne abgegeben hat. Was es heißt, wenn der Senior Atmosphäre erzeugt, erfuhren die Redaktionen des CNews-Vorgängersenders i-Télé, von Europe 1 und des »Journal du Dimanche« im Lauf der Jahre. Sie wurden entkernt und auf Linie gebracht. Insgesamt etwa 300 Journalisten haben nach Zählung des Magazins »Le Nouvel Obs« die Gruppe verlassen. CNews hat heute dreimal weniger Redakteure als der Rivale BFM TV. Rechter Meinungsjournalismus ist günstig – zumal da die immer selben wenigen Redakteure sämtliche Kanäle bespielen. Manchmal sitzt auch eine Runde katholischer Priester im Studio zusammen. »Wenn wir unser Land erneuern wollen, müssen wir unsere Seele erneuern«, heißt es dann.

Die Redaktion des früher gemäßigt-konservativen »Journal du Dimanche« wollte vor einem Jahr die Berufung eines Zemmour-Vertrauten an ihre Spitze verhindern. 40 Tage lang streikten die Journalisten – vergebens. Am Ende waren sie es, die gingen. Ähnlich läuft es gerade beim ehrwürdigen Pariser Buchverlag Fayard, seit Kurzem ebenfalls unter Kontrolle von Vivendi. Dort wurde jüngst die Managerin Lise Boëlle als Chefin installiert, die anderswo schon Bücher von Zemmour verlegt hat. Fayard könnte bald die Autobiografie von RN-Chef Jordan Bardella veröffentlichen. Nur »Paris Match« entkommt Bollorés Griff: Vivendi hat das berühmte Magazin gerade an den Luxusmilliardär Bernard Arnault weitergereicht.



Medienmagnat Bolloré bei Aussage vor Parlamentsausschuss in Paris im März

Atmosphäre erzeugen – das tun die Bolloré-Medien jetzt im Wahlkampf besonders. 54 Prozent der Politiker, die zwischen dem 10. und 21. Juni in den Sendungen von Cyril Hanouna aufgetreten sind, kommen aus dem rechtsradikalen Spektrum. Ende Juni schritt Frankreichs Rundfunkaufsicht Arcom ein. Die Behörde prangerte die »mangelnde Mäßigung und Redlichkeit« in Hanounas Sendung auf Europe 1 an. Dort wurde unter anderem verbreitet, das Linksbündnis Neue Volksfront zielt auf »die Zerstörung der Republik, die Zerstörung des Landes und die Zerstörung unserer Zivilisation«.

Gezielte Provokation sei ein elementarer Bestandteil der Sendekonzepte, sagt Experte Alexis Lévrier. »Streit und Beleidigung kommen gut an. Die Bolloré-Kanäle bedienen damit das bekannte rechtspopulistische Narrativ, dass dort Dinge gesagt werden dürfen, die anderswo angeblich verschwiegen werden. Allerdings hätten diese Medien nicht solchen Erfolg, wenn es in der Bevölkerung nicht echte Ängste gäbe.« Kriminalität und Einwanderung sind hinter der Furcht um schwindende Kaufkraft derzeit die größten Sorgen der Franzosen.

CNews bespielt diese Ängste. Wenn wieder einmal ein erschreckendes Verbrechen be-

kannt wird, was in den vergangenen Monaten in Frankreich öfter passiert ist, berichten die Reporter des Senders tagelang vom Tatort. Selbst wenn es dort nichts Neues gibt. So war das jüngst nach der mutmaßlich antisemitisch motivierten Vergewaltigung eines zwölfjährigen jüdischen Mädchens durch gleichaltrige muslimische Jungen in einer Pariser Banlieue.

Manchen bei CNews reicht es nicht, für einen rechten Tendenzbetrieb tätig zu sein. Zwei Mitarbeiter treten bei der Parlamentswahl selbst als Kandidaten für den RN an. Einer davon ist zudem Gründer eines prorussischen Thinktanks. Beim RN treffen sie auf einen alten Bekannten: Der Pressesprecher der Le-Pen-Partei war vorher Journalist bei Europe 1.

Der Pate der Rechten beobachtet das Spektakel in Frankreich aus der Deckung. Nur einmal musste sich Vincent Bolloré in den vergangenen Monaten öffentlich zeigen. Ein Parlamentsausschuss hatte ihn geladen, zur Vergabe von Fernsehlicenzen auszusagen. Zur Sache hatte der Magnat, der sich als Christdemokrat bezeichnet, wenig beizutragen. Dafür sprach er ausnahmsweise von sich. »Ich bin«, sagte er, »eigentlich sehr nett, eher lustig und liebenswürdig.«

Leo Klimm

»Wir haben uns hier für nichts zu entschuldigen«

SPIEGEL-GESPRÄCH Wie blickt Saudi-Arabien auf Gaza und Israel, auf Deutschlands Außenministerin Annalena Baerbock und auf eine mögliche Rückkehr Donald Trumps? Prinz Turki Bin Faisal Al Saud gibt Antworten.



Prinz Turki

Als Turki, 79, in seiner schwarz-goldenen Bischt, dem traditionellen Umhang saudi-arabischer Honoratioren, im Berliner Tagungszentrum am Brandenburger Tor zum Gespräch erscheint, treten die arabischen Konferenzteilnehmer ehrfürchtig zur Seite. Turki ist Ehrenvorsitzender des »Deutsch-Arabischen Golf Dialogs über Sicherheit und Zusammenarbeit«, zu dem die Deutsch-Arabisches Freundschaftsgesellschaft Mitte Juni eingeladen hat. Das hochrangige Mitglied der saudischen Königsfamilie gilt als weltreisender Erklärer der saudi-arabischen Politik. Er habe ja keine offizielle Funktion, betont Turki gern, was ihm erlaube, frei zu sprechen. Turki vertritt dennoch loyal die Interessen des Herrscherhauses. Die SPIEGEL-Journalistinnen, die ihn am Rande des Auditoriums in einem Nebenraum empfangen, begrüßt er mit angedeutetem Wangenkuss.

SPIEGEL: Königliche Hoheit, nach dem Terroranschlag vom 7. Oktober, bei dem fast 1200 Menschen in Israel von der Hamas ermordet wurden, zeigten viele in der arabischen Welt kaum Mitleid mit den Opfern. Können Sie das erklären?

Turki: Umgekehrt beklagt die arabische Welt das geringe Mitgefühl im Westen für die Tausenden palästinensischen Opfer.

SPIEGEL: Sie gehören zu den wenigen politischen Führern in der arabischen Welt, die gleichzeitig den Angriff der Hamas und das israelische Vorgehen in Gaza verurteilt haben. Was empfinden Sie, wenn Sie die Bilder von Tod und Zerstörung seit dem 7. Oktober in Israel und Palästina sehen?

Turki: Die gesamte Menschheit sollte sich empören darüber, was dort gerade geschieht. Egal, ob es Juden, Palästinenser oder die Rohingya sind, die durch die Hand anderer leiden, mein Mitgefühl gilt allen gleichermaßen. Ich würde ungern ein Volk, das leidet, gegenüber einem anderen bevorzugen.

SPIEGEL: Was dachten Sie, als der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag ankündigte, sowohl den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu als auch Hamas-Chef Yahya Sinwar wegen Kriegsverbrechen anklagen zu wollen?

Turki: Ich war an dem Tag sehr glücklich! Diese Entscheidung bestätigt mich darin, dass der Uno-Sicherheitsrat eine Resolution verabschieden soll-

Marlena Walldhausen / DER SPIEGEL

Das Gespräch führten die Redakteurinnen Susanne Koelbl und Özlem Topçu.

te, die jeden, der die Zweistaatenlösung nicht anerkennt, von allen Verhandlungen über die Frage Palästina und Israel ausschließt. Dies würde Netanyahu und die Hamas treffen.

SPIEGEL: Als ehemaliger saudi-arabischer Geheimdienstchef kennen Sie sich mit Sicherheitsfragen aus. Hatten Sie der Hamas diesen mörderischen Anschlag zugetraut?

Turki: Wie könnte ich erwarten, dass irgendjemand einem anderen solche Gewalt antut? Die Unausgewogenheit in Ihrer Frage besteht allerdings darin, dass sie sich ausschließlich auf die Hamas bezieht. Ich habe es auch nie für möglich gehalten, dass die Israelis dem palästinensischen Volk diese ungeheuerliche Unterdrückung und Aggression antun könnten. Wir sollten bedenken, dass diese Gewaltentladung am 7. Oktober das Ergebnis einer langen Geschichte der israelischen Besatzung von Gaza und Westjordanland ist. Ein Ende dieser Besatzung würde verhindern, dass sich ein solches Ereignis wiederholt.

SPIEGEL: Wollen Sie die brutalen Terrorangriffe des 7. Oktober zu einem Akt des Widerstands erklären?

Turki: Was ich sage, ist, dass man mit jedem Unschuldigen gleichermaßen Mitgefühl haben sollte.

SPIEGEL: Unmittelbar vor der Hamas-Attacke war Ihr Land auf dem Weg, seine Beziehungen mit Israel zu normalisieren. Dazu sollte auch ein umfangreiches Militärabkommen mit den USA zum Schutz des Königreichs gehören. Ist das jetzt noch realistisch?

Turki: Sie haben die dritte Komponente dieser Verhandlungen mit Washington vergessen: die Etablierung eines souveränen palästinensischen Staates, der das palästinensische Volk mit allen staatsbürgerlichen Rechten und Menschenrechten repräsentieren würde.

SPIEGEL: Wie laufen diese Gespräche konkret?

Turki: Die Amerikaner möchten, dass wir unsere Beziehungen mit Israel normalisieren. Unsere Antwort ist, dass das nur mit einem gesicherten Weg zur Gründung eines palästinensischen Staates geschehen wird. Wir verhandeln auch nicht direkt mit Israel. Saudi-Arabien lud vor dem 7. Oktober eine palästinensische Delegation ein, damit diese direkt mit den USA darüber spricht, wie dieser palästinensische Staat aussehen sollte.

SPIEGEL: Halten Sie eine Zweistaatenlösung noch für machbar, nach dem israelischen Schock vom 7. Oktober, nach dem Tod von Tausenden Zivilisten in Gaza, mit fast 700.000 teilweise gewaltbereiten jüdischen Sied-

»Die ganze Welt fordert eine Zweistaatenlösung. Nur Israel weigert sich.«

lern in Ostjerusalem und im Westjordanland und einer möglicherweise wiedererstarkten Hamas?

Turki: Wenn ich das nicht für möglich hielte, würden wir das nicht fordern. Die USA, Deutschland, die ganze Welt fordert eine Zweistaatenlösung. Nur Israel weigert sich.

SPIEGEL: Im Westen wie in der arabischen Welt ist die Kritik zu hören, dass die arabischen Staaten nicht genug für die Palästinenser tun.

Turki: Als Palästina nach dem Ersten Weltkrieg ein Mandatsgebiet der Briten wurde, begann London, Juden aus der ganzen Welt nach Palästina einzuladen, um sogenannte Siedlungen zu errichten. Nun ja, ich würde sie Kolonien nennen. Das palästinensische Volk lehnte sich gegen den Zustrom dieser Flüchtlinge auf, die von Europäern, vor allem von Deutschen, verfolgt worden waren. Und so unterdrückte die britische Regierung die arabische Bevölkerung. Damals protestierte der saudische König Abdulaziz bei der britischen Regierung gegen deren Politik. Bis heute haben alle Führer Saudi-Arabiens das palästinensische Volk finanziell, humanitär und manchmal auch militärisch unterstützt. Wir haben uns hier für nichts zu entschuldigen.

SPIEGEL: Das ist eine sehr einseitige Darstellung. In Palästina lebten auch in den vergangenen Jahrhunderten Juden. Die meisten europäischen Juden flohen vor Verfolgung, Millionen von ihnen wurden im Holocaust ermordet.

Turki: Ja, und zwar in Europa. Warum nennt man sie nicht Kolonialisten? Sie nehmen anderen Land weg – genau das geschieht in diesen Tagen auch im Westjordanland.

SPIEGEL: Viele internationale Unterstützer Israels kritisieren das Vorgehen der heutigen Siedler. In einem früheren SPIEGEL-Interview sagten Sie, die USA seien die einzige Macht,

auf die die Israelis hören. Stimmt das noch?

Turki: Ich wünschte, ich könnte Ihnen das sagen, verstehe aber selbst nicht, was dort vor sich geht. Nicht die USA scheinen Israel zu sagen, was zu tun ist, sondern umgekehrt.

SPIEGEL: Eine gängige Annahme lautet, dass Premier Netanyahu durchzuhalten versucht, bis sein Unterstützer Donald Trump erneut zum Präsidenten gewählt wird.

Turki: Ich bin weder Psychiater noch Wahrsager, ich weiß nicht, welche Motivation Herrn Netanyahu oder andere Personen treibt. Aber es gibt sehr negative Aussagen von Herrn Trump über Herrn Netanyahu. Etwa, dass dieser ihn verraten habe, als er den Befehl gab, den Kommandeur der iranischen Quds-Brigaden, General Soleimani, im Irak zu eliminieren, und Netanyahu im letzten Moment einen Rückzieher machte.

SPIEGEL: Was bedeutete es für Ihr Land, wenn Donald Trump ins Weiße Haus zurückkehrte?

Turki: Mein Land hat von Präsident Franklin D. Roosevelt bis zu Präsident Joe Biden mit allen amerikanischen Führern einen Umgang gefunden. Manchmal hatten wir sehr gute Beziehungen, manchmal starke Differenzen. Noch im Wahlkampf hatte Herr Biden negative Dinge über Saudi-Arabien gesagt. Nachdem er gewählt worden war, änderte er seine Meinung. Jetzt arbeiten wir eng zusammen. Genauso Trump, dessen erste Reise ihn als Präsident außerhalb der USA nach Saudi-Arabien führte.

SPIEGEL: Und mit der deutschen Regierung?

Turki: Gleiches Muster. Die Grünen und die SPD waren uns vor der Wahl feindlich gesinnt und wollten den Verkauf von Waffen an uns verhindern. Aber jetzt sind die Grünen in der Regierung und erlauben diese Waffenverkäufe. Die Außenministerin selbst hat dies verkündet. Wir verhandeln mit jedem, der die Menschen eines Landes repräsentiert.

SPIEGEL: Die deutsche Krise mit Saudi-Arabien war eine Reaktion auf den Mord an dem oppositionellen Journalisten Jamal Khashoggi und die Einschätzung der CIA, Kronprinz Mohammed bin Salman sei persönlich für dieses bestialische Verbrechen verantwortlich. Khashoggi war einst Ihr enger Mitarbeiter. Wie blicken Sie heute, fast sechs Jahre später, auf diesen Fall?

Turki: Jamal Khashoggi ist zu Unrecht durch ein unkontrolliertes Element in der saudi-arabischen Regierung getötet worden. Glücklicherweise ka-

Kfz-Mechanikerin in Jiddah



Fayez Nureldine / AFP



Ukrainische Rekrutierer, Zivilist

SPIEGEL TV

MONTAG, 8.7., 23.15 – 0.00 UHR, RTL

Personalmangel an der Ukraine-Front – Reportage aus dem Kriegsgebiet

Seit fast zweieinhalb Jahren kämpft die Ukraine einen verzweifelten Abwehrkampf gegen Putins Invasionsarmee. Es fehlt weiterhin nicht nur an Munition und Waffen, sondern auch an Personal. SPIEGEL TV hat die ukrainische Rekrutierungsbehörde bei dem Versuch begleitet, neue Soldaten für die Front zu gewinnen. Einer, der nicht mehr überzeugt werden musste, ist Otto aus Bayern. Der frühere Abbruchunternehmer kämpft freiwillig für die Ukrainer – als Scharfschütze.

SPIEGEL TV DIGITAL

EXKLUSIV FÜR MITGLIEDER BEI YOUTUBE UND SPIEGEL+ ABONNENTEN

Im Verhör: Harry Machura – ein Leben für Koks und Allah

Eigentlich sitzt Harry Machura derzeit im Gefängnis, wegen Beihilfe zum Drogenhandel im großen Stil. Auf einem seiner letzten Freigänge besuchte er

SPIEGEL TV im »Verhör«-Studio. Und sprach exklusiv über seine Zeit als Mitglied einer Bande, die über den Hamburger Hafen tonnenweise Kokain schmuggelte. »Einmal habe ich eine Million Euro in bar gezahlt« – die Belohnung für ein geglücktes Geschäft. Schon davor war Machura den Sicherheitsbehörden bekannt: als radikaler Islamist, der Propaganda für al-Qaida und den sogenannten Islamischen Staat machte: »Ich wollte damals als Märtyrer sterben, weil ich Deutschland so sehr hasste.«

SPIEGEL GESCHICHTE

SONNTAG, 7.7., 22.25 – 23.55 UHR, TELEKOM DEUTSCHLAND

Kinder des Krieges

Im Mai 1945 endet der Zweite Weltkrieg. Europa ist ein Trümmerfeld, Hunderttausende Kinder irren umher. Waisen, die auf sich allein gestellt sind. Viele haben ihre wahre Identität erst Jahre später entdeckt, manche nie. Die zweiteilige Dokumentation erzählt anhand von Zeitzeugenberichten und bisher unveröffentlichten Dokumenten die Tragödie dieser verlorenen Kinder des Krieges.



Inhaftierter Machura



Kinder auf zerstörter Straße

AUSLAND

men alle, die in den Mord verwickelt waren, ins Gefängnis. Der König und der Kronprinz haben angeordnet, dass in den beiden heiligen Moscheen von Mekka und Medina im Gedenken an Jamal Khashoggi Trauerfeiern abgehalten werden. Seine Familie hat die Verurteilung der Mörder akzeptiert und dem König und dem Kronprinzen ihren Dank ausgesprochen.

SPIEGEL: Man könnte auch sagen: Es sitzen ein paar Sündenböcke hinter Gittern, und die Hauptverantwortlichen sind ungeschoren davongekommen.

Turki: Die Täter haben ihr Verbrechen gestanden. Wir werden diesen tragischen Vorfall nie vergessen.

SPIEGEL: Der Kronprinz pflegt das Image des Modernisierers. Frauen dürfen arbeiten, Auto fahren, ohne männliche Begleitung reisen. Kommt bald die politische Öffnung, in der Oppositionelle eine Stimme haben?

Turki: Lesen Sie saudi-arabische Zeitungen? Wenn nicht, würde ich Ihnen dazu raten, denn dort finden lebhaft Debatten statt über die jüngsten Entwicklungen in unserem Land, sie reichen von völliger Ablehnung der Reformen bis hin zu totaler Unterstützung. Beim jährlichen Nationalen Dialog diskutieren Vertreter aus allen Provinzen Saudi-Arabiens über Themen wie Frauenrechte, Extremismus, Jugend oder wirtschaftliche Entwicklung. Im Land gibt es eine enthusiastische Unterstützung für den Kronprinzen und die Regierung.

SPIEGEL: Es ist verstörend, wenn ein paar Tweets oder deren Weiterleitung von systemkritischen Aktivisten wie zuletzt von der jungen Doktorandin Salma al-Shehab zu so unverhältnismäßig harten Strafen wie 34 Jahren Gefängnis führen.

Turki: Solche Nachrichten werden von bestimmten europäischen oder amerikanischen Zeitschriften verbreitet, die negative Ansichten über Saudi-Arabien hervorheben wollen.

SPIEGEL: Das sind reale Fälle.

Turki: Unser Gerichtssystem ist unabhängig und fällt seine Urteile gemäß der Gesetze. Es gibt ein Berufungssystem, vier Berufungsebenen, danach geht der Fall an den Obersten Gerichtshof, die fünfte und letzte Entscheidungsgewalt liegt beim König.

SPIEGEL: Unbestritten ist zumindest eine sichtbarere Rolle von Frauen in der Gesellschaft. Viele Männer klagen inzwischen über die Zumutung weiblicher Vorgesetzter. Wie emanzipiert ist der saudi-arabische Mann?

Turki: Nun, ich denke, wenn sich saudi-arabische Männer heute darüber beschwerten, dass sie durch Frauen unterdrückt und ausgenutzt werden, dann verdienen sie diese Behandlung.

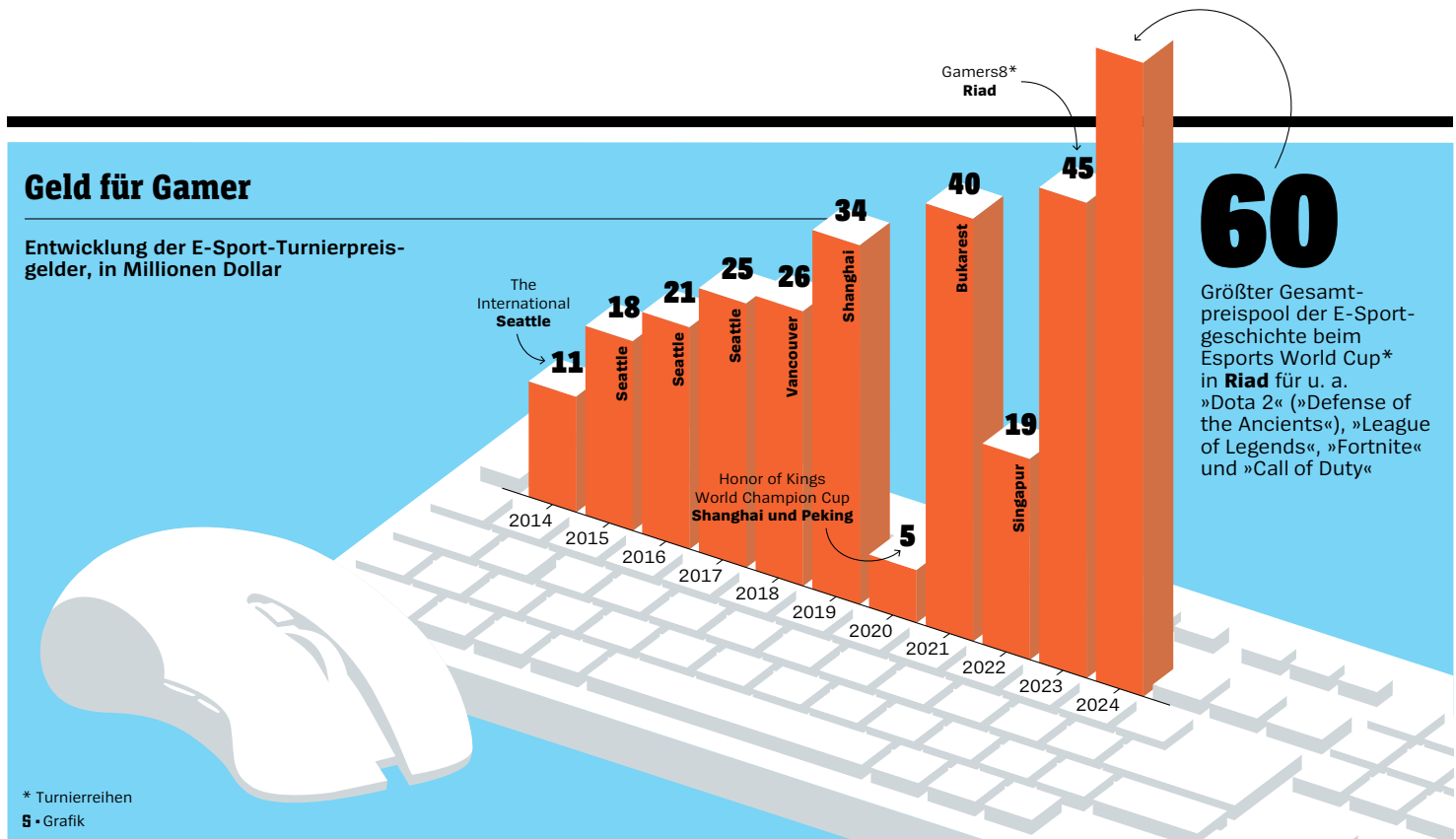
SPIEGEL: Outen Sie sich hier als Feminist?

Turki: Ihr Frauen habt euch aus einem extrem frauenfeindlichen System herausgearbeitet. Eure Mütter und Großmütter gingen durch die Hölle, um das Recht auf Bildung zu erstreiten oder das Wahlrecht. Und ihr verdient diese Rechte!

SPIEGEL: Königliche Hoheit, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ■

Geld für Gamer

Entwicklung der E-Sport-Turnierpreis-gelder, in Millionen Dollar



60

Größter Gesamt-preispool der E-Sport-geschichte beim Esports World Cup* in **Riad** für u. a. »Dota 2« (»Defense of the Ancients«), »League of Legends«, »Fortnite« und »Call of Duty«

Am Mittwoch begann in Riad der erste »Esports World Cup«, eine Zäsur für die Gamingbranche: Jahrelang wuchs der E-Sport (und mit ihm die Turnierpreisgelder), bis die Coronapandemie die Branche schwer traf. Krisengewinner: Saudi-Arabien. Mit riesigen Investitionen und dem höchsten Preisgeld der Geschichte will Kronprinz Mohammed bin Salman sein Land zum Zentrum des E-Sports machen. Das Kalkül könnte auch persönlich sein: Es heißt, der Kronprinz spiele »Call of Duty«, einen Ego-Shooter, bei dem man seine Widersacher einfach abknallen kann.

HALL OF FAME

Owen Ansah, Leichtathlet

Nur wenige Disziplinen der Leichtathletik sind so populär wie der 100-Meter-Lauf der Männer. Die Athleten sind meist muskulöse Einzelkämpfer, unschlagbare Halbgötter wie Usain Bolt, elegante Showstars wie Carl Lewis oder schillernde Betrüger wie Ben Johnson, der mit Goldkette lief und später des Dopings überführt wurde wie so viele Sprinter. Beim 100-Meter-Lauf geht es nicht nur um Medaillen, sondern auch um die Frage, zu welcher Geschwindigkeit der menschliche Körper imstande ist. Wer ist der schnellste Mensch der Welt?

Deutsche galten bislang nicht als ernst zu nehmende Anwärter. Umso beachtlicher

ist deshalb, was dem Hamburger Owen Ansah am vergangenen Wochenende bei den Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften in Braunschweig gelungen ist. Ansah lief die 100 Meter in 9,99 Sekunden. Er ist der 199. Mensch überhaupt und der erste Deutsche, der die Zehn-Sekunden-Marke (elektronisch gestoppt, unter regulären Windbedingungen) unterboten hat. Die Marke gilt als Schwelle, die sehr gute Läufer von Weltklasseläufern trennt.

Ansah, 23, stammt aus Farmsen-Berne im Hamburger Nordosten, er läuft für die Leichtathletikabteilung des HSV. Sein Vater, dem Ansah sein Rekordrennen widmete,

ist ein ehemaliger Leichtathlet aus Ghana. Ansah scheint alles zu haben, was ein Sprinter braucht: die Gene, die Geschwindigkeit, das Aussehen (TV-Experte Frank Busemann: »Der sieht aus wie Carl Lewis, ist so grazil«) und ein Gespür für Marketing und Pathos. So findet sich auf seinem Instagram-Account unter seinen Initialen »OA« ein Hinweis auf den Römerbrief, Kapitel 8, Vers 18, darin heißt es: »Ich bin nämlich überzeugt, dass die Leiden der gegenwärtigen Zeit

nichts bedeuten im Vergleich zu der Herrlichkeit, die an uns offenbar werden soll.«

Ob sich die Herrlichkeit für Ansah bei den Olympischen Spielen offenbaren wird, ist trotz allem fraglich. Mit 9,99 Sekunden liegt er im internationalen Vergleich eher im hinteren Mittelfeld. Der aktuelle Weltrekord über die 100 Meter wurde 2009 von Usain Bolt in Berlin aufgestellt und liegt bei 9,58 Sekunden. Wissenschaftler gehen davon aus, dass man nur wenig schneller als Bolt laufen könne, je nach Studie liegt die Zeitgrenze des Menschen zwischen 9,48 und 9,27 Sekunden.

Wenn man so will, ist Owen Ansah also nur einen Wimpernschlag von einem Wunder entfernt. Sein Trainer sagte in Braunschweig, er glaube, dass die 9,99 Sekunden für Ansah noch nicht das Ende seien. PYI



Sven Hoppe / dpa

A full-page photograph of Julian Nagelsmann, a man with short brown hair and a light beard, wearing a dark blue sweater over a white collared shirt and grey trousers. He is looking upwards with a slight smile, his right hand open and palm up. Three balloons are floating around him: a large yellow one at the top center, a black one to the left, and a red one in the lower right foreground. The background is a plain, light grey wall.

Der Spielmacher

KARRIEREN Einen Bundestrainer wie Julian Nagelsmann hatte Deutschland noch nie: jung, lässig, eloquent. Aber auch ein Meister der Inszenierung. Eine Beobachtung in fünf Akten. *Von Jörn Meyn*

PROLOG

Wenn Nagelsmann, 36, seit fast zehn Monaten Bundestrainer, bei der Fußball-EM in Deutschland zu einer Pressekonferenz erscheint, stehen immer schon zwei Flaschen bereit: ein stilles Wasser und ein isotonisches Getränk, chemisch blau, mit einem Trinkaufsatz, Produkte der Turniersponsoren. Jedes Mal nimmt Nagelsmann hinter den beiden Flaschen Platz, rückt ein dünnes, schwarzes Mikrofon zurecht, dann geht es los. Wasser und Isodrink, das Leben da draußen und die Welt des Sports: Alles, was Nagelsmann auf den Pressekonferenzen an den beiden Flaschen vorbei zum Publikum sagt, bewegt sich zwischen diesen Polen.

Bei einem Turnier wie der EM bekommen die Auftritte des Bundestrainers fast die Bedeutung einer Bundespressekonferenz mit dem Kanzler. Wie Olaf Scholz trifft Nagelsmann auf 100 Journalisten oder mehr, Kameraleute und Fotografinnen, Magazinreporter und Agenturleute, »Bild« und »Kicker«, französische Fachjournalisten und schottische Boulevardprofis. Ein Mann, das ist das Arrangement, spricht zu einem Land.

Eigentlich hat Deutschland gerade andere Probleme. Der Rechtsruck, Gaza, Ukraine, Klima.

Andererseits ist eben gerade EM. Vier Wochen lang darf der Fußball wichtiger sein als alles andere. Das Publikum ist dankbar für Ablenkung, zwischen die Halbzeiten wird das »heute journal« gepresst. »Und jetzt wieder viel Spaß bei der zweiten Hälfte.«

Wenn der Fußball auf dem Rasen eine große Inszenierung ist, dann sind die Pressekonferenzen mit Nagelsmann wie Theateraufführungen. Solospiele: ein Mann, ein Mikrofon, eine Bühne und ein Stück, das immer dasselbe Thema hat. Nur der Text ändert sich.



ERSTER AKT

13. Juni, Pressekonferenz vor dem EM-Auftakt gegen Schottland

Gerade mal zwei Minuten spricht Nagelsmann, da fällt er bereits aus der Rolle. Es ist sein erster Auftritt beim Turnier. Der Pressesaal in der Münchner Allianz Arena ist an diesem Vorabend der EM so voll, dass keine Ruhe einkehrt. Reporter und Reporterinnen

sitzen auf roten Samtesseln und tippen auf ihren Tastaturen herum. Es ist derselbe Raum, in dem sonst die Mediengespräche von Bayern München stattfinden, Nagelsmann kennt ihn: Vor 15 Monaten war er noch Bayern-Trainer. Aber jetzt will er Stille. »Empfinde das nur ich, oder ist es hier drin unfassbar unruhig?«, fragt also der Bundestrainer ins Mikrofon und schaut dabei direkt zu den Samtesselreportern, wie ein Schauspieler, der seinen Monolog unterbricht, weil im Publikum einer ein Bonbon auswickelt.

Auf einmal sind alle leise. »Danke, schon besser jetzt.«

Nagelsmann war es immer gewohnt, den Ton anzugeben. Und meistens fiel er dabei besonders auf. Als Vereinstrainer kleidete er sich ausgefallen. Rote Mäntel, Collegejacken, karierte Anzüge, manchmal enge Hosen, die ein wenig zu kurz geschnitten schienen. Gescheitert ist er bei Bayern an einem führungs-schwachen Klub, aber auch ein wenig an der eigenen Extravaganz. Nagelsmann kam mit dem Longboard zum Training, und so ausgefallen coachte er auch sein Team, bis sie im Klub irgendwann das Gefühl hatten, es könnte ihm vor allem darum gehen, sich selbst zu inszenieren.

Als Nagelsmann im September 2023 den Job des Bundestrainers beim Deutschen Fußball-Bund (DFB) übernahm, fing er ähnlich an. Beim ersten Spiel in den USA trug er ein Holzfällerhemd. Danach gab ihm jemand im Verband einen Tipp: »Dass er das vielleicht besser lässt«, sagt ein hoher DFB-Funktionär.

Bei der EM-Auftaktpressekonferenz trägt Nagelsmann jetzt ein weißes Strickhemd vom DFB-Ausstatter, es ist das gleiche, das die Spieler an Reisetagen anziehen. Die Hemden werden in den kommenden Wochen für Nagelsmann zur Uniform. Weiß trägt er am Tag vor einem Spiel, Schwarz während der Partie. Eine Reduktion auf das Wesentliche. Eine sichtbar gewordene Veränderung zu seiner Bayern-Zeit.

Sich inszenieren kann Nagelsmann natürlich immer noch. Nach dem Ordnungsruf an die versammelten Reporter erzählt er, wie er seinem Co-Trainer Benjamin Glück kurz zuvor im Mannschaftsbus eine WhatsApp-Nachricht geschickt hat, obwohl der direkt neben ihm saß. »Ich wollte meine gute Playlist nicht unterbrechen.« Er und Glück kämen beide aus kleinen Ortschaften, wo es mehr Kühe als Einwohner gebe. Und nun würden beide morgen beim EM-Auftakt coachen. Nervös sei er schon, aber nicht dramatisch. »War ich auch vor jeder Matheschulaufgabe. Da hat es nicht so oft geklappt. Ich hoffe, morgen wird's besser.« Wer danach die Pressekonferenz googelt, bekommt das Ergebnis: »Sprüchefeuerwerk! Nagelsmann liefert auf der PK vor Schottland ab.«

Wenige Augenblicke zuvor hatte an derselben Stelle der schottische Trainer Steve Clarke gesessen. Seine Antworten bestanden

zumeist aus einem schnodderigen »Ja« und einem »Nein«. Die Reporter tippten kaum etwas in ihre Tastaturen.

Unterhaltsam konnte auch Joachim Löw manchmal sein, der Weltmeistertrainer von 2014, Nagelsmanns Vorgänger, der 15 Jahre lang Bundestrainer war. Aber so schnell und druckreif reden, das konnte Löw nie. Und Nagelsmann gelingt das sogar in einer Fremdsprache.

Ein norwegischer Journalist will auf Englisch wissen, was er über die Fähigkeiten von Toni Kroos denkt. Kroos ist eine der großen Geschichten dieser EM. Nach drei Jahren Abwesenheit ist er zurückgekehrt ins Nationalteam, nach dem Turnier will er seine Karriere beenden. Für Nagelsmann ist Kroos der wichtigste Spieler.

Früher brach beim DFB oft Hektik aus, wenn ein Reporter eine Frage auf Englisch stellte. Dann suchte Löw nach den Kopfhörern, durch die ein Dolmetscher übersetzte. Und dann erst antwortete der Bundestrainer in seinem alemannischen Idiom, was dem Ganzen eine schöne Provinzialität verlieh. Nagelsmann beantwortet die Kroos-Frage in fließendem Englisch. Er redet jetzt noch rasanter als auf Deutsch. »Very experienced player«, »wichtig für uns«, »verliert den Ball normalerweise nicht.« Wenn Europa zu Gast ist, das ist das Signal, spricht man Europas Sprache.

Er verlange von seiner Mannschaft vor allem eines, sagt Nagelsmann: den Glauben an sich selbst. »Wie sehr sieht man, dass wir gewinnen wollen?«

Früher hat Deutschland fast immer gewonnen. Aber seit der WM 2018 in Russland, als der Weltmeister schon in der Vorrunde ausgeschieden hatte, hatte das Land den Glauben an diese Mannschaft verloren – und ein wenig auch an sich selbst.

Wenig hat die Eigenwahrnehmung der Deutschen so sehr geprägt wie der Fußball in den vergangenen Jahrzehnten. Der WM-Titel 1954 sorgte für etwas Erleichterung nach der Schande der Nazijahre, der Finalsieg von 1990 markierte den Aufbruch nach der Wiedervereinigung. Der damalige Teamchef Franz Beckenbauer sagte in der Pressekonferenz nach dem Endspiel, mit den Spielern der Ex-DDR werde Deutschland auf Jahre unschlagbar sein. Die Heim-WM 2006 schließlich verlieh dem Land eine neue Leichtigkeit.

Aber nach dem Scheitern 2018 und zwei weiteren Turnierenttäuschungen schien die Nationalmannschaft ein weiterer Beleg dafür zu sein, dass in Deutschland kaum etwas mehr funktioniert: nicht die Bahn, nicht die Digitalisierung, nicht einmal mehr der Fußball.

Nagelsmann will das ändern, deshalb wendet er sich direkt an das Publikum. Er wünscht sich, »dass alle im Stadion unfassbar laut sind«. Es ist ein Aufruf an die Fans, aber auch an die Reporter im Saal. »Ich will, dass wir hier drinnen, die schottischen Journalisten werden es vielleicht nicht unterschreiben, aber die deutschen, dass wir alle gemeinsam

morgen und in den nächsten Tagen und Wochen ein tolles Turnier haben«, sagt Nagelsmann. Es ist so, als würde Olaf Scholz die Hauptstadtjournalisten auffordern, seiner Regierung die Daumen zu drücken.

Fußballer und auch Trainer haben mitunter ein eigenwilliges Verständnis von Journalismus. Sie glauben dann, dass Reporter und Profis dasselbe wollen, den Erfolg des Teams. »Das ist dann ja auch besser für die Verlage«, hat kurz vor dem Turnier der deutsche Nationaltorwart Manuel Neuer in kleiner Runde erzählt. Nagelsmann sagt nun: »Ich will, dass wir als Land vereint sind hinter der Nationalmannschaft.«



ZWEITER AKT

18. Juni, Pressekonferenz vor dem EM-Spiel gegen Ungarn

Ein fensterloser Raum in der Stuttgarter Arena. Draußen ist es so schwül, dass Journalisten mit rücenassenen T-Shirts zur Pressekonferenz kommen. Nagelsmann sieht kein bisschen verschwitzt aus. Sein Team hat das erste Spiel 5:1 gegen Schottland gewonnen. Mehr als 20 Millionen Menschen haben den Sieg im Fernsehen gesehen, fast 70 Prozent Marktanteil. Die »Bild« schrieb danach: »Die Fans sind jetzt richtig heiß auf die EM.« Alles läuft. Die Fragen können kommen.

Der Fußballjournalismus, das ist schon in den ersten Turniertagen zu beobachten, hat sich verändert. »Früher hörten die Reporter: Stellt doch auch mal eine bunte Frage«, berichtet ein langjähriger DFB-Berichterstatte von den Redaktionskonferenzen. Heute heiße es: »Stellt doch auch mal eine Fußballfrage!« Bei den Pressekonferenzen während der EM geht es um alles Mögliche: um ein Ranking, was besser schmeckt, Maultaschen, Weißwurst oder Döner. Um den Rapper Kontra K, der den Lieblingssong der Nationalelf geschrieben hat, um Bonsaibäume, um Frisuren.

Nagelsmann kann auf jede noch so stumpfe Frage spitz antworten. Nach dem 5:1 gegen Schottland kam die Sprache irgendwann auf Lena Wurzenberger, die ehemalige Bayern-München-Reporterin der »Bild«, die jetzt seine Freundin ist. Sie sei bei der EM ja ein gefragtes Fotomotiv, sagte ein Lokaljournalist. »Wenn sie jeder fotografieren will, ist das ja ein gutes Zeichen«, antwortete Nagelsmann. »Verstehe ich. Ich fotografiere sie auch gern.«

Jetzt, in Stuttgart, fragt ein Journalist, der dafür bekannt ist, als erster Transfernews zu haben, wie Nagelsmann damit umgehe, dass manche seiner Spieler gerade vor Wechseln zu anderen Klubs stehen. »Gar nicht«, sagt Nagelsmann, »das machst du ja.«

Ein Bundestrainer braucht nicht nur sportliche Expertise, sondern auch die Fähigkeit, das eigene Handeln zu erklären und die Menschen zu unterhalten. Der Bundestrainer kann nicht abgewählt werden wie ein Regierungschef, aber er kann die Gunst des Publikums verlieren, und das ist meistens der Anfang vom Ende.

Nagelsmanns Vorgänger Hansi Flick, ein in der Branche über Jahre anerkannter Fachmann, ist auch an der eigenen Sprachlosigkeit gescheitert. Nie konnte Flick seinen Plan erläutern, immer sagte er nur, dass er an ihm festhalte. Irgendwann wurde aus Flicks Sprachlosigkeit die seiner Mannschaft. Augenfällig wurde dies in der Amazon-Dokumentation über die WM 2022 in Katar. In einer Teambesprechung nach der Auftaktniederlage gegen Japan fragt Flick seine Spieler, wie sie die Dinge sehen. Eine quälend lange Weile antwortet kein Einziger.

In der Stuttgarter Arena soll Nagelsmann nun über Ungarn reden. Stärken, Schwächen; ein Klassiker. Er geht ins Detail: »In der Quali waren sie die zweitbeste Mannschaft aller Mannschaften, was das Verwerten von Standardsituationen angeht«, sagt Nagelsmann. Die sollte sein Team also dringend verhindern. Am Tag danach wird Deutschland gegen Ungarn fast durch einen Freistoß den Ausgleich kassieren.

So gut wie Nagelsmann hat noch kein Bundestrainer erklären können, was auf dem Rasen passiert. Als er nach den Aufgaben seiner Außenverteidiger Joshua Kimmich und Maximilian Mittelstädt gefragt wird, sagt Nagelsmann: »Immer mehr Mannschaften verdichten aufs Extreme das Zentrum. Es gibt immer weniger Mannschaften, die im Anlaufen nach innen lenken. Es gibt fast nur noch Mannschaften, die nach außen lenken.« Sie seien sehr viel auf Torverhinderung ausgelegt. Deshalb würden sich für Außenverteidiger mehr Räume auf den Flügeln ergeben. Seine Spieler aber müssten auch ins Zentrum rücken, um beim Aufbauspiel unterschiedliche Positionen einnehmen zu können, in einer Dreier-, Vierer- oder Fünferkette.

Ein Fachdiskurs, dem nicht alle folgen können. Aber er erklärt, was Kimmich und Mittelstädt später auf dem Rasen tun werden.

Es ist das Gegenteil der Boulevardisierung des Fußballs, Nagelsmann betreibt lustvoll seine Akademisierung. Nur gut 20 Minuten dauert sein Auftritt diesmal, aber danach hat man mehr von seinen Ideen verstanden als bei Flick in seiner ganzen Bundestrainerzeit. Nagelsmann sagt: »Man braucht ab und zu Fantasie.«



DRITTER AKT

22. Juni, Pressekonferenz vor dem EM-Spiel gegen die Schweiz

Pressekonferenzräume sind eigene Welten in der Welt. In der Frankfurter Arena geht man erst hinunter in den Keller, dann durch eine Tür in einen Raum und von dort durch einen Gang in einen weiteren Raum. Man hat das Gefühl, dass die Außenwelt dabei immer kleiner wird. Irgendwann bleibt nur noch die Logik des Pressekonferenzraums übrig.

In Frankfurt hat Nagelsmann einen Tag vor dem dritten Gruppenspiel gegen die Schweiz hinter den beiden Flaschen Platz genommen. Die Schweizer werden der bislang schwerste Gegner, Nagelsmann weiß das. »Die Spieler sind noch nicht auf dem Peak ihrer Leistung.«

Nagelsmann wird nach einem der Hauptthemen der vergangenen Tage gefragt: dem bedauerlichen Zustand des Frankfurter Rasens. Er erklärt, warum das Gras nicht richtig anwächst. Wenig Lüftung in der Arena, wenig Sonnenlicht. Für die Spieler sei das gefährlich. »Wie wenn man im Winter mit Sommerreifen fährt.«

Nagelsmann denkt in Schlagzeilen. Er weiß, wie sie gemacht werden, er weiß, wie man für ein Gefühl das richtige Bild findet.

Anders als seine Vorgänger scheint er optimal auf das vorbereitet, was der Job heute verlangt. Auch Löw und Flick hatten Berater. Löw einen kantigen Mann aus Hannover, der damals in der Türkei die Verträge für ihn aushandelte, Flick einen Anwalt aus Süddeutschland.

Nagelsmann wird beraten von einer der größten Agenturen der Branche mit einer eigenen PR-Abteilung. Vor jeder Pressekonferenz schicken ihm die Agenturleute einen Katalog mit möglichen »Schweinefragen«, die der Boulevard vielleicht stellen wird. Auch deshalb ist Nagelsmann so schlagfertig. Womöglich konnte er auch deswegen wenige Tage vor der EM über eine WDR-Umfrage, in der es darum ging, ob zu wenige weiße Spieler im Team seien, sagen: »Ich hoffe, nie wieder von einer solchen Scheißumfrage lesen zu müssen.«

Nagelsmanns Image wird sorgfältig gepflegt. Jeder Auftritt ist durchdacht. Als im Dezember die Sorgen vor der Heim-EM nach zwei Niederlagen gegen die Türkei und Österreich groß waren, ging Nagelsmann ins »Aktuelle Sportstudio« des ZDF und sagte dort zum ersten Mal, dass er über eine Kroos-Rückkehr nachdenke. In einem SPIEGEL-Gespräch sprach er im Februar über den Freitod seines Vaters. Die Menschen sollten verstehen, warum er ist, wie er ist.

Früher begleitete Nagelsmann der Verdacht, ein Karrierist zu sein. Er trainierte schon mit 28 die TSG Hoffenheim und wenig später RB Leipzig, zwei Klubs, die viele Fans als Kunstprodukte sehen. Seit er Bundestrainer ist, vor allem seit der EM, verändert sich langsam sein Image. Für viele ist er jetzt der Bundes-Jule, so wie Löw einst der Bundes-Jogi war. Wenn vor den Spielen vom Stadionsprecher die Namen der deutschen Mannschaft verlesen werden, wird bei Nagelsmann so laut gebrüllt wie bei den Spielern.

Der Apparat hinter ihm wird in der Branche auch kritisch gesehen. Nagelsmanns Kölner Agentur Sports 360 ist längst nicht mehr nur ein Beratungsbusiness. Sie ist zum Medienunternehmen geworden. In einem eigenen Podcast interviewt sie bisweilen Nagelsmann oder einen der beiden Agenturchefs. PR im Gewand des Journalismus.

Als sich Bayern München im April Hoffnungen machte, Nagelsmann nach der EM zurückholen zu können, dieser aber mit dem DFB über eine Verlängerung verhandelte, sagte Volker Struth, Nagelsmanns Agenturchef, im Podcast: »Das wird sich in den nächsten Tagen entscheiden.« Und: »Ich kann nur sagen, dass es nicht nur Bayern München ist.« Die Bayern fühlten sich danach benutzt. Beim DFB stand noch eine Präsidiumssitzung aus. Einen Tag nach dem Podcast unterschrieb Nagelsmann seine Vertragsverlängerung.

Kritisch wird auch eine andere Konstellation gesehen. Sports 360 betreut nicht nur Nagelsmann, sondern mit Kroos und Maximilian Mittelstädt auch zwei aktuelle Nationalspieler. Das stößt im DFB manchem auf. Zwar vertritt Sports 360 auch Profis, die Nagelsmann aussortiert hat wie Niklas Süle oder Kevin Trapp. In der Agentur beteuern sie, dass es keinen Interessenkonflikt gebe. Doch beim DFB beobachten einige die Sache mit Sorge: »Da hört es für mich auf«, sagt ein Funktionär.



VIERTER AKT

29. Juni, Pressekonferenz nach dem Achtelfinalspiel gegen Dänemark

Pressekonferenzen nach einem Spiel unterscheiden sich manchmal von denen vor einer Partie. Trainer zeigen sich hier leichter entflammbar. Die Ratio weicht dann den Emotionen. Bei Nagelsmann nicht.

Nach dem Spiel gegen die Schweiz in Frankfurt, als sein Team erst in der Nachspielzeit den glücklichen 1:1-Ausgleichstref-

fer erzielte, zählte er Statistiken auf, um zu belegen, warum das Remis verdient gewesen sei: 19 zu 4 Torschüsse, fast 70 Prozent Ballbesitz. Und er nutzte den Moment, um das Publikum an seinen Aufruf vom Start zu erinnern: »Das Stadion war schon ruhig lange Zeit.«

Nun, in Dortmund, nach einem 2:0 im Achtelfinale gegen Dänemark, das neben einer Gewitterunterbrechung auch einen verummten Mann auf dem Dach erlebte und mehrmalige Eingriffe des Videoassistenten, wird Nagelsmann nach seiner politischen Haltung gefragt. Ein ausländischer Journalist will wissen, was der Umstand, dass im Nationalteam viele Spieler mit Migrationsgeschichte spielen, über Deutschland aussagt. Der DFB hatte vor dem Turnier appelliert, das Team nicht wie in Katar vor zwei Jahren mit Politischem zu behelligen. Nagelsmann kümmert sich nicht darum. Er antwortet auf Englisch: »Dass wir einen brillanten Mix haben von Menschen, die vielleicht woanders geboren wurden, sich aber in Deutschland wohlfühlen.« Das Land sowie die Mannschaft seien eine Gemeinschaft. »Jeder ist willkommen.«

Wann hat man ein solches Statement zuletzt vom Kanzler gehört?

Nagelsmann tut auf den EM-Pressokonferenzen das, was Scholz unterlässt. Er erklärt sein Handeln. Er spricht zu den Menschen. Und er sagt, beiläufig und wie selbstverständlich, dass es jenseits des Fußballs Dinge gibt, die wichtig sind.

Fußball kann die Welt nicht verändern. Das konnte er noch nie. Aber er kann ein Turnier lang dafür sorgen, dass sich ein Land anders anfühlt. Mit Nagelsmann wirkt Deutschland für vier Wochen jünger, eloquenter, weltoffener. Vieles fühlt sich leichter an. Nicht so ausgelassen wie bei der WM 2006, aber weniger schwer als zuletzt. Eine Verwandlung.

Seine Elf habe gegen Dänemark viele Widerstände überwinden müssen, sagt Nagelsmann im Dortmunder Presseraum: »Es macht mich stolz, dass die Mannschaft langsam die alte Festplatte gelöscht kriegt und versteht, wie gut sie eigentlich ist.«



FÜNFTER AKT

4. Juli, Pressekonferenz vor dem Viertelfinale gegen Spanien

Seit der Auftakt-Pressekonferenz von München sind drei Wochen vergangen. Die

DFB-Auswahl hat mit Schottland und Ungarn zwei Teams besiegt, die zu den schwächeren im Turnier gehörten. Gegen die Schweiz, die später den Titelverteidiger Italien rauswerfen wird, hat sie nicht verloren, Dänemark, das gegen England Remis spielte und lange besser war, hat sie bezwungen. Im Viertelfinale wartet nun Spanien, nach Einschätzung vieler Experten der EM-Favorit.

Nagelsmann sitzt erneut im fensterlosen Raum der Stuttgarter Arena wie schon vor dem zweiten Gruppenspiel gegen Ungarn. Wieder trägt er ein weißes Strickhemd. Die Wasserflasche und der blaue Isodrink wurden noch schnell von einem EM-Volunteer abgestaubt, Nagelsmann wirkt noch zuversichtlicher als zuletzt. Er richtet das Mikrofon: »Wir sind gut präpariert«, sagt er. »Im Moment bin ich total relaxed.«

Das Turnier kann schon jetzt kein Misserfolg mehr werden. Deutschland steht erstmals seit acht Jahren wieder in der Runde der letzten acht. Nagelsmann hat seine Pflicht erfüllt. Nach der EM wird er sein Team erneuern müssen. Kroos hört auf, andere ältere Spieler wie Neuer und İlkay Gündoğan womöglich auch. Für die WM 2026 in den USA, Mexiko und Kanada braucht er neue Gesichter. Aber die Festplatte mit den negativen Erinnerungen muss er nicht mehr löschen.

Die eigentliche Errungenschaft dieser EM, das lässt sich jetzt schon sagen, ist nicht das Erreichen des Viertelfinals. Es ist ein Stimmungsumschwung. Noch kurz vor dem Turnier trauten nur vier Prozent der Befragten in einer NDR-Erhebung Deutschland den Titel zu. Nach dem Remis gegen die Schweiz war es in einer Sky-Umfrage schon mehr als jeder Dritte.

»Der Glaube in dieser Mannschaft ist extrem gewachsen«, hat Toni Kroos am Vortag gesagt. Nagelsmann hat sein Team modernisiert – und nebenbei einen lange mit sich selbst beschäftigten DFB. Er kam in den Verband wie ein Start-up-Gründer in einen trägen Weltkonzern im Niedergang.

Herausgekommen ist ein neuer Blick des Publikums auf dieses Team. Der Glaube an sich selbst, den Nagelsmann von seiner Mannschaft zum Start einforderte, ist auf die Zuschauer übergegangen. Sie glauben jetzt wieder an diese Elf. Und vielleicht auch ein bisschen mehr an Deutschland.

Womöglich ist das mehr, als man von Nagelsmann erwarten konnte.

Was seit der Auftakt-Pressekonferenz in München vor drei Wochen zwischen der Mannschaft und ihrem Publikum passiert ist? Es sei eine »Symbiose« entstanden, sagt Nagelsmann. Seine Spieler hätten Unterstützung benötigt, sie hätten Unterstützung bekommen. »Wir haben die Videos von den Fanmeilen gesehen«, sagt Nagelsmann. Das habe ihn besonders gefreut. »Gemeinsam ist man immer ein bisschen stärker.«

Ein feindseliger Akt

FUSSBALL-EM Knapp drei Millionen Menschen mit türkischen Wurzeln leben in Deutschland, für die türkische Nationalmannschaft ist das Turnier beinahe ein Heimspiel. Beim Einzug ins Viertelfinale sorgte ein Spieler für einen Eklat.

Am Dienstagabend, als alles vorbei war, wurden Zehntausende Türken in Leipzig plötzlich ganz still. Der Stürmer Cenk Tosun stand am Mittelkreis und legte den Finger auf den Mund. Absolute Ruhe, bitte.

Alle Mitspieler um ihn herum befolgten es, ebenso die Fans.

Und dann ruderte Tosun mit den Armen und zählte: *Bir, iki, üç* (eins, zwei, drei), und sprang hoch. Und die Türken im Stadion tanzten und sangen ausgelassen.

Der *üçlü*-Gesang wird nach Siegen der Nationalmannschaft zelebriert, und an diesem Tag gelang der Türkei ein solcher Sieg gegen Österreich im EM-Achtelfinale, auf sensationelle Art.

Die Feier hätte symbolisch für Vieles stehen können: für die Leidenschaft und Lautstärke im türkischen Fußball, für den Erfolg des Kollektivs, eines Teams, das als Underdog und ohne seinen gesperrten Kapitän über sich hinauswuchs.

Doch wie so häufig kippte der Fanatismus in Nationalismus; der meistdiskutierte Jubel des Abends war ein anderer, nämlich jener des Doppeltorschützen Merih Demiral. Er hatte die Arme emporgereckt und mit beiden Händen den »Wolfsgruß« gezeigt, ein Zeichen der türkischen rechtsextremen und ultranationalistischen Organisation »Graue Wölfe«. In Frankreich und Österreich ist ihr Gruß verboten, in Deutschland nicht.

Nach der Partie erklärte Demiral zwar auf der Pressekonferenz: »Es hat mit türkischer Identität zu tun, ich bin sehr stolz darauf, Türke zu sein, und das ist der Sinn dieser Geste.« Doch anwesende Journalisten aus der Türkei schüttelten darüber nur den Kopf. Die Geste habe nichts mit der türkischen Identität zu tun, sagten sie, ohne zitiert werden zu wollen.

»Diese Relativierung wie von Demiral hört man immer wieder, aber die Geste ist eindeutig«, sagt Ismail Küpeli, Sozialwissenschaftler an der Ruhr-Universität Bochum. »Es ist ein

feindseliger Akt und eine Provokation vor allem gegenüber Kurden und Aleviten.«

Auf den Tag genau 31 Jahre zuvor waren 35 Menschen, fast alles Aleviten, in einem Hotel in Sivas von radikalen Nationalisten umgebracht worden. »Der Pogrom von Sivas ist in der Türkei nicht unbekannt. Damals wurde ebendieser Gruß gezeigt. Die Frage ist, ob er es deswegen bewusst an diesem Tag gewählt hat«, so Küpeli.

Deutsche Politiker wie Innenministerin Nancy Faeser (SPD) verurteilten Demirals Geste, der Verfassungsschutz beobachtet die »Grauen Wölfe« bereits. Wissenschaftler Küpeli sagt: »Nach der AfD sind die »Grauen Wölfe« die zweitgrößte Gruppe der extremen Rechten in Deutschland. Wir bewegen uns im Bereich von 7.000 bis 12.000 Anhängern, das ist eine riesige Gefahr.« Gerade der Fußball sei für die »Grauen Wölfe« wichtig, um junge Leute zu rekrutieren.

Die politischen Strömungen der Türkei sind auch im deutschen Alltag sichtbar. Besonders dann, wenn der Fußball ihnen eine Bühne bereitet.

Vor der WM 2018 ließ sich der deutsche Nationalspieler Mesut Özil mit dem türkischen Präsidenten Re-

**Mitunter
passen die
beiden Welten
in ein kleines
Klubheim.**

**Torschütze Demiral
nach dem Treffer
zum 2:0 gegen
Österreich: Stolz
darauf, Türke zu sein**



Sebastian Christoph Gollnow / dpa

cep Tayyip Erdoğan während dessen Wahlkampf fotografieren. Nach der anschließenden Kontroverse um das Bild, in der sich nachvollziehbare Kritik mit rassistischen Anfeindungen mischte, verkündete Özil seinen Rücktritt aus der Nationalelf. Erdoğan wurde später sein Trauzeuge. Auch İlkay Gündoğan posierte seinerzeit mit für das Foto, heute führt er die deutsche Nationalelf als Kapitän an.

Der Spielführer der Türken Hakan Çalhanoğlu wurde in Mannheim geboren, insgesamt fünf türkische Nationalspieler kamen in Deutschland zur Welt. Den Mittelfeldmann Salih Özcan beispielsweise hatte der deutsche Trainer Stefan Kuntz seinerzeit davon überzeugt, für die Türkei aufzulaufen. Ihre Mannschaft gilt als zweite Heimelf dieser EM, 50.000 Zuschauer unterstützten jeweils die beiden Vorrundenpartien der türkischen Mannschaft in Dortmund. Bei einem Tor gegen Georgien zeigte der Pegelmesser 116 Dezibel an, selbst langjährige Besucher haben das Westfalenstadion noch nie so laut erlebt.

Etwa drei Millionen Menschen mit türkischen Wurzeln leben in Deutschland; mitunter passen die beiden Welten in ein kleines Klubheim.

Im Frankfurter Stadtteil Gallus schauen 19 Mitglieder des Amateurlubs Türkgücü Frankfurt am Dienstagabend das Spiel gegen Österreich. An der Wand hängt ein Bild von der diesjährigen Party nach der Meisterschaft in der Kreisoberliga, links daneben eine türkische, rechts eine deutsche Flagge. Es gibt türkischen Tee und Rindswurst, auf dem Bildschirm läuft der türkische Sender TRT1, darunter hängt ein deutscher Spielplan.

Die Rufe in Richtung Bildschirm mischen die Sprachen Türkisch, Deutsch, Hessisch. »Weiter, weiter«, »oyna, oyna!« (spiel, spiel!), »der is uns«, »ned so tief stehn«.

Vorstandsmitglied Duran Güngör wurde im anatolischen Yozgat geboren, mit 16 Jahren kam er Ende der Achtzigerjahre nach Deutschland. Er setzt sich unter das Bild und die beiden Flaggen. »Ich kann es immer kaum erwarten, in den Urlaub in die Türkei zu fliegen. Doch wenn ich da bin, vermisse ich gleichzeitig Deutschland, meine Freunde, meine Arbeitskollegen, meine Nachbarn.« 300 Mitglieder zähle der Verein, sagt Güngör, er sei so multikulturell wie Frankfurt. Eben weil die Stadt viele Nationalitäten vereine, hätten sie nie Probleme mit Rassismus erlebt.

Bereits in der ersten Minute des Spiels gegen Österreich springen die Fans in die Luft, als die Türkei in Füh-



Hannes Jung / DER SPIEGEL

Fans auf dem Berliner Ku'damm nach dem Österreich-Spiel: »Wir sind sehr nationalistisch«

rung geht. Einer kippt vor Begeisterung den Tee um, ein anderer trommelt an die Wand. Sie versammeln sich zur Traube und rufen den Namen ihres Landes. Wobei einem unweigerlich der deutsche Kommentator Heribert Fabßbender einfällt, der mal den schönen Satz sagte: »Und jetzt rufen sie wieder ›Türkiye, Türkiye‹, was so viel heißt wie ›Türkei, Türkei‹.«

Ercan Kadimli, 51, auch er im Vorstand von Türkücü, sagt in der Halbzeitpause: »Ihr Deutschen verstehtet vieles nicht richtig. Beispiel Religion. Ihr seht 300 Leute, die ›Allahu akbar‹ rufen, und denkt, die jungen Türken wären alle ultrareligiös.« Das Gegenteil sei der Fall. Die Moscheen würden leerer werden, Werte wie Religion und Familie würden beim Nachwuchs schwinden. Die Jungen sprächen kaum noch türkisch. »Die sind verdeutsch.« Das klingt negativer, als er es meint. Sein Sohn ist 19 Jahre alt und sitzt gegenüber am Tisch. Er würde es ihm überlassen, ob er für die Türkei oder Deutschland spielen wolle, sagt Kadimli.

Doch auch hier kommt die Rede bald auf Mesut Özil. »Der Umgang mit ihm hat uns wehgetan, weil da klar wurde, dass er nur im Erfolg als Deutscher angesehen ist«, sagt Kadimli. Es sind die gleichen Worte, die in Özils Rücktrittserklärung 2018 standen. Mutmaßlich formuliert hatte sie dessen Berater Erkut Söğüt. Wenn man ihn in jenen Tagen, nach dem Foto mit Erdoğan, in einem türkischen Restaurant in London traf, verteidigte er nicht nur seinen Klienten Özil (»Mesut hat keinen Fehler gemacht«) ohne jede Selbstkritik. Er griff auch nacheinander dessen vermeintliche Kritiker Toni Kroos, Uli Hoeneß und Reinhard Grindel scharf an. Vor allem aber sprach

er lange über den aus seiner Sicht grassierenden Rassismus in Deutschland.

Die Özil-Debatte beschäftigte wochenlang die deutschen Medien, heute macht der ehemalige Weltstar nur noch mit Fitnessbildern von sich reden – und mit Fotos, auf denen er auf der Brust die Symbole der »Grauen Wölfe« als Tätowierung trägt. Das letzte postete er am Dienstag anlässlich des Achtelfinales. Die Diskussionen und Vorwürfe von damals schwingen bis heute bei vielen interkulturellen Meinungsverschiedenheiten mit.

Aus Söğüt, Özils Berater, sprudelte beispieelsweise die Wut über seine Erfahrungen in Deutschland heraus. Wie er bei einer Klassenfahrt auf Usedom von Nazis angegriffen worden sei und nur unter Polizeischutz das Camp habe verlassen können. Er wiederholte immer wieder, dass die neue Generation von Menschen mit türkischen Wurzeln sich nicht mehr den Mund von Deutschen verbieten lasse, nicht mehr nur für sie den Dreck wegmache.

»Türken galten hier lange als Toilettenputzer und Müllreiniger, Erdoğan hat ihnen Selbstbewusstsein gegeben«, sagt auch Kadimli im Frankfurter Vereinsheim. Doch werden deshalb all die Repressionen des autoritären Präsidenten ausgeblendet? »Im Fußball und in der Politik sind wir sehr stur und nicht vom Gegenteil zu überzeugen, wir sind sehr nationalistisch.« Am Tag nach dem Spiel auf die Geste von Demiral angesprochen, sagen sie bei Türkücü, dass Politik im Sport nichts zu suchen habe.

In der Türkei, so erklärt es immerhin einer der älteren Männer im Klubhaus, gebe es ein »Kuddelmuddel« aus Sport, Religion und Politik. Er benutzt tatsächlich dieses merkwürdige deutsche Wort: Kuddelmuddel.

Inzwischen hat sich der Ton verschärft. Deutschland und die Türkei bestellten wechselseitig ihre Botschafter ein, die Türken bemängeln »die Fremdenfeindlichkeit« der Deutschen. Präsident Erdoğan, heißt es, werde am Sonnabend zum Viertelfinale gegen die Niederlande nach Berlin reisen.

Sportlich hat die Türkei längst einen womöglich noch besseren Spieler als Özil gefunden. Er heißt Arda Güler, ist 19 Jahre alt und spielt für Real Madrid. Gegen Georgien erzielte er einen der schönsten Treffer der EM. Kurz nach dem 1:0 gegen Österreich, bevor er erneut eine Ecke treten wollte, forderte er die Fans gestenreich auf, noch lauter zu feiern. Doch das war fast unmöglich.

Wenn man die Anhänger in Leipzig fragt, wie gut Güler einmal werden kann, nennen sie Lionel Messi oder Cristiano Ronaldo als Vergleichsgrößen. Das mag übertrieben sein, aber gewiss ist Güler der talentierteste türkischstämmige Fußballer seit Özil. Er wurde in der Türkei geboren, in Altındağ vor den Toren Ankaras ist er aufgewachsen. Dass er für die Türkei spielen würde, stand in seinem Fall nie zur Debatte. In den deutschen EM-Stadien begegnen ihm die Fans mit messianischer Verehrung. Als wäre er in der Lage, die Türkei allein zum EM-Titel zu schießen. Natürlich ist er das nicht, aber ohne Güler stünde das Team vermutlich nicht im Viertelfinale. Beide Treffer gegen Österreich bereitete er mit Eckbällen vor.

Der sensationelle Sieg war um 22.52 Uhr Gewissheit. Die Plättchen vom türkischen Rommé flogen durch das Vereinsheim in Frankfurt, auch hier feierten die Türken mit dem *üçlü*-Gesang. Dann ging es raus auf die Straße. In vielen Städten hielten Autokorsos den Verkehr auf. Die deutsche Elf haben die Türken in einem Freundschaftsspiel zuletzt schon besiegt, nun besiegten sie auch die deutsche Nachtruhe.

Vor dem Leipziger Stadion sagte ein Fan, er sei mit acht Jahren aus der Türkei nach Deutschland gekommen. Und er wünsche sich, dass auch die Fans des DFB-Teams etwas stimmungsvoller wären. Er hätte Menschen an ihrem Wohnort in Bayern schon ermutigt, dass auch die ihre Fahnen aufhängen sollten. »Aber du darfst in Deutschland keinen Nationalstolz haben.« Bemerkenswert war das Trikot, das er und seine beiden Freunde trugen: Die rechte Seite war weiß und mit schwarz-rot-goldenen Elementen versehen; die linke Seite knallrot. Das deutsche Trikot und das türkische nebeneinander. Als wären sie in der Mitte zusammengeknäht.

Die Welten vermischen sich, so wie sich auch die Party am Dienstag vermischte. Es war ein türkisches Sommermärchen im deutschen Regen, ein südeuropäisches Hupkonzert mit hiesigem Liedgut: Auf den Straßen der Großstädte und im Stadion von Berlin ertönte immer wieder ein Gesang: »Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin!«, riefen die türkischen Fans. Auf Deutsch.

Danial Montazeri, Ron Ulrich

Im Kreis der Täter

SPORTGESCHICHTE In der Hall of Fame des deutschen Sports sind neue Fälle von NSDAP-Mitgliedschaften bekannt geworden. Historiker streiten darüber, wie mit den betroffenen Athleten und Trainern umzugehen ist.

Restlos müsse sich jeder deutsche Athlet in den Dienst des Sportes stellen, schrieb Erwin Casmir im September 1934 an die Mitglieder des Deutschen Fechter-Bundes, »ihr handelt dann im Sinne unseres Führers«. Der Fechter, Silbermedaillengewinner bei den Olympischen Spielen von 1928, war gerade von Reichssportführer Hans von Tschammer und Osten zum sogenannten Fachamtsleiter Fechten ernannt worden. Jetzt half er bei der Gleichschaltung des deutschen Sports.

Casmir, 38, war eine Koryphäe, zwischen 1923 und 1928 hatte er alle deutschen Meistertitel mit dem Florett, dem Säbel und dem Degen gewonnen. Er gehörte zu den wenigen Deutschen, die auf höchstem internationalem Niveau fochten, sein Stechen um Gold gegen einen Franzosen und einen Italiener im olympischen Florettfinale von Amsterdam galt als »Kampf des Jahrhunderts«.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurden jüdische Sportler ausgeschlossen, Arbeitervereine zerschlagen, die bürgerlichen Verbände auf Linie gebracht. Die Nationalsozialisten setzten dafür unter anderem auf prominente Athleten wie Casmir: »Unserem Führer und Reichskanzler Adolf Hitler«, schwärmte der, könne man »nicht dankbar genug sein, dass er den Lei-

besübungen so viel Interesse und Wohlwollen entgegenbringt«.

Vor 16 Jahren gründete die Stiftung Deutsche Sporthilfe die Hall of Fame des deutschen Sports. Bei dem Festakt versammelten sich 300 Gäste im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums in Berlin, unter ihnen Innenminister Wolfgang Schäuble und Bundespräsident Horst Köhler. Casmir, nach dem Zweiten Weltkrieg erster Präsident des wiedergegründeten Deutschen Fechter-Bundes, wurde mit 39 anderen deutschen Athleten, die Großes geleistet haben, feierlich aufgenommen. Mit den Fußballern Fritz Walter und Franz Beckenbauer, dem Boxer Max Schmeling, der Skiläuferin und Olympiasiegerin Rosi Mittermaier, der ersten deutschen Wimbledon-Siegerin Cilly Aussem. Bis heute ist die Hall of Fame auf mehr als 100 Persönlichkeiten angewachsen.

Die Sporthilfe fördert Kaderathleten, die an Olympischen Spielen und Weltmeisterschaften teilnehmen und Medaillen gewinnen sollen. An den historischen Vorbildern sollen sich junge Sportlerinnen und Sportler orientieren und aufrichten. Die Hall of Fame ist eine virtuelle Einrichtung. Auf ihrer Website präsentiert die Sporthilfe die Athleten mit kurzen Texten und ein paar Bildern. Bei Cas-

mir fehlt ein Hinweis, dass er ab 1937 in der NSDAP war.

Mitte März veröffentlichte der Filmhistoriker Armin Jäger in der »Süddeutschen Zeitung« seine Recherche, wonach vier Mitglieder der Hall of Fame, von denen das bisher nicht bekannt war, in die Partei Hitlers eingetreten waren. Der Bekannteste ist der fünfmalige Olympiasieger Hans Günter Winkler. Sein Ritt von 1956 auf der Stute Halla, die Winkler trotz dessen Verletzung zu Olympiagold trug, zählt zu den ikonischen Momenten der deutschen Sportgeschichte.

Damit sind mittlerweile 15 der 40 Gründungsmitglieder der Hall of Fame als ehemalige NSDAP-Mitglieder enttarnt. Peinlich für die Sporthilfe, die umgehend eine Aufarbeitung »unter Einbeziehung von Experten und Expertinnen« ankündigte. Ein erster Forscher ist in Archiven unterwegs, Stiftungsvorstand Thomas Berlemann verspricht eine »sehr gründliche« Untersuchung.

Der Sporthistoriker Lorenz Peiffer verlangte öffentlich eine Radikalkur. Sämtliche ehemaligen NSDAP-Mitglieder sollten die Ruhmeshalle verlassen. Letzten Endes habe jedes Parteimitglied zu den Naziverbrechen direkt oder indirekt beigetragen, argumentiert er, »sie gehören zum erweiterten Kreis der Täter«.

Viele Deutsche traten als Jugendliche oder junge Erwachsene in die NSDAP ein, oft noch während der letzten Kriegsmonate. Bei manchem, der in der Bundesrepublik zu Prominenz und Ansehen kam, wurde das erst viel später bekannt. Als der frühere Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Jahrgang 1927, und der Rhetorikprofessor Walter Jens, Jahrgang 1923, in der Mitgliederkartei auftauchten, bestritten beide, von der Aufnahme gewusst zu haben. Ohne eigene Unterschrift konnte aber niemand Mitglied werden. Literaturnobelpreisträger Günter Grass machte erst 2006 öffentlich, dass er sich 1944 mit 17 Jahren freiwillig zur Wehrmacht gemeldet hatte und in die Waffen-SS einberufen wurde. Solche Nachrichten sorgten immer wieder für hitzige Debatten über individuelle Verantwortung im Nationalsozialismus.

Als die Sporthilfe zwei Jahre nach Grass' Geständnis die Hall of Fame gründete, gab es zum ersten Mal Ärger mit der NS-Vergangenheit einiger Athleten. Dass sie in der NSDAP waren, war damals lediglich von fünf Geehrten bekannt, etwa von Fußballtrainer Sepp Herberger und Dressurreiter Josef Neckermann. Neckermann hatte im »Dritten Reich« von »Arisierungen« profitiert, dem erzwungenen Verkauf jüdischen Vermögens weit unter Wert, in seinen Textilfabriken schufteten Zwangsarbeiter. Immerhin waren auch Gegner der Nationalsozialisten unter den Geehrten: der Ringer Werner Seelenbinder etwa, der 1944 als Mitglied einer kommunistischen Widerstandsgruppe hingerichtet worden war. Mit dem Schachweltmeister Emanuel Lasker wurde ein jüdischer Sportler gewürdigt, der 1933 aus Deutschland geflüchtet war.

Fechtfunktionär Casmir (M.)
in Frankfurt 1951



Richard Koll / picture alliance

Sportlerin Aussem in Wimbledon 1929



United Archives International / IMAGO

Die Integrität jedes Einzelnen sei geprüft worden, erklärte Hans Wilhelm Gäb, der Initiator der Ehrenriege. Gäb warnte vor einem »pauschalen Urteil«, der »vom Hochmut einer Generation gekennzeichnet« wäre, »die das Glück hatte, in einer Demokratie aufzuwachsen«.

In der Folge stellte sich bei immer mehr Hall-of-Fame-Mitgliedern heraus, dass sie in die Nazi-Partei eingetreten waren. Bei einer Untersuchung der FDP-Geschichte in Nordrhein-Westfalen tauchte 2009 die NSDAP-Karteikarte von Willi Weyer auf, dem langjährigen Präsidenten des Deutschen Sportbundes. 2012 berichteten zwei Sportjournalisten, dass der Rudertrainer Karl Adam der SA angehörte und Lehrer an einer Napola war, einer Eliteschule der Nazis. Als Köln 2018 eine Straße nach Cilly Aussem benennen wollte, kam ans Licht, dass die Tennisspielerin 1933 in die NSDAP eingetreten war.

Warum die Stiftung erst nach den jüngsten Funden reagiert, können Wissenschaftler sich kaum erklären. »Die Sporthilfe hätte vor einer Aufnahme in die Hall of Fame eine Anfrage an das Bundesarchiv richten müssen«, sagt der Historiker Hans Joachim Teichler, der intensiv zur Geschichte des Sports im Nationalsozialismus geforscht hat. Die Klärung, ob jemand der NSDAP beigetreten ist, gehört für ihn zum Standardprogramm.

Auf die euphorischen Worte des Fechters Erwin Casmir über »unseren Führer« war der Potsdamer Historiker Berno Bahro gestoßen, als er vor mehr als zehn Jahren die Rolle des Sports in der SS untersuchte. Fechten war eine der Leidenschaften von Reinhard Heydrich, dem Chef des Sicherheitsdienstes beim Reichsführer SS, Heinrich Himmler.

Bahro wägt ab, wenn er über Casmir urteilt. Ihn habe man vor allem deshalb zum Fachamtsleiter berufen, weil er als Einziger in der Lage zu sein schien, die deutschen Fechter bei den Olympischen Spielen von 1936 in Berlin zu Medaillen zu führen. Weil es in Deutschland nicht genügend gute Trainer gab und Casmir international vernetzt war, holte er Fachleute aus Ungarn und Frankreich. Sein Pragmatismus und Eigensinn hätten ihn bei der SS unbeliebt gemacht. Nach den Sommerspielen sei er auf Betreiben von Heydrich von seinem Amt entbunden worden. Casmirs Äußerungen von 1934 nennt er »kritisch«, sie glichen den Phrasen seiner Kollegen anderer Fachämter in jenen Wochen. Öffentliche Stellungnahmen aber, die ihn als Antisemiten oder nationalsozialistischen Scharfmacher entlarven, hat Bahro nicht gefunden: »Casmir ist für mich kein Täter.«

Anders als Peiffer empfiehlt Bahro bei den NSDAP-Mitgliedern der Ruhmeshalle eine Einzelfallprüfung. »Wann sind die Athleten eingetreten und aus welchen Gründen? Wie aktiv waren sie in der Partei, haben sie eine Funktion übernommen?« Von Reit-Olympiasieger Winkler, der 2018 starb, ist bislang bekannt, dass er 17 Jahre alt war, als er 1944 in die NSDAP eintrat.

Die aktuelle Debatte sieht der Historiker positiv. Es sei wichtig, die Zeit des National-

sozialismus immer wieder neu zu diskutieren und dabei auch die Kriterien zu hinterfragen, nach denen jemand einen Platz in der Ehrenhalle bekommt. Ob ein Kandidat in der NSDAP war, »sollte man schon wissen. Und wenn man es weiß, sollte man begründen, warum man ihn trotzdem aufnimmt«. Bahro beklagt einen Mangel an Expertise in der Jury. Dort sitzen kaum Fachleute, sondern unter anderem die noch lebenden Mitglieder der Hall of Fame wie Franziska van Almsick oder Joachim Löw. Bahro findet das »wirklich sonderbar und nicht mehr zeitgemäß«.

Die Sporthilfe will die aktuelle Untersuchung abwarten, Vorstandschef Berlemann erklärt sich aber offen für Veränderungen des Auswahlprozesses, »wenn wir merken, es funktioniert so nicht«.

Seit Längerem wundern sich Wissenschaftler darüber, wer es hineingeschafft hat und wer nicht. 2012 wurde wegen ihrer »besonderen Biografie« die jüdische Hochspringerin Gretel Bergmann aufgenommen, deren Geschichte durch mehrere Filme bekannt geworden war. Die Nazis hatten ihr 1936 trotz eines deutschen Rekords verwehrt, an Olympia teilzunehmen. Bergmann emigrierte in die USA. Bei der Ehrung im Berliner Hotel Adlon wurde die 98-Jährige mit einer Videobotschaft aus New York zugeschaltet. Sie habe jetzt wieder Freunde in Deutschland, sagte sie auf Englisch.

Die jüdische Leichtathletin Lilli Henoch war sportlich erfolgreicher. In den Zwanzigerjahren errang sie im Diskuswerfen, Kugelstoßen, Weitsprung und mit der 4 × 100-Meter-Staffel des Berliner Sport-Clubs zehn Deutsche Meisterschaften, sie stellte vier Weltrekorde auf. Trotz Angeboten aus den USA und den Niederlanden, dort als Trainerin zu arbeiten, blieb sie nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Berlin bei ihrer Mutter. Mit ihr wurde sie im September 1942 deportiert, Ziel eines Zuges mit 800 Menschen war ein Ghetto in Lettland. Am Stadtrand von Riga hielt der Zug an, die Nazis sortierten 80 Männer zur Zwangsarbeit aus. Henoch und ihre Mutter wurden mit den verbliebenen Männern, Frauen und Kindern in die nahen Wälder geführt und erschossen.

Lilli Henoch ist heute eine weitgehend Unbekannte des deutschen Sports, wie die deutsche Tennismeisterin von 1925, Nelly Neppach. Die jüdische Vorgängerin von Cilly Aussem nahm sich im Mai 1933 aus Verzweiflung über den Nationalsozialismus das Leben. Der Deutsche Tennis Bund kommentierte in seinem Verbandsmagazin, Neppach habe ein »schnelles Ende« gefunden. 90 Jahre später entdeckte Historiker Teichler einen Nachruf auf sie in den Vereinsnachrichten ihres Berliner Klubs vom Sommer 1933. Er stammte von der bekannten Buchautorin Paula Stuck von Reznicek, Ehefrau des Rennfahrers Hans Stuck und ebenfalls Jüdin: »Wir hatten Dich lieb, Nelly, und vergessen Dich nicht!«

Andreas Meyhoff

»Wir hatten Dich lieb, Nelly, und vergessen Dich nicht!«

Nachruf auf Tennisspielerin Nelly Neppach

Jetzt Prämie wählen

Eine neue Leserin oder einen neuen Leser werben und Ihre Prämie sichern!



TechniSat DIGITRADIO 370 CD BT

DAB+/UKW-Stereoradio mit CD-Player, Audiostreaming per Bluetooth und USB-Anschluss. Ohne Zuzahlung.



Thule Handgepäckkoffer »Subterra«

Für fast alle Airlines geeignet. Material: Nylon. Maße: 55 × 23 × 35 cm. Ohne Zuzahlung.



Wagenfeld-Tischleuchte WG 24

Aus vernickeltem Metall, Klarglas und Opalglas. Höhe: ca. 36 cm. Zuzahlung: € 219,-.



€ 150,- Prämie

Erfüllen Sie sich selbst oder Ihren Lieben einen besonderen Wunsch!



Mannesmann-Werkzeugkoffer Ecoline, 108-teilig

Perfekte Ausstattung für Reparatur-, Renovierungs- und Wartungsarbeiten im umweltfreundlichen Bambuskoffer. Maße: 43,5 × 33 × 13 cm. Ohne Zuzahlung.



€-150-Amazon-Gutschein

Über eine Million Bücher sowie DVDs, Technikartikel und mehr für Sie zur Auswahl.

Einfach jetzt bestellen:
abo.spiegel.de/p24

oder telefonisch unter:
 040 3007-2700

DER SPIEGEL zum Vorzugspreis
 von nur €6,30 statt €6,70 im
 Einzelkauf.





Rettung durch Radioaktivität: Mitglieder des südafrikanischen »Rhisotope«-Projekts haben in einem Reservat in der Nähe von Mokopane ein Nashorn sediert und implantieren ihm radioaktive Substanzen ins Horn. Die Prozedur soll dabei helfen, Wilderer abzuschrecken, ist aber für das Tier ungefährlich. Etwa alle 20 Stunden wird in Südafrika ein Rhinoceros getötet. Der Schwarzmarktwert des Horns übersteigt laut Experten sogar den von Gold, Platin, Diamanten und Kokain. In pulverisierter Form wird ihm vor allem in Asien heilende Kraft angedichtet.

Früher sterben mit Vitaminpillen

ANALYSE Was bringen Nahrungsergänzungsmittel?

Das Geschäft mit Nahrungsergänzungsmitteln floriert: Knapp 1,8 Milliarden Euro wurden 2023 in Deutschland mit Multivitaminpräparaten umgesetzt, das ist ein Plus von beinahe fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Jeder dritte Mensch schluckt wöchentlich Vitaminpräparate, jeder sechste sogar täglich, meldet das Bundesinstitut für Risikobewertung. Gesünder werden die Konsumenten davon wohl nicht, so lassen die Ergebnisse mehrerer Untersuchungen vermuten. Laut einer aktuellen Studie sterben Menschen, die auf Multivitamine als Nahrungsergänzung setzen, sogar eher früher.

Forschende um Erika Loftfield vom National Institute of Health in Rockville im US-Bundesstaat Maryland haben drei umfangreiche Langzeitstudien zur Bevölkerungsgesundheit mit insgesamt 390.124 Teilnehmenden ausgewertet. Ein Ergebnis:

Das generelle Sterberisiko jener Teilnehmenden, die regelmäßig Multivitaminpillen einnahmen, lag im Laufe des mehr als 20 Jahre währenden Beobachtungszeitraums um vier Prozent höher als das jener Menschen, die darauf verzichteten.

Andere, wenn auch meist kleinere Studien hätten ebenfalls eine im Vergleich leicht erhöhte Sterblichkeit bei Menschen festgestellt, die Vitaminpräparate nehmen, sagt Kristina Norman, Ernährungswissenschaftlerin am Deutschen Institut für Ernährungsforschung und an der Berliner Charité. Ein Grund könnte der »Sick Patient«-Effekt sein, erklärt Marc Birringer, Ernährungswissenschaftler an der Hochschule Fulda. Menschen mit Grunderkrankungen oder schlechtem Allgemeinzustand griffen häufiger zu Vitamintabletten als Gesündere – starben aber wegen ihrer Leiden dennoch früher.

Wer wirklich gesund und fit bleiben wolle, so Birringer, komme an gesunder Ernährung nicht vorbei. Lebensmittel wie Obst und Gemüse, sagt der Wissenschaftler, »sind biochemisch wesentlich komplexer aufgebaut als isolierte Bestandteile, sie enthalten Inhaltsstoffe in einzigartiger Kombination«. Auch das zur Infektvorbeugung beliebte Vitamin C, oft kombiniert mit Zink, könne man sich sparen: »Ruhe und frische Luft sind besser«, erklärt der Forscher. Julia Koch

Brandgefahr bei MAN-Lastwagen

MOTOREN Es beginnt meist mit einem Knall und endet mit einer ausgebrannten Sattelzugmaschine: Mehr als 100 Lkw der Marke MAN sind seit Anfang 2023 vermutlich wegen eines technischen Defekts im Motorraum in Flammen aufgegangen. So dokumentiert es die Facebook-Gruppe »LKW – Unfälle und Kontrollen«. Allein in diesem Juni zählte sie fünf derartige Unfälle innerhalb einer Woche. Auch der Lkw, der jüngst im Hamburger Elbtunnel brannte und für einen langen Stau sorgte, war ein MAN; ob die Ursache die gleiche war wie in den anderen Fällen, muss noch geklärt werden.

Bislang konnten sich alle Fahrer der verunglückten Lkw retten. Dass das so bleibt, kann niemand garantieren. Träfe das Unglück einen der mehr als 5000 Busse, die mit dem gleichen Motorenmodell

ausgerüstet sind, wären auch Fahrgäste gefährdet. MAN entschied sich nun zu einer Art Rückruf und benannte ein Risiko, das die Brände ausgelöst haben könnte: Als einer der ersten Hersteller habe man auf das als umwelt- und gesundheitsgefährdend eingestufte Blei verzichtet, mit dem Bauteile des Motors, beispielsweise Lager für Pleuelstangen, bisher beschichtet wurden. Durch den Verzicht sei das Material »empfindlicher« für »Verunreinigungen und Ölalterungen« geworden. Die ersten Folgen zeigten sich meist bei etwa 450.000 Kilometer Laufleistung. Diesen Kilometerstand haben die betroffenen Modelle der Baujahre 2016 bis 2019 mittlerweile oft.

Experten erklären das Schadensmuster so: Die neue Legierung aus Aluminium und Bronze ist härter als die frühere Blei-Bronze-Legierung. Durch Schmutz im Öl reibt sich im Laufe der Einsatzzeit mehr Material ab. Die Metallpartikel setzen sich langsam

an Stellen ab, durch die eigentlich Motoröl fließen soll. Dadurch werden die beweglichen Teile mangelhaft geschmiert. Im schlimmsten Fall reißen Motorteile ab und durchschlagen das Kurbelgehäuse, ein zentrales Bauteil des Motors. Wenn dann Öl und andere Betriebsflüssigkeiten austreten, entzünden sie sich am heißen Motor. RED



Brennender Lkw bei Baiersbronn

Freiwillige Feuerwehr Baiersbronn

»Kokser des Glücksspiels«



Tobias Hayer, 49, Psychologe und Glücksspielforscher an der Universität Bremen, erklärt, warum die Fußball-

Europameisterschaft Menschen in die Sucht treiben kann.

SPIEGEL: Herr Hayer, der Deutsche Sportwettenverband schätzt, dass während der Europameisterschaft Einsätze von bis zu einer Milliarde Euro platziert werden. Zum Vergleich: 7,7 Milliarden waren es im gesamten vergangenen Jahr. Warum ist die Fußball-EM bei Glücksspielern so beliebt?

Hayer: Viele Menschen glauben, eine gewisse Expertise im Fußball zu haben. Die Zocker unter ihnen wollen mit ihrem vermeintlichen Wissen einfach und schnell so viel Geld wie möglich machen. Für eine Live-Wette muss man nur das Handy zücken, schon nach kurzer Zeit kann man das Ergebnis sehen. Das Suchtpotenzial ist hoch, weil Sportwetten die ideale Projektionsfläche für kognitive Verzerrungen sind.

SPIEGEL: Was heißt das?

Hayer: Hat man ein Spiel richtig getippt, führt man den Gewinn auf den eigenen Sachverstand zurück. Das ruft geradezu danach, eine weitere Wette zu platzieren. Wettet

man aber, dass England gegen die Slowakei nach 90 Minuten ausscheidet, und dann fällt in der Nachspielzeit noch der Ausgleich, sucht man nach Ausreden: Der Trainer der Slowaken hätte anders ausgewechselt sollen. Oder: Was kann ich dafür, dass der Schiedsrichter nicht früher abpfeift? So rechtfertigt es der Zocker vor sich, die nächste Wette einzugehen, und so ist der Weg in die Sucht dann nicht mehr weit.

SPIEGEL: Wie viele Menschen leiden in Deutschland bereits unter einer Glücksspielsucht?

Hayer: Rund 1,4 Millionen, dazu kommen 3,5 Millionen, die ein riskantes Glücksspielverhalten an den Tag legen. Der Anteil der Betroffenen im Suchthilfesystem, die bei Sportwetten die Kontrolle verloren haben, steigt

seit Jahren. Grundsätzlich sind besonders junge Männer gefährdet. Sie sind impulsiver als Frauen und richten ihr Verhalten eher auf schnelle Bedürfnisbefriedigung aus.

SPIEGEL: Lässt sich Glücksspielsucht mit anderen Süchten vergleichen?

Hayer: Ja. Der süchtige Automatenpieler ist in der Regel eher ein Verdränger. Er will Problemen entfliehen und Belastungen ausblenden. Sehr vereinfacht gesagt, ist er der Trinker des Glücksspiels. Der süchtige Sportwetter ist hingegen eher der Kokser des Glücksspiels. Der will Action und einen Adrenalinkick. Wenn er wettet, wird das Belohnungssystem im Gehirn aktiviert, Dopamin und Adrenalin werden ausgeschüttet. Da sind Aktivierungsmuster

erkennbar, die einem Konsum von anderen Suchtmitteln sehr ähnlich sind.

SPIEGEL: Mancher Wettanbieter lockt während der EM Neukunden mit einem Bonus: Wer 100 Euro einzahlt, bekommt virtuelle 100 Euro für Gratiswetten. Ist man bei so einer Wette erfolgreich, kann man sich den Nettogewinn auszahlen lassen. Gerade für junge Leute, die knapp bei Kasse sind, ist das verlockend.

Hayer: Das ganze System ist darauf angelegt, die Zocker bei der Stange zu halten. Wir haben ein Werbeverbot für Cannabis und Werberestriktionen für Alkohol. Ich würde mir wünschen, dass Werbung für Glücksspiel, vor allem für Sportwetten, auf ein Minimum reduziert, wenn nicht sogar verboten würde.

SPIEGEL: Spielsucht ist eine Verhaltenssucht. Was ist das Besondere daran?

Hayer: Im englischen Sprachraum bezeichnet man Glücksspielsucht auch als »hidden addiction«, die heimliche Sucht. Weil es keine äußeren Anzeichen gibt, ist es für Betroffene relativ leicht, über Jahre die Sucht zu verheimlichen oder zu leugnen. Der Zocker gerät dabei immer tiefer in den Strudel finanzieller Probleme. Betroffene verspielen nicht selten den letzten Cent aus dem Sparschwein der Kinder und schämen sich später so sehr, dass sie daran denken, sich das Leben zu nehmen. MAG



Fußballfans in einem Restaurant in Madrid

Diego Radames / Europa Press / Getty Images

Wissen, was kommt

ZUKUNFT Ob Kriegsverläufe, Fußballergebnisse oder das Wetter: Wissenschaftler entwickeln Methoden, die erstaunlich treffsichere Vorhersagen ermöglichen. Was ist das Geheimnis der Superprognostiker?



Wettbewerbsteilnehmer Jahn

Die Liste der Fragen war gewaltig. Fünf Teams traten gegeneinander an, mehrere Tausend Freiwillige, vier Jahre lang lief der Wettbewerb. Veranstalter wurde er von einer staatlichen US-Behörde namens IARPA. Die Wissenschaftler hatten ein ungewöhnliches Ziel: Sie wollten Denkansätze finden, mit denen die amerikanischen Geheimdienste bessere Prognosen treffen könnten.

Allein in der ersten Runde, ab Herbst 2011, sollten die Freiwilligen 104 Fragen beantworten. Alle paar Tage um neun Uhr morgens mussten sie ihre Antworten über eine Website einreichen: Wird Christian Wulff vom Amt des deutschen Bundespräsidenten zurücktreten?

Wird Australien Uran an Indien liefern?

Wird mindestens ein Mitgliedsland verkleiden, die Eurozone zu verlassen?

Die Fragen sprangen vom Senegal nach Japan, vom Goldpreis zu Nuklearwaffen. Die Wettbewerber mussten innerhalb einer Frist reagieren; erst einige Wochen oder Monate später würde feststehen, ob sie mit ihrem Team besser getippt hatten als die anderen.

Fragt man Barbara Mellers heute, was sie an dem Experiment am meisten überraschte, antwortet sie: »Die Frage ist eher, was mich nicht überrascht hat.« Mellers ist Psychologin an der University of Pennsylvania in den USA, gemeinsam mit ihrem Kollegen Philip Tetlock leitete sie eines der Teams im Wettbewerb. Über Blogs, E-Mail-Verteiler und Mund-zu-Mund-Propaganda hatten die beiden die Teilnehmenden rekrutiert, einzige Voraussetzung war ein Hochschulabschluss. Rund 2200 Menschen überstanden die Vorauswahl und belegten zum Teil Onlinekurse zu strategischem Denken. Berufsanfänger und Pensionäre waren unter ihnen, Programmierer, ein Militärhistoriker und eine Apothekerin. »Good Judgement Project« nannten Mellers und Tetlock ihr Team und dessen Aufgaben, »Projekt des guten Urteils«.

Neun Jahre zuvor, 2002, hatten amerikanische Geheimdienste einen Bericht über angebliche Programme zur Produktion von Massenvernichtungswaffen im Irak veröffentlicht, der die USA in einen Krieg führte. Doch der Bericht lag falsch, und nicht nur Politiker und Journalisten wollten wissen, wie sich die Dienste so blamabel irren konnten und sich solche Fehleinschätzungen in Zukunft verhindern ließen. Eine Folge war der Prognosewettbewerb.

Mellers erzählt, dass sie und ihr Kollege Tetlock manche Teilnehmer als Einzelkämpfer antreten ließen, andere durften ihre Vorhersagen in Kleingruppen besprechen. Nach dem ersten Jahr bildeten die Wissenschaftler aus den besten zwei Prozent der Freiwilligen neue Kleingruppen, Eliteteams der Vorhersage. Mellers »Superforecaster«, auf Deutsch »Superprognostiker«, gewannen nicht nur den Wettbewerb, sie sagten die Zukunft am Ende besser voraus als die Sicherheitsstrategen der Geheimdienste.

Menschen stellen ständig Prognosen auf, Tag für Tag werden auf der Basis von Vorher-

sagen Entscheidungen getroffen. Richter mutmaßen, ob ein Straftäter rückfällig werden könnte; Bankangestellte schätzen das Risiko dafür ein, dass ein Kunde zahlungsunfähig wird, Analysten sagen voraus, wie sich der Markt für Roboter entwickelt, und Ärztinnen, wie viele Tage ein Patient noch lebt.

Prognosen bestimmen mit darüber, wo Firmen investieren und wo sie Arbeitsplätze abbauen, ob jemand eine Gefängnisstrafe bekommt, einen Kredit oder eine Chemotherapie. Mit Vorhersagen lässt sich Politik machen, bisweilen führen sie dazu, dass ein Krieg beginnt oder ein Herrscher stürzt. Wenn nun Fußballfans im ganzen Land tippen, wie die Europameisterschaft ausgeht, ist das nichts anderes als ein gigantisches Prognosespiel.

Superprognostiker beherrschen eine besondere Art des Denkens. Im Kern geht es darum, möglichst unvoreingenommen an eine Frage heranzugehen. Man findet dieses Denken in der einen oder anderen Ausprägung bei vielen Menschen, bei Psychologen auf Palliativstationen ebenso wie bei Physikern des Deutschen Wetterdienstes. Von ihnen kann man lernen, was eine schlechte von einer guten Vorhersage unterscheidet.

Mathematiker machen ihr Wissen um Prognosen in Büchern einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Wissenschaftler tauschen sich in Zeitschriften wie »Futures & Foresight Science« über ihre Forschung aus. Start-ups versuchen, diese besondere Art zu denken in Firmen, Behörden und politischen Gremien zu etablieren. Prognostizieren kann man offenbar trainieren, ähnlich wie eine fremde Sprache oder wie für einen Halbmarathon. Experimente wie das »Good Judgement Project« zeigen: Man muss für treffsichere Vorhersagen kein Experte auf dem jeweiligen Gebiet sein, manchmal schadet es sogar.

Das Versprechen ist groß: Auch wenn nicht in jeder und jedem das Zeug zum Superprognostiker steckt, können doch alle Menschen lernen, besser in die Zukunft zu blicken.

1. Die Kraft der Überraschung

Eine letzte Frage trieb die Patientin um. Schmal und abgemagert lag sie da, als die Psychologin Stephanie Stiel sie in ihrem Zimmer besuchte. Die Frau aß nur noch wenig, so erinnert sich Stiel heute, das Bett auf der Palliativstation in

einem Aachener Krankenhaus konnte sie ohne fremde Hilfe nicht mehr verlassen.

Die Patientin litt an Schilddrüsenkrebs. Eine Krankheit, die gut heilbar ist, wenn sie früh erkannt wird. Manche Formen des Krebses schreiten jedoch schnell voran und sind nur schwer therapierbar. Dann ist die Überlebenschance gering.

»Seit vielen Jahren habe ich mit meiner Schwester nicht mehr gesprochen«, habe die Frau zu Stephanie Stiel gesagt. Und ihr von einem heftigen Streit erzählt. Sie schaute Stiel an. »Sollte ich noch einmal den Kontakt zu meiner Schwester suchen?«

An jenem Freitag kam Stephanie Stiel mit der Patientin zu keinem Entschluss. Sie verabredeten, entsinnt sie sich, nach etwas Bedenkzeit noch einmal über die Frage zu sprechen. Ein Anfang war gemacht, dachte Stiel. »Bis Montag«, sagte sie zum Abschied.

Wie viel Zeit bleibt, um letzte Dinge zu regeln? Es ist eine schwierige Frage, und doch wird sie täglich auf Krebs- oder Palliativstationen in Krankenhäusern gestellt. Gute Prognosen sind wichtig. Ärzte wählen auf Grundlage von Vorhersagen eine passende Therapie aus, Angehörige können entscheiden, ob sie anreisen, um sich von Kranken zu verabschieden. Und die Patienten selbst können nachdenken: Wen möchte ich noch einmal sehen? Was ein letztes Mal erleben?

Für Überlebensprognosen setzen Ärzte und Psychologen häufig standardisierte Fragebögen ein. Einer heißt »Palliative Prognostic Score«. Man kann ankreuzen, ob jemand mit Luftnot ringt und ausgezehrt wirkt, wie viele weiße Blutkörperchen im Blut schwimmen, wie hilfsbedürftig die Person ist. Insgesamt sechs Kreuze, am Ende steht eine Zahl: Mit welcher Wahrscheinlichkeit überlebt der Patient die kommenden 30 Tage?

Doch die Prognosen der Ärzte sind oft falsch. Stephanie Stiel forschte viele Jahre zu Überlebensprognosen, heute ist sie Professorin für Versorgungsforschung an der Medizinischen Hochschule Hannover. Sie fand heraus, dass die Vorhersagen im Rahmen des »Palliative Prognostic Score« nur in einem knappen Drittel aller Fälle eintrafen.

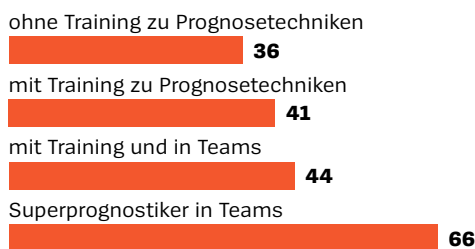
Auffällig war: Viele Schätzungen fielen zu optimistisch aus. Schon in ihrem ersten Urteil schätzten die Behandelnden die Überlebenszeit zu hoch ein. Und gegenüber dem Patienten verdoppelten sie diese Angabe erneut. Wenn ein Mensch nur noch einige Wochen hatte, wurden daraus Monate. Als würden sie mit einer schlechten Prognose das Scheitern ihrer Behandlung eingestehen.

Das Beispiel zeigt: Dass Menschen mit ihren Prognosen so häufig danebenzielen, liegt vor allem an ihnen selbst. Wissenschaftler haben für die Verzerrung der Gedanken einen Begriff geprägt: Bias. Man kann das frei mit »Voreingenommenheit« übersetzen. Bias führen zu Prognosen, die entweder stets zu hoch oder zu niedrig ausfallen.

Wer die eigenen Bias kennt, kann dagegensteuern. Studien zeigen, dass Vorhersagen

Trainingseffekt

Zunahme der Genauigkeit von Vorhersagen gegenüber Zufallsprognosen, in Prozent



Quelle: Paul J. H. Schoemaker, Philip E. Tetlock

entscheidend davon abhängen, welche Frage man stellt. Lautet sie: »Wird die Patientin länger als eine Woche überleben?«, antworten Ärzte in der Regel zu optimistisch. Wird die Frage anders formuliert, etwa: »Würde es mich überraschen, wenn die Patientin in der nächsten Woche stirbt?«, kommen die Fachleute zu besseren Prognosen. Ärzte und Pfleger nennen das »die Überraschungsfrage«.

Ob die Überraschungsfrage bei der Patientin mit Schilddrüsenkrebs zu einer anderen Antwort geführt hätte?

Stephanie Stiel fand es nie heraus.

Als sie am folgenden Montag zur Arbeit kam, lag die Frau nicht mehr in ihrem Zimmer. Sie war am Wochenende gestorben. Wie konnte das sein?, fragte sich Stiel. Hatte sie die körperliche Schwäche der Patientin falsch gedeutet? Weil sie sich wünschte, dass die Frau noch einige Wochen überleben werde?

Zwei Lehren habe sie aus dieser Erfahrung gezogen, sagt Stiel: wie mächtig Bias auf das eigene Urteil wirken können, selbst wenn man deren Mechanismen kennt. Und dass sie sich nie wieder von einem schwer kranken Patienten oder einer Patientin verabschiedet mit den Worten: »Bis Montag.«

II. Suche nach dem besten Vergleich

Bruno Jahn benötigt für seine Vorhersagen nur einen Laptop mit Internetanschluss. Sein wichtigstes Instrument ist Google. Jahn, 42, wohnt in Berlin und ist einer von drei Superprognostikern des »Good Judgement Project« aus Deutschland.

Von dem Projekt erfuhr Jahn im Jahr 2011 bei Facebook. Damals studierte er Islamwissenschaften und arbeitete als Aushilfe in einer Immobilienfirma. Die Arbeit habe ihn ein wenig gelangweilt, sagt Jahn, also meldete er sich. »Islamwissenschaftler geben oft eine lautstarke Meinung dazu ab, was auf der Welt geschieht«, sagt Jahn. »Es hat mich gereizt, diese Meinungen auf die Probe zu stellen.«

Sorgsam studierte Jahn die Lektionen vor dem Wettbewerb, eignete sich die besondere Art des Denkens an. Er analysierte, wie er mit historischen Entwicklungen von Ölpreis oder Wirtschaftswachstum umgeht – und dass er für eine Prognose gegen den Trend einen trefflichen Grund haben sollte. Und er erfuhr von einer speziellen Form des Bias, dem Bestätigungsfehler. Wer sich schon eine Meinung gebildet hat, ignoriert häufig gegensätzliche Informationen.

Zu Jahns wichtigstem Kniff gehören die »Basistraten«. Zu fast jeder Frage könne man eine finden, sagt er, durch vergleichbare Fälle aus der Vergangenheit. Er gibt ein Beispiel: Wer sich fragt, ob die Ehe zweier Freunde zehn Jahre übersteht, denkt vielleicht an Urlaubsfotos des Paares auf Instagram, an einen Streit der beiden, an ihre Pläne für einen Hausbau. Gedanken, in denen viel von dem steckt, was die Psychologin Barbara Mellers als Rauschen bezeichnet. Rauschen kann eine Prognose in die falsche Richtung ausschlagen lassen, zu Übertreibungen führen.

Bei der Ehe kann man die Basisrate mit einer Suchmaschine leicht ermitteln, man findet sie beim Bundesamt für Bevölkerungsforschung. 15 Prozent aller Paare lassen sich in den ersten zehn Ehejahren scheiden. 15 Prozent: Ein Superprognostiker würde diese Zahl als Ausgangspunkt wählen und sie danach leicht nach oben oder unten anpassen, sagt Jahn – je nachdem, ob man den Urlaubsfotos oder dem Streit mehr Gewicht schenkt.

Jahn gehört einem internationalen Netzwerk an, dem Swift Centre. Ein anderer Superprognostiker gründete es vor ungefähr zwei Jahren als eine Art Vorhersagezentrale. Unternehmen und Institute können dort Prognosen buchen. Um ihr Können zu beweisen, geben die Mitglieder des Swift Centre regelmäßig auch Vorhersagen zur Weltpolitik ab.

Kurz nach dem Einmarsch der israelischen Armee im Gazastreifen prognostizierten sie, dass innerhalb von sechs Monaten mehr als 25.000 Menschen in dem Krieg sterben würden. Und zwar mit 61-prozentiger Wahrscheinlichkeit. Eine Zahl, die bald darauf wahr werden sollte.

Man mag es unangemessen finden, den Tod von Menschen in Wahrscheinlichkeiten abzuschätzen. Jahn sieht das anders. Er sagt, nach seiner Prognose zu Gaza habe ihn fast keine Entwicklung in dem Krieg mehr überrascht. »Alles, was ich gesehen habe, haben wir in etwa so vorhergesagt.«

Auch die Energiewende in China beschäftigt das Swift Centre. Eine wichtige Sache, findet Jahn: Kein anderes Land stößt so viel CO₂ aus; wenn China nicht rasch weniger Kohle, Öl und Gas verfeuert, werden die Pariser Klimaziele nicht zu schaffen sein. Die Gruppe möchte vorhersagen, wie viel Kohle China in zwei Jahren verbrennen wird.

Wieder googelt Jahn. Er sucht nach Zeitreihen zum chinesischen Wirtschaftswachstum, zum Neubau von Kraftwerken und dem Ausbau erneuerbarer Energien und wird mit jeder Website pessimistischer. »Man hört immer, dass China auf Kernenergie setzt«, sagt er. Aktuell seien Kernkraftwerke mit 30 Gigawatt Leistung in Bau. »Und wie groß ist die Leistung der Kohlekraftwerke, die allein in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres genehmigt wurden? 52 Gigawatt.«

Es gibt bereits eine Prognose zum Kohleverbrauch in China, von der Internationalen Energieagentur. Dutzende Fachleute haben an ihr mitgearbeitet. Sie sagen voraus: Im vergangenen Jahr hat China beim Kohleverbrauch einen Höhepunkt erreicht, ab diesem Jahr sinkt er. Jahn misstraut den Experten.

»Zufälligkeit führt das menschliche Gehirn in die Irre.«

Kit Yates, Mathematiker

Man dürfe sich nicht von Wünschen leiten lassen und schon gar nicht von seinen Ängsten, sagt er. »Auch ich bin für die Energiewende in China. Aber ich sehe nicht, dass es so schnell geht.«

Jahn möchte Experten ergänzen, nicht ersetzen. Ohne ihre Datensammlungen würde er keine Zeitreihen finden; auch ihr Erfahrungswissen ist wertvoll. Doch neigten sie dazu, ihr Fachgebiet als das Wichtigste anzusehen, sagt Jahn. Eine Expertin für Energiewirtschaft könnte etwa die Rolle von Protesten in der Bevölkerung unterschätzen. »Unsere Stärke ist es, die Perspektiven zusammenzubringen.«

Sein größter Fehler? Jahn erzählt vom Berliner Flughafen BER. Nach jahrelanger Verzögerung beim Bau stellte sich Jahn im Jahr 2017 vor eine Fernsehkamera und sagte: Der BER wird nicht mehr eröffnen. Zweieinhalb Jahre später landete ein erstes Flugzeug mit Gästen an Bord.

Natürlich, sagt er, habe er sich geärgert: dass er ausgerechnet mit dieser Vorhersage im Fernsehen war. Er habe nicht für möglich gehalten, dass ein neuer Flughafenchef das Ruder auf der Baustelle schnell genug rumreißen würde. Am Ende gehe es aber nicht darum, immer richtigzuliegen. »Es geht vielmehr darum, weniger oft falschzuliegen.«

III. Die Macht des Zufalls

Wenn drei Tage zuvor an Bord eines Flugzeugs ein Feuer ausgebrochen ist, bin ich auf meinem Flug dann sicher?

Wenn ein Medikament in einer Studie den Versuchspersonen besser half als ein Placebo, wird das Mittel dann auch bei mir wirken?

Wenn beim Roulette fünfmal hintereinander »rot« kam, wird die nächste Zahl doch bestimmt »schwarz«?

Drei Fragen, die unterschiedlicher kaum sein könnten. Eines haben sie gemeinsam: Bei allen spielt der Zufall eine Rolle.

Der Zufall, diese mysteriöse Kraft, ist bei Prognosen ein ständiger Begleiter. Menschen allerdings haben ein schlechtes Gespür für die Wirkung des Zufalls. Sie sehen oft Muster, wo keine sind. So war es auch bei der US-Amerikanerin Julie Larm.

Das kann doch kein Zufall sein! Dieser Gedanke, erzählte Larm später, sei ihr durch den Kopf gegangen, als bei ihrem ältesten Sohn im Jahr 1992 eine Leukämie diagnostiziert wurde. Sie habe unbedingt wissen wollen, was den Krebs hervorgerufen hatte. Im Fernsehen erfuhr Larm kurz nach der Diagnose von einem schwerwiegenden Verdacht. Die Rede war von Hochspannungsleitungen und von elektromagnetischen Feldern. Felder, die möglicherweise Krebs auslösten.

Am folgenden Tag alarmierte Larm die örtliche Gesundheitsbehörde von Omaha, Nebraska. »Mir wurde gesagt, ich solle die Namen und die Diagnosen möglichst vieler betroffener Kinder sammeln«, erinnerte sie sich. Also rief sie bei den Eltern anderer krebskranker Kinder an, und die wiederum

riefen bei weiteren Eltern an. Sie trugen alle Fälle auf einer Karte ihrer Heimatstadt ein, dann legten sie das Netz von Hochspannungsleitungen darüber.

Treffer.

An manchen Orten mit mehreren Krebsfällen war das Netz von Leitungen besonders dicht. Der Krebs, die elektromagnetischen Felder, die Häufung, es passte alles zusammen. Ein Reporter fragte Larm, ob sie an ihrer Theorie zweifle. »Nein«, antwortete Larm.

Sie lag falsch. Bis heute gibt es keine statistisch einwandfreie Untersuchung dazu, dass Hochspannungsleitungen Krebs auslösen. Weil es keinen Zusammenhang gibt.

Der britische Mathematiker Kit Yates führt die Elterngruppe aus Omaha in seinem kürzlich erschienenen Buch »Wie man vorherseht, womit keiner rechnet« als Lehrstück dafür an, wie Menschen den Einfluss des Zufalls missverstehen.

Welche Gesetze den Zufall bestimmen können, erfuhren die Menschen durch ihren Spieltrieb. Schon im Altertum vertrieben sie sich die Zeit mit Würfelspielen. Am Anfang war der Ausgang dieser Spiele noch eine göttliche Angelegenheit, in die sich der Mensch nicht einzumischen hatte. Mitte des 17. Jahrhunderts aber bat ein Spieler einen Gelehrten um eine Auskunft. Er wollte die Gewinnchance erfahren, wenn jemand in einem Glücksspiel nach einigen Runden mit einem gewissen Spielstand vorn lag. Der Gelehrte, Blaise Pascal, schrieb einem Kollegen, Pierre de Fermat. Briefe gingen hin und her, und den Gelehrten wurde klar: Beide Spieler konnten zwar gewinnen. Wenn sie aber oft spielen würden, gewänne einer von ihnen häufiger. Manche Ausgänge waren wahrscheinlicher.

Es war eine umwälzende Erkenntnis: Auch der Zufall folgt Regeln.

In den folgenden Jahrhunderten entwickelten Mathematiker die Wahrscheinlichkeitstheorie weiter. Sie definierten den Erwartungswert und die Standardabweichung, stellten das Gesetz der großen Zahl auf und sahen, dass sich bestimmte zufällige Ereignisse auf eine Weise streuten, die sie nach ihrem Entdecker Poisson-Verteilung taufte. Es sind Gesetze wie geschaffen für einen Zweck: die Schwächen der menschlichen Intuition zu bekämpfen. Formeln gegen Bias.

»Zufälligkeit«, schreibt Yates, »führt das menschliche Gehirn nicht selten in die Irre.« Die meisten Menschen würden »zufällig« fälschlicherweise mit »gleichmäßig« gleichsetzen. Bittet man sie, eine möglichst zufällige Folge von 100 Münzwürfen aufzuschreiben, Kopf, Zahl, Zahl, Kopf, Kopf und so weiter, notieren die wenigsten fünfmal Kopf oder Zahl in Folge. Tatsächlich kommt diese Kombination in fast allen echten Zufallsfolgen vor. Und so konnte Julie Larm auch nicht von ihrer Stadtkarte auf das Krebsrisiko von Stromleitungen schließen. Zufällige Krebsfälle verteilen sich in der Regel nicht gleichmäßig auf einer Karte. Eben weil sie zufällig sind, knübeln sie sich.



Physikerin Schlemmer: Das Chaos bändigen

Wer das Wirken des Zufalls verstehe, werde von der Zukunft seltener überrascht, schreibt Yates. Ein zufälliges Ereignis, das gerade stattfand, kann morgen wieder auftreten. Nicht obwohl, sondern weil der Zufall am Werk ist.

IV. Es gibt mehr als eine Zukunft

Eine knappe Stunde dauert es, wenn SX-Aurora Tsubasa in die Zukunft blickt. SX-Aurora Tsubasa ist ein Supercomputer, in einer Halle in Offenbach geht die Physikerin Linda Schlemmer an seinen langen Schrankwänden vorbei. Ein lautes Brummen füllt die Gänge; man muss Schlemmer dicht folgen, möchte man sie verstehen.

In der Halle brummt es Tag und Nacht. Die erste Prognose des Tages beginnt SX-Aurora Tsubasa um 4.30 Uhr morgens, die letzte schließt er erst kurz vor Mitternacht ab. Dabei heizt er sich auf wie ein Dauerläufer. Nur ein steter Fluss von Kühlwasser bewahrt ihn vor einem Hitzekollaps.

Der Supercomputer muss so viel rechnen, weil Linda Schlemmer für ihre Prognosen eine besondere Methode benutzt. Mit dieser arbeiten auch Superprognostiker: Sie stellen sich die Zukunft nicht nur einmal vor, sie blicken in viele Zukünfte.

Schlemmer leitet das Referat Physikalische Prozesse in der Abteilung Meteorologische Analyse und Modellierung beim Deutschen Wetterdienst. Dort entwickelt sie jene Vor-



Gründer Wienefoet, Wallmeier: Spielerischen Ehrgeiz wecken

hersagemodelle mit, mit denen der Supercomputer die Wetterprognose der folgenden etwa sieben Tage erstellt. Nach ihren Berechnungen richten sich Piloten und Kapitäne, Abend für Abend fließen die Daten in das Wetter der »Tagesschau« ein.

Man kann schon mal meckern, wenn sich das Wetter nicht an die Vorhersage hält. Tatsächlich ist die Wettervorhersage eine Erfolgsgeschichte. In ihrem Büro zeigt Schlemmer ein Diagramm mit bunten Linien, alle klettern nach oben. Mit derselben Präzision, mit der Meteorologen im Jahr 1980 Wetterdaten für zwei Tage prognostizierten, können sie diese heute für sieben Tage vorhersagen.

Möchte Schlemmer ihre Arbeit erklären, erzählt sie von simulierten Dreiecken mit 13 Kilometer langen Seiten. Die Dreiecke legt sie am Computer über eine Weltkarte. Gittern sagt Schlemmer dazu. Mithilfe von Daten aus Bodenstationen und Wetterballons, Schiffen und Satelliten rechnet SX-Aurora Tsubasa dann für jede Dreiecksspitze aus, wie sich dort Temperatur und Luftdruck, Sonneneinstrahlung und andere Größen verändern, ein gigantisches System von Gleichungen. Je mehr Effekte in das Modell eingebaut sind und je engmaschiger das Gitter ist, desto mehr muss SX-Aurora Tsubasa rechnen, desto genauer werden im Prinzip die Vorhersagen.

Und dann ist da dieser spezielle Trick.

»Die Ensemble-Vorhersage«, sagt Schlemmer, sei »eine Revolution«. Der Supercomputer berechnet das Wetter der folgenden Tage bei jedem Lauf nicht nur einmal, sondern 40-mal. Jedes Mal spielt er mit den Ausgangswerten und Parametern des Modells. Verändert hier ein wenig die Verdunstung und dort die Sinkgeschwindigkeit von Eiskristallen in Wolken. Das Wetter verhalte sich chaotisch, sagt Schlemmer, kleine Abweichungen am Anfang führen zu großen am Ende. Mit der Ensemble-Vorhersage bändigt sie das Chaos. So kommt sie zu Aussagen wie: Die Regenwahrscheinlichkeit beträgt 30 Prozent.

Könnten Pascal und Fernet bloß sehen, was sich aus ihrem Briefwechsel entwickelte.

Das Denken in Szenarien macht nicht nur die Wettervorhersage genauer, sondern alle Prognosen. Bruno Jahn, der Superprognostiker aus Berlin, nennt es »den Möglichkeitsraum öffnen«. Schlemmer sagt, man könne sich vor jeder Vorhersage überlegen: Was könnte alles geschehen? »Und dann überlegen Sie: Wo liegen eigentlich meine Unsicherheiten? Und wie groß sind sie?«

Und noch etwas lernt man von Linda Schlemmer: Man muss immer wieder Prognosen abgeben, 10, 20, 100. Erst dann kann man vergleichen und überprüfen, wie gut die eigenen Vorhersagen sind. Ob es wirklich in 30 Prozent aller Fälle regnet. Und sehen, ob man sich verbessert.

V. Üben, üben, üben

In Hamburg-St. Pauli, am Ende der Reeperbahn, führt ein Treppenhaus mit goldenen Wänden in einen Co-Working-Space. Hier stehen Schreibtische mit integriertem Laufband, man kann sich zum Meeting in einen Boxing setzen und in der Mittagspause in einen Fitnessraum gehen. Auch der Volkswirtschaftler Niklas Wallmeier und der Wirtschaftsinformatiker Timo Wienefoet haben in diesem Haus ihren Arbeitsplatz, sie sind Gründer des Start-ups Arq Decisions.

Unternehmen und Institutionen bieten sie ein Training an, mit dem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lernen sollen, bessere Prognosen zu treffen. Wallmeier sagt: »Uns fasziniert die Idee, in jedem das Potenzial zu wecken, Entwicklungen präzise vorherzusagen.«

Vor zwei Jahren hatten beide zeitgleich Elternzeit, saßen beim Mittagessen und beschlossen, eine Firma zu gründen. Die Idee für eine digitale Prognoseplattform reifte in ihnen, eine Art »Good Judgement Project« für jedermann. Studien belegten, dass ein kurzes Prognosetraining die Genauigkeit von Vorhersagen dauerhaft um sechs bis elf Pro-

zent erhöhe, sagt Wienefoet. »Der Erfolg ist schnell messbar.«

Auf seinem Laptop öffnet Wallmeier ihre Plattform. Erst lernen die Teilnehmer Grundkenntnisse in Statistik, können Lektionen zu Bias oder Basisraten absolvieren. Dann werden ihnen Prognosefragen gestellt: Kann das Unternehmen SpaceX das Antriebsmodul seiner »Starship«-Rakete beim nächsten Testflug kontrolliert wieder einfangen?

Oder: Gewinnt ein Land die Fußball-Europameisterschaft zum ersten Mal?

34 Teilnehmende beantworteten die Frage zur EM auf der Plattform, im Durchschnitt schätzten sie die Wahrscheinlichkeit auf 22 Prozent. Wallmeier ist optimistischer, tippt auf 38 Prozent. Die Chance sei hoch, sagt er, dass eine Mannschaft ins Endspiel einziehe, die noch nie gewonnen habe. »Und im Finale stehen die Chancen selbst für den Außenseiter nicht schlecht.«

Die Fragen sollen einen spielerischen Ehrgeiz wecken. Über einen Chat können sich Teilnehmer austauschen; regelmäßig bekommen sie Rückmeldung zu ihren Vorhersagen. Im »Good Judgement Project« zeigte sich, dass der Blick in die Zukunft nur zum Teil eine Gabe ist, er ist vor allem auch Training. So wie sich ein Mensch am Klavier verbessert, wenn er viel spielt, wird er im Prognostizieren besser, wenn er viel prognostiziert.

Noch gibt es die Fragenplattform nur als vorläufige Version. Setzt sich die Idee durch, könnte jedes Unternehmen die besten Prognostiker ausmachen und für firmeneigene Vorhersagen einspannen. Dann könnte es in Deutschland nicht mehr drei Superprognostiker geben. Sondern viele.

VI. Ausblick

An einem Februarabend loggt sich Bruno Jahn, der Superprognostiker aus Berlin, in eine Videokonferenz ein. Er sitzt in seiner Wohnung zwischen Wäscheständer und Gästebett, im Nebenraum bearbeitet seine Tochter die Tasten eines Klaviers. Superprognostiker aus Rumänien und Norwegen schalten sich dazu, aus Großbritannien und den USA.

Eine Stunde lang diskutieren neun Mitglieder des Swift Centre über den Kohleverbrauch von Indien und China, über Gaskraftwerke, Fusionsreaktoren und Batteriespeicher. »Könnte China Kohle im großen Stil durch Gas ersetzen?«, fragt jemand in die Runde. Was sei mit Sorgen aus der Bevölkerung um Feinstaub aus Kohlekraftwerken, fragt Jahn. »Könnte das die chinesische Politik unter Druck setzen?«

In den Tagen danach trudeln die Vorhersagen der Teilnehmer ein. Alle schätzen die Prognose der Internationalen Energieagentur als zu optimistisch ein. Und weil Superprognostiker Präzision schätzen, geben sie sogar an, mit welcher Wahrscheinlichkeit die Experten falschliegen: mehr als 97 Prozent.

In zweieinhalb Jahren werden sie wissen, ob sie recht haben.

Maik Großekathöfer, Martin Schlak

Frei-Bier im Rausch

BRAUWESEN Wissenschaftler perfektionieren den Durstlöscher: ohne Alkohol, aber mit vollem Geschmack.

Auch in der ältesten Brauerei Münchens kommt der Wandel nun an. Vor fast 700 Jahren machten sich Mönche des Augustinerordens dort daran, Wasser, Hopfen und Malz mithilfe von Hefepilzen in ein bezauberndes Getränk zu verwandeln. Das Helle aus Bayern ist noch immer beliebt. Doch in diesem März haben die Nachfolger der Mönche eine Variante auf den Markt gebracht, der ein bislang wesentlicher Inhaltsstoff fehlt. Sie enthält so gut wie keinen Alkohol mehr.

Und dieses Bier ist vielerorts auf Monate ausverkauft. »Der unerwartete Erfolg hat uns alle angenehm überrascht«, teilt das Unternehmen Augustiner Bräu mit. Man habe schon Maßnahmen ergriffen, um die Produktion zu erhöhen. Auch auf dem nächsten Oktoberfest werde das Gebräu erstmals ausgeschenkt.

Das einst als Autofahrerbier verspottete Alkoholfreie ist kein Nischenprodukt mehr. Es gehört auf Feiern und Partys dazu, an Stammtischen und in Fußballstadien.

Während der Absatz von klassischem Bier in Deutschland seit Jahren zurückgehe, werde die alkoholfreie Version immer beliebter, teilt der Deutsche Brauer-Bund in Berlin mit. Hauptgeschäftsführer Holger Eichele sagt: »Nach unseren Erhebungen hat sich die Produktion alkoholfreier Biersorten in Deutschland seit 2007 mehr als verdoppelt, auf mehr als 660 Millionen Liter im Jahr 2023.«

Inzwischen haben alkoholfreie Biere hierzulande einen Marktanteil von mehr als sieben Prozent, schon bald wird jedes zehnte in Deutschland gebräute Bier alkoholfrei sein, die hiesigen Brauer sind damit im internationalen Vergleich führend. Die Begeisterung lässt sich damit erklären, dass immer mehr Menschen aus gesundheitlichen oder religiösen Gründen auf Alkohol verzichten.

Allerdings reicht der Geschmack alkoholfreier Sorten noch nicht an das Original heran. Bei der Herstellung gingen etliche Aromen verloren, so die Ingenieurin Martina Gastl, die das Forschungszentrum Weihenstephan für Brau- und Lebensmittelqualität der Technischen Universität München leitet. Und einstweilen bedeute das: »Alkoholfreies Bier schmeckt grundsätzlich anders.«

Das würden viele Fachleute gern ändern. Sie träumen von Variationen, die dem klassischen Vorbild ebenbürtig ist. »Leckeres alkoholfreies Bier wird zum heiligen Gral«, sagt der auf dem Gebiet führende Wissenschaftler Kevin Verstreppe von der Katholischen Universität Löwen und dem Flämischen Institut für Biotechnologie. »Alle forschen auf diesem Gebiet, von Großbrauereien bis hin zu kleineren Brauereien.«

Wie die allermeisten inländischen Biere entstehen auch die alkoholfreien nach dem Reinheitsgebot und damit aus Wasser, Hopfen, Malz und Hefe. Der Zucker aus dem Malz wird von der Bierhefe in Trinkalkohol (Ethanol) und Kohlendioxid verwandelt. Bei der üblichen Herstellung entstehen, je nach Brauart, Hunderte Aromastoffe. Wie diese Substanzen chemisch aufgebaut sind und den Geschmack sowie den Geruch ergeben, ist im Detail noch nicht bekannt.

Was man weiß: Das Bouquet kann sich nicht entfalten, wenn das Gebräu am Ende kaum oder keinen Alkohol enthalten soll. Nach deutschem Lebensmittelrecht gelten Biere als alkoholfrei, wenn sie weniger als 0,5 Prozent Ethanol enthalten. Ein gängiges Verfahren zur Herstellung ist die sogenannte gestoppte Gärung. Die Brauer brechen den Gärvorgang ab, indem sie die Hefen durch kurzes Erhitzen abtöten. Das Produkt enthält dann noch viel Restzucker, was den Geschmack beeinträchtigt: Das Bier schmeckt nicht rund.

Eine andere Methode ist die Vakuumdestillation, bei der das Bier zunächst auf herkömmliche Weise gebraut wird. Anschließend wird ihm das Ethanol durch sanftes Erwärmen bei Unterdruck entzogen. Doch bei dieser Prozedur verflüchtigen sich mit dem Alkohol auch viele Aromastoffe. Mal schmeckt es säuerlich, mal käsig.

Brauereien versuchen, das Problem zu lösen, indem sie ein Ausgangsbier herstellen, das besonders viele Aromastoffe enthält. Nach dem Destillieren, so die Hoffnung, soll

es nicht so ausgedünnt schmecken. Dazu setzen die Brauer besonders intensive Hopfenaromen ein oder bestimmte Hefestämme; hinter verschlossenen Türen wird gerade viel ausprobiert.

In einem klassisch gebrauten Bier macht der Alkohol fünf bis zehn Prozent des Volumens aus, die Menge lässt sich nicht einfach durch Wasser ersetzen, denn der Trinkalkohol hat ein Aroma, das den Geschmack des Getränks entscheidend prägt.

»Das Entfernen von Alkohol hat also weitreichende Folgen«, sagt Kevin Verstreppe. Mit seinem Team forscht er daran, wie der Alkoholgeschmack durch natürliche Aromastoffe ersetzt werden kann. Er habe bereits eine Mixtur entwickelt, so Verstreppe, die in Wasser gelöst so schmecke wie Wasser, das fünf Prozent Alkohol enthält. Diese Formel wolle er bald zum Patent anmelden.

Allerdings haben viele Braumeister das Ziel aufgegeben, mit alkoholfreien Sorten so nahe wie möglich an das Original heranzukommen. Inzwischen gehe der Trend sogar dahin, so die Expertin Martina Gastl, »ein eigenständiges, charakteristisches und ansprechendes alkoholfreies Produkt als Alternative herzustellen«, das möglicherweise manchem sogar besser als herkömmliches Bier schmeckt.

Unstrittig ist: Im Vergleich zu alkoholhaltigen Bieren enthalten alkoholfreie Varianten ungefähr nur halb so viele Nahrungskalorien. Der genaue Brennwert kann von Sorte zu Sorte variieren und muss vom Hersteller auf dem Etikett angegeben werden.

Der geringere Energiegehalt bedeutet jedoch nicht, dass alkoholfreie Biere gut für die Gesundheit sind – sie enthalten reichlich Zucker oder andere Kohlenhydrate. Wer am Stoffwechselleiden Diabetes mellitus Typ 2 leidet oder abnehmen möchte, sollte deswegen den Durst mit einem Getränk löschen, dem nicht nur Alkohol, sondern auch Hopfen, Malz und Hefe fehlen: Wasser.

Jörg Blech



Alkoholfreies Bier: »Alle forschen auf diesem Gebiet«

»Viele kennen die Funktionen ihres Telefons besser als ihren Körper«

SPIEGEL-GESPRÄCH Der US-Pharmakonzern Moderna will gegen die großen Krankheiten der Menschheit antreten: Firmenchef Stéphane Bancel über den Kampf gegen Krebs und einen Impfstoff gegen die Vogelgrippe.

Bancel, 51, ist Franzose und seit 2011 Chef und Miteigentümer des US-Biotechnologiekonzerns Moderna. Zuvor leitete der Betriebswirt und Bioingenieur das französische Diagnostikunternehmen bioMérieux. In der Coronapandemie wurde Moderna, bis dahin weitgehend unbekannt, mit einem mRNA-Impfstoff gegen Covid-19 berühmt. Der zweifache Familienvater Bancel ist überzeugt, dass sich mit Wirkstoffen auf Basis der mRNA-Technologie zahlreiche Krankheiten bekämpfen lassen, unter anderem Krebs. Der SPIEGEL traf ihn in Berlin, als er Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Deutschland besuchte.

SPIEGEL: Herr Bancel, die Coronapandemie ist kaum überstanden, da breitet sich mit dem Vogelgrippevirus H5N1 ein anderer gefährlicher Erreger weltweit aus. Virologen fürchten, es könnte sich auch an den Menschen anpassen. In den Laboren von Moderna wird bereits an einem Impfstoff gearbeitet. Wie schnell könnte der auf den Markt kommen?

Bancel: Wir beobachten H5N1 schon länger. Als sich im Frühling 2023 verstärkt wilde Tiere und auch Haustiere ansteckten, haben wir mit einer Studie für einen Impfstoff begonnen. Die Idee war: Wenn wir jetzt loslegen, können wir im Ernstfall schnell handeln. Die ersten beiden Studienphasen sind abgeschlossen. Wir müssen nun in einer abschließenden dritten Phase mit mehreren Tausend Teilnehmern die Wirksamkeit bestätigen, das würde ein paar Monate dauern.

SPIEGEL: Gerade haben Sie von der US-Regierung die Zusage bekommen, dass diese letzte Studienphase mit 176 Millionen Dollar Steuergeld unterstützt wird. Moderna hat viele Milliarden Dollar mit dem Coronaimpfstoff eingenommen. Warum finanziert die Firma die Studie nicht selbst?

Bancel: Wir stecken unsere begrenzten Ressourcen immer in das Projekt, das den größten Nutzen für die Patienten hat. Wenn wir jetzt die Studie für H5N1 durchzögen, müssten andere Entwicklungen hinten anstehen, etwa die für einen Wirkstoff gegen das Epstein-Barr-Virus ...

SPIEGEL: ... das Pfeiffersches Drüsenfieber und bestimmte Formen von Krebs auslösen kann.

Bancel: Genau. Und derzeit kann niemand zuverlässig vorhersagen, mit welcher Wahrscheinlichkeit H5N1 ein ernstes Gesundheitsproblem für die Menschheit wird. Wenn wir H5N1 nun vorziehen und das Virus vielleicht doch nicht zur großen Bedrohung wird, ist das schlecht für Patienten mit dem nachgewiesenen gefährlichen Epstein-Barr-Virus.

SPIEGEL: Und schlecht für die Bilanz von Moderna.

Bancel: Es ist gut für die Gesellschaft, jetzt die Studie für einen H5N1-Impfstoff zu finanzieren: als Präventionsmaßnahme. Und wenn diese Vogelgrippe am Ende keine Pandemie wird – umso besser für alle.

SPIEGEL: Bisher gibt es nur wenige nachgewiesene Infektionen bei Menschen. Könnte ein massenhafter Ausbruch der Vogelgrippe so schlimme Folgen haben wie Covid-19?

Bancel: Mit der Vogelgrippe geht zumindest oft ein Risiko für Pandemien einher. Die Spanische Grippe nach dem Ersten Weltkrieg, die Millionen Menschen das Leben kostete, wurde vermutlich durch ein mutiertes Vogelgrippevirus ausgelöst. Im Moment macht mir der Erreger aber keine große Angst. Wie Sie sehen, treffe ich mich heute mit Ihnen in diesem Raum, ohne Maske. In der Coronapandemie war ich dagegen sehr vorsichtig, habe mich so gut wie möglich geschützt.

SPIEGEL: Und was macht Sie so optimistisch?

Bancel: Unsere wissenschaftlichen Fortschritte und die Lehren aus der Covid-19-Pandemie geben mir Hoffnung, dass wir zukünftige Bedrohungen schneller und effizienter bewältigen können. Die Menschheit wird früher oder später wieder Pandemien erleben. Aber ob in zwei oder sechs Monaten, in 60 oder 100 Jahren, das weiß niemand. Wichtig ist, dass wir als Gesellschaft auf den Ernstfall bestmöglich vorbereitet sind.

SPIEGEL: Anders als herkömmliche Pharmaunternehmen setzt Moderna bei der Entwicklung von Impfstoffen ausschließlich auf die sogenannte mRNA-Technologie. Dabei wird Menschen ein Botenmolekül namens mRNA verabreicht, eine Art Bauanleitung für Wirkstoffe, die der Körper dann selbst zusammensetzt. Warum sind Sie so zuversichtlich, dass dies die Methode der Wahl ist?

Bancel: mRNA ist mehr als eine Technik. Sie hat eine neue Ära begründet: die Ära der digitalen Medizin.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Bancel: In der traditionellen Pharmaindustrie sieht jeder Wirkstoff chemisch anders aus. Jedes Mal muss er wieder an Labortieren wie Mäusen und dann an Menschen getestet werden, jedes Mal muss der Herstellungsprozess angepasst werden. mRNA ist anders: Wir verwenden für jeden Impfstoff, den wir entwickeln, dieselben chemischen Grundstoffe. Das mRNA-Molekül ist fast immer das Gleiche, ob bei der Impfung gegen Covid oder RSV, also dem Erreger von Atemwegserkrankungen. Wir designen es digital am Computer, indem wir nur einzelne Details innerhalb des mRNA-Strangs verändern. Und wir stellen die verschiedenen Wirkstoffe im selben Gerät, einem Bioreaktor, her. Am schwierigsten war es, das erste mRNA-Produkt zu entwickeln. Das haben wir geschafft. Jetzt können wir der Reihe nach viele Krankheiten angehen.

SPIEGEL: Bislang ist Moderna ein One-Hit-Wonder, dem kein zweiter Erfolg gelungen ist: Außer Ihrem Coronaimpfstoff Spikevax haben Sie noch kein anderes Produkt auf den Markt gebracht.

Bancel: Inzwischen sind wir ein Two-Hit-Wonder. Die US-Arzneimittelbehörde FDA hat Ende Mai unseren neuen Impfstoff gegen das RS-Virus zugelassen, und wir arbeiten an etlichen weiteren Produkten. Als Nächstes wollen wir einen kombinierten Impfstoff gegen Grippe und Corona anbieten. Auch für dieses Mittel sind die Studien weit vorangeschritten. Bislang wird der Impfstoff für die meisten Grippeimpfungen immer noch in Hühnereiern ausgebrütet; das dauert viele Monate. Deshalb muss die Weltgesundheitsorganisation schon im Februar festlegen, wie der Impfstoff für den nächsten Winter aussehen soll. Wenn die Grippeviren in der Zwischenzeit mutieren, schützt die Impfung nicht mehr so gut, auch deswegen sterben dann oft Menschen. Dank der mRNA-Technik können wir die Impfstoffproduktion künftig viel näher an die Grippezeit heranrücken und besser an die tatsächlich zirkulierenden Viren anpassen.

SPIEGEL: Vor Kurzem haben Sie Studienergebnisse zu einem kombinierten Impfstoff gegen Grippe und Covid-19 veröffentlicht. Bei Menschen über 60 Jahren schnitt er gegenüber einem gängigen Grippeimpfstoff nur geringfügig besser ab. Das klingt noch nicht

Das Gespräch führten die Redakteure Claus Hecking und Martin Schlack.

hitverdächtig. Ist die mRNA-Technik wirklich so vielseitig, wie Sie behaupten?

Bancel: Die Ergebnisse der klinischen Phase-3-Studie mit einem mRNA-Kombinationsimpfstoff gegen Grippe und Covid-19 zeigten eine stärkere Immunantwort als die in der Studie verwendeten zugelassenen Vergleichsimpfstoffe. Zudem ist die mRNA-Technologie anpassungsfähig und effektiv, wie wir während der Covid-19-Pandemie gesehen haben.

SPIEGEL: Für die meisten Menschen ist Covid-19 im Alltag kein Thema mehr, und gegen Grippe lassen sich längst nicht alle impfen. Wer sollte Ihren Stoff nutzen?

Bancel: In den USA mussten vergangenen Winter mehr als 400.000 Patienten wegen Covid-19 ins Krankenhaus eingeliefert werden, weitere 230.000 wegen Grippe. In Deutschland kamen seit Oktober 116.000 Menschen mit Covid-19 ins Krankenhaus; dazu sind etwa 7200 Menschen an oder mit dem Virus gestorben. Ich weiß, viele Menschen sind Covid-müde, sie wollen nichts mehr davon hören. Aber das Coronavirus zirkuliert nun für immer unter uns. Wir werden die Impfung immer wieder auffrischen müssen.

SPIEGEL: Warum?

Bancel: Das Virus befindet sich im Körper mancher Menschen, es kann von Mensch zu Mensch über die Luft übertragen werden und wohl auch von Tieren auf Menschen. Weil es sehr instabil ist, mutiert es immer wieder, ähnlich wie die Influenzaviren. Darum braucht man auch jedes Jahr eine neue Impfung. Und wir sollten Long Covid nicht vergessen. Ich bin 51 Jahre alt, habe keine schweren Vorerkrankungen und bin kein Hochrisikopatient. Aber ich habe Bilder der Gehirne und Lungen von Menschen mit Long Covid gesehen. Und ich kenne Betroffene, die nach der Infektion monatelang schlapp und kurzatmig waren, die sich nicht mehr konzentrieren können. Ich möchte das nicht haben. Ich lasse mich jedes Jahr im September boostern.

SPIEGEL: Laut einer Umfrage vom vergangenen Herbst würde sich nicht einmal jede dritte Frau oder jeder dritte Mann in Deutschland noch einmal gegen Covid-19 impfen lassen wollen. Nach einer anderen Umfrage ist die Zahl derjenigen, die das Impfen klar befürworten, trotz der Pandemie zwischen 2018 und 2022 gesunken.

Bancel: Das macht mir Sorgen. Ich will mir nicht vorstellen, wie die Welt

»Ärzte werden das Blut bald auf frühe Stadien von Krebs untersuchen.«

Ingenieur Bancel

aussehen würde, wenn die Menschheit noch jahrelang auf Impfstoffe hätte warten müssen, wenn es noch mehr Lockdowns und Schulschließungen gegeben hätte. Prävention ist enorm wichtig. Wir sprechen immer von einem Gesundheitssystem, aber in den meisten Ländern betreiben wir ein Krankheitssystem.

SPIEGEL: Was wollen Sie damit sagen?

Bancel: Ob in Deutschland, Frankreich oder den USA: Überall geben wir enorme Summen für die Behandlung von Menschen aus, nachdem sie erkrankt sind. Das ist verrückt. Viele meiner Freunde kennen die Funktionen ihres Telefons besser als ihren Körper. Aber anders als ein neues Telefon können wir keinen neuen Körper kaufen, wenn er schwächelt. Wir sollten uns mehr darum kümmern, dass wir richtig essen und trinken, uns bewegen und uns rechtzeitig impfen lassen.

SPIEGEL: Bewegung kann anstrengend sein, und sich richtig zu ernähren ist manchmal teuer oder langweilig. Wie erklären Sie sich die Impfmüdigkeit?

Bancel: Auch mit den Desinformationen in sozialen Medien. Es ist traurig, wie viele Mythen und Falschaisagen dort über das Impfen verbreitet werden. Wir müssen uns fragen: Sollte in sozialen Netzwerken alles verbreitet werden dürfen, auch wenn es falsch ist?

SPIEGEL: Sie fordern eine Zensur im Namen der Wissenschaft?

Bancel: Nein. Aber unsere Gesellschaft basiert auf Vertrauen. Wir müssen eine Lösung finden, um Vertrauen in Wissenschaft und Impfen zu stärken.

SPIEGEL: Sie sagen, Sie treibe der Wunsch an, schwer kranken Menschen zu helfen. Wie erfahren Sie von deren Schicksal?

Bancel: Ich frage unsere Mediziner bei Moderna ständig über Krankheiten aus, und manchmal treffe ich mich mit den Betroffenen. Kürzlich habe ich mit einer Mutter gesprochen, deren Sohn an Propionazidämie leidet: einer seltenen erblichen Stoffwechselstörung der Leber. Menschen wie dieser Junge müssen sich ständig erbrechen, bekommen Krampfanfälle, Herz und Gehirn können Schaden nehmen. Wir erproben gerade eine mRNA-Therapie gegen Propionazidämie.

SPIEGEL: Haben Sie persönlich schwere Krankheiten erlebt oder miterlebt?

Bancel: Krebs, mehrfach. Bei einer engen Freundin wurde schwarzer Hautkrebs diagnostiziert. Mein Vater hat Prostatakrebs. Meine Mutter



Marlene Gawitsch / DER SPIEGEL



Mitarbeiter in Moderna-Labor: »Geht das nicht ein, zwei Tage schneller?«

hatte Brustkrebs, der wurde zum Glück geheilt. Jetzt wurde bei ihr Leukämie festgestellt.

SPIEGEL: Moderna arbeitet an Therapien gegen einige dieser Krebsarten. Beeinflussen die Diagnosen in Ihrer Familie Ihre Arbeit?

Bancel: Sie müssten mich in Meetings erleben. Wenn mir jemand erzählt, ein bestimmter Schritt im Labor dauere drei Wochen, frage ich: Geht das nicht ein, zwei Tage schneller? Jeder Tag, an dem ein Medikament früher verfügbar ist, kann Leben retten.

SPIEGEL: Als Sie von der Diagnose Ihrer Mutter hörten: Waren Sie versucht, die Leukämieforschung von Moderna zu beschleunigen?

Bancel: Ich kann keine Entscheidungen danach ausrichten, ob ich persönlich betroffen bin. Manchmal bitten mich kranke, mir nahestehende Menschen um ein Medikament aus einer laufenden Studie. Dann muss ich sagen: Wir können nur eine begrenzte Anzahl von Impfstoffdosen herstellen. Wenn wir dir eine Dosis geben anstatt einem Studienteilnehmer, verzögert sich die Zulassung. Ich kann mir nicht erlauben, das Leben eines Menschen gegen das Leben von 1000 anderen abzuwägen.

SPIEGEL: Auch nicht, wenn es um die eigene Mutter geht?

Bancel: Sie ist eine sehr wichtige Patientin für mich. Aber sie bleibt eine Patientin.

SPIEGEL: Ihr Impfstoff gegen den bösartigen Hautkrebs ist weit fortgeschritten. Vor Kurzem haben Sie vielversprechende Studienergebnisse veröffentlicht. Auf welche Zahl haben Sie zuerst geschaut?

Bancel: Auf die Daten zur Langzeitwirkung. Krebspatienten sterben selten an ihrem primären Tumor, sondern meistens dann, wenn der Krebs in andere Organe streut. Unsere mRNA-basierte Therapie ist streng genommen kein Impfstoff im eigentlichen Sinne – sondern eine individualisierte Neoantigen-therapie, kurz INT ...

SPIEGEL: ... also eine Therapie, die auf die Struktur der jeweiligen Krebszelle abgestimmt ist.

Bancel: In unserer Studie bekamen manche Patienten diese INT, die als Impfstoff verabreicht wird, zusätzlich zu einer Antikörpertherapie mit Keytruda, einer der aktuell besten verfügbaren Immuntherapien. Andere bekamen nur die Antikörper. Zwei Drittel der geimpften Patienten entwickelten in den vier Jahren danach deutlich seltener Metastasen. Dabei war der Krebs bei allen Patienten weit fortgeschritten. Ich sage voraus: Die mRNA-Impfstoffe werden die Behandlung von Krebs für immer verändern.

SPIEGEL: Was macht Sie so sicher?

Bancel: Die Impfstofftherapie gegen Hautkrebs ist erst der Anfang. Solide Tumoren, also Tumoren, die in Organen oder Geweben wie der Haut, der Lunge oder dem Darm entstehen, machen ungefähr 90 Prozent aller Krebsfälle aus. Und Stoffe auf mRNA-Basis werden gegen die meisten dieser soliden Tumoren höchstwahrscheinlich wirken. Ich sehe keinen wissenschaftlichen Grund, warum es anders sein sollte.

SPIEGEL: Herkömmliche Impfungen schützen gegen Krankheiten, die man noch nicht hat. Wie funktioniert dann eine Impfung gegen Krebs oder eine INT, wie Sie es nennen?

Bancel: Krebs ist eine Krankheit des Erbguts, der DNA. Er kann immer dann entstehen, wenn sich die DNA in einer Zelle verändert. Deshalb nehmen wir von unseren Krebspatienten als Erstes eine Biopsie des Tumors und sequenzieren das Erbgut der Zellen.

SPIEGEL: Sie lesen die DNA also aus: Buchstabe für Buchstabe.

Bancel: Dann vergleicht ein Computer die DNA der Krebszelle mit der einer gesunden Zelle im Körper und fahndet nach Mutationen. Als Nächstes designen wir die individualisierte Therapie, die an genau diese Mutationen angepasst ist – und verabreichen sie als Impfstoff. Anhand dieses Impfstoffs erschafft das Immunsystem der Patienten schließlich

passende Abwehrzellen, welche die Krebszellen spezifisch angreifen.

SPIEGEL: Krebszellen verstehen es meisterhaft, dem Immunsystem zu entkommen. Sie mutieren im Körper und werden für Abwehrzellen gewissermaßen unsichtbar. Fachleute befürchten, dass sie deswegen gegen Impfstoffe schnell resistent werden könnten.

Bancel: Wir adressieren mit unserem Impfstoff nicht nur eine einzige Mutation, sondern 34 verschiedene. Um den Abwehrzellen des Körpers zu entkommen, müssten die Krebszellen also an vielen Stellen gleichzeitig mutieren. Das ist unwahrscheinlich. Wir glauben, dass unser Impfstoff gut gegen Resistenzen gefeit ist. Das zeigen die Daten der Hautkrebisstudie zum Langzeitschutz.

SPIEGEL: Wann also wird der erste Impfstoff gegen Krebs auf den Markt kommen?

Bancel: Ich rechne damit, dass es im Laufe des kommenden Jahres sein wird. Wir führen gerade abschließende Studien mit mehr als 2000 Patienten durch. Zugleich bauen wir bei Boston ein neues Werk, wo wir die Impfstoffe produzieren werden.

SPIEGEL: Die dürften ziemlich teuer werden.

Bancel: Nicht unbedingt. Natürlich werden die Herstellungskosten bei den ersten Impfungen hoch sein. Aber sie werden niedriger werden, je mehr Dosen wir produzieren.

SPIEGEL: Werden wir irgendwann eine Art Wundermittel gegen jeden Krebs haben?

Bancel: Es gibt eine ernsthafte Chance, die meisten soliden Tumoren mit mRNA-Technologie zu bekämpfen. Nicht jeder Patient mit Krebs in späten Stadien wird geheilt werden. Bei manchen Menschen wird die Krankheit so weit fortgeschritten sein oder das Immunsystem so schwach, dass eine Impfung nicht mehr hilft. Aber je früher wir angreifen, desto größer sind die Erfolgsaussichten. Und dank der Flüssigbiopsie können wir Krebs immer früher erkennen.

SPIEGEL: Das müssen Sie bitte erklären.

Bancel: So wie Ärzte routinemäßig die Cholesterinwerte messen, werden sie das Blut bald auf frühe Stadien von Krebs untersuchen. Wenn sie dann Anzeichen entdecken, können sie eine zielgerichtete Impfung verschreiben. Womöglich könnten solche Verfahren schon in zwei bis drei Jahren zuverlässig funktionieren.

SPIEGEL: Forschungsergebnisse sind in der Regel nicht planbar. Viele Wissenschaftler haben es schon erlebt, dass ihnen ihre Annahmen und Hoffnungen im Verlauf einer Studie abhandengekommen sind. Sie aber wirken beinahe unverdrossen optimistisch.

Bancel: Mein Optimismus gründet sich auf die beeindruckenden Fortschritte, die wir bereits gemacht haben. Die mRNA-Technologie hat uns gezeigt, dass wir in der Lage sind, schnell auf neue Herausforderungen zu reagieren und innovative Lösungen zu entwickeln. Natürlich gibt es Rückschläge. Aber jede Erkenntnis bringt uns näher an unser Ziel.

SPIEGEL: Herr Bancel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ■

Schenken Sie Lesefreude

Jetzt Ihren Wunschtitel verschenken und Gutscheine sichern.



DER SPIEGEL für ½ Jahr

Deutschlands bedeutendstes Nachrichten-Magazin steht für einen unabhängigen und investigativen Journalismus.

26 Ausgaben für nur € 6,30 pro Ausgabe.

Belieferung
endet
automatisch

»Dein SPIEGEL« für 1 Jahr

Das Nachrichten-Magazin für Kinder und Jugendliche ab 8 Jahren, die unsere Welt verstehen wollen. So macht Wissen Spaß!

12 Ausgaben für nur € 4,90 pro Ausgabe.



SPIEGEL GESCHICHTE für 1 Jahr

Hier wird die Vergangenheit emotional und packend erzählt. Jede Ausgabe widmet sich einem historischen Thema.

6 Ausgaben für nur € 9,- pro Ausgabe.

Ihr Geschenk:
ein Amazon-Gutschein
in Höhe von € 20,-.



Einfach jetzt anfordern:
abo.spiegel.de/geschenk

oder telefonisch unter 040 3007-2700

DER SPIEGEL



Graffito in Paris

Yoan Valat / EPA

Rap gegen rechts – und alle anderen

FRANKREICHWAHL 20 Rapper veröffentlichen gemeinsam einen Track gegen den Rassemblement National – doch dann geht es auch um Freimaurer und den Nahostkonflikt. Über das Scheitern eines Protestsongs.

Die Warnung des Rappers ISK ist eindringlich: »Die Rassisten von gestern und heute werden die Abgeordneten von morgen sein.« Sein Kollege Kerchak dagegen wird prosaischer: »Steck dir deine rassistischen Gedanken in den Arsch!«

Der Song »No Pasarán« ist Wut- und Warnschrei zugleich. Bei der Wahl am Sonntag droht eine absolute Mehrheit für den rechtsextremen Rassemblement National (RN). Der Song versammelt 20 Rapper, darunter Szenegrößen wie Fianso und Akhenaton. Die Künstler beklagen die fremdenfeindliche Stimmung im Land und rufen auf, gegen rechts zu stimmen.

Doch sie greifen rechte Politiker auch persönlich an, bedrohen sie und beschimpfen Marine Le Pen und ihre Nichte Marion

Maréchal als »läufige Hündinnen«, beleidigen mehrfach die Mutter des Parteivorsitzenden Jordan Bardella. Zugleich schießen die Künstler gegen Emmanuel Macron und Benjamin Netanyahu. Dann geht es um Freimaurer, um Mikrochips in Impfdosen, um den Nahostkonflikt. Andere prahlen von Drogendeals und Luxusmarken. Die Botenschaft droht unterzugehen zwischen politischen Querschlägern und übergroßen Egos.

Dabei hat politischer Rap eine stolze Tradition in Frankreich. 1997 fanden sich 17 Künstler für einen Track zusammen, um Rassismus und zunehmend harsche Gesetze gegen Migranten anzuprangern. Seitdem wurde die Szene immer wieder laut gegen rechts. In diese Tradition will sich »No Pasarán« stellen – und scheitert.

1997 war klar: Der Gegner stand rechts. Heute ist die junge Rapgeneration weniger politisch. Auch haben die vergangenen Jahre Spuren hinterlassen: Die Islamdebatte, die Coronapandemie, der Krieg im Nahen Osten – die Lager sind zersplittert.

Die extreme Rechte reagierte sofort: Marion Maréchal, die im Track als »Hündin« beschimpft wird, bedankte sich für die »Wahlwerbung«. Bardella kann sich gemäßig geben, wenn er den Künstlern Frauenfeindlichkeit und Antisemitismus vorwirft.

Ziel des Songs ist es, junge Menschen gegen rechts zu mobilisieren – also jene Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren, die im ersten Wahlgang mit 33 Prozent für den RN stimmte. Ob »No Pasarán« das erreicht, darf man bezweifeln. Florian Kappelsberger

Noch eine Runde auf dem Karussell

FILME Er ist wieder da. Axel Foley oder Axel F für seine Freunde, die noch zahlreich sein sollten, trotz seiner langen Abwesenheit. Als »Beverly Hills Cop« feierte er ab 1984 in großen Teilen der Welt sagenhafte Erfolge und machte seinen Darsteller Eddie Murphy zum Weltstar. Zwei weitere Filme folgten. Gerüchte über seine abermalige Rückkehr gab es immer wieder. Jetzt ist es so weit. Muss das sein? Muss, sagt Netflix. Dort nämlich, und nicht im Kino, ist der vierte Teil der Saga nun zu sehen. Der endlose Appetit der Abonnenten auf immer neue Ware will gestillt werden, denn wer nichts Neues findet, ist schnell kein Abonnent mehr. Dass das Neue dabei nicht zwangsläufig neu sein muss, vielleicht gar nicht sein sollte, ist längst nichts Neues mehr. Dieses Phänomen hat mit Netflix und den anderen Streamingdiensten zu tun, aber es geht weit darüber hinaus. Der Wiederverwurstungsapparat der Popkultur hat ein verheerendes Ausmaß angenommen. Axel F ist nur ein besonders markanter Wiedergänger der jüngeren Filmgeschichte. Doch der dazugehörige Film »Beverly Hills Cop« hat das Problem, dass er, anders als sein Hauptdarsteller, schlecht gealtert ist. Bei der Wiederbegegnung fragt man sich, wie ein solcher Klamauk weltweit mehr als 316 Millionen Dollar einspielen konnte. Man ahnt: Dieser schwarze Mann wirkte auf ein weißes Publikum durch seine Albernheit nicht bedrohlich, er war ein entsexualisierter Quatschmacher. Und gemeinsam mit dem ehrlichen Cop aus der Arbeitermetropole Detroit ließ sich trefflich lachen über die Schrullen der Reichen und Schönen. Klassismus war noch kein Begriff damals, aber »Beverly Hills Cop« zieht einen Großteil seiner Energie aus dem



»Beverly Hills Cop: Axel F«, USA 2024. Regie: Mark Molloy. Drehbuch: Will Beall u. a. Mit Eddie Murphy, Joseph Gordon-Levitt. Länge: 115 Minuten.

Verulken von Klassenunterschieden, aus dem befreienden Lachen über Ungleichheit. Das ist im neuen Film nicht anders. Im Grunde handelt es sich nicht um eine Fortsetzung, sondern um eine Neuverfilmung. Die Gags sind beinahe die gleichen, viele Sequenzen des Originals werden nachgestellt: die Impressionen aus Detroit, die Verfolgungsjagden, die Frotzeleien mit den Kollegen. Der eigentliche Fall ist wieder nachrangig, einzige interessante Neuerung ist Foleys entfremdete Tochter. Ansonsten will dieser Film nur eines: ungestört die nächste Runde drehen auf dem Nostalgiekarussell. Oliver Kaefer

Zeuge der eigenen Erfahrung

SACHBÜCHER James Baldwin, der am 2. August 100 Jahre alt geworden wäre, ist wie kaum ein anderer Autor des 20. Jahrhunderts gleichermaßen als Schriftsteller und als politischer Aktivist in Erscheinung getreten. Der Radiojournalist René Aguigah, Leiter des Ressorts Literatur beim Deutschlandfunk, hat nun einen kenntnisreichen und elegant formulierten Langessay veröffentlicht, der sich Baldwin, wie der Buchtitel nahelegt, vor allem als Figur des »Zeugen« nähert. Diese Zuschreibung erlaubt es Aguigah, die unterschiedlichen, phasenweise sogar unvereinbaren Lebens- und Arbeitsbereiche Baldwins miteinander zu versöhnen: das Engagement als Teil der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung und das Selbstverständnis als autonomer Romancier, dessen Werk sich keinesfalls als bloßer Kommentar zur politischen Lage verstehen will. Die aufreibende Existenz zwischen öffentlicher Rede und zurückgezogener literarischer Arbeit, die sich auch in den vielen Wohnortwechseln äußert, zwischen New York, Paris, Istanbul und Südfrankreich, wo Baldwin 1987 gestorben ist, lässt sich über die Kategorie der »Zeugenschaft« in Einklang bringen. »Ein großer Schriftsteller fungiert als unanfechtbarer Zeuge der eigenen Erfahrung«, schreibt Baldwin einmal über



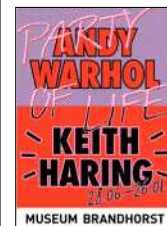
René Aguigah: »James Baldwin: Der Zeuge. Ein Porträt«. C. H. Beck, 230 Seiten; 24 Euro.

Shakespeare – ein Satz, der laut Aguigah auch als Selbstbeschwörung zu lesen ist, die gleichermaßen für die literarische und für die aktivistische Arbeit gilt. Die Aktualität Baldwins, der bereits seit einigen Jahren, vor allem durch den Dokumentarfilm »I Am Not Your Negro« von 2016, neue Aufmerksamkeit erlangt hat, hängt René Aguigah zufolge auch mit der doppelten Außenseitererfahrung des schwarzen und homosexuellen Schriftstellers zusammen. »Ist James Baldwin also ein Ahnherr von aktivistischen, akademischen oder künstlerischen Perspektiven«, die heute unter dem Begriff der »Intersektionalität« sich überkreuzende Diskriminierungsformen untersuchen? Diese Frage lässt sich immer wieder als roter Faden in Aguigahs Essay bestimmen, der zwei Qualitäten vereint: die umfassende Kenntnis über den beschriebenen Gegenstand und das Vermögen, diese Kenntnis so souverän und leichthändig auszubreiten, dass die Lektüre des Buchs nicht nur für Baldwin-Fans, sondern für alle interessierten Leserinnen und Leser ein Gewinn ist. Andreas Bernard

Kommerzielles Kontinuum

AUSSTELLUNGEN »Andy würde dir niemals ein schlechtes Gewissen machen, dass du dich verkauft.« Das hat die Sängerin Grace Jones einmal über ihren Freund Andy Warhol gesagt, und man kann annehmen, dass sich das Münchner Museum Brandhorst in seiner neuen Ausstellung »Andy Warhol & Keith Haring. Party of Life« davon hat leiten lassen: Zu gefällig kann es bei einer Doppelausstellung von zwei der kommerziellsten Künstler aller Zeiten anscheinend gar nicht zugehen. Über 120 Werke von Warhol und Haring, darunter Filme, Zeichnungen, bemalte

Autos und bedruckte T-Shirts, zeigt das Museum in der nach eigenen Angaben weltweit ersten umfassenden institutionellen Ausstellung zu den beiden. Mag die Zusammenstellung auch neuartig sein: Erhellend ist sie kaum. Warhol und Haring trennten altersmäßig zwar 30 Jahre, doch stilistisch und lebensweltlich bildeten die zwei Pop-Art-Superstars offenkundig ein Kontinuum. Was Warhol in den Sechzigerjahren in der New Yorker Subkultur künstlerisch begonnen hatte, nämlich die Unterscheidung von E- und U-Kultur aufzuheben und im Pop aufgehen zu lassen, führte Haring an Ort und Stelle in den Achtzigerjahren konsequent fort. Hatte Warhol mit seinen Suppenbüchsen-Bildern noch die Warenwelt auf die Leinwand geholt, produzierte Haring seine Kunst gleich für den Massenmarkt und verkaufte sie im eigenen »Pop Shop«. Brüche oder Streitereien gab es zwischen den befreundeten Künstlern nicht, jedenfalls wenn man der Darstellung der Ausstellung folgt. Private Fotos, die Warhol von Haring und dessen Partner Juan Dubose am Strand machte und die in München zu sehen sind, zeugen vielmehr von zärtlicher Verbundenheit. Alles eben eine »Party of Life«. Um das Verhältnis von Warhol und Haring kritisch zu fassen zu bekommen und neue Perspektiven zu eröffnen, hätte es wohl Impulsen von außerhalb ihrer Kreise bedurft. In der Show sucht man sie vergebens. Es gibt sie aber. Der Schriftsteller und Biograf Brad Gooch diskutiert in seiner kürzlich erschienen Biografie von Haring etwa, ob dessen Fixierung auf Stars und Kommerz seine Kunst letztlich zu Content degradiert habe. »Andy Warhol & Keith Haring: Party of Life« illustriert in ihrer Ambitionslosigkeit, dass es zumindest sehr leicht ist, Harings Kunst wie Content zu behandeln. Hannah Pilarczyk



»Andy Warhol & Keith Haring. Party of Life«. Bis zum 26. Januar 2025 im Museum Brandhorst, München.

DIE AMERIKANISCHE

IKONEN In einer auseinanderbrechenden Welt scheint Taylor Swift die Menschen über alle Gräben hinweg zu erreichen. Das hat sie zum größten Popstar des Planeten gemacht. Wie gelingt ihr das?

FREUNDIN



Swift-Fans mit
Freundschafts-
armbändern, Sängerin
Swift im Londoner
Wembley-Stadion



ie alle sind an diesem Abend ins Londoner Wembley-Stadion gekommen, Schauspieler Hugh Grant, »Barbie«-Regisseurin Greta Gerwig, die Hollywoodstars Tom Cruise, Liam Hemsworth, Ashton Kutcher und Mila

Kunis. Zusammen mit knapp 90.000 weiteren Menschen stehen sie auf den Rängen. Beim Konzert am nächsten Tag wird selbst Sir Paul McCartney da sein. Als Fan.

Unten auf der Bühne steht Taylor Swift. Steht da in einem rot glitzernden Bodysuit von Versace, der größte Popstar der Gegenwart, der berühmteste Mensch der Welt, nur ein paar Hundert Meter entfernt.

»It's you and me«, singt Swift, »that's my whole world.« Es sind die ersten Zeilen des Refrains von »Miss Americana & the Heartbreak Prince«, in dem es, wie oft bei ihr, um Liebe und Liebesleid geht. Zeilen, die sich heute bei diesem 105. Konzert ihrer weltumspannenden »Eras Tour«, die im Juli nach Deutschland führen wird, auch anders lesen lassen: Ihr und ich, das ist meine ganze Welt.

Die Swifties, so nennen sich ihre Fans, können sich auf sie verlassen, Taylor nimmt sich Zeit für sie, drei Stunden und 25 Minuten wird die Show dauern, 45 Songs umfassen und einmal durch die verschiedenen Schaffensphasen der Sängerin, die titelgebenden »Ären«, führen. Madonna musste 65 Jahre alt werden, bevor sie ihr Lebenswerk zum Thema einer Tour machte. Taylor Swift ist 34 Jahre alt. Auch wenn sie schon elf Alben veröffentlicht hat, kann es einem so vorkommen, als hätte sie gerade erst angefangen.

»Eras« ist die erfolgreichste Tournee aller Zeiten. Mehr als eine Milliarde Dollar hat sie bereits eingespielt. Die Ticketpreise rangieren zwischen unter 100 und über 1000 Euro. Trotzdem sind alle Konzerte seit Monaten ausverkauft. Der Film über die Tour, den Swift im vergangenen Herbst in die Kinos brachte, ist schon jetzt der erfolgreichste Konzertfilm, den es jemals gab.

Die Outfits, die sie auf der Tour trägt, funkeln, es sind Spezialanfertigungen von Donatella Versace, Roberto Cavalli oder Vivienne Westwood. Die Swifties glitzern zurück, nur eher günstig. Sie tragen Paillettenkleider in Pink, Grün gelb, Silber und Gold, Paillettenjacken, Paillettenröcke, Paillettentops. Auch ihre Armbänder leuchten, sie haben sie beim Einlass erhalten, sie reflektieren das, was auf der Bühne passiert: Zu schnellen Stücken zittern sie im Zeitraster, zu Balladen pulsieren sie langsam und rötlich, zum Song »Lavender Haze« leuchten die Bänder violett, wie der Mantel von Oscar de la Renta, den Swift trägt. Die Verbindung zum Londoner Publikum an diesem Abend ist spürbar.

Taylor Swift liebt London. Einige ihrer Boyfriends waren Briten. Als sie mit dem Schauspieler Joe Alwyn zusammen war, lebte sie eine Weile hier. Die britische Hauptstadt kommt immer wieder in ihren Songs vor.

Aber all diese Beziehungen sind gescheitert. »So Long, London« heißt deswegen eines der zentralen Stücke auf ihrem neuen Album »The Tortured Poets Department«, ein Abschiedslied. Zurückzukommen und hier zu spielen, so tickt Swift auch, heißt, der Stadt und sich selbst etwas zu beweisen.

Am Tag vor dem ersten von drei Junikonerten in London spielen die Soldaten vorm Buckingham Palace zum Wachwechsel Taylor Swifts Hit »Shake It Off«. Prinz William und zwei seiner Kinder sind am Abend selbstverständlich ebenfalls beim Konzert, vor der Show macht Swift mit ihnen ein Selfie. Es gibt ein lustiges Video, wie William zu »Shake It Off« tanzt, Swifts wohl größtem Hit.

ALS DIE JUNGE KÖNIGIN Elizabeth und ihre Schwester Margaret 1963 einen Auftritt der Beatles besuchten, sagte John Lennon von der Bühne aus den Satz: »Die Leute auf den billigen Plätzen klatschen bitte in die Hände. Der Rest kann einfach mit dem Schmuck rasseln.« Es war die klassische Rockstarpose: Der Rebell spottet über die Macht und lässt sich von ihr dafür bejubeln.

Taylor Swift hingegen? Macht ein Selfie. Hier geht es nicht um Rebellentum. Die Royal Family ist ohne die an Krebs erkrankte Princess of Wales gekommen, und das Foto handelt von Nähe, von Vertrauen, davon, einer Familie in Not das Gefühl zu geben, dass sie nicht allein ist. Von Königin Taylor zu Thronfolger William.

Auch im Bild übrigens: Swifts persönlicher Prinz, Travis Kelce, 34, Footballspieler bei den Kansas City Chiefs, die in diesem Jahr den Super Bowl gewonnen haben, den wichtigsten Pokal im amerikanischen Sport. Die Aufmerksamkeit, die Kelce neuerdings bekommt, stellt allerdings selbst das größte Fernsehspektakel der Vereinigten Staaten in den Schatten, aber dazu später.

Natürlich gibt es angesichts all der Superlative auch Spott. »Wo ist Taylor Swifts »Billie Jean«?«, fragte Neil Tennant, Sänger der Pet Shop Boys, vor einigen Wochen in einem Interview und meinte damit den Song, der Michael Jackson unsterblich gemacht hat. Swifts Musik sei »enttäuschend«, fügte er hinzu. Tatsächlich stimmt: Taylor Swift hat bislang keinen Welthit vorgelegt, den jeder Mensch auf diesem Planeten nach zwei Takten erkennt und mitsummen könnte, auch wenn der britische Thronfolger zu »Shake It Off« tanzt.

Mit einer anderen Sache hat Tennant ebenfalls recht: Wer über Swift spricht, spricht über die Michael-Jackson-Liga – Elvis, die Beatles oder eben Madonna. Kurz nach dem »Guardian«-Interview mit Tennant waren die ersten 14 Plätze der amerikanischen Single-Charts von Taylor-Swift-Songs besetzt. Das gab es noch nie. Die Beatles waren einmal gleichzeitig auf den ersten 5 Plätzen. Aber die Top 14 alle von einer Person?

Nun ließe sich einwenden: Seit Streams gezählt werden, funktionieren die Charts an-

ders als früher. Früher wurden nach und nach einzelne Singles ausgekoppelt, um die Albumverkäufe zu befeuern. Wenn heute heiß erwartete Alben erscheinen, schießen alle möglichen Songs dieser Platten gleichzeitig in die Hitlisten – und blockieren die oberen Plätze. Doch Swift ist nicht nur als Recording Artist so erfolgreich. Als der Verkauf für die amerikanischen Termine ihrer Tour begann, brach die Website des Konzertveranstaltungsgiganten Ticketmaster zusammen, weil es 14 Millionen Anfragen nach einer Karte gab. Das wären vier Prozent aller Amerikaner. »Wir hätten 900 Stadien ausverkaufen können«, sagte ein Beteiligter damals.

Elvis, die Beatles, Madonna und Michael Jackson also. Musiker, die eine Ära verkörpern. Elvis' große Momente waren mit dem Auftauchen eines neuen Subjekts verbunden: des Teenagers, der die Zumutungen der Nachkriegswelt abschütteln wollte.

Die Beatles erfanden die Band, das Prinzip der Jungsgruppe, das die Gegenkulturen der kommenden Jahrzehnte prägen sollte. Sie gaben Großbritannien, einem Land, das gerade seine Kolonien verloren hatte, die alte Weltgeltung zurück – allerdings nicht politisch, sondern kulturell. Michael Jackson führte die große Kunst des schwarzen Pop in den weißen Mainstream. Madonna verband Sex, Feminismus und Erfolg.

Wofür steht Taylor Swift? Auf welche Art ist es ihr gelungen, zur neuen Alleinherrsche-



Popstar Swift bei Auftritt in London

rin des Pop zu werden? Wer ist die Frau, auf die sich in auseinanderfallenden Zeiten alle einigen können?

ZEHN KILOMETER SÜDLICH des Wembley-Stadions, an einem typischen Londoner Nicht-Ort zwischen Starbucks und einem Pub mit etwas Royalem im Namen, versinkt Popsängerin Griff in einem Ledersofa. Sie ist in die Räume ihres Managements gekommen, das auch Ed Sheeran vertritt, hat die Hände ruhig ineinandergefaltet. Griff heißt eigentlich Sarah Faith Griffiths und kommt aus einem kleinen Ort nordwestlich von London, sie ist 23, und der Auftritt in vier Tagen wird wohl der größte ihres bisherigen Lebens.

Swift hat sie persönlich ausgewählt. Sie wird vor ihr als Support-Act im Wembley-Stadion spielen. »Sobald ich daran denke«, sagt Griff, »werde ich nervös, selbst jetzt. Also versuche ich, nicht daran zu denken.« Sie wolle proben in den kommenden Tagen, allerdings nicht im Stadion. Wembley ist Swift-Zone. Griff hört die Musik von Taylor Swift seit ihrem achten Lebensjahr, als ihr jemand einen iPod Shuffle mit Swifts Album »Fearless« in die Hand gedrückt hat. Die Musik auf dem iPod war anders als das, was sie bis dahin von ihrem Vater kannte, Stücke von Stevie Wonder, Mary J. Blige oder Michael Jackson. Hier sang eine junge Frau über Mädchenzeugs, die Songs waren leichter nachzuspielen als die Septakkorde bei Stevie Wonder.

Nächste Woche erscheint Griffs erstes eigenes Album. Taylor persönlich hat über das Titelstück im September vergangenen Jahres in einer Instagram-Story geschrieben »damn griff i love this one«. Als Griff das gesehen hat, habe sie sich aufs Bett geschmissen und in ein Kissen geschrien. Bei Spotify hat der Song mittlerweile mehr als 25 Millionen Streams.

Ende 2020 hat die damals 19-jährige Griff ihre Coverversion des Swift-Songs »Exile« bei YouTube hochgeladen. Swift muss es irgendwie gesehen haben und twitterte über Griffs Version: »absolutely love this«. Und im Mai 2021, bei den Brit Awards, den britischen Grammys, wo Griff als »Rising Star« ausgezeichnet wurde, bekam sie Blumen in die Garderobe geschickt. Das Kärtchen war unterzeichnet mit »your friend Taylor«. Später traf Griff ihr Idol. Über das Treffen mit Taylor sagt sie: »Es fühlte sich an, als würde ich mit einer Freundin sprechen.«

Es ist oft schwierig, die Geschichte oder eine Ära zu sehen, während man noch in ihr steckt. Aber vielleicht ist Taylor Swift genau das: die amerikanische Freundin.

Überall in der westlichen Welt rätseln Soziologen und Politikwissenschaftler darüber, was es mit all den Streitereien und Zerwürfnissen auf sich hat, die Familien spalten, Freundeskreise sprengen, Menschen verzweifeln lassen und sie häufig radikalisierten. Gefühlt verbringen alle zu viel Zeit in den sozialen Netzwerken, leiden unter der Einsamkeit,

die damit einhergehen kann, Taylor Swift arbeitet am Gegenteil. Freundschaft. Gemeinsamkeit. Nähe.

In ihren Songs und Shows ist sie eine begnadete Geschichtenerzählerin, und ihre Geschichten drehen sich um sie, erzählen von ihrem eigenen Leben. Sie teilt diese Geschichten wie Geheimnisse, streckt die Hand aus, sie, die echte Freundin zwischen all den Online-Friends und -Followern.

Möglicherweise sind Elvis, die Beatles, Michael Jackson und Madonna auch nur halb gute Vergleiche. Vielleicht passt der Blick auf Bob Dylan besser. Der lief sein halbes Leben lang vor dem Missverständnis davon, er sei die Stimme einer Generation – bis seine Fans schließlich akzeptierten, dass die Stimme in den Songs nicht unbedingt die des leiblichen Menschen Bob Dylan ist.

Bei Taylor Swift verhält es sich andersherum. Sie hat nur ein Thema: sich selbst. Die Heldenreise ihres Lebens, ihre Erlebnisse, Gefühle, Zweifel, ihre Selbstermächtigung.

Darin findet sich die halbe Welt wieder.

Es ist unmöglich, an Taylor Swift persönlich heranzukommen. Das letzte große Interview gab sie im vergangenen Dezember dem »Time«-Magazin, das sie zur »Person des Jahres« erklärt hatte, eine der größten Ehren, die es im amerikanischen Journalismus gibt – die Auszeichnung ging zuvor an Wolodymyr Selenskyj, Elon Musk, Greta Thunberg und Joe Biden. Den amerikanischen Präsidenten zu treffen ist leichter, vor Swifts »Time«-Interview gab es vier Jahre lang keins.

Superstars wie Swift brauchen die großen Medien heute nicht mehr. Über die sozialen Netzwerke können sie ihre Fans direkt erreichen, vor allem über Instagram. Taylor Swift hat dort 283 Millionen Follower. Hinzu kommt der überdrehte Celebrity-News-Cycle im Internet, der niemals ruht. Wenn in Los Angeles die Sonne untergeht, beginnt in London langsam der Tag. Warum sich also die Mühe machen, mit den alt gewordenen Musikjournalisten der großen Medien zu sprechen, wenn sie ihr Bild selbst steuern kann? Rihanna, Beyoncé, Adele – alle machen es so.

Sie gehören zu einer neuen Generation weiblicher Popstars, die die Fäden ihrer Karriere selbst in der Hand halten und keine Marionetten der Plattenindustrie mehr sind. Sie schreiben ihre Songs, choreografieren ihre Shows, kontrollieren das Geschäft.

Swifts Abschottung ist aber auch im Vergleich mit anderen Superstars extrem. Universal Deutschland, immerhin der größte Musikkonzern im viertwichtigsten Musikmarkt der Welt, ist nicht in der Lage, für den SPIEGEL auch nur eine Karte für eines der Taylor-Swift-Konzerte zu bekommen. Das wäre eigentlich eine Selbstverständlichkeit für Journalisten, die berichten. Aber weder für Swifts Shows in Paris noch für die in London, auch nicht für Gelsenkirchen ist etwas zu machen. Wer mit der PR-Abteilung des Konzerns spricht, kann den Eindruck gewinnen, dass es sogar unklar ist, ob die



SPIEGEL-PLAYLIST

IN 10 SONGS DURCH 18 JAHRE

Taylor Swift ist für manche der Popstar ohne den einen Radiohit. Aber stimmt das? Ein Guide durch die Höhen und Tiefen der Musikkarriere der Sängerin und Songwriterin.

»TIM MCGRAW« (2006)

Taylor Swifts Debütsingle hat schon alles, was ihr Songwriting bis heute prägt: Der Text der Countryballade erzählt von einer Sommerromanze, die Stimmung der Short Story ist nostalgisch, wird aber durch einen griffigen Refrain vor allzu viel Schwere bewahrt. Swift war erst 16 Jahre alt, als sie den späteren Radiohit veröffentlichte, dennoch spricht aus ihm bereits ihr Erfolgsanspruch: »When you think Tim McGraw, I hope you think of me«, heißt es darin – immer wenn man ab sofort an Tim McGraw denke, einen damals sehr populären Countrystar, denke man nun hoffentlich auch an sie, das aufstrebende Sternchen. Von McGraw spricht heute kaum noch jemand, während Swift ein Weltstar ist.

»LOVE STORY« (2008)

Es gibt wohl keinen Song von Taylor Swift, der häufiger auf Hochzeiten gespielt wird. Kein Wunder: »Love Story« erzählt William Shakespeares »Romeo und Julia« nach, wechselt aber gegen Ende nicht nur überraschend die Tonart, sondern führt die tragische Romanze zu einem Happy End. Passend dazu inszeniert sich Swift im Musikvideo als Disney-Prinzessin. Mit seinem zupackenden Refrain ist »Love Story« nicht nur einer der lyrisch und musikalisch nachhaltigsten Swift-Songs, in ihm findet sich auch schon die große romantische Verheißung, die in ihren späteren Liebesliedern anklingt und dann oft unerfüllt bleibt. »Love Story« ist die Blaupause der mädchenhaften Hoffnung, dass irgendwann doch noch der Richtige mit dem Heiratsantrag kommt.

»LONG LIVE« (2010)

Als Taylor Swift vor den Europashows ihrer »Eras Tour« die Setlist änderte, gab es einen Aufschrei der Fans. Um Platz für die Songs ihres neuesten Albums »The Tortured Poets Department« zu schaffen, hatte Swift »Long Live« aus dem Programm genommen, einen Song, den sie zu Beginn ihrer Karriere geschrieben und unter anderem ihren Fans gewidmet hatte. Im Laufe der Jahre wurde »Long Live« zu einer Hymne der Swifties, die sie bei den Konzerten lauthals mitsingen. Schon mit 23 hatte Swift das Verhältnis zu ihren Fans als »längste und beste Beziehung« beschrieben. Heute ist klar: Das waren erst die Anfänge. Auch wenn Swift mit keinem weiteren Lied so offen ihren Fans dankt,

sehen Swifties in den zusätzlichen Songs ihrer neu veröffentlichten »Taylor's Version«-Alben Geschenke ihres Stars an die Fans, allen voran eine zehnminütige Version von »All Too Well«.

»ALL TOO WELL« (2012)

Die Liste von Swifts Ex-Freunden ist lang, und die Spuren, die sie hinterlassen haben, finden sich in ihren Songs. Keines dieser Ex-Freund-Lieder ist allerdings so niederschmetternd großartig wie »All Too Well« über die gescheiterte Beziehung zu dem Schauspieler Jake Gyllenhaal, mit dem Swift 2010 für ein paar Wochen zusammen war. »All Too Well« ist ein perfekt konstruierter Trennungssong und gleichzeitig Taylor Swift in einem Lied: Wie fast immer erzählt sie von sich, wie so oft kommt ein mittelguter Witz vor, Feminismus gibt es auch (»Fuck the patriarchy!«) – alles erzählt als atemlos vorgetragene Verletzungsgeschichte, die nur Verlierer kennt. Gyllenhaal mag den Song übrigens, ihn zu hören, sei eine »bittersüße Erfahrung« gewesen, behauptet Swift, wie ein Bild aus dem Fotoalbum seiner Erinnerungen. Weitere Songs aus Swifts Subgenre »Ex-Freund-Abrechnungen«: »The Smallest Man Who Ever Lived« (Matty Healy), »So Long, London« (Joe Alwyn), »I Knew You Were Trouble« (Harry Styles), »Mr. Perfectly Fine« (Joe Jonas), »Dear John« und »Would've, Could've, Should've« (John Mayer).

»SHAKE IT OFF« (2014)

Taylor Swift hat nicht den einen Welthit, den wirklich jeder kennt, kein »Billie Jean«, wie Pet Shop Boy Neil Tennant anmerkte. »Shake It Off« aber kommt »Billie Jean« am nächsten. Ihre erste Nummer-eins-Single in den USA hatte Swift zwar bereits gut zwei Jahre zuvor mit »Never Ever Getting Back Together«, doch mit dem von Max Martin mitproduzierten lupenreinen Popsong »Shake It Off« kappte sie endgültig ihre Countrywurzeln und kam damit erneut an die Spitze der Charts. Ihr fünftes Studioalbum »1989«, auf dem »Shake It Off« enthalten ist, markierte Swifts endgültige Selbstermächtigung: All die »hater«, die »heartbreaker« und »faker«, singt sie, schüttelte sie einfach ab. Auf dem Album finden sich auch einige der ersten Songs, die Swift mit Jack Antonoff schrieb, seither ihr Haus- und Hof-Produzent.

»LOOK WHAT YOU MADE ME DO« (2017)

»The old Taylor can't come to the phone right now«, singt Taylor Swift in »Look What You Made Me Do« und fragt: »Why?« Sie antwortet sich in dem Song gleich selbst: »Oh, 'cause she's dead.« Die alte Taylor könne gerade nicht ans Telefon kommen, sie sei tot, heißt es in der ersten Single ihres sechsten Albums »Reputation« aus dem Jahr 2017. Der Song stand nicht nur für den Tod der alten Taylor, sondern auch für ihre Wiedergeburt – als Vamp, der nach Vendetta schreit. »Look What You Made Me Do« ist ein Rachesong, der sich gegen die Swift-Antagonisten Kanye West und dessen damalige Ehefrau Kim Kardashian richtet. Sieben Jahre später nimmt Swift den Kardashian-Diss-Faden dann erneut auf: Im Song »thank you aMee«, mit den Buchstaben KIM als Versalien hervorgehoben, wendet sie sich offensichtlich an Kim Kardashian. Manche mögen diese Anspielungen der 34-jährigen Swift referenziell interessant finden, andere wiederum kindisch.

»ME!« (2019)

»ME!« hat den Ruf, einer der schlechtesten Songs von Taylor Swift zu sein. Zu Recht. Weder Fans noch Kritiker waren von der ersten Single ihres siebten Albums »Lover« aus dem Jahr 2019 begeistert. Einige Swifties fanden die Passage »Hey kids, spelling is fun!« sogar cringe. Swift reagierte auf die Kritik, entfernte die Zeile. Das größte Problem von »ME!« ist allerdings, dass er keine Aussage hat, die große Geschichten-erzählerin sagt in dem Song geradezu nichts. Swift, die normalerweise gut darin ist, über sich selbst zu schreiben und ihre eigenen Schwächen zu reflektieren, scheitert in »ME!« daran. In späteren Songs wie »Anti-Hero«, »Mastermind« und »Who's Afraid of Little Old Me?« gelingt es ihr dann fantastisch.

»LOVER« (2019)

Taylor Swift hat einige Liebeslieder geschrieben, aber ihr Love-Song-Meisterwerk ist »Lover«. Anders als die aus Sicht eines Girls erzählte »Love Story«, die Swift sich viel früher ausdachte, ist »Lover« perfektes Coming-of-Age. Sie habe einen Song schreiben wollen, der »auf einer Hochzeitsfeier 1980 oder 1970 oder jetzt« laufen könnte, hat Swift mal über »Lover« gesagt. Diese Zeitlosigkeit hört man ihm an. Der Song hat Patina und Grandezza, der klam-

me Hall auf der Snare, die wie aus Paul McCartneys Kopf rauskopierte Basslinie, der große Bogen, den die Gesangsmelodie im Refrain zieht, das wirkt elegant, elaboriert und fast erwachsen. Aber eben nur fast, wie auch die Zeile »We could leave the Christmas lights up 'til January / And this is our place, we make the rules.« Das Szenario: Ein junges Paar ist frisch bei den Eltern aus- und zusammengezogen, jetzt können die beiden machen, was sie wollen. Sie könnten etwa die Weihnachtsdekoration bis in den Januar stehen lassen. Eine kleine Rebellion, ein unschuldiger Akt, eine erste Liebe.

»TEENAGE LOVE TRIANGLE« (2020)

Auf »Folklore«, ihrem achten Album und Meisterwerk, das während des Corona-Lockdowns entstanden ist, hat Taylor Swift nicht nur einen neuen, folkig-intimen Sound gefunden, sondern sich auch von ihren alten Erzählmustern gelöst. Viele Songs haben nichts mit ihrem Leben zu tun. Etwa das »Teenage Love Triangle«, bestehend aus den Songs »Betty«, »August« und »Cardigan«, die eine jugendliche Dreiecksgeschichte von zwei Mädchen und einem Jungen erzählen, jedes Stück aus der Perspektive eines Beteiligten. Dies sind Songs, die funktionieren wie Short Stories. Was bei Swift immer schon angelegt war, tritt in den Vordergrund: Sie könnte auch Schriftstellerin sein.

»THE BLACK DOG« (2024)

Nachdem Taylor Swift am 19. April 2024 ihr neuestes Album »The Tortured Poets Department« mit »The Black Dog« über einen Ex-Lover (vielleicht Joe Alwyn, vielleicht Matty Healy, die beide aus London kommen) veröffentlicht hatte, schwärmten Swifties aus, um zu recherchieren, welche Bar genau gemeint sein könnte. »And so I watch as you walk into some bar called The Black Dog«, hieß es in dem Song – und so steht es auf einer Kreidetafel, neben der Ende Juni zwei junge Frauen für ein Foto posieren. Sie sind nicht die einzigen Amerikaner hier. Eddie aus Philadelphia sagt, er wolle sich Swift nahe fühlen, darum sei er zum »Black Dog« gekommen, einem Pub in Südlondon, vor dem die Kreidetafel steht und der bis zum 19. April einfach nur ein Pub war, der süßes Lager und solide Fish and Chips verkauft. Jetzt ist er eine Pilgerstätte für Popjünger. »The Black Dog« ist ein Beispiel für Swift-Zeilen, die sich dank der Fans verselbstständigen – wie bei den Freundschaftsarmbändern, die Swifties gern tragen und die auf den Song »You're On Your Own, Kid« zurückgehen.



1 Wand in Swifts Jugendzimmer 2008 **2** Teenager Swift 2008
3 Als Sängerin der Nationalhymne vor einem Basketballspiel in Philadelphia 2002

Anfragen im Swift-Lager überhaupt wahrgenommen werden.

Swift schirmt sich perfekt ab. In London ist – allen Bemühungen der ansonsten immer bestens informierten britischen Boulevardmedien zum Trotz – nicht einmal bekannt, in welchem Hotel sie wohnt. Sie hat sich wohl außerhalb in einem Landsitz einquartiert, aber fährt sie nach der Show wirklich zweieinhalb Stunden, um ins Bett zu kommen? Dem 23-jährigen Studenten Jack Sweeney drohte Swift mit einer Klage, als er aus seiner Studentenbude mehrfach die Bewegungen von Swifts Privatjet mit einem Computerprogramm nachverfolgte.

Wo bringt diese Künstlerin, deren Erfolg darauf basiert, Intimität herstellen zu können, in der permanenten Ausnahmesituation ihres Lebens eigentlich so etwas wie ein Leben unter, zwischen den Luxushotels, Privatjets, Aufnahmestudios, Backstageräumen und dem Gym? Woher stammen die Erfahrungen, aus denen heraus diese Songs entstehen, in denen sich Millionen Fans wiederfinden?

Es dürfte nur wenige Menschen geben, die Swift so gut kennen wie Jack Antonoff. Seit ihrem Album »1989«, das sie 2014 veröffentlicht hat, ist der heute 38-Jährige ihr Produzent. Ein großer Teil von Swifts Songs ist seitdem in Zusammenarbeit mit ihm entstanden.

ES IST DREIEINHALB MONATE vor der Show in London, Anfang März, und Antonoff wartet in den New Yorker Electric Lady Studios, wo er mit Swift schon viele Songs aufgenommen hat. An diesem Tag spielt sie allerdings gerade eine ihrer Shows in Singapur (wo der Premierminister ihr wahrscheinlich mehrere Millionen Dollar extra dafür gezahlt hat, damit

sie die Nachbarstaaten auslässt. Es kam deswegen zu Rangeleien mit Thailand).

Antonoff sitzt auf einem weichen Sofa, löffelt noch ein wenig Essen aus einem Take-away-Behälter, bevor er sich erhebt und den ihm bislang nicht bekannten SPIEGEL-Reporter zur Begrüßung umarmt. Antonoff gilt als einer der freundlichsten Typen im Musikgeschäft. Er arbeite wie ein Therapeut, hat die »New York Times« einmal über ihn geschrieben. Wenn er jemanden in sein Studio hole, beginne er mit einer Frage wie: »Was ist das Schlimmste, was dir je passiert ist?« Antonoff nennt das »excavating«, ein Wort, mit dem Archäologen das Freilegen seltener Schätze beschreiben. Er soll auch vieles bei Taylor Swift freigelegt haben.

Das Gespräch dreht sich zunächst um seine eigene, mittelerfolgreiche Band Bleachers, dann darüber, was seine Arbeit als Musiker und Produzent ausmacht. Als der SPIEGEL erwähnt, dass man auch ein paar Fragen zum Phänomen Taylor Swift habe, kippt die Stimmung. Er bricht das Gespräch ab.

Vielleicht war die Information, dass es auch um Swift gehen soll, im Vorfeld nicht bei ihm gelandet. Aber sein Verhalten ist dennoch bemerkenswert. Erst fährt der sonst so freundliche Antonoff seinen Manager an, dann greift er das iPhone des Reporters, um die Aufnahme zu löschen. Nichts aus dem Gespräch dürfte verwendet werden.

Möglicherweise geht es nicht anders, wenn man heute ein Superstar von Swifts Größe ist. Aber all die Intimität, die sie verkörpert, die Wärme und das freundschaftliche Vertrauen, das Fans bei ihr finden – es funktioniert nur, weil Camp Swift rigoros das Image kontrolliert. Aus diesem Hofstaat, zu dem

FREUNDE

1 | Popstar Swift (4. v.l.) mit Freundinnen Ruby Rose (2. v.l.), Lively (3. v.r.), Delevingne (2. v.r.) 2016 2 | Mit Lebensgefährte Kelce (r.) 3 | Mit Partner Kelce (r.), Prinz William und dessen Kindern George und Charlotte 4 | Sängerin Griff



auch Antonoff gehört, dringt kein Wort ohne die Erlaubnis der Königin nach außen. Sogar ihr engster Mitarbeiter ist zum Schweigen verdammt.

»Es kann für jemanden, der so viel Aufmerksamkeit bekommt, ganz schön verrückt werden«, erzählte auch Swifts neuer Lebensgefährte Kelce, seines Zeichens immerhin Footballstar, seinem Bruder in dessen Podcast. »Alles, was sie tut, wird zur Schlagzeile.« Nicht einmal er könne die Öffentlichkeit »in sein Privatleben einweihen«.



Tatsächlich gibt diese Privatheit Swift erst den Raum, der ihre Musik ermöglicht. So sehen es zumindest die Fans. In Paris, wo ein auf Celebrities spezialisierter Twitter-Account verrät, dass Swift in der Woche ihrer Shows im Mai im luxuriösen Hôtel de Crillon wohnt, campieren keine Swifties vor dem Haus. Er würde das niemals tun, erklärt ein amerikanischer Fan in Paris. »Es ist ein Geben und Nehmen, weil Taylor so offen mit ihrem Leben umgeht«, sagt er.

Ein interessanter Deal. Swift gibt den Swifties in ihren Songs Auskunft über ihre Befindlichkeit. Die Fans gestatten ihr dafür etwas Rückzug. Damit neue Songs entstehen können.

Taylor Swift kommt aus gutem Hause. Ihre Großmutter war Opernsängerin, ihr Vater Finanzberater für die Investmentbank Merrill Lynch, bevor er sich um die Geschäfte seiner Tochter kümmerte, auch der Großvater war schon in der Finanzindustrie. Den genderneutralen Vornamen bekam Taylor von ihrer Mutter, die wollte, dass ihre Tochter eines Tages in der Finanzwirtschaft arbeitet, und zu vermeiden suchte, dass die Bewerbungen abgelehnt würden, nur weil sie ein Mädchen ist.

Kein typisches Popstarleben also. Taylor muss sich nicht aus kleinen Verhältnissen nach

ganz oben durchboxen wie Madonna. Sie wächst nicht in einem dieser eintönigen Suburbia-Haushalte auf, denen man durch groß angelegte Rebellionen den Rest seines Lebens zu entkommen sucht. Die Taylor-Swift-Geschichte ist die des begabten Kindes, das bestmögliche Förderung bekommt. Die Swifts sind aber auch keine Eislaufeltern, die ihre Tochter in den Erfolg zwingen. Den will Taylor von ganz allein.

Viele Künstler leben davon, stets falsche Entscheidungen zu treffen, gegen Wände zu laufen und daraus ihre Kunst zu entwickeln. Bei Swift ist es andersherum: Nicht sie macht die Fehler, es sind die anderen.

Ob es die Mädchen sind, die sich in der Schulkantine von ihr wegsetzen. Oder später der Rapper Kanye West, der sie 2009 bei den MTV Video Music Awards auf offener Bühne dastehen lässt wie ein dummes Mädchen. Es ist einer der großen Popskandale der vergangenen 20 Jahre. West stürmt auf die Bühne, als Swift der Preis für das Best Female Video überreicht wird, reißt ihr das Mikrofon aus der Hand und sagt, den Preis hätte eigentlich Beyoncé bekommen sollen. Der Award ist die erste große Auszeichnung für Swift, sie ist 19 Jahre alt, ihre Fassungslosigkeit ist ihr anzusehen. Hilflös steht sie da. Auch als sie Stunden später über die Szene sprechen soll,

fällt es ihr schwer, einen geraden Satz zu sagen. Es ist sehr laut im Saal, Menschen schreien und klatschen. Sie habe das damals allerdings auf sich bezogen, sagt Swift später in einem Interview. Sie habe geglaubt, sie werde ausgebuht.

Es ist eine Urszene des heutigen Pop. West, der bis dato eigentlich als einer der klügeren Rapper galt, entwickelt sich von da an zum Bösewicht – und ist nach antisemitischen Ausfällen und öffentlich bekannter Sympathie für Adolf Hitler mittlerweile ein Outcast der Musikwelt. Swift wird das, was sie heute

ist: die, die alles richtig macht. Die, die sich die richtigen Freunde sucht, um sich zu schützen. Und die keine Verletzung vergisst.

Denn die Geschichte geht weiter. West bringt 2016 den Song »Famous« heraus, in dem er Swift als »bitch« bezeichnet, die er berühmt gemacht habe und mit der er deshalb noch Sex haben könnte – eine Zeile, die er mit ihr abgesprochen habe, behauptet er. Was Swift bestreitet. Wests damalige Frau Kim Kardashian leakt Monate später einen Mitschnitt des Telefonats als vermeintlichen Beweis: Swifts erster Karriereknick, sie steht als Lügnerin da. Zu Unrecht, wie sich herausstellt, als das ganze Telefonat öffentlich wird: Der Mitschnitt war sinnentstellend gekürzt.

Kardashians Verhalten habe sie an den Rand einer Depression gebracht, sagt Swift Jahre später, »ich bin wirklich sehr, sehr tief gefallen«. Ihr Album »Reputation« von 2016 kreist unter anderem um diesen Konflikt. Noch auf »The Tortured Poets Department« sind zwei Stücke, die sich offensichtlich gegen Kardashian richten, die in den Tagen nach dem Erscheinen Hunderttausende Follower auf Instagram verliert. Wer sich mit Swift anlegt, kann mit keiner Rücksicht rechnen.

Das gleiche Muster gilt im Interessenskonflikt mit Musikmanagern. Immer wieder sind es die anderen, die sich falsch verhalten. Tay-

lor Swift muss sich wehren. Und sie wehrt sich: 2014 nimmt sie ihren gesamten Katalog von der Streamingplattform Spotify zurück, weil sie die Vergütungsregeln für unfair hält. Auch mit Apple Music legt sie sich an, die den Künstlern in den ersten drei Monaten der Probezeit von Neuabonnenten kein Geld zahlt. Apple gibt nach, Spotify nicht. Es ist kein linksradikaler Punkrockmusiker, es ist das Mädchen aus gutem Haus, das die Konzerne angeht.

Zum größten Konflikt kommt es 2019, als ihr Entdecker Scott Borchetta seine Firma samt den Masteraufnahmen von Swifts ersten sechs Alben für 330 Millionen Dollar an einen Musikmanager namens Scooter Braun verkauft. Der hat sein Geld mit Justin Bieber verdient, aber auch Kanye West betreut. Ein »worst case scenario«, schreibt Swift damals. Es beginnt eine spektakuläre Machtprobe. Als Braun die Rechte anderthalb Jahre später weiterverkauft, fängt Swift an, ihre Alben noch einmal aufzunehmen und mit neuem Artwork erneut herauszubringen. »Taylor's Versions« schneiden den alten Aufnahmen den Wert ab.

Interessant ist die Art, wie Swift ihre Verteidigung verkauft: Immer tritt die junge Frau, der Unrecht getan worden ist, gegen die Herrschaften an, deren Zeit abläuft. Dafür ist es fast gleichgültig, ob Swift im Recht ist. Nichts schweißt junge Frauen so zusammen wie das Gefühl, von älteren Männern an etwas gehindert zu werden.

Überzeichnet verarbeitet sie solche Erfahrungen im Video zu ihrem Song »The Man« aus dem Jahr 2019: Darin sieht man einen Mann, dem es nur ums Geld geht, sich in der U-Bahn herumfläzen, auf einer Luxusjacht Bedienstete anschauen, toxische Männlichkeit in Perfektion personifizieren. Der Clou: Swift spielt den Mann selbst.

DAS GEFÜHL, ungerecht behandelt zu werden, und der Wunsch, dagegen anzugehen, es der Welt zu zeigen: Das ist das eine Lebensthema der Künstlerin Taylor Swift.

Das andere ist: schreiben. Swift fängt früh an, Tagebuch zu führen. Im Artwork ihres Albums »Lover« kann man ein paar der alten Seiten sehen, beschriftet mit den Erlebnissen des Tages, vollgeklebt mit Fotos. Sie schreibt auch Geschichten, es soll sogar einen Roman geben, den sie verfasst hat. Er handelt wohl von einer Mutter, die, obwohl sie einen Jungen wollte, ein Mädchen bekommt, das Werk soll bis heute im Besitz von Swifts Eltern sein. Swift bekommt eine Gitarre, und von da an fließen ihre Gedanken, Gefühle und Geschichten in Songs.

Es gibt erstaunlich wenig Videos von der jungen Taylor Swift, obwohl sie als Kind und Jugendliche häufig auftritt, gern vorzeigeamerikanisch vor Basketballspielen, wo sie die Nationalhymne singt. Einmal, da ist sie zwölf Jahre alt, singt sie »America the Beautiful« bei den US Open, davon gibt es eine Aufnahme. Man sieht ihr den Stolz an, sie hält den Ton, aber ein klein wenig kann man schon

Das System Taylor Swift

Ausgewählte private und berufliche Beziehungen der Popkönigin

privat

Viele von Taylor Swifts Freunden und Bekannten sind selbst berühmt.

Musikmanager Brown hat die Rechte an Taylor Swifts ersten sechs Alben erworben und verkauft.

Aus diesem Grund nimmt Swift die Alben als »Taylor's Version« neu auf.

Workaholic Swift verbindet gern Arbeit und Privates.

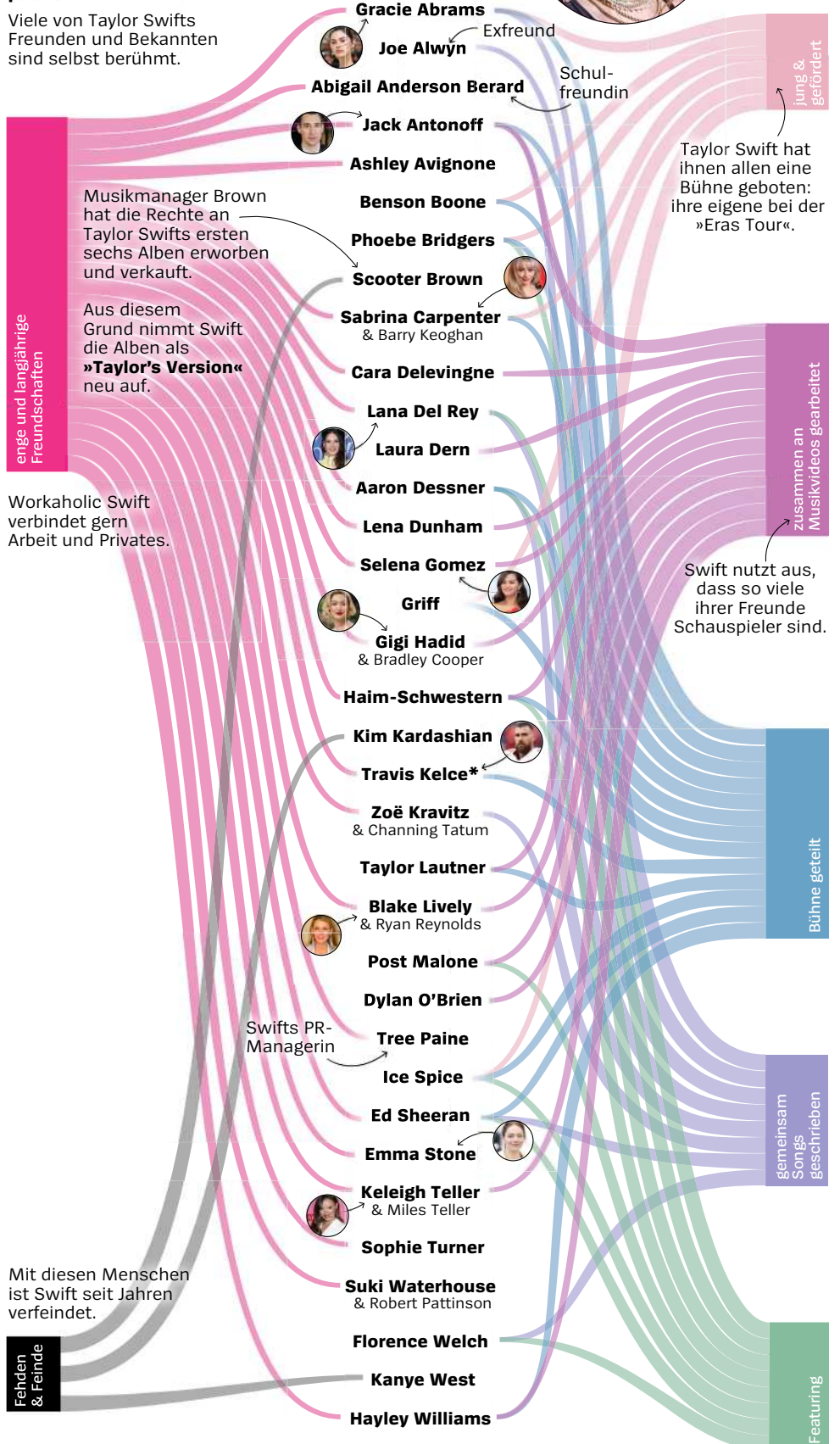
Mit diesen Menschen ist Swift seit Jahren verfeindet.

Feinden
& Feinde

* aktueller Partner Swifts
S • Quelle: eigene Recherche



beruflich



DIE FANS



1 | Swift-Fan in London 2 | Swifties vor dem Wembley-Stadion



verstehen, was ihre Klassenkameradinnen von ihr denken: Es ist auch ein bisschen streberhaft.

Von ihrem Auftritt am 4. November 2004 im Bluebird Café in Nashville gibt es keine Aufnahme. Doch Scott Borchetta, jener Mann, der später ihre Rechte für 330 Millionen Dollar verkaufen wird, sitzt im Publikum, ein Musikmanager, der plant, eine eigene Firma aufzumachen – das Mädchen, das er an diesem Abend sieht, wird seine erste Künstlerin sein. Es ist der Abend, an dem »Taylor Swift« geboren wird.

Swift und Borchetta haben die gleiche Idee: Was dem überalterten Countrygenre fehlt, glauben sie, ist eine Teenagerstimme, die über Teenagerprobleme singt. Danach geht alles schnell. Ein Album erscheint nach dem anderen, den Countrysound lässt sie 2012 mit »Red« hinter sich, jenem Album, auf dem sich auch ihr erster Nummer-eins-Hit in den amerikanischen Billboardcharts befindet: »We Are Never Ever Getting Back Together«. Der erste von mittlerweile zwölf. Mit 59 Songs war sie in den Top Ten.

Damals gibt sie auch noch Interviews. Der SPIEGEL trifft Swift einen Tag nach ihrem 23. Geburtstag, vor zwölf Jahren. Es ist ein Promotermin für »Red« im Schlosshotel Bensberg bei Köln. In den USA ist sie bereits ein Superstar, in Deutschland dagegen noch ziemlich unbekannt. Sie ist groß, und weil sie so schlank ist, wirkt sie noch größer. Sie trägt ein schwarzes Wollkleid, die Haare hat sie offen, sie ist lustig und schlagfertig.

Das Treffen findet in der Bibliothek des Hotels statt, einem Raum voller Bücher, was Swift freut, denn sie liebt Literatur. Sie hat sich immer wieder auf die Dichterin Emily Dickinson berufen, angeblich ist sie über viele Ecken mit ihr verwandt.

Sie habe mit neun angefangen, sich obsessiv mit Gedichten zu beschäftigen, erzählt Swift, und als sie mit zwölf eine Gitarre bekommen habe, mit dem Schreiben von Songs.

»Du kannst dir alles beibringen: wie man einen Song aufbaut, wie man ihn strukturiert, die Pausen füllt, die Spannung aufbaut und hält. Aber es gibt einen Rest, den ich nicht erklären kann, der aber genau der Grund ist, warum ich immer weitermachen muss.« Eigentlich, sagt sie damals, schreibe sie immer. Wenn sie es nicht tue, denke sie daran.

War das auch so, als sie im echten Leben noch gar nicht genug Erfahrungen gesammelt hatte, die sich in Lieder hätten verwandeln lassen? »Ich habe Songs geschrieben, die an Filmszenen angelehnt waren«, sagt sie. »Was hätte ich machen sollen? Ich hatte ja keine Beziehungen, die ich hätte verarbeiten können. Heute sind meine Sachen tiefer in der Erfahrung verwurzelt.«

Was ist Musik für sie, ein Rückzugsort oder ein Weg in die Welt? »Beides«, sagt Swift. »Als ich angefangen habe, Musik zu machen, habe ich nie für Freunde gespielt, ich wurde ja von meinen Klassenkameradinnen gemobbt. Musik war eine geheime Welt, in die ich mich zurückziehen konnte. Heute ist das natürlich anders.«

Wie haben damals ihre Eltern auf diese ungewöhnliche Tochter reagiert?

»Die haben sich Bücher gekauft.«

Über Songwriting?

»Nein, darüber, wie das Musikgeschäft funktioniert.«

Taylor Swift ist mittlerweile, zwölf Jahre nach dem Gespräch, Milliardärin. 1,3 Milliarden Dollar umfasst ihr Vermögen laut »Forbes«. Das ist in der Musikbranche heutzutage nicht mehr so ungewöhnlich, ihr Gegenspieler Kanye West hatte zeitweilig auch fast so viel Geld, der Rapper Jay-Z und die Sängerin Rihanna sind ebenfalls Milliardäre. Allerdings stammt deren Vermögen zu großen Teilen aus anderen Unternehmungen: Turnschuhen, Streamingdiensten, Klamottenfirmen, Getränkemarken. Das Besondere an Swift: Ihr Geld kommt zum größten Teil aus ihrer Musik. Und so großartig Swift als Per-

formerin ist, das Herz ihrer Kunst schlägt woanders. In ihren Songs. Swift ist eine der großen Songwriterinnen ihrer Generation.

Eigentlich kommt sie aus der Countryszene. Aus der Kleinen-Leute-Musik des amerikanischen Heartland, wo die Songs immer Geschichten erzählen. Häufig geht es darum, dass irgendetwas schiefgegangen ist im Leben, eine Beziehung etwa, und als Einziges ist einem übrig geblieben, dem Unglück aufrecht entgegenzutreten und womöglich einen guten Spruch abzugewinnen. Musikalisch hat Swift mit Country schon lange nichts mehr zu tun. In der Art, wie sie erzählt, findet man ihn aber immer noch.

Swift selbst hat ihre Kunst einmal anhand von drei Stiften erklärt: Sie schreibe »Federkiel«-Songs, »Füllfederhalter«-Songs und »Glitzerstift«-Songs. Die ersten würden mit irgendeinem Bild aus der Vergangenheit beginnen, als hätte sie gerade einen Brontë-Roman gelesen oder einen Kostümfilm geschaut. Die Füllfederhalter-Lieder seien moderner und spielten im Hier und Jetzt, eher wie Tagebucheinträge. Die Glitzerstift-Stücke wiederum seien die Spaßsongs mit großem Refrain.

Dass Swift sich so offen auf die Brontë-Schwester bezieht, passt. Bücher von britischen Autorinnen des 19. Jahrhunderts haben erstaunlicherweise Konjunktur unter jungen Frauen. Genau wie das erfolgreiche Romangenre der »New Adult Novel«, dessen Art, Liebesgeschichten zu erzählen, durchaus mit der von Swift vergleichbar ist.

AUCH BEI SWIFT ist jeder Song eine Geschichte. Oft steht ein kleines dreckiges Gefühl im Zentrum. »You Belong With Me« zum Beispiel, ein früherer Swift-Song von dem 2008er-Album »Fearless«, das auf Griffs iPod war. Die Story ist einfach: Mädchen beobachtet Jungen, den es mag. Junge fühlt sich jedoch zu anderem Mädchen hingezogen. Eine klassische Situation für einen Popsong: die Cheerleaderin gegen das Mädchen, das nur auf der Tribüne sitzt. Swift ist 17 Jahre alt, als sie »You Belong With Me« schreibt.

Swift hatte beim Aussteigen aus dem Tourbus einen ihrer Musiker belauscht, der mit seiner Freundin telefonierte und ihr sagte, wie sehr er sie liebe, aber dass er erst noch mit Swift auftreten müsse, bevor er zurückkomme. So funktionieren sehr viele Songs von Swift: sich ein Gefühl nehmen, auf das man nicht unbedingt stolz sein sollte – wie hier den kurzen Eindruck, sie sei für diesen Musiker wichtiger als dessen Freundin –, und daraus eine universelle Geschichte machen.

Swifts Songs erzählen fast immer Liebesgeschichten. Fast immer aus der Ichperspektive, häufig gerichtet an ein Du. Und so nett und freundlich Swift als Popstar sein mag – die meisten sind gescheiterte Liebesgeschichten. Es geht also um Rache, Neid, Missgunst, üble Nachrede, um alles, was der andere falsch gemacht hat. Die fiesen Emotionen des Alltags, die Swift immer wieder in geradezu klassische Kurzgeschichten verwandelt.

Die Liste von Swifts Ex-Freunden ist lang. Und es ist ein Sport unter Swifties, die Anspielungen auf die verschiedenen Männer in ihren Songs aufzuspüren. Man muss aber nicht wissen, dass »All Too Well« vom Schauspieler Jake Gyllenhaal handelt, mit dem Swift Anfang der Zehnerjahre eine Beziehung führte. Es ist einer von Swifts vielleicht besten Songs und auf jeden Fall einer, der bei den Konzerten am lautesten mitgesungen wird. Es ist der Break-up-Song einer Frau, die den Mann mehr geliebt hat als er sie und die, weil sie nicht versteht, was er in Wirklichkeit in ihr sah, auch nicht mehr so richtig weiß, wer sie eigentlich ist.

»All Too Well« ist komponiert wie eine klassische Short Story. Kälte ist ein Motiv, ein Schal, den die Erzählerin vergessen hat und der nicht unter den Sachen war, die ihr Ex zurückgeschickt hat, bildet ein Thema (Swift-Fans machten eine ganze Internetkampagne daraus und forderten Gyllenhaal auf, der Sängerin endlich ihren Schal zurückzugeben).

Was aus »All Too Well« allerdings einen so großen Song macht, ist nicht Gyllenhaal. »And I was never good at tellin' jokes«, singt Swift gegen Ende, »but the punch line goes: I'll get older but your lovers stay my age«, ich werde älter, aber deine Liebhaberinnen müssen wohl jung bleiben. Es ist Swifts Boshaftigkeit, die dem Song seine Größe gibt. Denn so funktionieren Trennungen. Sie sind hässlich, ungerecht, schmerzhaft. Man sagt sich Dinge, die man nicht sagen sollte. Und Swift hat die Gabe, Gefühle genau dort aufzuspüren – und sie in Geschichten zu verwandeln, in denen sich fast jeder wiederfinden kann. Das Du in »All Too Well« mag der Ex-Liebhaber sein, der Song klingt wie das, was man einer Freundin über ihn am Telefon erzählt.

Swift wird manchmal vorgeworfen, ihre Musik klinge immer gleich. Tatsächlich hat sie kein übermäßig großes Interesse daran, das Formenspektrum des Pop zu erweitern. Die Experimentierfreude der Beatles, Michael Jacksons oder ihrer Konkurrentinnen Beyoncé und Billie Eilish – sie fehlt ihr. Swift benutzt keine neuen Sounds und hat kein Ohr in den Klubs, um ihnen die neuesten Rhythmen abzuzauscheln.

Dass sie musikalisch keine Grenzen überschreiten will, ist Teil ihres Erfolgs. Ob Millennials oder Gen Z: Es gibt Studien, die zeigen, dass junge Leute heute konservativer sind als in den Jahrzehnten zuvor.

Rund 280 Songs hat Taylor Swift bislang veröffentlicht, einen riesigen Schwung Musik. Ihr aktuelles Album »The Tortured Poets Department« ist irgendwann in den Pausen der »Eras Tour« entstanden. Das geht nur, weil ihr Songwriting einem tagebuchartigen Prinzip folgt. Die Songs sind wie eine Kommentarspur zu ihrem Leben, der Roman ihres Lebens als Hintergrund ihrer Musik: das Schulhofsleben; Jungs, die man anheimelt; die Unabhängigkeit der ersten eigenen Wohnung; die ersten wirklichen Beziehungen; der Umzug in die große Stadt; die neuen Freun-

dinnen, die man dort findet; die große Krise, die das Erwachsensein unweigerlich irgendwann mit sich bringt; das Gefühl, irgendwie angekommen und doch unsicher zu sein, ob nicht irgendwo noch ein besserer Mann zu kriegen sein könnte; die Zweifel, wenn sich das als Illusion herausstellt.

In ihren Hit »Anti-Hero« aus dem Jahr 2022 schmuggelte sie die Worte »my covert narcissism« ein. So versteckt war dieser Narzissmus allerdings nicht. Natürlich geht es immer um Taylor Swift in ihren Songs. Was Swift nur besser macht als alle anderen: Sie findet in ihrem Leben das, was sich mit den Leben der anderen verbinden lässt, was anschlussfähig ist. Darin liegt ihr Talent. Darin liegt das Fundament ihrer Macht.

ALS SIE IN LONDON IST, geht Swift einmal abends essen. In ein Restaurant namens Casa Cruz in Notting Hill. Ein Ort des lässigen Reichtums. Sie ist mit Lena Dunham und Phoebe Waller-Bridge verabredet, den Erfinderinnen von »Girls« und »Fleabag«, zwei gefeierten feministischen Fernsehserien. Außerdem mit der Modedesignerin Stella McCartney und den Models Kate Moss und Cara Delevingne, die durch die Hintertür hineingeschleust wird, wie

ein Kellner später erzählt. Das sind nicht nur ein paar Tapas unter Freundinnen. Es ist auch ein Powermeeting mit Verbündeten, mit einigen der interessantesten Celebrities der Welt, das Treffen eines exklusiven sozialen Netzwerks, an dem Swift selbst arbeitet.

Ihre beste Freundin ist die Schauspielerin Blake Lively. Aber auch mit der »Barbie«-Regisseurin Greta Gerwig geht sie regelmäßig in Restaurants, die Schauspielerin Zoë Kravitz, das Model Gigi Hadid, die Schwesternband Haim und die Sängerin Lana Del Rey gehören zu ihrem »inner circle«.

Wer nicht aufpasst, kann rasch wieder rausfallen aus diesem Kreis. Die junge Sängerin Olivia Rodrigo gehörte einmal dazu, hatte von Taylor sogar einen Ring geschenkt bekommen. Doch als Rodrigo sich mit Swift und ihrem Produzenten Jack Antonoff darüber stritt, wie groß dessen Anteil an einigen Rodrigo-Songs war, war es vorbei mit der engen Freundschaft. Britische Boulevardmedien berichteten, dass der Sängerin Griff – Swifts Londoner Support-Act – empfohlen worden sei, nicht zur Releaseparty von Rodrigos zweitem Album zu gehen.

In der Musikbranche ist Swift derart mächtig, dass die legendäre US-Fernsehjournalistin



1 | Sängerinnen Del Rey, Swift, Produzent Antonoff bei Grammy-Verleihung **2** | Mit Musiker Antonoff im Studio 2022



SPIEGEL Bestseller

BELLETRISTIK



Die BKA-Beamtin Yasira Saad sucht eine entführte 16-Jährige, deren Mischhandlung in einem Video zu sehen ist. Der Clip verbreitet sich rasant. Eine rechtsradikale Gruppierung gewinnt Zulauf, lokal organisieren sich Lynchmobs. | **Platz 3**

- 1** (–) **Rebecca Ross**
Ruthless Vows
Lyx; 24 Euro
- 2** (1) **Caroline Wahl**
Windstärke 17
DuMont; 24 Euro
- 3** (–) **Marc-Uwe Kling**
Views
Ullstein; 19,99 Euro
- 4** (2) **Saša Stanišić** Möchte die Witwe angesprochen werden, platziert sie auf dem Grab die Gießkanne mit dem Ausguss nach vorne
Luchterhand; 24 Euro
- 5** (3) **Stephan Schäfer**
25 letzte Sommer
park x ullstein; 22 Euro
- 6** (4) **Donna Leon**
Feuerprobe
Diogenes; 26 Euro
- 7** (7) **Stephen King**
Ihr wollt es dunkler
Heyne; 28 Euro
- 8** (8) **Jussi Adler-Olsen**
Verraten
dtv; 26 Euro
- 9** (5) **Fred Vargas**
Jenseits des Grabes
Limes; 26 Euro
- 10** (10) **Hark Bohm/Philipp Winkler**
Amrum
Ullstein; 23,99 Euro
- 11** (6) **Thea Guanzone**
The Hurricane Wars
Lyx; 24 Euro
- 12** (9) **Isabel Allende** Der Wind kennt meinen Namen
Suhrkamp; 26 Euro
- 13** (11) **Bonnie Garmus**
Eine Frage der Chemie
Piper; 26 Euro
- 14** (12) **Rebecca Yarros**
Iron Flame – Flammengeküsst
dtv; 32 Euro
- 15** (14) **Holly Black**
Elfenerbe – Der gefangene Prinz
cbj; 22 Euro
- 16** (–) **Olivia Blake**
The Atlas Complex
Fischer Tor; 25 Euro
- 17** (15) **Martina Bogdahn**
Mühlensommer
Kiepenheuer & Witsch; 23 Euro
- 18** (18) **Trude Teige**
Als Großmutter im Regen tanzte
Fischer; 22 Euro
- 19** (16) **Trude Teige** Und Großvater atmete mit den Wellen
Fischer; 24 Euro
- 20** (13) **Martin Walker**
Im Château
Diogenes; 26 Euro

SACHBUCH



Die Autorin nimmt das Demokratieverständnis von Durchschnittsdeutschen in den Blick. Anhand von Flugblättern und Petitionen untersucht sie die unterschiedlichen Vorstellungen in Ost und West seit den Achtzigerjahren. | **Platz 13**

- 1** (1) **Elke Heidenreich**
Altern
Hanser; 20 Euro
- 2** (–) **Jan Ullrich/Dennis Sand** Himmel, Hölle – und zurück ins Leben
NXT LVL; 24 Euro
- 3** (3) **Peter Hahne**
Ist das euer Ernst?!
- 4** (2) **Marianne Koch**
Mit Verstand altern
dtv; 20 Euro
- 5** (6) **Axel Hacke** Über die Heiterkeit in schwierigen Zeiten und die Frage, wie wichtig uns der Ernst des Lebens sein sollte
DuMont; 20 Euro
- 6** (4) **Jonathan Haidt**
Generation Angst
Rowohlt; 26 Euro
- 7** (–) **Christian Drosten/Georg Mascolo**
Alles überstanden?
Ullstein; 24,99 Euro
- 8** (7) **Leonie Schöler**
Beklaute Frauen
Penguin; 22 Euro
- 9** (9) **Uwe Wittstock**
Marseille 1940
C. H. Beck; 26 Euro
- 10** (8) **Wolfgang Schäuble**
Erinnerungen
Klett-Cotta; 38 Euro
- 11** (10) **Florian Illies**
Zauber der Stille
Fischer; 25 Euro
- 12** (12) **Brianna Wiest** 101 Essays, die dein Leben verändern werden
Piper; 22 Euro
- 13** (–) **Christina Morina**
Tausend Aufbrüche
Siedler; 28 Euro
- 14** (11) **David Grann**
Der Untergang der Wager
C. Bertelsmann; 25 Euro
- 15** (5) **Volker Busch**
Kopf hoch!
Droemer; 20 Euro
- 16** (–) **Ronald Reng**
1974 – Eine deutsche Begegnung
Piper; 24 Euro
- 17** (13) **Richard David Precht**
Das Jahrhundert der Toleranz
Goldmann; 22 Euro
- 18** (14) **David Goggins**
Can't Hurt Me
Riva; 22 Euro
- 19** (17) **Robert Greene** Power – Die 48 Gesetze der Macht
Hanser; 22 Euro
- 20** (20) **Günter Verheugen/Petra Erler**
Der lange Weg zum Krieg
Heyne; 24 Euro

Barbara Walters 2014 sagte: »Taylor Swift is the music industry.«

Sie ist so mächtig, dass manche glauben: Nur Taylor Swift könne eine erneute Präsidentschaft Donald Trumps noch verhindern, indem sie sich zu Joe Biden bekenne. Bei der US-Wahl 2020 hat sie kein Geheimnis daraus gemacht, die Demokraten gewählt zu haben. Aber Swift lässt sich nicht vereinnahmen, schweigt bisher dazu.

Vielleicht auch, um ihre Unabhängigkeit nicht zu verlieren, denn Taylor-Swift-Shows gehören wohl zu den letzten Orten in den USA, dieser zutiefst gespaltenen Gesellschaft, die jede und jeden umstandslos willkommen heißen, solange der Eintritt bezahlt wird. Wo die Leute, egal wer sie sind, die Arme von links nach rechts schwingen, wenn Swift das von der Bühne aus vormacht, die Zeilen mit-singen, egal mit welchem Dialekt, wo sie ge-eint sind in ihren bunten Paillettenuniformen und im Bedürfnis, ihrer amerikanischen Freundin auf der Bühne nahe zu sein.

Ihr rauf- und runterdiskutierter aktueller Freund Travis Kelce kommt auf dem ersten Blick vom anderen Ende des gesellschaftlichen Spektrums: ein Footballer, jedoch kein eleganter Quarterback wie Gisele Bündchens Ex-Mann Tom Brady, sondern ein Tight End, ein Aufräumer, ein Mann aus dem Mittleren Westen mit dickem Bart.

So richtig passt er nicht in die Reihe der Liebhaber und Freunde, die Swift bislang hatte. Das waren Künstlertypen, Vertreter der städtischen Kreativmilieus. Schmale Jungs wie der Schauspieler Joe Alwyn, durchgedrehte Popstars wie der The-1975-Sänger Matty Healy, gut aussehende Prominente wie Gyllenhaal. Kelce dagegen? Ist eher ein Vertreter von dem, was man in den USA die Fly-over-States nennt. Mit seiner äußeren Erscheinung passt Kelce besser auf eine Trump-Rallye als in ein Hipsterrestaurant.

In London sah man ihn bei den ersten beiden Konzerten noch zu den Songs seiner Freundin im VIP-Zelt tanzen, bei der dritten Show trägt er Swift schon im hochzeitstauglichen Smoking über die Bühne. Auch durch den All-American-Boy Kelce blieb Swifts biografische Linie bislang stets auf sicherem Mittelkurs. Einige Männer haben ihr übel mitgespielt, sie musste auch mal einen Shitstorm ertragen. Aber bei ihr gibt es nichts, womit alle anderen zu kämpfen haben, die sich in die eisigen Höhen des Weltruhms begeben: Todesfälle im näheren Umfeld, Drogensucht, gescheiterte Ehen, Ruhm, der einem zu Kopf steigt, was dann zu erraticischem Verhalten führt, den Kanye-West-Effekt.

Im Gegenteil, die Welt der Swifties ist eine sehr behutsame. Vor den Konzerten in Paris müssen sie lange in Schlangen warten und gehen doch respektvoll miteinander um, tauschen Freundschaftsarmbänder, Symbole dieses Vertrauensverhältnisses, Erkennungszeichen unter Swifties.

Nerea, violettfarbener Paillettenrock, roter Lippenstift, die für diesen Tag, ihren 18. Ge-

SPIEGEL-Bestseller werden im Auftrag des SPIEGEL ermittelt von »BuchMarkt« und media control. Informationen unter spiegel.de/bestseller

burtstag, extra aus Madrid nach Paris gekommen ist, hat über Wochen hinweg 150 davon hergestellt. Ein Drittel ihres Unterarms ist voll mit den bunten Bändern. »Oh my gosh!«, ruft eine Französin, die neben ihr steht. Die beiden tauschen erst mal Freundschaftsarmbänder – und sich dann darüber aus, wie viele Tage sie geweint haben, nachdem sie ihr Ticket bekommen hatten (Nerea: einen Tag, Französin: drei Tage).

Die Sache mit den Freundschaftsarmbändern, sagt Nerea, gehe auf einen Swift-Song zurück. »You're on Your Own, Kid« aus dem Jahr 2022. »Make the friendship bracelets, take the moment and taste it«, singt Swift darin, »you've got no reason to be afraid«, mach die Freundschaftsarmbänder. Es klang wie eine Aufforderung, die Swifties haben sie wörtlich genommen.

WER ALSO IST DIESE FRAU, deren Einfluss so weit reicht, dass sie fremde Menschen dazu bringt, Freundschaften zu schließen? Die in ihren Inszenierungen wirkt wie das Mädchen von nebenan; die dieses Image gleichzeitig mit aller Macht schützt, konserviert und durchsetzt wie eine allmächtige Chefin, die ihren Stab, die »Taylor Nation«, ihre Unternehmen und ihre Freunde steuert?

Kaum ein anderer Mensch dürfte im Augenblick so häufig fotografiert werden wie Taylor Swift. Alles scheint über ihr Leben bekannt zu sein, ihre Ex-Freunde und ihre Freundinnen, ihre Feinde, ihre Triumphe und ihre Niederlagen. Keine andere Künstlerin hat ihr Leben und ihre Gefühle ähnlich ausführlich in mittlerweile mehreren Hundert Songs vor ihren Fans ausgebreitet.

Trotzdem bleibt sie undurchdringlich. Wie ein Avatar ihrer selbst.

Als das Internet sich Anfang der Nullerjahre flächendeckend durchzusetzen begann, machte eine einflussreiche Idee die Runde: die Theorie vom »Long Tail«. Wenn alle Musik online verfügbar wäre, würde der Mainstream verschwinden, glaubte der US-Autor Chris Anderson. Blockbuster würden verschwinden, die Kultur würde aus kleinen Gruppen bestehen, die einen bestimmten Geschmack teilten. Die Macht der Kulturindustrie, Millionen Menschen die gleichen Lieder oder Stars aufzuzwingen, ginge zu Ende.

Ganz falsch war das nicht. Dass die sozialen Netzwerke Informationsblasen und Echo-kammern hervorbringen, dürfte unbestritten sein. Doch auf die Kultur bezogen lässt sich feststellen: Es ist anders gekommen. Taylor Swift ist nicht nur ein Milieu, Gesellschaften und Länder transzendierender Superstar. Im Zentrum ihres Schaffens steht der Wunsch, dass es etwas geben möge, das Menschen miteinander verbindet.

Die Mitte hält also auch in Zeiten großer gesellschaftlicher Polarisierung. Zumindest bei Taylor Swift.

Andreas Borcholte, Anna Dreussi, Tobias Rapp, Daniel C. Schmidt, Jurek Skrobala, Kim Staudt ■

Jetzt im Sonderheft:

Keine Chance für Langeweile!



Der neue Wissens-Podcast für die ganze Familie auf spiegel.de/werwiebuzz

Dein

SPIEGEL

Das Nachrichten-Magazin für Kinder



Du findest uns auch auf deinspiegel.de

Schauspielerin Huppert
in Paris



Sabine Villard / Trunk Archive

»Ich musste lernen, glücklich zu sein mit dem, was ich mache«

SPIEGEL-GESPRÄCH Die französische Kinodiva Isabelle Huppert hat Filme von Claude Chabrol und François Ozon geprägt und mit Gérard Depardieu vor der Kamera gestanden. Hier blickt sie zurück auf ein halbes Jahrhundert im Filmgeschäft.

Huppert, 71, sitzt zierlich, jedoch extrem aufrecht und mit ernstem Blick in ihrem goldverzierten Sessel in einem Salon des Hotels Bayerischer Hof in München, sie trägt ein enges schwarzes Top und große silberne Ohrhinge in Form von Gürtelschnallen. In ihrem neuen Film »Madame Sidonie in Japan«, der am 11. Juli in den deutschen Kinos startet, spielt sie eine alterslose Schriftstellerin; August Diehl spielt den Geist ihres toten Ehemanns, der ihr zwischen japanischen Kirschblüten, in Tempeln und Hotelzimmern immer wieder erscheint, während sie und ihr japanischer Verleger (Tsuyoshi Ihara) sich vorsichtig näherkommen. Am Tag des Interviews ist es schwül in München. Die Einzige, die das nicht zu bemerken scheint, ist Madame Huppert. Es ist der vergangene Sonntag, der Tag, an dem in Frankreich bei der Parlamentswahl die Rechtspopulisten triumphieren.

SPIEGEL: Madame Huppert, viele Menschen in Europa gehen gerade besorgt auf Ihr Land. Sie auch?

Huppert: Wie könnte ich nicht besorgt sein? Grundsätzlich kann man bei den meisten Wahlen gelassen sein und sagen: Lasst uns mal sehen, was am Ende dabei herauskommt. In diesem Fall ist das nicht so.

SPIEGEL: Fürchten Sie, dass von einem Rechtsruck in Frankreich die Kultur und das Filmgeschäft, in dem Sie arbeiten, betroffen sein könnten?

Huppert: Es geht nicht nur um die kleine Welt, in der ich mich bewege, nicht bloß um die Kultur. Meine Sorge ist, dass es sehr viele Spielfelder der Gesellschaft geben könnte, die von diesem Wahlergebnis betroffen sein könnten. Was die Kraft des Kinos angeht, bin ich trotz aller Bedrohungen sehr zuversichtlich. Und wir sind hier, um über einen Film zu sprechen.

SPIEGEL: Ihr aktuelles Werk »Madame Sidonie in Japan« spielt weit weg von Frankreich. Was schätzen Sie besonders an Japan?

Huppert: Vielleicht begeistert mich am meisten, wie freundlich die Menschen dort mit-

einander umgehen. Gerade im Vergleich zu den Franzosen. Und den Parisern. Von den Deutschen rede ich hier gar nicht. Zum ersten Mal war ich Japan in den Achtzigerjahren, als ich dort mit dem Regisseur Joseph Losey den Film »La truite« gedreht habe. In Japan begegnet man einander sanft und taktvoll. Wie es unterhalb der Oberfläche aussieht, ist vielleicht eine kompliziertere Geschichte. Vermutlich kann es auch dort grob zugehen.

SPIEGEL: Ihre Filmheldin Sidonie Perceval ist eine einst gefeierte französische Schriftstellerin, die seit vielen Jahren nicht mehr zu schreiben imstande ist und nach Japan reist, wo sie besonders verehrt wird. Weshalb haben Sie sich entschieden, diese Rolle zu spielen?

Huppert: Ich mag Filme, die sich mit Literatur und den Bedingungen, unter denen sie entsteht, beschäftigen. Und ich mag die Filme der Regisseurin Élise Girard, zum Beispiel »Schräge Vögel«, in dem meine Tochter Lolita Chammah eine Hauptrolle spielt. Und natürlich hatte ich Lust, in Japan zu drehen. Die kulturellen Differenzen zwischen Europäern und den Menschen, die dort leben, sind im Film sogar noch komischer anzusehen, als ich es mir beim Lesen des Drehbuchs ausgemalt hatte.

SPIEGEL: Aus dem Film lässt sich die Aufforderung ableiten, dass man hin und wieder seine Komfortzone verlassen muss, um in seinem Dasein voranzukommen. Ist das auch für Sie ein Antrieb, wenn Sie sich Rollen wie diese aussuchen und in fernen Ländern drehen, auch mit nicht französischen Regisseuren wie dem Iren Neil Jordan oder dem Koreaner Hong Sang-soo?

Huppert: Nein. Ich verlasse, ehrlich gesagt, nie meine Komfortzone. Denn meine Komfortzone ist definiert durch die Schauspielerei und das Filmemachen. Das ist jedes Mal anders und doch immer das Gleiche. Ich verlasse nie das System. Eine Kamera ist eine Kamera, wo immer man sie aufstellt. Das ist universell.

SPIEGEL: Haben Sie niemals Angst, sich zu wiederholen?

Huppert: Nein. Ich bin mir bewusst, dass ich immer ich bin. Ich will mein Image nicht neu erfinden oder korrigieren. Ich weiß, dass ich

allein mein Gesicht, meinen Körper, meine Stimme habe. Davon abgesehen versuche ich, in jedem Film ein bisschen anders zu sein.

SPIEGEL: Spielen Sie heute besser als zu Beginn ihrer Karriere?

Huppert: Das sollen andere beurteilen. Ich glaube nicht daran, dass man in diesem Beruf ständig dazulernt. Ich bin überzeugt, dass man zu Anfang seiner Karriere entweder begreift, wie Schauspielerei funktioniert, oder eben nicht. Der Gedanke, dass ich im Lauf meines Lebens mehr über die Schauspielerei herausgefunden habe, ist mir fremd. Gut, ich musste lernen, glücklich zu sein mit dem, was ich mache. Ich finde, das ist schon eine Menge.

SPIEGEL: Der gerade gestorbene Schauspieler Donald Sutherland hat behauptet, die Schauspielerei sei der schönste Beruf der Welt. Stimmt das?

Huppert: Erst vor ein paar Tagen ist es mir an einem Filmset passiert, dass ich laut gerufen habe, wie sehr ich diesen Beruf liebe!

SPIEGEL: An welchem Set?

Huppert: Verrate ich nicht. Natürlich gibt es Momente, in denen es nicht schön ist. Wenn man sehr früh am Morgen aufstehen muss, wenn man sich mit irgendwelchen Vorbereitungen quält, wenn man geschminkt wird. Aber es gehört zum Wesen des Filmemachens, dass jedes Mal ein erstes Mal ist. Man kann sich auf nichts verlassen. Nicht auf Erfahrung. Nicht auf gelerntes Wissen. Man startet jedes Mal am Nullpunkt.

SPIEGEL: Ist das im Theater, wo Sie mit vielen großen Regisseuren gearbeitet haben und demnächst bei der Ruhrtriennale in »Bérénice« nach dem französischen Klassiker von Jean Racine zu sehen sein werden, möglicherweise anders?

Huppert: Für mich gibt es da keinen Unterschied. Ich weiß, dass ich mich auf der Bühne in einer anderen Kunstform bewege und live vor Menschen auftrete. Man bricht auf unterschiedliche Weise zu einer Reise auf, wenn man sich entscheidet, im Theater oder im Filmgeschäft unterwegs zu sein. Aber am Ende steht man auf demselben Berg und hat denselben Ausblick auf dieselbe Landschaft.

SPIEGEL: Wann wissen Sie, ob ein Film gut geworden ist?

Huppert: Nie. Ist immer total subjektiv, finde ich. Das entscheidet sich womöglich jeden Tag neu.

SPIEGEL: Das berühmteste Beispiel in Ihrer Karriere für einen Film, der erst als Katastrophe verdammt und später zum Geniestreich hochgelobt wurde, ist der amerikanische Spätwestern »Heaven's Gate« von Michael Cimino aus dem Jahr 1980.

Huppert: Der ist ganz sicher nicht schlecht. Er ist ein Meisterwerk.

SPIEGEL: Finden Sie einen Film, in dem Sie mitgespielt haben, richtig schlecht?

Huppert: Ich muss sagen: nein. Es gibt einige Filme, die ich ein bisschen weniger mag ...

SPIEGEL: Welche?

Huppert: Sag ich nicht. An manche erinnere ich mich sowieso nicht so genau, es sind schließlich viele. Manche sind etwas schwerer zugänglich, manche waren erfolgreich, manche nicht. Aber richtig schlecht? Nein, da fällt mir keiner ein.

SPIEGEL: In der Filmkritik heißt es, Sie verstünden es, das Geheimnis Ihrer Figuren zu wahren. Wie geht das?

Huppert: Jedenfalls nicht mit Absicht. Würde ich mich darum bemühen, wäre es wahrscheinlich sichtbar und aufdringlich. Ich bin davon überzeugt, dass man selbst Menschen, die man gut kennt, niemals ganz durchschauen kann. Ich glaube, dass auch nicht so sympathische Figuren mit Empathie dargestellt werden müssen. Man kann die von mir gespielten Frauen in Michael Hanekes »Die Klavierspielerin« oder Paul Verhoevens »Elle« pervers oder schroff finden. Aber um sie verkörpern zu können, braucht es eine Art von Unschuld. Eine Unvoreingenommenheit bei der Erforschung menschlicher Schwächen.

SPIEGEL: Konnten Sie sich diese Unschuld über die Jahre Ihrer Karriere bewahren?

Huppert: Ich liebe es, Menschen im Café zu beobachten. Ich bin fasziniert von Gesichtern und davon, wie sich Menschen verstellen. Wie sie versuchen, ihre Gefühle zu verbergen. Zu den großen Stärken des Kinos gehört es, dass es einem Dinge zeigt, die man im wirklichen Leben nicht erfährt. Es gibt einem Einblick

in seelische Tiefen, die man im realen Leben nicht ergründet. Das Kino führt einem vor, wie mühelos Menschen in ihrem Gesicht das Gegenteil von dem, was sie wirklich empfinden, präsentieren können. Es macht einem klar, wie unendlich viele mögliche Projektionen und Interpretationen es für das menschliche Verhalten gibt.

SPIEGEL: Der 2010 verstorbene Filmemacher Claude Chabrol hat über Sie gesagt, in der Regel sei es der Regisseur, der den Schauspielerinnen und Schauspielern dabei helfe, eine Rolle zu spielen. In Ihrem Fall sei es umgekehrt: Sie seien es, die dem Regisseur helfe, seinen Film zu drehen.

Huppert: Das war süß von ihm. Es stimmt, wir hatten eine besondere Verbindung. Er hat mich tatsächlich nie ernsthaft inszeniert. Er hat nie ein Wort gesagt. In sieben Filmen! Die Arbeit entstand in einem fließenden Prozess.

SPIEGEL: Hatten Sie nie Lust, selbst mal Regie zu führen?

Huppert: Es gibt schon genügend Kolleginnen und Kollegen, die das tun. Allein in Cannes waren dieses Jahr mindestens drei Filme zu sehen, bei denen Schauspieler Regie geführt haben. Vielleicht fehlen mir die Geduld und die Neugier, um rauszukriegen, was mein Gehirn zustande bringen würde, wenn ich plötzlich Regisseurin wäre. Aber ich glaube, ich habe in der Schauspielerei die ideale Form gefunden, mich auszudrücken. Mir gefällt der Gedanke, dass man als Schauspielerin mit den Rollen eine mehr oder weniger geheime Autobiografie erzählt.

SPIEGEL: Die britische Zeitung »Guardian« nannte Sie den Inbegriff einer furchtlosen Schauspielerin. Stimmt das?

Huppert: Keine Ahnung. Ich habe nie einen Grund gesehen, mich vor irgendetwas zu fürchten. Ich hatte es praktisch nicht nötig, furchtlos zu sein.

SPIEGEL: Inwiefern hat die #MeToo-Diskussion Ihren Blick auf die Arbeit als Schauspielerin verändert?

Huppert: Die Diskussion hat sicherlich dafür gesorgt, dass sich Schauspielerinnen heute leichter schützen können, wenn bei der Arbeit

Situationen entstehen, in denen man sich wehren muss. Aber mein Blick auf die Filme, in denen ich mitgespielt habe, und auf meine Arbeit hat sich nicht verändert. Ich glaube, dass die Diskussion über #MeToo notwendig war. Aber es ist Unsinn, sie auf das Kino zu beschränken. Das Problem existiert überall in der Gesellschaft, und es ist nicht behoben.

SPIEGEL: Derzeit besonders umstritten ist Ihr Kollege Gérard Depardieu, dem viele Frauen sexuelle Übergriffe vorwerfen, die er bestreitet. Sie haben mit Depardieu Filme wie »Valley of Love« gedreht. Haben Sie das Gefühl, Sie müssten im Streit um ihn Stellung beziehen?

Huppert: Nein, das steht mir nicht zu. Über die Vorwürfe gegen ihn muss allein die Justiz entscheiden. Ich bin keine Richterin.

SPIEGEL: Betrachten Sie sich als Feministin?

Huppert: Ich betrachte mich als Frau. Und ich denke, jede Frau sollte eine Feministin sein.

SPIEGEL: Demnächst leiten Sie bei den Filmfestspielen in Venedig die Festivaljury, wie Sie es auch schon in Cannes getan haben. Ist die Preisvergabe heute komplizierter als früher, weil auf politische Aspekte wie das Geschlecht oder die Herkunft der Filmschaffenden Rücksicht genommen werden muss?

Huppert: Ich glaube nicht, dass es notwendig ist, die Dinge komplizierter zu sehen, als sie sind. Ein Film ist ein Film, Kino ist Kino. Natürlich sollte ein guter Film die Komplexität der Welt abbilden und sich darum bemühen, zeitgenössisch zu sein. Jede Juryentscheidung ist ein demokratischer Prozess, weil es ja immer eine Gruppe ist, die am Ende entscheidet. Und in der sind nie alle einer Meinung.

SPIEGEL: Uns fiel auf, dass die Schriftstellerin, die Sie im Film »Madame Sidonie« spielen, während der Interviews, die sie den Journalisten in Japan gibt, oft sehr gequält und ein bisschen genervt dreinzuschauen scheint.

Huppert: Ach, das ist überhaupt nicht mein Eindruck. Sie spricht über das, was sie bewegt, und dabei manchmal über persönlich schmerzhaft Dinge. Da ist ein ernstes Gesicht ganz angemessen.

SPIEGEL: Madame Huppert, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ■



Darstellerin Huppert mit Regisseur Chabrol 1988, in »Madame Sidonie in Japan« 2023: »Ich verlasse nie meine Komfortzone«

Bad Boys 1938

FILMKRITIK Mit »Führer und Verführer« will Regisseur Joachim A. Lang die Propagandamaschinerie der Nazis enthüllen. Das geht schief.

Magda Goebbels ist erzürnt. Ihr Gatte Joseph hat eine Affäre mit einer Schauspielerin, einer »tschechischen Hure«, ätzt sie. »Es ist anders, als du denkst«, erwidert der Reichspropagandaminister (Robert Stadlober). Doch Magda (Franziska Weisz) ist nicht zu besänftigen.

Diese Szene aus Joachim A. Langs Dokudrama »Führer und Verführer«, das nach seiner Premiere auf dem Münchner Filmfest nun ins Kino kommt, könnte aus einer Daily Soap stammen: Neues von den Goebbels – Ist die Ehe noch zu retten? Man sollte die Nazis nicht als Dämonen darstellen, sondern als die »größten Verbrecher der Menschheitsgeschichte« und als »Menschen aus Fleisch und Blut«, sagt der Regisseur. In seinem Film rutscht er in die Kolportage ab.

Das 135 Minuten lange Werk umspannt die Zeit von 1938 bis 1945 und nimmt die Beziehung zwischen Goebbels und Hitler (Fritz Karl) in den Blick. Es habe »ein Täterfilm gefehlt, der sich auf die Führungsspitze der Nazis konzentriert und die entscheidende Zeit behandelt, in der sie ihre Verbrechen begangen haben«, Lang wolle die »Mechanismen von Demagogie und Propaganda durchschaubar« machen.

Der 64-Jährige ist ein Grenzgänger zwischen Spiel- und Dokumentarfilm und drehte vor einigen Jahren mit vielen deutschen Stars »Mackie Messer – Brechts Dreigroschenfilm«. Gut zwei Wochen vor dem Start von »Führer und Verführer« sitzt er in einem Berliner Hotel und erklärt, wie er inszenierte Szenen mit Aufnahmen aus der Nazizeit kombiniert und Interviews mit Holocaustüberlebenden eingebaut hat.

Lang zitiert die heute 102-jährige Margot Friedländer, die in seinem Film sagt: »Menschen haben das getan.« An diesem wahren und bewegenden Satz kommt man nicht vorbei. Die Frage ist nur: Wie füllt man ihn mit Leben? Indem man Goebbels die verbrauchteste Ausflucht aller Ehe-



Stephan Pick / Zeisprung / SWR / Wild Bunch

brecher, es ist anders, als du denkst, in den Mund legt?

Diesen Satz habe Goebbels wirklich gesagt, erwidert Lang. Wilfred von Oven, Goebbels' Pressereferent, der nach dem Zweiten Weltkrieg als Journalist arbeitete, auch für den SPIEGEL, habe Goebbels so zitiert, in einem Interview, das Lang »aus privatem Besitz« habe. Der Regisseur hat Tagebücher, Gesprächsprotokolle, Zeitzeugenberichte gelesen. Das »Dritte Reich« scheint für ihn ein Lebensthema zu sein.

Am Tag des Interviews diskutiert Lang auch mit Wissenschaftlern bei einem Symposium über »Desinformation, Manipulation und Demagogie«. Mit Thomas Weber, Professor für Geschichte an der University of Aberdeen, spielt er sich die Bälle zu. Weber war Fachberater bei Langs Film. Zu jeder Szene, versichert der Historiker, könnte es eine Fußnote geben, wie bei einer wissenschaftlichen Arbeit.

Vielleicht ist die Verwendung von Originaltexten einer der Gründe, warum die Dialoge manchmal ziemlich papieren wirken. Man werde nie erfahren, wie er das Volk hinter den Führer gebracht habe, sagt Goebbels im Film. Und erklärt: »Ich habe strengstens verboten, Techniken zu zeigen, die einen Einfluss auf die Massen haben. Das ist Desillusionierung nationaler Vorgänge.«

In der ersten Hälfte von »Führer und Verführer« reihen sich Szenen

Darsteller Weisz, Karl, Stadlober

Im Vergleich zu Goebbels wirkt Hitler in dem Film fast wie ein Frauenversteher.

aneinander, in denen Goebbels sich selbst beweihräuchert. Mal lobt er sich dafür, das deutsche Volk in der Hand zu haben, dann äußert er sich abschätzig über die Ufa-Stars, die Leinwandgrößen der Dreißigerjahre, die er groß gemacht habe. Goebbels' Credo sei gewesen, bei der Propaganda alles einfach zu halten und ständig zu wiederholen, so Lang. Leider macht er es so ähnlich.

Er wolle den Nazis die Maske vom Gesicht reißen, betont er. Er tut dies zweimal, dreimal, viermal, immer wieder, und meist kommt dahinter eine Fratze zum Vorschein. Der großartige Schauspieler Stadlober verkörpert Goebbels bisweilen mit einer Verausgabung, dass es schmerzt. Ist dies die Darstellung einer Figur oder ihre Karikatur?

Der oft etwas unbeholfen wirkende Film ist nicht nur ästhetisch heikel. Durch die Engführung der Handlung auf Hitler und Goebbels entsteht phasenweise der Eindruck, die beiden würden nur unter sich ausmachen, was mit Deutschland passiert. Zwei Bad Boys, zwischen ihnen Magda Goebbels, von einem »Dreiecksverhältnis an der Spitze des Staates« spricht Lang.

Die gute Absicht, die Nazis zu entmystifizieren, mag man dem Regisseur keineswegs absprechen. »Wie war es möglich, dass Hitler und das Naziregime es geschafft haben, die Mehrheit der deutschen Bevölkerung hinter ihre verbrecherischen Ziele zu bringen? Diese Frage beschäftigt mich, seitdem ich 13 war und Eugen Kogons Buch »Der SS-Staat« gelesen habe. Sie lässt mich seitdem nicht mehr los«, sagt Lang.

Ist die Antwort auf diese Frage, Hitler als heimlichen Verehrer von Magda Goebbels zu zeichnen und ihn im Vergleich zum Propagandaminister fast wie einen Frauenversteher wirken zu lassen? Ist diese Art, die Nazis als Menschen zu zeigen, zielführend? »Herrgottsakrament, ich plane einen Krieg«, ruft Hitler in dem Film, bevor er seinen Propagandaminister wieder auf Linie bringt.

Das größte Versäumnis des Films besteht darin, dass er die Verführten weitgehend ausklammert. So wirken die Deutschen wie eine willfährige Masse, die von Hitler und Goebbels nach Belieben manipuliert werden kann. Der Gefahr, dass Teile der Bevölkerung für unschuldig erklärt werden, wenn sie nur verführt werden, sei er sich bewusst gewesen, sagt Lang. Begegnen konnte er ihr nicht.

Lars-Olav Beier

DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · Mail spiegel@spiegel.de

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923–2002)
CHEFREDAKTION Dirk Kurbjuweit (V.i.S.d.P.),
Dr. Melanie Amann, Thorsten Dörting

LEITENDE REDAKTEURE *Editorial Desk:* Judith Horchert (Teamleitung), Barbara Hardinghaus, Carolin Katschak (Blattmacherin Audio & Video), Ferdinand Kuchlmayr (Blattmacher Optik), Cordula Meyer, Alexander Neubacher, Oliver Trenkamp, Stefan Weigel.
Leiter Redaktionelle Organisation: Birger Menke, Bente Kirschstein (Geschäftsführende Redakteurin). *Leiterin Derivate:* Dr. Susanne Weingarten. *Redaktionelle Entwicklung:* Matthias Streitz.

CHEFS VOM DIENST *Print:* Anke Jensen, Jörn Sucher. *Online:* Patricia Dreyer, Anselm Waldermann; Melanie Ahlemeyer, Lisa Erdmann, Kevin Hagen, Björn Hengst, Olaf Heuser, Olaf Kanter, Nicolai Kwasienski, Jonas Leppin, Florian Merkel, Charlene Opstenstein, Dr. Dominik Peters, Dr. Jens Rädü, Daniel Raacke, Martin Wolf

AUTOREN/REPORTER DER CHEFREDAKTION
Susanne Beyer, Ulrich Fichtner, Lothar Gorris, Stefan Kuzmann, Thomas Schulz

NEWS *Leitung:* Janko Tietz, Benjamin Schulz (stellv.); Henrik Bahlmann, Anna Ehlebracht, Malte Göbel, Miriam Khan, Sabrina Knoll, Charlotte Lüder, Florian Pütz, Abdul Hakim Rahmatullah, Sven Scharf, Kim Staedt, Sebastian Stoll, Anastasia Trenkler, Nadine Wolter

HAUPTSTADTBÜRO
Leitung: Sebastian Fischer, Martin Knobbe, Christoph Hickmann, Maria Fiedler (stellv.). *Redaktion:* Rasmus Buchsteiner, Sophie Garbe, Florian Gathmann, Milena Hassenkamp, Marina Kormbaki, Ann-Katrin Müller, Serafin Reiber, Anna Reimann, Jonas Schabale, Christoph Schult, Christian Teets, Severin Weiland. *Autoren, Reporter:* Diete Diening, Markus Feldenkirch, Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein. *Politik Hamburg:* Marc Röhlig

DEUTSCHLAND/PANORAMA *Leitung:* Anke Dürr, Hendrik TERNIEDEN, Dr. Markus Verbeet, Guido Mingels (stellv.), Sophia Schirmer (stellv.). *Redaktion:* Birte Bredow, Lisa Duhm, Katrin Elger, Silke Fölkner, Hubert Gude, Kristin Hang, Fabian Hillebrand, Armin Himmelrath, Philipp Kollenbroich, Levin Kubeth, Annette Langer, Katrin Langhans, Gunther Latsch, Benjamin Maack, Christopher Piltz, Ansgar Siemens, Swantje Unterberg, Sara Wess, Jens Witte, Jean-Pierre Ziegler.

Investigativ/Innere Sicherheit: Jörg Diehl, Wolf Wiedmann-Schmidt; Susanne Amann, Mark Baengartner, Sven Becker, Roman Höfner, Roman Lehberger, Nicola Naber, Sven Röbel, Fidelius Schmid. *Koordination SPIEGEL TV:* Thomas Heise. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Julia Jüttner, Dr. Klaus Wiegrefe.

Berlin: Frauke Böger, Juliane Löffler, Hannes Schrader

WIRTSCHAFT/NETZWEI *Leitung:* Markus Brauck, Yasmin El-Sharif, Stefan Keiser, Cornelia Schmergal. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Benjamin Biddler, Michael Brächer, Florian Diekmann, Kristina Griske, Simon Hage, Henning Jansen, Dr. Matthias Karch, Katharina Koerth, Matthias Kremp, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Thilo Neumann, Alexander Preker, Stefan Schultz, Kim Staedt, Udo Trichtl. *Autoren, Reporter:* David Böcking, Christian Reiermann, Marcel Rosenberg.

Berlin: Markus Becker, Patrick Beuth (Teamleitung Netzwerk), Markus Dettmer, Marc Hoppensdell, Michael Kröger.

AUSLAND *Leitung:* Mathieu von Rohr, Britta Kollenbroich (stellv.), Katrin Kuntz (stellv.), Juliane von Mittelstaedt (stellv.), (stellv.), Kurt Stukenek (stellv.). *Redaktion:* Lena Greiner (Teamleitung Globale Gesellschaft), Mohannad Alnajjar, Ann-Dorit Boy, Alexander Chernyshev, Francesco Colini, Fiona Ehlers, Muriel Kalisch, Katharina Graça Peters, Jan Petter, Anna-Sophie Schneider. *Autoren, Reporter:* Alexandra Berth, Christian Esch, Susanne Koelbl, Nadia Pantel, Maximilian Popp, Christoph Reuter.

Berlin: Nicola Abé, Cornelius Diekmann, Alexander Kaushanski, Alexander Sarovic

WISSEN *Leitung:* Michael Hengstenberg, Katja Thimm, Julia Merlot (stellv.). *Redaktion:* Marco Evers, Johann Grolle, Arvid Hatsch, Dr. Claus Hecking, Lukas Kiesel, Guido Kleinhubert, Julia Koch, Julia Köppe, Martin Schlack, Nils-Viktor Sorge (Teamleitung Mobilität). *Autoren, Reporter:* Rafaela von Bredow, Maik Großekathöfer, Christoph Seidler, Olaf Stampf, Antje Windmann.

Berlin: Susanne Götzte, Kerstin Kullmann, Alina Schadwinkel. *Autor:* Jörg Blech

KULTUR *Leitung:* Philipp Oehmke, Eva Thöne, Elisa von Hof (stellv.), Anton Rainer (stellv.). *Redaktion:* Felix Bayer, Tobias Becker, Christian Buß, Oliver Kaever, Ulrike Knöfel, Carola Padtberg, Jurek Skrobala, Katharina Stiegelmann. *Autoren, Reporter:* Laura Backes, Andreas Borcholte, Xaver von Cranach, Sebastian Hammelehle, Wolfgang Höbel, Enrico Ippolito. *Berlin:* Lars-Olaf Beier, Matern von Boeselager, Anna Dreussi, Hannah Pilarczyk, Tobias Rapp.

REPORTER *Leitung:* Özlem Gezer, Christoph Scheuermann, Felix Dachselt (stellv.). *Redaktion:* Nora Gantenbrink, Julia Kopatzki, Timokley Neshitov, Dialika Neufeld, Jonathan Stock. *Autoren, Reporter:* Marc Hufjer, Frauke Hunfeld, Alexander Osang, Alexander Smolczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Hauke Goos, Lukas Rilke, Jörn Meyn (stellv.). *Redaktion:* Peter Ahrens, Matthias Fiedler, Marco Fuchs, Jan Göbel, Nina Golombek, Benjamin Knaack, Marcus Krämer, Marvin Rishi Krishan, Daniel Montazeri, Gerhard Pfeil, Mac Polonyi, Jörg Römer

REDAKTIONELLE ENTWICKLUNG Friederike Freiburg, Jonas Mielke, Katja Quecke, Maximilian Rau, Johanna Röhr, Anne Seith

MEINUNG & DEBATTE *Leitung:* Anna Clauf, Ralf Neukirch. *Redaktion:* Swantje Karich, Martina Kix

LEBEN *Leitung:* Frauke Lüpke-Narberhaus, Malte Müller-Michaelis, Ina Brzoska (stellv.), Helene Endres (stellv.), Nike Laurenz (stellv.). *Redaktion:* Julian Aé, Irene Berres, Antje Blinda (Teamleitung Reise), Christopher Bonnen, Franziska Bulban, Markus Deggerich, Tanya Palenczyk, Helene Fachsenberg, Florian Gontek, Sylvie Güthmann, Dr. Veronika Hackenbroch, Lukas Hildebrand, Katharina Höller, Maren Hoffmann, Maren Keller, Heike Klövert, Eva Lehnen, Dr. Heike Le Ker, Philipp Löwe, Claudio Rizzello, Marthe Ruddat, Sandra Schulz, Julia Stanek, Markus Sutura, Verena Töpfer, Nina Weber. *Autoren:* Jule Lutteroth, Marianne Wellershoff

GESCHICHTE *Leitung:* Jochen Leffers, Dr. Eva-Maria Schnurr. *Redaktion:* Dr. Felix Bohr, Jonas Breng, Solveig Grothe, Christoph Gunkel, Dr. Katja Iken, Frank Patalong, Frank Thadeusz

DEIN SPIEGEL *Leitung:* Bettina Stiebel, Alexandra Klausner (stellv.). *Redaktion:* Antonia Bauer, Claudia Beckesche, Pelle Kohrs, Marco Weder

SCHLUSSREDAKTION Christian Albrecht, Gartred Alfei, Gesine Block, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Ursula Junger, Birte Kaiser, Dörte Karsten, Sylke Kruse, Stefan Moos, Sandra Pietsch, Fred Schlottnerbeck, Sebastian Schuln, Sandra Waage

PRODUKTION *Leitung:* Angela Ölscher, Petra Thormann; Kathrin Beyer, Christine Brüggemeier, Sonja Friedmann, Linda Grimmercke, Gesche Säger, Stefan Schütt, Martina Treumann, Holger Uhlig, Valerie Wagner, Katrin Zabel

BILDREDAKTION *Leitung:* Jose Blanco, Mascha Zuder, Maxim Sergienko (stellv.); Claudia Adel, Tinka Dietz, Sabine Düttling, Torsten Feldstein, Philine Gebhardt (Teamleitung), Niklas Hauser, Signe Heldt, Gillian Henn, Daniel Hofmann, Andrea Huss, Rosa Kaiser, Jan Kappelmann, Carolin Klamm, Matthias Krug, Theresa Lettner, Parvin Nazemi, Nicole Neumann, Daniel Nide, Inka Recke, Jens Rensing, Oliver Schmitt, Ireneus Schubial, Erik Seemann, Henriette Simons, Anne Wellnitz, Rina Wohler, Lennart Wock. *Mail:* foto@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

DESIGN *Leitung:* Jens Kuppi, Ann-Kristin Köhn (stellv.), Michael Abke, Lisa Debecher, Sarah Dillon, Lynn Dohrmann, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhuße, Linna Grage, Fabian Greve, Elsa Hundertmark, Louise Jessen, Annika Loebel, Dagmar Nothjung, Kamila Ramezani, Barbara Röddiger, Lea Rossa, Marco Stede

TITELBILD *Teamleitung:* Alexandra Grünig, Johannes Unselz, Suze Barrett, Pia Pritzel, Marcus Wiechmann

DATEN & VISUALISIERUNGEN *Leitung:* Dr. Matthias Stahl, Klaus Neumann (stellv.), Patrick Stotz (stellv.); Holger Dambeck, Guido Grigat, Max Heber, Frank Kalinowski, Anna-Lena Kornfeld, Nina Krug, Chris Kurt, Niklas Marienhagen, Gernot Matzke, Dawood Ohadh, Marcel Pauly, Bernhard Riedmann, Achim Tack, Alexander Trempler, Rina Wahls, Christoph Winterbach

KORREKTORAT *Leitung:* Sebastian Hofer; Barbara Bredtmann, Thomas Fuchs, Barbara Schulz, Catrin Zander

SOCIAL MEDIA & LESERDIALOG *Leitung:* Ayla Kiran, Angela Gruber. *Redaktion:* Elena Bock, Philipp Dreyer, Natascha Gmür, Maria Herbst, Jan Hoffmeister, Luisa Höppler, Aleksandra Janowska (Teamleitung Community), Charlotte Klein, Sebastian Maas, Petra Maier (Teamleitung Google Web Stories), Annina Metz, Robert Schlösser, Katharina Zingerle

SEO *Teamleitung:* Insa Winter; Alexandra Knappe, Bastian Midasch, Heiko Stammel, Hanna Zobel

VIDEO *Leitung:* Anne Martin, Benjamin Braden (stellv.), Leonie Voss (stellv.). *Redaktion:* Ilyssa Alaoui, Sven Christian, Dennis Deusermeier (Teamleitung Talk), Benjamin Eckert, Birgit Großekathöfer, Janita Hämaläinen, Martin Jäschke, Heike Janssen, Marco Kasang, Eckhard Klein, Andreas Landberg, Jonathan Miske, Julia Parker (Produktionskoordinatorin), Fabian Pieper, Rachelle Poupplier, Christian Weber

CHEFS VOM DIENST BEWEGTBILD Dirk Schulze, Martin Sümening

AUDIO *Leitung:* Yasemin Yüksel, Jannis Schakarian (Chef vom Dienst), Sandra Sperber (Leitende Redakteurin). *Redaktion:* Ronja Bachofer, Philipp Fackler, Lenne Kaffka, Marius Mestermann, Jerrit Schmidtko, Lara Schulschen, Maximilian Sepp, Regina Steffen

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Alexanderer 5, 10117 Berlin, Tel. 030 886688-100

DRESDEN Steffen Winter, Wallgätschen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

DÜSSELDORF Markus Böhm, Alexander Demling, Lukas Eberle, Tobias Großekemper, Torsten Klein, Benedikt Müller-Arnold, Miriam Olbrisch, Jägerhofstraße 19–20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, Fellnerstraße 7-9, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680

HACKENBURG Dietmar Hipp, Stephanienstraße 30, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737

LEIPZIG Peter Maxwill, Postfach 310315, 04162 Leipzig

MÜNCHEN Jan Friedmann (Koordination Nachrichten), Martin Hesse, Maria Marquart, Katherine Rydlink, Rosental 1, 80331 München, Tel. 089 45459510

BADEN-WÜRTTEMBERG Christine Keck

REDAKTIONSVERTRETUNGEN/KORRESPONDENTENBÜROS AUSLAND

BANGKOK Laura Höflinger

BRÜSSEL Timo Lehmann, Michael Sauga (Autor), Rue Le Titien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 3206108, ru.brussel@spiegel.de

LONDON Steffen Lüdke, Jörg Schindler

LOS ANGELES Philipp Wittrock

MEXIKO-STADT Jens Glitsing (frei), Tel. +52 55 5630526

MOSKAU Christina Hebel, Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 3637623

NAIROBI Heiner Hoffmann, Tel. +254 111 341478, Fritz Schaap

NEW YORK Marc Pitzke, Bernhard Zand

PARIS Britta Sandberg, 4, Rue Goethe, 75116 Paris

PEKING Georg Fahrion, Christoph Giesen

ROM Frank Hornig, Stampa Estera, Palazzo Grazioli, Via del Plebiscito 102, 00186 Roma

RIO DE JANEIRO Gerald Trautletter (Chefkorrespondent)

SAN FRANCISCO Simon Book

SYDNEY Anna-Lena Abbott, Johannes Korge

TEL AVIV Thore Schröder, Dr. Aviv-Jaffa 6803466, Israel

WARSAU Tel. +48 22 6179295, Warschau@spiegel.de

WASHINGTON Julia Amalia Heyer, Roland Nelles, René Pfister, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. +1 202 3475222

WIEN Walter Mayr

STÄNDIGE FREIE AUTOREN Dr. Andreas Bernard, Marian Blasberg, Christa Buschek, Arno Frank, Christo Grozev, Oliver Das Gupta, Jochen Martin Gutsch, Asja Haidar, Leo Klimm, Jonah Lemm, Jasmijn Lörching, Juan Moreno, Wiebke Ramm, Anja Ritzel, Josef Saller, Richard C. Schneider, Ron Ulrich, Ines Zötl

DOKUMENTATION *Leitung:* Cordelia Freiwald, Kurt Jansson; Zahra Akhgar, Nikolai Antoniadis, Dr. Susmita AP, Lars Böhm, Eva Bräth, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Almut Gieschinger, Johannes Elitzsch, Catrin Fandja, Dr. Matthias Fett, Janine Große, Imko Haan, Thorsten Hapke, Dr. Dorothee Heinicke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Stefanie Jockers, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Guseck, Ulrich Klötzer, Anna Köster, Ines Köster, Mara Küpper, Julia Lange, Rainer Lübbert, Sonja Maas, Nadine Markwaldt, Dr. Andreas Meyhoff, Marvin Milatz, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Claudia Niesen, Dr. Gerret von Nordheim, Sandra Ofner, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Friederike Röhrke, Dr. Eva Schä, Andrea Sauerbier, Marko Scharlow, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Anna Schwarz, Uli Siegenthaler, Meike Stapf, Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Rainer Szimml, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Louisa Uzuner, Peter Wahle, Dr. Charlotte Weichert, Peter Wetter, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP dpa, Los Angeles Times/Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Anzeigen: Hannes Engler

Gültige Anzeigenpreisliste 2024

Mediaunterlagen und Tarife: www.spiegel.media, www.iqmedia.de

Vertrieb: Torben Sieb

Herstellung: Silke Kassuba

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Haas (Vorsitzender), Stefan Ottlitz

INTERNET www.spiegel.de

INSTAGRAM [instagram.com/spiegelmagazin](https://www.instagram.com/spiegelmagazin)

FACEBOOK facebook.com/derspiegel

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, www.spiegel.de/leserbriefe, Fax: 040 3007-2966, Mail: leserbrieft@spiegel.de
Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung: Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg; Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«; Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ. Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörige Fingerprint lautet: 6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

Ombudsstelle

Der SPIEGEL hat für Hinweise zu möglichen Unregelmäßigkeiten in der Berichterstattung eine Anlaufstelle eingerichtet: ombudsstelle@spiegel.de. Sollten Sie als Hinweisgeber dem SPIEGEL gegenüber anonym bleiben wollen, schreiben Sie bitte an den Rechtsanwalt Tilmann Kruse unter hinweisgeber-spiegel@bmz-recht.de

Redaktioneller Leserservice

Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966
Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdrucke in Medien aller Art

Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken oder Videos Kontakt, Beratung: www.spiegel.de/syndication und Bestellung: syndication@spiegel.de, Tel.: 040 3007-3540 für Deutschland, Österreich, Schweiz. Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing, Simone Daley, Mail: simonedaley@nytimes.com, Telefon: +44 20 7061 3507, ISSN 0038-7452

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN sind unter amazon.de/spiegel innerhalb Deutschlands nachbestellbar.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn, www.spiegel-antiquariat.de, Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audioversion: Deutsche Blindenstudienanstalt e.V., Telefon: 06421 606265; elektronische Version: Frankfurter Stiftung für Blinde, Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise

Inland: 52 Ausgaben € 327,60, Studenten Inland: 52 Ausgaben € 202,80, Auslandspreise unter www.spiegel.de/auslandsabo, Mengenpreise unter abo.spiegel.de/mengenpreise

Abonnementenservice

Persönlich erreichbar Mo.–Fr. 8.00–19.00 Uhr, Sa. 10.00–18.00 Uhr SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an: SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL

- ☐ für € 6,30 pro gedruckte Ausgabe
☐ für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,69) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe.

Der Bezug ist monatlich kündbar.
Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrfind finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP-IMPR, SD-IMPR (Upgrade)





Michael Ochs Archives / Getty Images

Kinky Friedman, 79

Kinky Friedman hatte eine kuriose Angewohnheit: Am Ende eines Konzerts verschwand er nicht hinter der Bühne, sondern durch die Reihen des Publikums. Wobei er oft einem Zuschauer fest und verbindlich die Hand schüttelte. In diesem Moment war er dann alles, was er auch im Leben gewesen war: dankbarer Musiker, leutseliger Politiker – noch dazu ganz Schriftsteller, der weiß, was als gute Geschichte erzählt werden kann über einen reichlich widersprüchlichen Charakter. Richard Samet »Kinky« Friedman wuchs auf einer Ranch in Texas auf. Die Band, mit der er zu Beginn der Siebzigerjahre große Erfolge in der Countryszene feierte, nannte er The Texas Jewboys. Titel wie »They Ain't Makin' Jews Like Jesus Anymore« unterstreichen den satirischen Anspruch seiner Musik, die in alle nur denkbaren Richtungen austeilt – vom Rabbi bis zum reaktionären »Asshole from El Paso«. Eine Gabe, die es ihm auch ermöglichte, gleichzeitig mit George W. Bush und Bill Clinton befreundet zu sein. Von Nelson Mandela ist überliefert, er habe in seiner Haft zum Trost den provokativen Country dieses texanischen Juden gehört. Zu Beginn der Achtzigerjahre begann er, klassische Hardboiled-Krimis zu schreiben, der Held war ein ehemaliger Countrysänger namens Kinky Friedman. 2006 kandidierte er für das Amt des Gouverneurs von Texas, und es gelang ihm tatsächlich, erstaunliche 12,6 Prozent der Stimmen zu bekommen. Kinky Friedman starb am 27. Juni auf seiner Ranch in Texas. FRA



Ludovic Marin / AFP

Ismail Kadare, 88

Wie viele Autoren im Ostblock navigierte der Albaner Kadare zwischen Kritik und Anpassung. Er war Mitglied der kommunistischen Partei und wurde international erstmals 1963 mit dem Roman »Der General der toten Armee« wahrgenommen. Aber, sagte er einmal in einem Interview, »mein internationaler Erfolg war ein zweischneidiges Schwert. Einerseits sicherte er mir einen Schutz vor dem Regime, andererseits war ich ständig unter Observation«. Kadare wurde immer wieder als Kandidat für den Literaturnobelpreis gehandelt. Seine Werke wurden in 45 Sprachen übersetzt. Popstar Dua Lipa, in London geborene Tochter einer Familie aus dem Kosovo, betonte einmal, sie habe durch Kadas Romane die Sprache und die Kultur ihres Heimatlands kennengelernt. Ismail Kadare starb am 1. Juli in Tirana. RAP

Roland Dumas, 101

Das Verhältnis zu Deutschland prägte sein Leben. Sein Vater, der im Ersten Weltkrieg gekämpft hatte und den Deutschen misstraute, hörte sich mit dem jungen Roland zusammen Hitlers Reden im Radio an. Beide schlossen sich nach der deutschen Besatzung Frankreichs der Résistance an, Dumas' Vater wurde 1944 von SS-Männern erschossen. Dumas studierte Jura, wurde Anwalt und begann eine politische Karriere: 1956 wurde er als parteiloser Abgeordneter in die Nationalversammlung gewählt. Er arbeitete eng mit François Mitterrand zusammen, den er auch in einem Verleumdungsprozess verteidigte. Als Mitterrand 1981 sein Amt als französischer Präsident antrat, war Dumas einer seiner Vertrauten. Ab 1984 war er französischer Außenminister – mit einer kurzen Unterbrechung bis 1993. Nach dem Fall der Mauer nahm er für Frankreich an den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen teil, die die deutsche Wiedervereinigung ermöglichten. Er teilte Mitterrands Misstrauen, er sei »getränkt von Germanophobie« gewesen, sagte er später – und baute doch ein Vertrauensverhältnis zu seinem deutschen Kollegen Hans-Dietrich Genscher auf. 1995 berief Mitterrand ihn in den französischen Verfassungsrat. Später war Dumas in den Korruptionsskandal der Elf-Affäre verstrickt. Ihm wurde vorgeworfen, er habe seinen aufwendigen Lebenswandel mit Geld aus einem Fonds des Ölkonzerns finanziert. Ein Gericht sprach ihn allerdings frei. Roland Dumas starb am 3. Juli in Paris. RAP



John Schuitts / REUTERS



Mary Evans / IMAGO

Robert Towne, 89

Er brauchte oft nur wenige Tage, um die unfertigen Drehbücher anderer so zu reparieren, dass daraus Kinoklassiker wurden. Aber die Arbeit an dem Film, der auf immer mit seinem Namen verbunden bleiben sollte, zog sich an die fünf Jahre durch die erste Hälfte der Siebziger und brachte ihn fast um: Mehrere Male stand Robert Towne kurz davor, vor seinem Projekt »Chinatown« zu kapitulieren, einer Hommage an seine Geburtsstadt Los Angeles und Reflexion über das Böse. Jack Nicholson brachte ihn immer wieder auf die Spur, am Ende wurde Towne mit einem Oscar belohnt. Die beiden kannten sich aus einem Kurs an der Schauspielschule und waren eng befreundet. Towne zog es dann zum Schreiben, rasch bekam er den Ruf, schwierige Drehbücher retten zu können – das Buch zum Gangsterdrama »Bonnie und Clyde« war das erste, das er umschrieb. Towne wurde zu weiteren legendären Produktionen geholt, als sie stockten: von Francis Ford Coppolas »Der Pate« (1972) über John Schlesingers »Der Marathon-Mann« (1976) bis zu Roman Polanskis »Frantic« (1988). »Chinatown« ließ ihn allerdings nie los. 1990 startete das Sequel »The Two Jakes« nach seinem Drehbuch, bei dem Nicholson als Hauptdarsteller und Regisseur fungierte. Und bis zuletzt arbeitete er mit dem Thrillerguru David Fincher (»Sieben«) an einem Serien-Prequel von »Chinatown« für Netflix. Angeblich sind alle Folgen fertig geschrieben. Robert Towne starb am 1. Juli in seinem Haus in Los Angeles. CBU

Guter Rat

Bewundernswert schlagfertig, die junge **Oprah Winfrey**: »Ich habe einfach viel gegessen«, antwortete sie 1985 in der US-amerikanischen »Tonight Show« auf eine Frage der Moderatorin Joan Rivers nach ihrem Körpergewicht. Diese nahm ihr daraufhin das Versprechen ab, bald abzunehmen. Nun erinnerte sich Winfrey, 70, in einem Podcast an die Szene. »Sie drehte sich zu mir und fragte mich: ›Warum bist du so dick?‹« Damals habe sie akzeptiert, derart behandelt zu werden, so Winfrey. Sie versprach Rivers, die Pfunde zu verlieren, habe sich dann aber stattdessen »noch mal zehn Pfund draufgegessen«. Ihrem Selbstbewusstsein habe das mehr geschadet als ihrer Karriere. Danach sei sie sicher gewesen, dass sie zu dick sei für die Rolle der Sofia in dem Film »Die Farbe Lila«. Sie hatte sie schon abgeschrieben, da rief Regisseur Steven Spielberg an und sagte ihr, dass sie die Rolle habe – allerdings nur, wenn sie kein einziges Pfund Gewicht verliere. Diese Rolle zu bekommen, meint Winfrey nun, sei »die wichtigste Lektion, die ich je bekommen habe«. MBO



Jordan Winton / image Press Agency / Alamy / mauritius images



Lächerliche Sexszenen

Steven Soderbergh, 61, gilt als einer der ambitioniertesten Regisseure Hollywoods – und als einer der eloquentesten. Er berichtet gern und ausgiebig darüber, was er in seinen Werken für gelungen hält, aber genauso konsequent thematisiert er sein eigenes Scheitern. Nun hat Soderbergh auf dem

Filmfestival in Karlsbad über sein Verhältnis zu Sexszenen gesprochen. Die seien schlichtweg »lächerlich«, er finde es unmöglich, Sexdreh zu absolvieren. Soderbergh sagte bezogen auf Szenen, in denen die Schauspielerinnen und Schauspieler Geschlechtsverkehr darstellen: »Mich interessiert dieser Teil nicht. Niemand sieht dabei gut aus.« Er wisse gar nicht mehr, wann er über-

haupt das letzte Mal Sexszenen gedreht habe. Bemerkenswert ist diese Aussage, weil Soderbergh bereits einige Filme verantwortet hat, in denen Sexualität ein zentrales Motiv war. Für sein Callgirl-Drama »Girlfriend Experience«, hatte er 2009 die Pornodarstellerin Sasha Grey engagiert. Allerdings verzichtete er trotz des Themas auf explizite Darstellungen. CBU

Fußball beim Festival

Weil das englische EM-Achtelfinale und das Glastonbury Festival auf einen Tag fielen, sollten sich Fußball- und Musikfans für ein Event entscheiden – denn die Festivalbetreiber wollten das Spiel am Sonntag nicht übertragen. Einer mochte sich damit jedoch nicht zufriedengeben. Ex-One-Direction-Sänger **Louis Tomlinson**, 32, rollte kurzerhand einen Fernseher auf den Campingplatz, um mit anderen Festivalbesuchern das England-Slowakei-Spiel zu schauen. Die Glastonbury-Verantwortlichen hatten bereits Anfang vergangener Woche angekündigt, dass das Spiel aufgrund von Überschneidungen mit den Auftritten auf den



Pauli Bergen / ANP / IMAGO

Hauptbühnen nicht auf dem Festival gezeigt werden würde. Fans waren also gezwungen, kreative Wege zu finden, um das Spiel zu sehen. Und Tomlinson war einfallsreicher als die meisten anderen: Er kaufte am Sonntagmorgen einen Flachbildfernseher und einen Generator und übertrug das Spiel per WLAN. »Das ist der zweite Fernseher, den ich gekauft habe«, sagte Tomlinson dem »Guardian«. »Der erste ist schon kaputtgegangen.« Pünktlich zum Anstoß hatte sich eine beträchtliche Menschenmenge versammelt, Tomlinson saß mit Freunden und seiner Schwester Lottie in der ersten Reihe. Festivalmitarbeiter waren zunächst besorgt über die Ansammlung, da sie befürchteten, dass es zu einem Gedränge kommen könnte, wenn die Besucher die Hauptbühne verlassen. Doch unter Jubel konnte ein Kompromiss gefunden werden, und das Public Viewing durfte fortgesetzt werden. Die Zuschauerinnen und Zuschauer mussten den Atem anhalten, weil der Stream während der zweiten Halbzeit plötzlich abbrach. Doch Tomlinson brachte den Fernseher rechtzeitig zum Tor von Jude Bellingham wieder zum Laufen und feierte den England-Sieg mit den anderen Glastonbury-Besuchern. CZL



Gareth Fuller / empics / picture alliance

Politischer Hechtsprung

Kurz vor der Parlamentswahl in Großbritannien gab **Ed Davey**, 58, Chef der britischen Liberaldemokraten, noch mal alles, um Aufmerksamkeit für seine Partei zu erlangen. Mit einem Hechtsprung stürzte er sich an einem Bungee-Seil in die Tiefe und rief dabei: »Wählt Liberal Democraaaaa!« Als es ihn kopfüber wieder hochzog, fügte er hinzu: »Tut was, was ihr noch nie gemacht habt! Wählt Liberal Democraaaaa! Wo-hoooo!« Und passenderweise weiter: »Geht das Risiko ein,

wagt den Sprung! Ihr wisst, ihr wollt es!« Unter dem Applaus seines Wahlkampfteams drehte und schwang sich Davey aus, bis er schließlich aus der Luft gefischt wurde. Die Liberal Democrats spielen üblicherweise eine eher kleine Rolle bei der Wahl. In einem sind die Lib-Dems jedoch sehr gut: verrückte Wahlkampfauftritte. Ende Mai blamierte sich Davey beim Stand-up-Paddling in aller Öffentlichkeit, indem er immer wieder von seinem Board fiel. Bei dem Termin wollte er mit seiner Partei auf die Abwasserbelastung in Seen aufmerksam machen. CZL

Gegen die Angst

Im Dezember vergangenen Jahres hatte **Chris Evert**, 69, mitgeteilt, dass sie erneut an Krebs erkrankt sei. Bei der Tennisspielerin, die zwischen 1974 und 1986 in jedem Jahr mindestens ein Grand-Slam-Turnier gewann, war im Januar 2022 Eierstockkrebs diagnostiziert worden. Evert ließ sich behandeln, doch der Krebs kam zurück. Evert auch. »Wenn etwas zum zweiten Mal auftritt, ist die Wahrscheinlichkeit natürlich größer, dass es wiederkommt«, sagte Evert nun der »New York Times«. Doch ihr Arzt habe ihr gesagt, dass sie nicht daran sterben werde. Die US-Amerikanerin, die für den Sender ESPN als Expertein aus Wimbledon berichtet, hat ihre Arbeit wieder aufnehmen können. Be-

reits bei den French Open kommentierte sie für Eurosport. Zudem betreibt sie eine Tennisakademie und arbeitet für eine Stiftung. »Du kannst nicht in Angst leben«, sagte sie der »New York Times«. »Ich muss

einfach weiter Sport treiben, versuchen, so gesund wie möglich zu sein, und alle meine CT-Untersuchungen und Arzttermine wahrnehmen.« In dem Gespräch berichtete Evert auch über ihre zweite Chemo-

therapie, die sie wegen einer allergischen Reaktion frühzeitig beenden musste. Tests hätten gezeigt, dass sie da bereits krebsfrei war, sagte Evert. Sie müsse weitere zwei Jahre täglich Tabletten nehmen. Die Behandlung und die Nebenwirkungen der Medikamente hätten ihr Energie geraubt – doch sie sei stark genug, um zu trainieren, ihren Enkel zu halten, zu reisen und zu arbeiten. Everts jüngere Schwester, Jeanne Evert Dubin, war 2020 im Alter von 62 Jahren an den Folgen von Eierstockkrebs gestorben. Aufgrund von deren Befund ließ sich Evert testen und erhielt ebenfalls eine Krebsdiagnose. Diese machte sie öffentlich, um das Bewusstsein für die Bedeutung frühzeitiger Untersuchungen zu schärfen. NGO



Jeremie Souteyrat / NYT / Redux / laif



Rien ne va plus

Nr. 27/2024 Titel: Fällt Frankreich?

Manchmal wird eine im SPIEGEL gestellte Titelfrage flugs durch die Realität zeitnah beantwortet. Und wie! Frankreich ist nach dem ersten Wahlgang tief gefallen. Und ein Aufstehen zurück in die Normalität dürfte nun noch viel schwieriger werden als nach der Europawahl vor wenigen Wochen.

Roland Barwinsky, Hirschberg (Thür.)

Emmanuel Macron, Monsieur le Président de la Grande Nation, wünscht Roulette zu spielen und setzt dabei nicht etwa auf Rouge und Noir, Impair und Pair oder Manque und Passe, nein, es muss schon mit der 30 Plain sein. Alles oder nichts, das klingt nach einem Verzweiflungsakt, wobei sein Einsatz nicht nur die französische Demokratie ist, nein, die ganze ohnehin wacklige Konstruktion der EU gehört dazu. Man dürfte einfach Ämtern, wie sie die französischen oder amerikanischen Präsidenten innehaben, keine nahezu uneingeschränkte Macht zubilligen, sonst heißt es irgendwann für die Demokratie: Rien ne va plus.

Christoph Nitsche, Straßenhaus (Rhld.-Pf.)

Der französische Präsident Macron hat genau das Richtige getan. Er hat die Franzosen aus der jahrelangen Lethargie heraus-

geholt und vielleicht auch geschockt. Sie müssen sich jetzt entscheiden, in welche Richtung Frankreich gehen will, entweder in der Demokratie verbleiben oder aber nach rechtsaußen in eine Diktatur gehen.

Lothar Wirth, Berlin

Die Frage »Fällt Frankreich?« ist falsch gestellt. Sie müsste lauten: Verändert sich Frankreich? Die Antwort kann nur lauten: Ja. Frankreich wird politisch nach rechts rücken. Das wird aber weder unsere außenpolitischen noch wirtschaftlichen Beziehungen zu Frankreich beeinträchtigen. Vielleicht wird Frankreich etwas dominanter auftreten als bisher. Aber eine Präsidentin Marine Le Pen wird es nicht geben. Das werden die Franzosen nicht zulassen. Auf dem Präsidententhron sitzt seit de Gaulle ein Mann. Das wird sich nicht ändern. Die Beziehungen zur EU werden sich verwandeln. Damit die französische Dominanz nicht zu stark wird, müssen die EU und Deutschland gegensteuern. Ob das gelingt, wird von der neuen alten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen abhängen. Und natürlich von Bundeskanzler Olaf Scholz. Das wird ein interessantes Schauspiel werden.

Götz Doll, Köln

Warum sollte ein Präsident mit geringer Akzeptanz so weitermachen wollen oder müssen, wenn eine Mehrheit der Bevölkerung den Rassemblement National und einem 28-jährigen Jordan Bardella die politische Macht zutraut? Aus der Opposition lässt sich gut kritisieren, aber Regieren ist etwas anderes. Einfache Lösungen für komplizierte Dinge funktionieren bekanntlich nicht, schöne Wahlversprechen halten ohne das nötige Geld auch nicht. Vielleicht geht manchen Realitätsverweigerern dann doch noch ein Licht auf. Praktische Politik wird nicht am Stammtisch oder in sozialen Medien wie TikTok und Co. gemacht.

Angelika Erb, Saarbrücken

Es sind nicht in erster Hinsicht die Arroganz und Selbstgefälligkeit Macrons, die dieses Chaos provoziert haben, sondern dessen Politik. Millionen Franzosen können sich die Mieten der Reichen, die Kosten der privaten Kliniken und Schulen nicht leisten. Der Hauptschuldige dieser Misere ist allerdings François Hollande, der damals seinen vermeintlichen Kameraden in der Partei dieses Trojanische Pferd vor die Nase gesetzt und damit den Niedergang der sozialistischen Partei besiegt hat.

Gérard Hengel, Luxemburg

»Fällt Frankreich?« Das klingt schon sehr nach Kriegsvokabular und ist aus meiner Sicht sehr unangemessen als SPIEGEL-Titel.

Ulrike Gätje, Wehretal (Hessen)

Des Deutschen liebstes Kind

Nr. 26/2024 Leitartikel: Deutschland braucht keine zehnspurigen Autobahnen

Die Anzahl an Kraftfahrzeugen in Deutschland ist in den vergangenen Jahren – trotz Corona, Homeoffice und 49-Euro-Ticket – weiter gestiegen. Das spiegelt den individuellen Freiheitsdrang wider. Die Lösung kann aber nicht darin liegen, weitere Flächen zu versiegeln, egal ob durch Neubau, Ausbau oder Ortsumgehungen. Das wäre einfach für uns, nicht aber für die Natur. Die Verantwortlichen im Bund und in den Ländern sollten sich daher auf den Erhalt der bestehenden Straßen und den Neubau von Bahnstrecken konzentrieren. Des Deutschen liebstes Kind – wir müssen uns zwar nicht davon ver-

KORREKTUR

Zu »Die Letzte ihrer Art« in Heft 26/2024, Seite 94: Der aktuell wichtigste Kunde der »Ariane 6« ist nicht das Unternehmen Blue Origin, sondern Amazon, auf das 18 von 30 bisher gebuchten Starts der neuen Rakete entfallen.

abschieden, es aber doch etwas weniger hätscheln.

Rainer Szymanski, Grünheide (Brandenb.)

Der Artikel bringt die Problematik auf den Punkt. Bestimmte Parteien versuchen, mit rückwärts-gewandten Autobahnprojekten Wählerstimmen zu erhaschen, anstatt Wähler von der Notwendigkeit anderer Fortbewegungsstrategien zu überzeugen und diese auch voranzutreiben. Der Plan, die A5 weiter auszubauen, ist in der Tat irrsinnig. Weitere Zerstörung unserer Umwelt ist vor allem der FDP, die ja nicht einmal bereit ist, für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen zu sorgen, völlig egal. Ihre Enkel werden es ihnen danken.

Dr. Jutta Peters, Frankfurt am Main

Diese Art und Weise der Diskussion ist so städtisch geprägt, dass ich sie nicht mehr ernst nehmen kann. Wenn ich in Prenzlauer Berg oder Schwabing hocke, stellt sich die Welt so anders dar als in Posemuckel, wo Bahn und Bus zweimal am Tag fahren und die Kinder zur 15 Kilometer entfernten Schule müssen. Allein über die Katastrophen der Münchner S-Bahn könnte ich stundenlang schreiben. Also bitte nicht immer dieses wohlfeile Auto-Bashing, sondern zuerst wirkliche Alternativen schaffen. Dann steigen die Menschen von ganz allein um. Nach meinen Bahn-Erfahrungen allein diese Woche vor den Augen von Fußballfans aus ganz Europa setzt sich bei mir aber der Eindruck fest, dass die deutsche Verkehrspolitik auf ganzer Linie gescheitert ist.

Gunnar Ritzmann, Otterfing (Bayern), via SPIEGEL Debatte

Bitte konsequent und logisch

Nr. 26/2024 Der Unmut über das Bürgergeld setzt die Ampel unter Druck

Die offensichtliche Absurdität ist anscheinend weder der Regierung noch dem SPIEGEL aufgefallen: Man kann doch nicht mit der einen Hand kontinuierlich Waffen liefern und mit der anderen die zur Bedienung nötigen Menschen bei uns einbehalten. Natürlich finde ich, dass wir

Was die KI-Systeme können, gehört zu Intelligenz, aber zu Intelligenz gehört mehr. Ein Motor gehört zum Bus, aber für einen Bus benötigt man mehr als einen Motor.

Hans-Joachim Bock, Röhrmoos (Bayern)

Nr. 26/2024 Die schlaunen Roboter kommen

Kriegsdienstverweigerer – egal ob Ukrainer, Russen, Syrer oder Israelis – immer alle aufnehmen, finanziell helfen und nie ausliefern sollen. Aber dann bitte konsequent und logisch. Den Auslöser dieser verständlichen Flucht vor Tod, Leid und Zerstörung sollten wir nicht parallel dazu weiter anfeuern! Wir würden sonst sehr viel Geld in beide Richtungen versickern lassen, und die Ukraine säße auf einem Berg (Rhein)Metall – aber ohne Soldaten. Vielleicht ist das ja am Ende dann doch eine Lösung? Wie hieß es früher? »Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin!«

Julia Berendsohn, Hamburg

Es wäre schon hilfreich zu erfahren, was daran denn populistisch wäre, ukrainische Flüchtlinge finanziell den Standards aller anderen Flüchtlinge anzupassen. Das würde Geld einsparen, was indirekt auch dem Abwehrkampf der Ukraine zugutekommen würde. Die CDU reklamiert, dass das rechtlich sehr wohl möglich wäre. Warum geht der Autor dieser Frage nicht nach? Für viele Leser:innen wäre das bestimmt interessant. Und warum werden die wehrfähigen Männer nicht angehalten, ihre Leute im Kampf zu unterstützen? In den Kraftwerken, der Etappe oder in den Fabriken? Alles Populismus?

Ulrich Storr, Hamburg



Sagen Sie auch digital Ihre Meinung – auf SPIEGEL Debatte

Wann werden wir erfahren, wie es Promis bei der Pediküre ergeht? Ich werde schon ganz hibbelig.

Bernd Scherwatzki, Mönchengladbach

Nr. 26/2024 Unterwegs im Helikopter mit Jürgen Klinsmann am Steuerknüppel

Die Blauäugigkeit nervt

Nr. 26/2024 Wer war Mouhamed Dramé, der drei Monate nach seiner Ankunft in Deutschland von der Polizei erschossen wurde?

Danke für diesen Artikel. Super wichtig dieses Thema, denn zu viele Menschen denken noch, dass Polizeigewalt nur ein US-Problem ist. Dieser Fall zeigt, dass deutsche Polizisten ähnlich rassistisch reagieren. Hätten sie mit einem Maschinengewehr auch auf einen weißen deutschen Mann geschossen? Es macht mich extrem wütend und hilflos zugleich. Die Polizei benötigt Antirassismustraining. Ganz toll, wie über den Kontext und das Umfeld von Mouhamed berichtet wird. Ich lese die Artikel von Dialika Neufeld sehr gern und freue mich immer, wenn ein Artikel von ihr dabei ist. Es geht immer um das Menschliche und die Menschen. Dieser Artikel macht Mouhamed zu einem Menschen wie wir. Diese Art von Berichterstattung trägt dazu bei, die Schranken in unseren Köpfen abzubauen, die Distanz zu verringern zwischen mir und Flüchtlingen, mir und Afrika. Tolle Arbeit.

Uli Müller, Maastricht (Niederlande)

Der Artikel lässt mich etwas ratlos zurück. Keinerlei Reflexion der Familie über den eigenen Anteil des Jungen oder der Familie ist erkennbar. Der naive Traum von einer Fußballkarriere ist ja kein Fluchtgrund. Dann kommen Geflüchtete hier in der Realität an, und manche kommen damit

Was für ein erfrischender Artikel, der Mut macht. Ich wünsche mir, dass der SPIEGEL das Thema »Zuwanderung, warum wir sie brauchen und nicht fürchten müssen« einmal zum Titelthema macht!

Martina Lühns, Hamburg

Nr. 26/2024 Der Milliardär Hamdi Ulukaya bringt Flüchtlinge in Jobs

nicht zurecht, sind traumatisiert und in psychischem Ausnahmezustand, und andere können es ausbaden. Vielleicht sollten diese Unterstützerkreise auch denjenigen die Heimkehr ermöglichen, die hier erkennbar nicht klar kommen und lieber wieder gehen würden. Auch Mouhamed Dramé hat sich wohl entsprechend geäußert. Wenn nicht die Papiere weggeworfen würden, wäre eine Rückreise kein Problem. Aber bei uns hat man für alles Verständnis, auch für weggeworfene Papiere und falsche Altersangaben. Ich klinge für Sie wohl wie eine AfD-Wählerin, aber das bin ich nicht, und ich werde es auch nicht werden. Aber die blauäugige Politik der vergangenen Jahre in diesem Punkt geht mir auf die Nerven, auch die Blauäugigkeit mancher Journalisten.

Irene Göhring, Schönaich (Bad.-Württ.)

Armes Amerika

Nr. 26/2024 Präsident Bidens Wahlkampf läuft nicht gut. Bringt ein TV-Duell mit Trump die Wende?

Ist Joe Biden nochmals fit für eine Präsidentschaft? Nein. Sollte er nochmals Präsident werden? Nein. Aber alles ist besser als Trump. Armes Amerika.

Martin Fischbacher, Rohrdorf (Bayern)

Wenn es um Alter, Gesundheit und die ewige Jugendlichkeit geht, haben wir Amerikaner und auch Europa etwas vergessen. Wenn Franklin D. Roosevelt heute US-Präsident wäre, wäre er »einfach hingefallen«. Während

der langwierigen Jahre der Depression und des Zweiten Weltkriegs hat er trotz Lähmung zusammen mit unseren Verbündeten effektiv regiert. Der Wille zum Frieden war größer als die äußerliche Schwäche. Kurz vor dem Frieden 1945 ist er erst mit 63 Jahren in der Reha plötzlich gestorben. Heute haben wir dem wackligen Mann viel zu verdanken.

Carmen Salvatore Curasi, Kalifornien (USA)

Protokoll des Grauens

Nr. 26/2024 Ein ukrainischer Soldat erzählt von den Grausamkeiten russischer Kriegsgefangenschaft

Wer es angesichts der geschilderten unerträglichen Grausamkeiten geschafft hat, die Lektüre dieses Berichts bis zum Ende auszuhalten, den haben sicherlich folgende Umstände besonders erschüttert: erstens die Tatsache des Beinahe-Verhungerns und zweitens, dass beim Gefangenenaustausch »die russischen Kriegsgefangenen gut genährt« waren (wenngleich es ihnen gegönnt sei) und der Vorwurf des Sohns, dass der Vater seine Familie im Stich gelassen habe. Die Bereitschaft, trotz der erlittenen Qualen erneut in den Krieg zu ziehen, ist schier unfassbar – und schlicht als Heldentum zu bezeichnen.

Hans-Dieter Schabram, Berlin

Ein Protokoll des Grauens, das an die Nieren geht, wenn man es durchgelesen hat, was mit Sicherheit auf die eine wie andere Art und Weise auf nicht wenige ukrainische Kriegsgefangenen zutrifft. Ein Verstoß gegen die Genfer Konvention von 1949, welche die kriegsführenden Parteien verpflichtet, Gefangene, Verwundete und Kranke der bewaffneten Kräfte im Felde human zu behandeln. Diese Behandlung in russischer Gefangenschaft kommt aber einem Kriegsverbrechen gleich und muss aufs Schärfste durch den internationalen Strafgerichtshof verfolgt werden.

Detlef von Seggern, Pforzheim (Bad.-Württ.)

Leserbriefe bitte an leserbriefe@spiegel.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter SPIEGEL.de zu archivieren.

Die vergessene Jugend

ZEITREISE Jahrelang hatte der Fokus der Politik auf den Hochschulen gelegen, im Frühjahr 1974 stellte man überrascht fest: Auch bei den Lehrstellen sieht es düster aus. Erstmals drohte Jugendarbeitslosigkeit.



Nr. 28/1974 »Die Katastrophe ist da«

Noch im April 1974 hatte die Regierung versichert, auch dieses Jahr werde es deutlich mehr Lehrstellen als Schulabsolventen geben. Keine drei Monate später hieß es: Es könne knapp werden. Bildungsforscher prognostizierten sogar ein Defizit von 100.000 Lehrstellen. Vor allem in beliebten Berufen wie Kfz-Mechaniker oder Büroangestellte gab es kaum Plätze.

In den Jahren zuvor hatten Politik und Gesellschaft vorwiegend auf die rebellischen Studentinnen und Studenten geschaut. Auch der SPIEGEL hatte sich wenig für die Auszubildenden interessiert, die zwei Drittel der »Jungdeutschen« ausmachten, wie das Magazin nun schrieb. Deutschlands Lehrlinge, so ein Bildungsexperte, seien eine »vergessene Majorität«.

Das Problem bestand nicht nur in der Zahl der Stellen, sondern vor allem in deren Qualität. Das »Lernen nach Altväterart« wurde dem technologischen Wandel immer weniger gerecht. Zwischen Industrieunternehmen mit einem halbwegs stringenten



Klaus Rose / IMAGO

Ausbildungsplan und kleineren Handwerksbetrieben herrschte eine gewaltige Kluft. Dort wurde der »Stift« gern bereits in der ersten Woche mit dem Gesellen »auf Kundenschaft« geschickt und für die Beschaffung des Biernachschubs missbraucht.

Doch auch bei den Jugendlichen selbst sah man Defizite. Ein »eigener Wille zum Lernen oder zur Leistung« fehle bei einer ganzen Generation von Lehrlingen »nahezu vollständig«, schoben die Kammern den Jugendlichen die Schuld für die Misere zu. Dazu kam: »Alles will studieren, dem Handwerk bleibt der Schrott«, so die pauschale Einschätzung eines Kölner Sanitärkaufmanns. Rainer Lübbert

Geld ist unterwegs!

SO GEGEHEN Die Union knackt die Schuldenbremse.

Obwohl sie nicht in der Bundesregierung sitzt, hat der Haushaltsstreit um die Schuldenbremse auch die Union erreicht: Wie jüngst bekannt wurde, traf sich Parteichef Friedrich Merz im Mai und Juni zum klärenden Gespräch mit den Ministerpräsidenten der CDU-geführten Bundesländer.

Ihr Problem: Merz ist gegen eine Aufweichung der Schuldenbremse, einige seiner Länderchefs jedoch dafür. Das Dilemma: Würde die Union im Bund der Aufnahme von mehr Schulden zustimmen, würde sie der Ampelregierung beim Regieren helfen. Das will Merz keinesfalls, damit er bald selbst regieren kann. Die Länderfürsten jedoch regieren bereits – und brauchen dafür Geld. Allen voran der Berliner Regierende Bürgermeister



Kai Wegner (CDU): In der Hauptstadt fehlen dringend benötigte Umzäunungen für Parkanlagen, zudem werden die Rufe aus der Berliner Bevölkerung lauter, die den Bau einer Schwebebahn fordern.

Die Fronten schienen verhärtet, dann brachte eine Handlungsanweisung aus dem neuen CDU-Grundsatzprogramm den Durchbruch: »Einfach mal machen!« Getreu diesem Motto sollen die Investitionshungrigen CDU-Ministerpräsidenten künftig unbürokratisch und schnell Geldspritzen bekommen. Bei einem finalen Treffen am Mittwoch ging es nur noch um einen Namen für das geplante Finanzierungskonzept.

Der Begriff »Sondervermögen« schied aus, weil er zu eng mit dem Finanzgebaren der Ampelregierung verknüpft ist. Eine »Notlage« als Grund für neue Schulden will man ebenfalls nicht erklären, weil sonst der Eindruck entstehen könnte, in den CDU-Ländern liefe nicht alles perfekt.

Den rettenden Einfall hatte am Ende der Parteichef persönlich. Sämtliche Projekte sollen nun aus diskret bei den CDU-Landesverbänden installierten Fonds finanziert werden, ihr Name folgt guter Tradition: schwarze Kassen. Stefan Kuzmany

HOHLSPIEGEL

In einem Drogeriemarkt im Schwarzwald:



Aus dem schweizerischen »St. Galler Tagblatt«:

»1500 Sandwiches und ebenso viele Salat-schüsseln wurden gegessen.«

Aus dem »Göttinger Tageblatt«:

Jeder zehnte Grundschüler hat defekte Bremsen

Aushang in einem Seniorenheim:



Aus der »taz«:

»Luxuslodges sollen die Scheichs empfangen, die zur Wildtierjagd mit klimatisierten Geländewagen einfliegen.«

Von bild.de:



Von allgaeuer-zeitung.de:

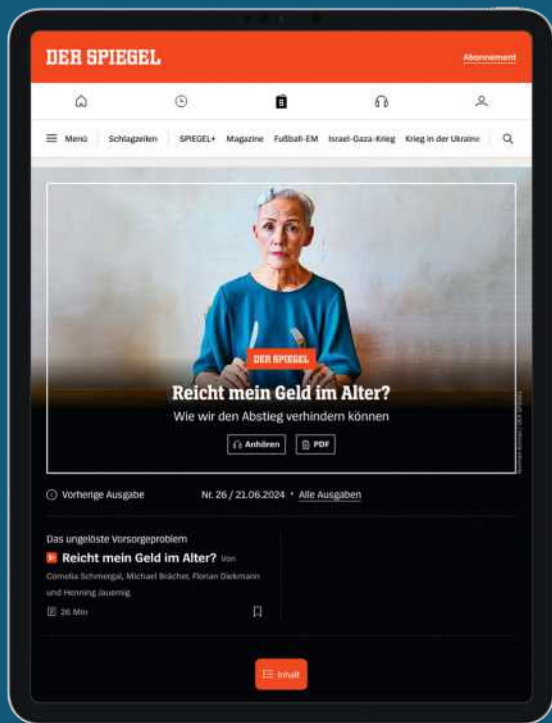
»Die Jugendlichen übergaben die Polizisten wieder deren Eltern.«

Auf kleinanzeigen.de:



Von gmx.net:

»Zunächst als Kardinal, dann als Papst und schließlich als emeritierter Papst diente Gänswein dem ersten deutschen Kirchenoberhaupt seit fast 500 Jahren.«



Inklusive
**11FREUNDE
Digital**

52 Wochen lesen, 50 % sparen

Mit SPIEGEL+ erhalten Sie Zugriff auf die ganze digitale Welt des SPIEGEL. Inklusive ist das digitale Magazin, der Zugang zum 11FREUNDE Digital-Angebot und mehr.



50 % Rabatt sichern:
abo.spiegel.de/50prozent

Nur €2,49 pro Woche in den ersten 52 Wochen.
Danach €4,99 pro Woche, vierwöchentlich abgerechnet und kündbar.

Dauertiefpreise

Alle Smartphones jetzt dauerhaft günstig und mit hoher Tauschprämie für Ihr altes Handy – je nach Modell und Zustand 100,– bis zu 1.000,– €.*

1&1 – Immer wieder besser.

Alle Handys
je einmalig

0,- €*

100,– bis
1.000,– €
TAUSCHPRÄMIE*

*je Modell/Alter



29,99 €/Monat*

z.B.
Galaxy S24 mit 1&1 All-Net-Flat
DAUERHAFT GÜNSTIG

1&1

1und1.de



0721 / 960 6000

Sie erreichen uns rund um die Uhr kostenlos aus dem 1&1 Netz.



*Dauertiefpreise z.B. das Samsung Galaxy S24, Google Pixel 8a, Samsung Galaxy A55 5G oder das Xiaomi Redmi Note 13 Pro 5G für je 0,– € einmalig, z.B. in Verbindung mit der 1&1 All-Net-Flat S mit Multicard und 5 GB Highspeed-Volumen/Mon. (Highspeed-Volumen jeweils bis zu 300 Mbit/s im Download/bis zu 50 Mbit/s im Upload, danach je max. 64 kBit/s) dauerhaft für 29,99 €/Mon. (S24), 24,99 €/Mon. (Pixel 8a), 19,99 €/Mon. (Redmi Note 13 Pro 5G) bzw. 19,99 €/Mon. (A55 5G). Dauertiefpreis: Kein Preissprung während der gesamten Laufzeit. Tauschprämie ist abhängig vom eingesendeten Gerät (Modell & Alter), min. jedoch 100,– €. Höchstprämie von 1.000,– € z.B. für das HUAWEI Mate Xs 2. Es gelten die Tradeln-Bedingungen. Gratis Telefonieren und Surfen gilt nicht für Sonder- und Premiumdienste, Verbindungen aus Deutschland ins Ausland sowie Roaming außerhalb EU gemäß Preisliste. Bereitstellungspreis je 39,90 €. Je 24 Monate Vertragslaufzeit. Bestimmte AI-Funktionen setzen einen Samsung oder Google Account Login voraus. Änderungen und Irrtümer vorbehalten. Preise inkl. MwSt. 1&1 Telecom GmbH, Elgendorfer Straße 57, 56410 Montabaur. WEEE-Nr. DE13470330